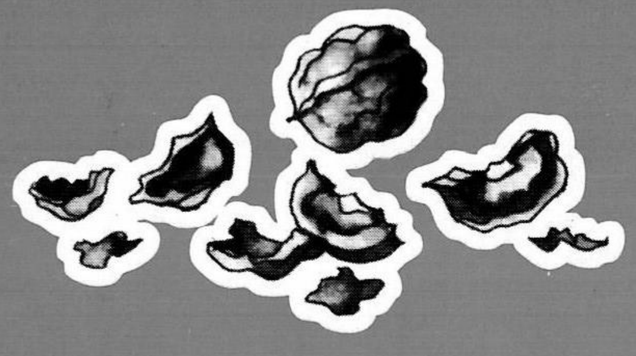
WEG UND ZIEL

5/1998

Marxistische Zeitschrift

56. Jahrgang 50 Schilling ISSN 0043/2024

DAS HÖLZERNE LÄCHELN DER SOZIALDEMOKRATIE



Zeitschrift Marxistische Erneuerung

9. Jahrgang, Nr. 36, Dezember 1998, 240 Seiten

Globalisierung und Peripherie

Castro – Unipolare Welt und Unabhängigkeit der Staaten / Höhme – Internationale Finanzkrise / Neelsen – Periphere Gesellschaftsformation und internationale Klassensolidarität/ Pauli – Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft / Boris – Lateinamerika im neoliberalen Globalisierungsprozeß / Goldberg – Afrika zwischen Weltmarktdruck und Überlebensstrategie / Werning – Herrschaftskrise und Krisenherrschaft in Indonesien / Peters – China „muß den (kapitalistischen) Tiger reiten"

Nach den Wahlen

Werner – PDS / Berichte: „Koalition von unten"; Gewerkschaftslinke; Gewerkschaftspolitische Alternativen in Europa

Theoriegeschichte

Losurdo – Liberale Tradition, Freiheit, Exklusion / Collmer – Deleuze/ Guattari: Kapitalismus und Schizophrenie (II) / Gedö – Warum Marx oder Nietzsche? / Steiner – Alexandra Kollontai

Berichte – Rezensionen: Werttheorie, Globalisierung, ökologische Steuerreform, Ideologie- und Gesellschaftstheorie, Geschichte

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,-; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

isw *sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.*

analysen fakten & argumente

isw-report

erscheint vierteljährlich
5,- DM zzgl. Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Globalisierung und Multis
(Nr. 34, Januar 1998)

Bilanz neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik (Nr. 35, Mai 1998)

Süd-Globalisierung Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft (Nr. 36, August 1998)

Weltwirtschaftskrise ?!
(Nr. 37/38, Nov. 1998), 8,- DM

isw-spezial

Energiesteuer – und dann?
(Nr. 10, April 97), 80 S., 8,- DM + Vers.

Die Krise in Rußland
Erweit. Kapitel zu Rußland aus report 37/38
(Nr. 11, Nov. 1998), 4,- DM + Versand

isw-wirtschaftsinfo

Wirtschaftskrise in Südostasien und die Weltwirtschaft
(Nr. 27, Jan. 98), DM 5,- + Vers.

isw-grafikdienst

Der Steuerskandal
(Nr. 3, Juni 96) 10,- DM + Vers.
Armut und Sozialabbau
(Nr. 4, Jan. 97) 10,- DM + Vers.
Arbeits-Los
(Nr. 5, April 98) 10,- DM + Vers.

Prospekte anfordern, bestellen, abonnieren, fördern

isw – institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15

Neu bei isw!

Nr. 27 Winter 1998

BAHAMAS

Wir sind alle Individuen

Kosovo: Ethnien im deutschen Völkerrecht – Walsers Mahnmal-Bashing – Kritik deutscher Mentalitätsgeschichtsschreibung – Antideutsche Ressentiments und Jean Améry – Mißlungene Kritik am Schwarzbuch – Was Fakt ist, bestimmt die Theorie – Arbeit, Ehre, Dienst und Zwang u.a.m.

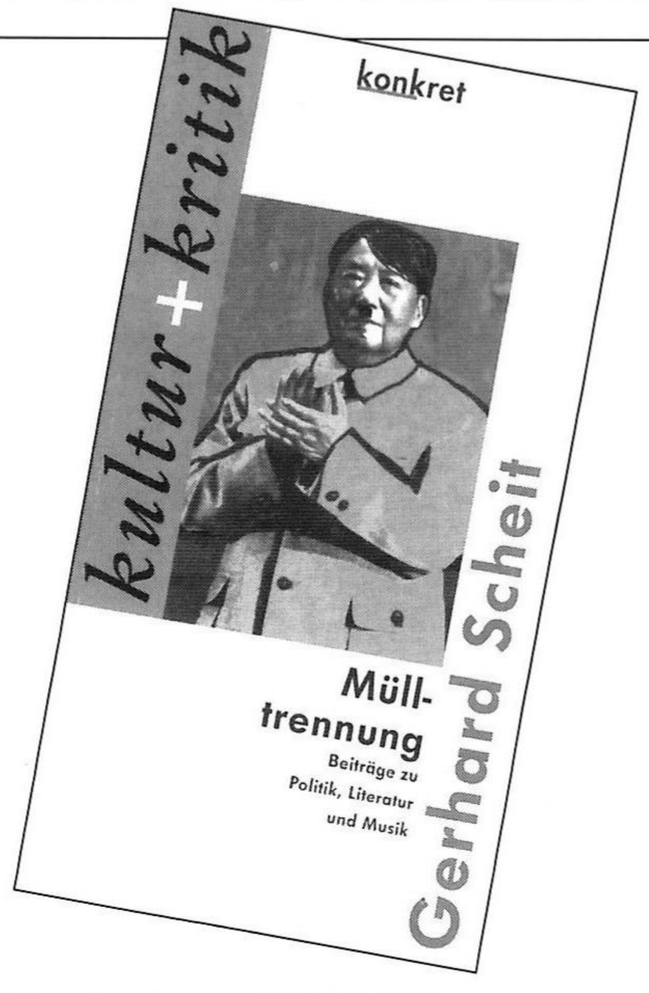
Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskasse / Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

Gerhard Scheit

Mülltrennung

Beiträge zu Politik, Literatur und Musik

konkret-Verlag
Hamburg 1998
190 Seiten, 19.80 DM,
145 Schilling



WEG UND ZIEL
Marxistische Zeitschrift

Medieninhaber und Herausgeber:
Kommunistische
Partei Österreichs,
1040 Wien, Weyringerg. 33
Redaktionsadresse:
Weyringergasse 35/DG, 1040
Wien, Fax.: ++43/1/503 66 38
Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Lutz Holzinger
Melina Klaus
Mag. Julius Mende
Dr. Martin Potschka
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. E. San Juan Jr. (Korrespondierendes Mitglied, USA)
Redaktionskoordination:
Dr. Maria Wölflingseder
Vertrieb:
Kemmerling Zöchling & Partner
Medien- und Informationsdienste
KEG, Schottengasse 3a/1/4/59,
1010 Wien
Telefon ++43-1/535 11 06
Telefax ++43-1/532 74 16
Bestellungen, Stornos, Änderungen bitte ausschließlich schriftlich (faxlich)!

Layout:
Matthäus Zinner
Herstellung:
Resch & Vana
Lichtgasse 10, 1150 Wien
Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich
Abonnement-Preise:
5 Hefte 250,– S / 45,– DM

Wenn nicht anders angegeben, leben und arbeiten die Autorinnen und Autoren in Wien.

Die nächste Nummer
erscheint im
März 1999
Themenschwerpunkt:
Arbeit

Inhalt

Nr. 5, Dezember 1998, 56. Jahrgang

Globalisierung I

Meinhard CREYDT: Das Fernste nah, das Nächste fern? 2

Thema: Sozialdemokratie

EINLEITUNG: Franz Schandl 8
Ernst LOHOFF: Das neue Simulationsmodell –
Die neue Sozialdemokratie zwischen
Reformversprechen und Notstandsverwaltung 9
Joachim BISCHOFF: Perspektiven der Linksregierung
in Deutschland 14
Bärbel DANNEBERG: Schwestern zur Sonne?
Sozialdemokratische Frauenpolitik im Schatten von Neoliberalismus, Budgetkonsolidierung und Koalitionskorsett 18
Gerhard RUISS: Keine Kulturbewegung mehr –
Das neue Kunst- und Kulturprogramm der SPÖ 22
Norbert TRENKLE: Kein Anschluß unter dieser Nummer
Oder: Weshalb es nie ein „postfordistisches
Regulationsmodell“ geben wird 26
Franz SCHANDL: Persönliches und Unpersönliches –
Reflexionen zur Sozialdemokratie 31
Lutz HOLZINGER: Zum Regieren geboren?
Zwei Bücher zum ideologischen Elend der Sozialdemokratie . . 37

Palästina

Mustafa BARGHOUTHI: Die Sackgasse nach Oslo 40

1848

Manfred MUGRAUER: 1848 – 1998 – 150jähriger
Streit um das historische Erbe 45

80 Jahre KPÖ

Susanne KOWARC: Inszenierte Geschichte –
80 Jahre KPÖ im Spiegel der Parteiorgane 51
Karin SCHNEIDER: ...da sie sich nicht erst
die Mühe machen, die Frauen zu gewinnen...
Fragestellungen zu einer kommunistischen
Frauenpolitik in Österreich vor 80 Jahren 54

Globalisierung II

Robert BRENNER: Die Reichsreform des IWF in Ostasien 60

Titelbild und Bilder im Thementeil aus:
Manfred Bachmann. Holzspielzeug aus dem Erzgebirge.
Zeichnungen von Hans Reichelt. Dresden 1984, VEB Verlag der Kunst.

Das Fernste nah, das Nächste fern?

Die gesellschaftliche Raumordnung als Brennpunkt gegenwärtiger Debatten[1]

Meinhard CREYDT

Die Frage nach der gesellschaftlichen Raumordnung erweist sich als eine Kreuzung, auf der sich viele gegenwärtige Debatten begegnen – um den Euro, die Globalisierung, die Ökologie, die Demokratie, um In- und Ausländer, um Rechtsradikalismus und um die Postmoderne. Ich werde jene Positionen ansatzweise kritisieren, die in den angesprochenen Debatten – auch zu ihrem Schaden – dafür sorgen, daß den negativen Effekten einer ins Extrem getriebenen ökonomischen Vernetzung nicht der Raum gegeben wird, der ihnen gebührt – mit den entsprechenden abträglichen politischen Folgen.

Vieles spricht dafür, der fortschreitenden[2] Internationalisierung negative Folgen für die Lebensbedingungen der unteren sozialen Schichten zuzuschreiben (Senkung der Lohn- und Sozialstandards). Für Schäuble ist Maastricht „eine Übereinkunft über das Ende des keynesianistischen Sozialstaates". (»FAZ« 16.10.1997).[3] In den Debatten um den Euro hat auch eine Fixierung auf die deutsche Vergangenheit geholfen, die Frage nach den negativen sozialen Folgen in den Hintergrund zu drängen. Als ob der deutsche Sonderweg, schon die Erklärungskraft dieses Konstrukts allein ist mehr als umstritten[4], noch fortexistierte und als ob irgendein maßgeblicher Teil der deutschen Politik oder Wirtschaft auf den nationalistischen Alleingang setzen würde und die Expansion Deutschlands auf militärischem Wege befürwortete, gemessen also an *dieser* Fiktion wird der Euro begrüßt (z.B. von Grünensprecher Trittin, »taz« 25. 9. 1996): als segensreiche und friedensstiftende Einbindung des irgendwie wesenshaft mit besonderer Agressivität ausgestatteten Deutschlands. Gegen die befürchtete Germanisierung Europas erhofft man sich die Europäisierung Deutschlands.

Eine ‚Antwort' auf die fortschreitende Weiträumigkeit, die politisch den Nationalstaat revitalisieren möchte, blendet die Ökonomie aus zugunsten einer anzustrebenden, aus ihrer eigenen Kraft und Vollkommenheit sich erzeugenden politischen Souveränität. Wer – wie viele Rechte – nationale Stärke *und* Weltmarktorientierung will, kommt aus dem Gegensatz nicht heraus, die Teilhabe an der internationalen Konkurrenz als Mittel nationalen Erfolgs zu befürworten, ohne den möglichen Mißerfolg gewärtigen zu wollen: das Unterliegen in der Konkurrenz, das Niederkonkurriertwerden nationaler Kapitale durch ausländische, inklusive Arbeitsplatzverlust und sinkendem Steueraufkommen. Ist der Nationalstaat für viele Rechte positiv auf die kapitalistische Ökonomie bezogen, so läßt sich von ihnen nichts mehr gegen die Konsequenz einwenden, die entsteht, wenn aus der ökonomischen Entwicklung heraus sich das Verhältnis zwischen weltmarktbezogenen gegenüber nationalwirtschaftsbezogenen Größen verändert[5] und sich die Spielräume und Regulierungsmechanismen des Nationalstaats verringern.

Wer die ökonomischen Gründe der zunehmenden (wenn auch selektiven) räumlichen Vernetzung in den Blick nimmt, wird es sich versagen, Kürzungen in den Sozialhaushalten und die Euroeinführung analytisch kurzzuschließen. Der Euro schreibt nur eine Ausrichtung fest, die auch ohne die Vereinbarungen von Maastricht erfolgt wäre. Die härtesten Sozialkürzungen und Haushaltseinsparungen fanden unter Thatcher und Major trotz ihrer Ablehnung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion statt.

Neben die eher ‚rechte' Variante, die Problematik des veränderten gesellschaftlichen Raumes zu verfehlen, tritt eine eher ‚linke' Manier, die den ambivalenten Charakter der ‚freien' Bewegung von Arbeitsmigranten oder der Arbeitskräfte im europäischen Arbeitsmarkt verkennt. Der Zwang, den Wohnort zu verlegen, stellt sich dar als individuell verständliche ‚Option' für die Arbeitskräfte aus Niedriglohngebieten. In den Zuwanderungsgebieten resultiert aber Lohndrückerei, das Unterbieten gewerkschaftlich erkämpfter Standards und soziale Spaltung.[6] Die abträglichen Wirkungen der Migration für die Herkunftsgebiete (brain drain) sind ebenfalls bekannt.

Das Tübinger Zentralamerikakomitee (ZAK), das „seit 1990 antirassistische Arbeit macht" schreibt: „Möglich werden Deregulierung und Lohndrückerei nur dann, wenn es auch Leute gibt, die sich auf die entgarantierten Arbeitsbedingungen einlassen (müssen). Hier treffen sich die Interessen von UnternehmerInnen (am Profit) und von MigrantInnen (am Überleben). Das Kapital will billigere Arbeitskräfte, die die schlechteren Bedingungen akzeptieren. Die MigrantInnen sind froh, daß sie wenigstens irgendeine Möglichkeit zum Geldverdienen bekommen. Aus Solidarität mit den MigrantInnen fordern wir ‚offene Grenzen'. Aber unterstützen wir damit nicht Deregulierung und Sozialabbau in der Bundesrepublik? Unser Dilemma läßt sich mit einem zugespitzten Beispiel illustrieren: Ein fünfzigjähriger Bauarbeiter (mit deutschem oder türkischem Paß) findet keine Stelle mehr, weil die Baufirmen zu einem Spottpreis genügend fünfundzwanzigjährige tschechische Pendler anheuern können. Wer hat da ‚Recht'?" Das ZAK betont anschließend das Recht für Menschen außerhalb der kapitalistischen Metropolenländer, an deren Wohlstandskuchen teilzunehmen. „Als Gewerkschaftsmitglieder protestieren wir dagegen: Niemand hat das Recht, auf eigene Faust kollektiv erkämpfte Errungenschaften zu unterlaufen. Das eröffnet der Willkür der UnternehmerInnen Tür und Tor. Wir verteidigen die mühsam erkämpfte Absicherung des Oberpfälzer Bauarbeiters, dessen Angst vor dem sozialen Abstieg sich nicht einfach als ‚Wohlstands-Chauvinismus' eines ‚Normalos' abtun läßt (wie es manche AntirassistInnen gern tun). Es geht hier nicht darum, moralische Noten zu verteilen, wer am meisten ‚Recht' hat, sondern darum, die realen Konflikte zu

begreifen. Diese Konflikte lassen sich nicht mit wohlfeilen Parolen von der ‚Einheit der Arbeiterklasse', ‚internationaler Solidarität' oder ‚offenen Grenzen' auflösen (...). In Wirklichkeit gibt es vielfältige Interessenkonflikte (»taz«-Verlagsbeilage vom 19. 12. 1997, S. VIII).

Zur linken Variante, die Problematik eines herrschenden „raumlosen Überall" (Kamper 1998/13) zu verfehlen, gehört, die Notwendigkeit internationaler Solidarität an der falschen ‚Stelle' geltend zu machen. Sie gerät dann schlimmstenfalls zu Exotismus und Solidaritätstourismus. Soziale Ortlosigkeit avanciert von einer Not zur Tugend.[7] Notwendig ist internationale Solidarität sowohl punktuell (als solidarische Hilfe) wie strukturell (als Aufmerksamkeit für die in der Herausbildung des Weltmarktes ganzen Erdteilen zugefügten Beschädigungen). Etwas anderes ist es aber, gegenüber der Globalisierung die Chancen eines Internationalismus von unten zu überschätzen. Die Bemühungen in dieser Richtung[8] sollten nicht davon ablenken, daß Gegenmacht auf überschaubaren Gebieten und überbrückbaren sozialen Unterschieden beruht. Kapitalismus basiert hingegen auf Verselbständigung des Reichtums gegen die Menschen, deren Trennung voneinander gerade Voraussetzung und Resultat ihrer abstrakten Synthetisierung durch das Kapital ist. Die von manchen erhoffte Weltöffentlichkeit erscheint als höchst unwahrscheinlich: Ihre „Konturen sind derzeit noch höchst diffus, ihre Akteure nur sehr schwer zu kontrollieren; und die Konsens- und Kooperationskosten internationaler Zusammenarbeit sind in jedem Fall exorbitant hoch und die Ungewißheiten, die mit der Durchsetzung entsprechender Verträge verbunden sind, groß" (Grande 1997/18).

Wer die Welt nicht zur Sache von Wille und Vorstellung macht, wird unterscheiden zwischen Zielen, die sich aus gesellschaftlich (wenigstens prinzipiell) überwindbaren Gründen nicht verwirklichen lassen, einerseits, Zielen, die sich überhaupt (auch unter anderen gesellschaftlichen Verhältnissen) nicht gesellschaftlich verwirklichen lassen können, andererseits. Die Haltung, sich nicht von der gegnerischen Übermacht von den eigenen Zielen abbringen zu lassen, ist gerechtfertigt, solange es sich um gesellschaftlich realisierbare Ziele handelt. „Darin, daß eine Möglichkeit nicht Wirklichkeit ist, drückt sich nichts anderes aus, als daß die Umstände, mit denen sie gegenwärtig verflochten ist, sie daran hindern, denn andernfalls wäre sie ja nur eine Unmöglichkeit" (Musil 1981/246). In puncto Globalisierung ist das Ziel einer ‚internationalen Zivilgesellschaft' (vgl. zu ihrer skeptischen Beurteilung auch Görg/Hirsch 1998), die einen kapitalistischen Weltmarkt kompensieren oder ihn sich gar unterordnen soll, nicht ein Ziel, mit dem man es momentan nur wegen zu großer gegnerischer Übermacht schwer hat. Dieses Ziel ist vielmehr selbst nicht verwirklichbar, also nicht nur eine heute nicht, aber bei genügend Einsatz später realisierbare Möglichkeit, sondern eine ‚Unmöglichkeit'. Dieses Ziel verkennt, daß die notwendige Perspektive *quer* zur ökonomischen Internationalisierung steht und nicht auf ihrer Grundlage aufbauen kann. Zwar bedarf es internationaler Absprachen, ihr Ziel muß aber sein, die „Notwendigkeit übergreifender Entscheidungen und Regulierungen zu vermindern" und „die eigenständige politische Kompetenz lokaler und regionaler Einheiten zu Lasten von Staaten und internationalen Organisationen zu stärken" (Görg/Hirsch 1998/341). Der gegenwärtige progressive Pragmatismus, der den kapitalistischen Weltmarkt auf *seinem* Terrain einhegen möchte, ist verknüpft mit einem Utopismus der schlechtesten Sorte.

Ausweitung des gesellschaftlichen Raumes Einhalt gebieten

Gegenüber den kritisierten rechten und linken Münchhausiaden, angesichts des veränderten gesellschaftlichen Raumes sich am politischen oder moralischen Zopf aus dem Sumpf ziehen zu *wollen*, wird es in einer ökologischen Perspektive und in einem Horizont, in dem es um die soziale Gestaltung von Gesellschaft geht, relevant, der Ausweitung des gesellschaftlichen Raumes Einhalt zu gebieten. Schon ökologisch stellen sich Forderungen nach der Verringerung von auf Transporte verwendeten Energien, nach dezentraler Nutzung natürlicher Energien (z.B. Sonnenenergie), nach Mehrfachnutzung von Ressourcen und nach Recycling. Not-wendig werden so Vergesellschaftungsverhältnisse, in denen Kleinräumigkeit, Diversität, kurze Transportwege, die Bildung von symbiotischen und synergetischen Wechselwirkungen eine große Rolle spielen. Damit ist nicht die Autarkie von Dorfgemeinschaften gemeint, wohl aber die Verdichtung von sozialen und materialen Stoffwechselprozessen auf kommunaler oder regionaler Ebene. Das Primat der Steigerung von Geschwindigkeiten und der Durchlässigkeit des Raumes wird von einem anderen Leitbild abgelöst werden müssen: Entschleunigung, Entflechtung, Entkommerzialisierung und Entrümpelung (von Defensivkonsum und -arbeiten).

Auch aus Gründen einer wachsenden Kluft zwischen der Größenausdehnung der zu beeinflussenden Gesellschaft einerseits, Auseinandersetzungs-, Beratungs- und Koalitionskapazitäten von unten andererseits, ist jeder zunehmenden internationalen ökonomischen Vernetzung entgegenzuwirken. Gegen den Traum von einer sozialen Flankierung und Einhegung Europas muß auf die Schwierigkeiten kollektiver Kämpfe von unten bei Größenausdehnungen hingewiesen werden, die denen der USA nahekämen. Das Kosmopolitentum mobiler Intellektueller und die Virtualisierung des Raums in der Begeisterung für Kommunikations- und Informationstechnologien sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die für jeden Kampf gegen mächtige Interessengruppen notwendige soziale Vergemeinschaftung von unten an lokale und regionale Präsenz gebunden bleibt. Die räumliche Einheit, auf die sich Selbstbestimmung nur sinnvoll beziehen kann, ist kleiner als die Welt und kleiner als imperiale Großreiche.

Die Not(wendigkeit), die Ausweitung des gesellschaftlichen, vornehmlich ökonomischen Raumes einzuhegen, verkennt, wer die diesbezüglichen Probleme des neuen Europas der ‚einseitig ökonomischen' Einigung und dem ‚Demokratiedefizit' der EG zuschreibt. Als durch einen anderen politischen Willen korrigierbar wird wahrgenommen, was strukturell an die Qualität des gesellschaftlichen Raumes gebunden bleibt. Schon gängige Demokratietheorien informieren darüber, daß Demokratie die „faktische Integration" des Gemeinwesens voraussetzt. „Negative Bedingung der Integration ist die Abwesenheit tiefgehender ethnischer, linguistischer, religiöser, ideologischer oder ökonomischer Spaltungen (...) (so) daß auch Entscheidungen als legitim akzeptiert werden, die den eigenen Interessen oder Überzeugungen zuwiderlaufen" (Scharpf 1992/296). Die Geschichte westlicher Demokratien zeigt die gesteigerte Wahrscheinlichkeit struktureller Minderheiten in Ländern mit sozio-kulturell heterogener Gesellschaft. Diese Wahrschein-

lichkeit erhöht sich noch bei räumlicher Konzentration solcher Minderheiten (Grande 1997/24). „Die Logik dieser Währungsunion führt dazu, daß in Zukunft innerstaatliche Sozialkonflikte fast unvermittelt zu zwischenstaatlichen Richtungskonflikten werden. Aus der Bedrängnis der Sozialpolitik wird sich eine unerwünschte und unerwartete Renaissance der Nationalstaaten als Schutzgehäuse ergeben, wenn schwaches Wachstum, hohe Staatsschulden und unabweisbar wachsende Sozialhaushalte aufeinander treffen." (Michael Stürmer: Der Euro und seine momentanen Gefahren. In: »NZZ« 20.2.1998).

Wer nicht auf eine politische Gestaltung von sozialen Gebilden mit einer Größenordnung hofft, die gerade jedwede politische Regulation von unten aufs stärkste erschwert, tut gut daran, sich zu vergegenwärtigen, daß es Perspektiven gibt, die jener erpresserischen Alternative entgehen, nach der die auf kleinere Räume bezogene Ökonomie notwendig zur sozialen Regression führe. Das hohe Niveau der Produktivkräfte und die ebenso überkomplexe wie überregionale Arbeitsteilung sind nicht notwendig miteinander verknüpft. Die sehr stark Ressourcen verbrauchende, da transportintensive Durchrelationierung billiger Zulieferer, Rohstoffe und Arbeitskräfte mit Produktionen und Abnehmern auf anderen Erdteilen des Globus ist kapitalistischen Ursprungs und nicht umstandslose Notwendigkeit moderner Gemeinwesen.[9] Dabei erscheint es beim aktuellen Stand der Produktivkräfte ebenso möglich wie sinnvoll, Produktionskreisläufe zu dezentralisieren. Noch zu Zeiten des Fordismus war die Vorstellung realitätshaltiger, zentralisierte Massenproduktion, Fließbandtechnologie und monostrukturelle Zurichtung ganzer Regionen seien unabdingbare Voraussetzungen hoher Produktivität. Die Dezentralisierung der Lebenszusammenhänge konnte nur vorgestellt werden als Rückkehr zur bäuerlich-handwerklichen Lebensweise. Verschiedene heute diskutierte Konzepte und Ansätze zu Bereichen wie Energieversorgung, Landwirtschaft, Verkehrswesen, Siedlungsarchitektur beinhalten, sie ‚verbrauchsnah' dezentral zu verorten – unter Voraussetzung einer intelligent darauf abgestimmten überregionalen Infrastruktur. Einzelne (eher: lokale und regionale) Bereiche wären dann „intern stark verknüpft", während national und international „der Vernetzungsgrad zwischen diesen Bereichen nur aus wenigen, ausgewählten Beziehungen" bestehe (Vester 1984/41).

Auch in der grünen Diskussion wird für eine „gezielte Rekonstruktion ökonomischer Verflechtungs- und Netzwerkstrukturen innerhalb der Regionen" plädiert: „Durch die Stärkung regionaler Austausch-, Zuliefer-, und Verflechtungsstrukturen verlöre der ‚Dämon Weltmarkt' viel von seinem Schrecken, weil nur ein kleinerer Teil der Produktion direkt für den Weltmarkt hergestellt wird. Das bedeutet keineswegs, daß jetzt wieder autonome ökonomische Inseln aufgebaut oder sachlich sinnvolle internationale Arbeitsteilungen zerschlagen werden sollen. Es geht vielmehr darum, augenfällige Fehlentwicklungen zu stoppen und rückgängig zu machen. Durch öffentliche Zuschüsse künstlich verbilligte Transportkapazitäten und Kommunikationsnetze, staatlich subventionierte Energie und Grundstückspreise, die erzwungene räumliche Mobilität der Beschäftigten, und die einseitig auf Fernabsatz orientierten Wirtschaftsförderstrategien haben dazu geführt, daß viele historisch gewachsene regionale Vernetzungsstrukturen zerschlagen wurden. Statt dessen hat sich eine ökologisch und wohlfahrtsökonomisch aberwitzige Arbeitsteilungsstruktur herausgebildet, in der die wirklichen geographischen Räume durch die virtuellen Räume der weltweiten Finanzspekulation und Computernetzwerke ersetzt werden" (Brüggen 1995/10).

Soziale Systeme umbauen

Demokratische *und* ökologische Perspektiven *konvergieren* in der „Verkürzung der sachlichen, sozialen und zeitlichen Distanz zwischen Handlungen und Handlungsfolgen auf jenes Maß, das es überhaupt erst erlaubt, die Qualität jenes Zusammenhangs kognitiv zu erfassen und wie auch immer politisch-moralisch zu beurteilen. Soziale, politische und ökonomische Handlungssysteme können durchaus in der Weise umgebaut werden, daß ihren Akteuren die Reflexion auf die Fernwirkungen ihres Handelns bzw. die Beweislast für die Vertretbarkeit derselben nahegelegt wird, und daß sie umgekehrt aus der direkten Abhängigkeit von den Vorgaben anderer Handlungssysteme herausgelöst werden. Eine solche Verdünnung von Externalitäten und Abhängigkeiten wird in sozialwissenschaftlich begründeten Steuerungskonzepten zunehmend mit Begriffen wie ‚self-reliance' bzw. ‚autozentrierte Entwicklung' (in der Entwicklungssoziologie), ‚loose coupling' (in der Organisationssoziologie) oder Dezentralisierung bzw. ‚devolution' (in der Politischen Soziologie) erörtert. Dabei ist der gemeinsame Grundgedanke, soziale Systeme so umzubauen, daß sie ihre Umwelt weniger mit Folgeproblemen belasten und gleichzeitig selbst ihrer Umwelt gegenüber autonomer werden, wovon man sich dann insgesamt eine Ermäßigung von Koordinationsproblemen und Steuerungsbedarfen versprechen kann" (Offe 1986/114f.).

Die Globalisierung mit ihrer verschärften Konkurrenz führt eine Beschleunigung mit sich, gegen die alle Parteien, die nicht als Repräsentanten eines entschiedenen Kurswechsels verstanden werden[10], wenig einzuwenden scheinen. Der DVU-Erfolg in Sachsen-Anhalt ist *auch* in diesem Kontext motiviert: Als Votum gegen eine Dauerverunsicherung von Identitäten und als Votum dagegen, in noch unübersichtlichere ökonomische Horizonte als jene einbezogen zu werden, die bereits seit 1989 DDR-Bürger verstörten.

„Es muß doch einen humanen Anspruch geben auf ein Stückchen Sicherheit, ein Stückchen Dauerhaftigkeit von Lebensformen, von Arbeitsverhältnissen, von Qualifikationen und sozialen Beziehungen: Das grundlegende Prinzip der Globalisierung lautet: permanente Unsicherheit. Weder die Unternehmer noch die Arbeitnehmer können sich noch auf etwas verlassen, denn die ökonomischen und technologischen Zyklen werden immer kürzer, eine Innovation muß sich immer schneller auf dem Markt verwerten. Wir sollen uns also alle ständig anpassen, weiterlernen, anpassen, weiterlernen" (Birgit Mahnkopf. In: »taz« 4.9.1996, S. 19).

Mit der not-wendigen Raumordnung angesichts der kapitalistisch organisierten Siege der Zeit über den Raum geht auch eine andere, not-wendige Zeitordnung einher: Entschleunigung. Ebenso wie beim (reale Trends zur Globalisierung bestärkenden) Kosmopolitismus wird auch hier ein Kulturkampf nötig: gegen alle als chic empfundenen Beschleunigungs- und Überbietungsphantasien und dagegen, die objektiv notwendige Mobilität (wie: in den USA) lebensstilhaft zur eigenen subjektiven Sache zu machen. Auch die postmodern idealisierte „Bodenlosigkeit der Postmoderne" wird zum Problem: „Die Postmoderne ist der Punkt, wo das moderne Freisetzen aller

gebundenen Identität zum Abschluß kommt. (...). Im Augenblick des höchsten Triumphs muß Befreiung erleben, daß sie den Gegenstand der Befreiung vernichtet hat. Je freier die Entscheidung ist, desto weniger wird sie als Entscheidung empfunden. Jederzeit widerrufbar, mangelt es ihr an Gewicht und Festigkeit – sie bindet niemanden, auch nicht den Entscheider selbst; sie hinterläßt keine bleibende Spur (...). Freiheit gerät zu Beliebigkeit" (Baumann 1993).

Mit der Globalisierung wird ein neues Kapitel des sozialen Konflikts zwischen unqualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften aufgeschlagen. Erstere erscheinen leichter durch ausländische Arbeitskräfte ersetzbar, die Zugangsschwellen sind niedriger und die Arbeit kann leicht von Kapitalen aus Ländern mit einem insgesamt niedrigeren Produktivitäts- und Kapitalisierungsstand übernommen und dort dann auch billiger geleistet werden. Wahrscheinliche ‚Gewinner' in der Konkurrenz unter den Arbeitskräften in den Metropolen dürften jene qualifizierten Spezialisten sein, deren Qualifikationen ebenso schwer kopierbar sind wie gebunden an vorausgegangene längere Tätigkeit im jeweiligen Arbeitsgebiet. Begünstigt in den neuen globalen Strukturen werden die sein, denen es gelingt, als Spezialisten in den neuen globalen Netzwerken mitzuspielen. Diese Liga, in der global durch hochflexibles und dynamisches Handeln individuell gute Einkommen erzielt werden können, setzt sich zusammen aus der wissenschaftlichen Forschung, der technischen Entwicklung, dem Marketing, der Finanzspekulation und der kulturellen Innovation. *Ein* Problem der Grünen besteht darin, daß die diese Prozesse hochflexiblen Mitspielens attraktiv findenden ‚Macher' die Grünen für unmodern (wegen Nachhaltigkeitsrhetorik usw.) erachten: zu undynamisch, zu strickstrümpfig. Die Globalisierungsverlierer wiederum dürften grüne Politik mit einem Humanismus der Ware assoziieren, der mit einer ‚zu menschenfreundlich' motivierten Ausländerpolitik den Leuten den Schutz entzieht, den sie sich als Angehörige einer reichen Nation noch versprechen. Das Florieren des nationalen Kapitals und das (ziemlich relative) Wohlergehen der Arbeitnehmer des Landes entkoppeln sich auch in den Metropolen.

Die not-wendige Regionalisierung unterscheidet sich vom Protektionismus oder der Formierung von Wirt-

schaftsblöcken, die sich auf die Konkurrenz am Weltmarkt ausrichten, sich also positiv auf ihn einstellen, statt auf eine weltweite Raumordnung, die den Rückbau und die Entmächtigung des Weltmarktes beinhaltet: „Die Dekonnexion bedeutet für mich die Unterwerfung der äußeren Beziehungen unter die Logik einer internen Entwicklung. Es ist das Gegenkonzept zu dem zur Mode gewordenen Weltbankmodell der Strukturanpassung. Die Strukturanpassung erfolgt stets einseitig, es ist die Anpassung der Schwachen an die Erfordernisse der Starken (...). Es wäre eine auto-zentrierte Entwicklung in einem mittelgroßen Rahmen vorstellbar, bespielsweise dem Zusammenschluß von mehreren Nationen oder Ländern der Dritten Welt. So große Länder wie China oder Indien und eine Reihe größerer Staaten des Südens könnten hier eine Vorreiterrolle spielen" (Samir Amin, Interview. In: »Kommune« 12/95, S. 36).

Die Kritik an einer die gesellschaftliche Gestaltungskraft überfordernden, zu weit getriebenen Durchrelationierung und Vernetzung ergibt einen Konvergenzpunkt zwischen not-wendigen Konzepten in der Raumordnung und in der Technik. In bezug auf letztere schildert Perrow die wenig voraussehbaren und potentiell schädlichen Verkoppelungen von für sich genommen sinnvollen Vorrichtungen. Probleme entstehen bei Systemkomponenten, die entweder verschiedene Funktionen bedienen oder benachbart sind, etwa „wenn ein Kurzschluß in einem Kabel ein in der Nähe verlaufendes zweites Kabel außer Funktion setzt, das zu einer Sicherheitsvorrichtung läuft, die sich für den Fall eines Defekts im ersten Kabel einschalten soll" (Perrow 1988/199f.). Es bricht also möglicherweise nicht nur ein Feuer aus, sondern es fällt zugleich auch der Feueralarm aus. Perrow hat die Sorte dieser seltenen, aber umso wirkungsvolleren Interaktionen in komplexen *und* eng[11] gekoppelten großtechnischen Systemen als Grund für das Auftreten von Unfällen in Systemen der Großtechnik (Kernkraftwerke, Schiffe, Weltraumflüge usw.) herausgearbeitet. Er erklärt die strukturelle Wahrscheinlichkeit des Auftretens solcher wenig beherrschbarer Interdependenzen im Unterschied zur Interpretation ihres Auftretens als Zufall oder menschliches Versagen. „Normale Katastrophen" – so auch der Titel seines Buches. Die Verbesserung der Schulung und Qualifikation sowie die Erhöhung der Sicherheitstechnik, so notwendig sie sind, erscheinen dem Problem gegenüber letztlich inadäquat: „Beim nächsten Mal wird die Konstruktionsabteilung ein zusätzliches Alarmsystem und eine zusätzliche Löschvorrichtung vorsehen, die dann jedoch möglicherweise ihrerseits drei zusätzliche unerwartete Interaktionen zwischen zwangsläufig auftretenden Störungen zulassen" (Perrow 199/17). Die Steigerung von Komplexität und enger Kopplung führt dazu, daß die Sicherheitsvorkehrungen „von verborgenen Pfaden innerhalb des Systems umgangen oder außer Funktion gesetzt werden (...). Wir sind möglicherweise an einem Punkt angelangt, wo die Kurve unseres Lernfortschrittes fast horizontal verläuft" (Perrow 1988/27).

Verschiedene Spitzenprodukte der gegenwärtigen Technologie (KKW, Rüstungstechnologie, Raumfahrt, Transrapid) machen nur als Waffen oder als Kampfmittel in der internationalen Konkurrenz Sinn – also nicht mehr bezogen auf die Gestaltung lokaler oder regionaler Lebenswelten. Sie bringen zugleich die Verkehrung deutlich zur Anschauung, in der die nationale Anwendung bestimmter Techniken ihren Hauptzweck darin findet, als gelungenes Testbeispiel zu fungieren und damit den Export dieser Techniken zu ermöglichen.

Heimat als verständliche, überschaubare, gestaltbare Nahwelt

Die Kritik an der *Überschreitung* des Nutzens von Durchrelationierung und Vernetzung bedeutet nicht, die Probleme kleiner Räume zu verkennen. Der Rückzug auf die Nähe, das Erleben alles Fremden als Bedrohung, die Romantisierung dörflicher erstickender Enge – dies war und ist der Grund für eine Kritik an ‚Heimat'. Allerdings fragt sich, ob Heimat nicht gerade jener Weltaneignung streitig gemacht werden kann, die auf exklusiven Be-

sitz, auf ‚Selbstfindung' durch einfache Entgegensetzung zum Fremden, auf bornierte und bornierende, einschließende Gemeindebildung hinausläuft. Der Wunsch nach Heimat geht nicht notwendig darin auf. Mit ‚Heimat' verknüpft sich auch „das Bedürfnis nach einer nicht in erzwungener Mobilität zerstückelten Biographie (...) Identität – eben auch verstanden als Widerstand des Individuums gegen die gesellschaftliche Zurichtung zur ‚Momentpersönlichkeit' – klagt Heimat als verständliche und überschaubare, gestaltbare Nahwelt ein (...). (Allerdings) greift der nur auf überschaubare Nahwelten verengte Heimatbegriff zu kurz, so lange er die fernweltlichen Einflüsse auf die engere Heimat ausblendet (...). Es ist nur scheinbar paradox: Die Kontur des ausschließlich auf Nahwelten bezogenen Heimatbegriffes ist zwingend aufzulösen, um letztlich Heimat als Nahwelt zu gewinnen; borniertes, provinzielles und lokales, auch nationales Heimatdenken ist zu überwinden, um eine Welt-Heimat zu schaffen und anzueignen, in der Nahwelten dann möglich werden können (...). Aktive Heimatlosigkeit als Prinzip der Verneinung kurzsichtiger und auf die Dauer zerstörerischer Interessen bringt der Nahwelt eben das nahe, was in der Welt zu tun ist, um endlich beheimatet zu sein" (Schmieder 1993/81).

Heimat ist für Intellektuelle etwas anderes als für Menschen, denen die Gesellschaft nicht einmal in ihrer Vorstellung ein wie auch immer konsistentes Bild darstellt. Die gesellschaftlich zu erklärende Unwirklichkeit der Wirklichkeit, das Sich-die-Wirklichkeit-nicht-erklären-können, nicht einmal mit falschen Erklärungen, so viele es davon gibt, diese Unwirklichkeit ist in der Bevölkerung durchaus als Gefühl der Nichtfaßbarkeit, als ‚Nichtdurchblick' gewiß, so sehr dieser Eindruck auch den Narzißmus der Urteilsmächtigkeit kränkt. Die Welt ist nicht die der Menschen, solange nicht abstrakte (moderne und kapitalistische) Mechanismen gesellschaftlicher Gestaltung unterworfen werden können. Solange dies nicht passiert, muß der Wunsch nach einer Welt, in der die Welt die ihrer Menschen ist, verschwommen bleiben. Die Fremdheit der gesellschaftlichen Welt gegenüber den Individuen, die in ihr leben, affiziert die Versuche, sich einen Reim auf diese Fremdheit zu machen. Wo abstrakte Strukturen nicht gesellschaftlich eingehegt oder gestaltet werden, halten sich viele personalisierend ans Individuum und können sich – mangels Sinn für die Implikationen, Folgen und Voraussetzungen ihres Arbeitens und mangels Perspektivenverschränkung in einer entsprechenden Gesellschaftsgestaltung – gesellschaftliche Verbundenheit nur als über gemeinsame Kultur und Sprache verbürgte Zusammengehörigkeit und Nähe vorstellen. Wo der Wunsch nach dieser Heimat mit den Menschen durchgeht, wenden sie das Unbehagen an der Gesellschaft traumlogisch. Vor lauter Wunsch nach der Überwindung gesellschaftlicher Heimatlosigkeit wird Heimat von Ausländerfeinden dort fingiert, wo im Fehlen kultureller und sprachlicher Verständigungs- und Kooperationshindernisse (auch nur ex negativo) eine notwendige, aber keinesfalls hinreichende Bedingung für ‚Heimat' existiert.[12] Der Wunsch ist so stark, daß die unter den ‚Volksgenossen' herrschenden Uneinigkeiten und Gegensätze heruntergespielt werden, um die Hoffnung darauf nicht zu verlieren, die Welt sei – wenigstens ethnozentrisch gefaßt und veranstaltet – ‚unsere'. Wer allein an Interessen appelliert[13] und etwa die ökonomischen Vorteile der Beschäftigung von Ausländern argumentativ hervorkehrt, übergeht dies Bedürfnis, das so abstrakt ist wie die Not, die es zu wenden versucht. Die Ausländer stehen als Symbol für die Fremdheit der Welt, die so fremd erscheint, daß sie sich nur pseudokonkret fassen läßt, wo Personen für sie haftbar gemacht werden können. Das erklärt auch den Erfolg rechter Parolen im Osten Deutschlands. Dort ist der Ausländeranteil besonders gering, das Gefühl aber groß, schon in der ‚neuen' BRD nicht angekommen zu sein, vom dann umso mehr als Bedrohung und Entortung wahrgenommenen Europa ganz zu schweigen.

Antirassismus und Antifaschismus sind in bezug auf die Bearbeitung gesellschaftlich herrschender Strukturen Ersatzhandlungen und teilen deren Problematik, notwendig zu erscheinen, solange die konstitutiven Gründe des Problems außerhalb der Handlungsreichweite bleiben, zugleich aber die Arbeit an diesen Gründen auch zu verstellen und den Schein einer Abkürzung zu suggerieren. Zwar konnten rechtsradikale Parteien zeitweilig marginalisiert werden. Die Bekämpfung fremdenfeindlicher Gewalt im Osten Deutschlands wird vielleicht die gewaltsamen Ausdrucksformen der Fremdenfeindlichkeit reduzieren, nicht aber diese selbst. Der Hydra werden allenfalls Köpfe abgeschlagen, die wieder nachwachsen, statt sie durch den Entzug der Bedingungen ihrer Möglichkeit unnötig zu machen oder diese Perspektive wenigstens als das Terrain zu wissen, das zu erarbeiten ist, wenn man sich nicht mit einfachen Wahrheiten als Gegner einfacher Unwahrheiten einrichten möchte, ohne deren Konstitution in den Blick zu bekommen. Das Finanzkapital läßt sich ja auch nicht direkt bekämpfen – also isolieren aus seiner Einbindung ins Gesamtgefüge der kapitalistischen Ökonomie. ■

Meinhard CREYDT ist Soziologe und Psychologe.

Literatur

Baumann, Zygmunt 1993: Wir sind wie Landstreicher. In: »Süddeutsche Zeitung« 16./17.11.

Bommes, Michael; Scherr, Albert 1994: Migration und Dritte-Welt-Bewegung. In: »Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen« H.3.

Brüggen, Willi 1995: Wege aus der Standortfalle – Die Wirtschaftsbeziehungen regionalisieren. In: »Andere Zeiten« 5/95.

BUNDjugend 1994: Umweltstandort Deutschland. Berlin.

Burchhardt, Hans-Jürgen 1996: Die Globalisierungsthese – von der kritischen Analyse zum politischen Opportunismus. In: »Das Argument« H. 217.

Görg, Christoph; Hirsch, Joachim 1998: Chancen für eine ‚internationale Demokratie'? In: »Das Argument« Nr. 225, H. 3/98.

Grande, Edgar 1997: Post-nationale Demokratie – Ein Ausweg aus der Globalisierungsfalle? In: »Comparativ« (Hg.: Wolfgang Fach) Jg. 7, H. 2. Leipzig.

Grebing, Helga 1986: Der ‚deutsche Sonderweg'. Stuttgart.

Hoffmann, Jürgen 1996: Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur. Münster.

Hübner, Klaus 1997: Hand in Hand – Globalisierung und Regionalisierung von Wirtschaftsräumen. In: »Blätter des Informationszentrums Dritte Welt«. Februarheft.

Jäger, Michael 1983: Kommunismus kommt von kommunal. In: »Argument«-Sonderbd. 100.

Kamper, Dietmar 1998: Von wegen. München.

Losurdo, Domenico 1989: Hegel und das deutsche Erbe. Köln.

Ders. 1993: Marx und die Geschichte des Totalitarismus. In:

»Topos« H.1.
Musil, Robert 1981: Mann ohne Eigenschaften. Reinbek bei Hamburg.
Offe, Claus 1986: Die Utopie der Null-Option. In: P. Koslowski u.a. (Hg.): Moderne oder Postmoderne. Weinheim.
Ostendorf, Bernd 1995: Der Preis des Multikulturalismus. In: »Perspektiven« H.23. Frankf.M.
Perrow, Charles 1988: Normale Katastrophen. Frankf.M.
Scharpf, Fritz W. 1992: Europäisches Demokratiedefizit und deutscher Föderalismus. In: Staatswissenschaften und Staatspraxis 3.
Schmieder, Arnold 1993: Radikale Sehnsucht: Heimat. In: »Psychologie- und Gesellschaftskritik«. H.1, 17. Jg.
Trenkle, Norbert 1996: Weltgesellschaft ohne Geld? In: »Krisis« H. 18. Bad Honnef.
Vester, Frederic 1984: Neuland des Denkens. München.

Anmerkungen

1 Für Diskussion und Kritik bedanke ich mich bei H. Babendreyer, J. Bräuner, M.Ohm und U. Vorberg.

2 Inwieweit sie tatsächlich in dem Ausmaß stattfindet, in dem von ihr gesprochen wird, oder inwieweit propagandistisch auf sie Bezug genommen wird, vgl. dazu Burchhardt 1996.

3 Setzt man „den Wechselkursmechanismus als ‚Scharnier' zwischen den diversen Wirtschaftsräumen außer Kraft, so muß sich die Anpassung der unterschiedlich strukturierten und leistungsstarken Wirtschaftsräume über eine Differenzierung und Flexibilisierung der Faktoreinkommen bzw. eine Wanderung von Kapital und Arbeitskräften vollziehen (...). Ist der Arbeitsmarkt nicht flexibel genug, um besagte Scharnierfunktion zu übernehmen, walzen aber die starken Volkswirtschaften die schwachen Ökonomien nieder." Zwar tragen die schwächeren Ökonomien den Hauptteil der Anpassungslasten, aber auch die Arbeitnehmer in den Kernländern bleiben nicht unbeschadet: „Auch in Deutschland (obwohl auf der Gewinnerseite der Währungsunion) ist mit Angriffen gegen Lohnersatzleistungen des Sozialversicherungssystems sowie gegen die Flächentarifverträge zu rechnen" (Dirk Löhr in der DGB-»Zeitschrift Soziale Sicherheit« 4/97).

4 Der historischen Kritik der Sonderwegsthese von (vgl. David Blackbourn und Geoff Eley: Mythen deutscher Geschichtsschreibung; vgl. auch dies. The Peciularities of german history, 1984) zufolge wird die Bedeutung vormoderner Mentalitäten und Strukturen für das Kaiserreich und die Weimarer Republik überschätzt und (vgl. Grebing 1986/129) werden die Aktivitäten des deutschen Bürgertums im Kaiserreich unterschätzt. Zugleich relativiert sich der Unterschied des deutschen Bürgertums zum französischen und englischen mit der Kritik an den Übertreibungen in bezug auf ihren revolutionären Charakter. Hoffmann (1996/244) bezieht die deutsche Geschichte im Kaiserreich, das Bündnis des Bürgertums mit den traditionellen Machteliten, auf die Abwehr der erstarkenden Sozialdemokratie und auf die „im internationalen Vergleich frühe Trennung der Arbeiterbewegung von der bürgerlich-nationalen Bewegung". Vgl. auch zur Kritik stereotyper antideutscher Deutschlandsbilder und zu den internationalen Ursprüngen der nazistischen Ideologie Losurdo 1989/507 und 1993. „Es ist mehr die Verbindung von der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Weltwirtschaftskrise als ein jahrhundertealter Sonderweg, die den Sieg des NS erklärt" (Eric J. Hobsbawm, in: »taz« vom 25.9.1996).

5 „Sowohl das zum Export bestimmte Warenkapital als auch das in Form von Direktinvestitionen auftretende produktive Kapital und das die Euro-Märkte konstituierende zinstragende Kapital sind in den letzten 25 Jahren schneller gewachsen als das jeweilige Bruttoinlandsprodukt dieser Ökonomien" (Hübner 1997/14).

6 Bereits Friedrich Engels schildert 1845 die das Reproduktionsniveau senkenden Effekte der von Staat und Kapitalen geförderten Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte – am Beispiel der irischen Einwanderung (MEW 2/320ff.).

7 Vgl. zur Kritik der Dritte-Welt-Bewegung u.a. Bommes/Scherr 1994.

8 „Von einer einheitlichen Tarifpolitik (in Europa) sind die Gewerkschaften noch weit entfernt, in den nächsten zehn Jahren lasse sich eine Harmonisierung sicher nicht erreichen, schätzt man in der Dortmunder Gewerkschaftszentrale" (»FAZ« 22.7.1997). In der Brüsseler Zentrale des Europäischen Gewerkschaftsbundes arbeiten gegenwärtig 43 Personen.

9 Die Zahl der Lastwagen-Kilometer hat sich in der Bundesrepublik noch von 1991-1996 um ein Fünftel erhöht (»FR« 1.3.1997/S.12). „Durch den Wegfall jeglicher Beschränkungen für den Güterverkehr rechnet die Bundesregierung mit einer Verdoppelung des Lkw-Verkehrs bis 2005. Der Pkw-Verkehr soll in der EU ‚nur' noch um 40 Prozent wachsen" (BUNDjugend, 1994/27).

10 Also auch die Grünen, die immer mehr mit der Erstarkung ihres Ministerflügels als grünes Segment des Establishments wahrgenommen werden. Die PDS wird nicht so verstanden. Dies resultiert aus ihrer Vergangenheit, nicht aus ihrer Gegenwart. In letzterer hat die PDS mit ihrem Ideen- und Perspektivenvorrat nur eine zeitversetzte Kopie von SPD und Grünen zu bieten und in der Alltagspolitik N-Ostalgie und Ultrapragmatismus. „In der Kommune zählt kein Parteibuch" – so eine PDS-Anzeige aus dem Bundestagswahlkampf 1998.

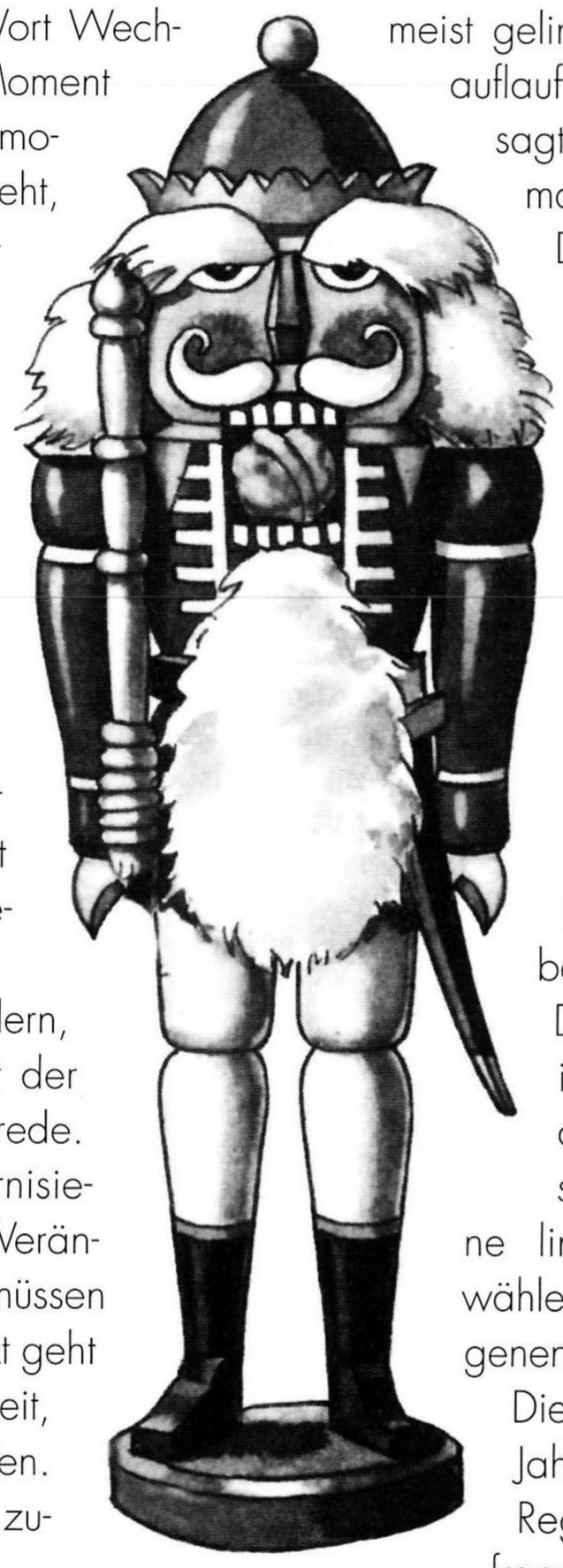
11 „Seine Prozesse laufen sehr schnell ab und lassen sich nicht ohne weiteres abschalten, die ausgefallenen Aggregate lassen sich nicht von den übrigen Bauteilen isolieren, oder es besteht keine andere Möglichkeit, einen ungestörten Produktionsablauf zu gewährleisten (...). In diesem Fall wird sich die Störung rasch und ohne erkennbare Ursache zumindest für eine gewisse Zeit ausbreiten" (Perrow 1988/17).

12 Die gemeinsame Kultur, Sprache usw. besetzen in der ethnozentrischen Verarbeitung des abstrakt – eben als Erleben – verbleibenden Fremdheitserlebens der gesellschaftlichen Welt den Platz eines gesellschaftlichen Stoffwechsels, für den man vom Bezug von Menschen über Arbeiten zueinander zu sprechen hätte. Ziel dieser ‚Arbeitsperspektive': Im Arbeiten und im Genuß seiner Produkte die Arbeit und die gesellschaftliche Gestaltung des In-der-Welt-Seins sich in ihrer Gegenwart vergewissern und genießen.

13 Daß ‚Werte' und ‚Gemeinschaft' keine Perspektive und Anomie keine Problemdiagnose darstellen, habe ich – im Hinblick auf Arbeit i.w.S. als Paradigma und Perspektive – dargestellt in meiner Kritik an Heitmeyers Variante der Individualisierungstheorie (in: »Das Argument« H. 205/1994).

Sozialdemokratie

Bis zur Kenntlichkeit hat sich die Sozialdemokratie in den letzten Jahren entwickelt, ja entpuppt. Und das hat etwa in Österreich nicht erst mit Klima oder Vranitzky begonnen, sondern dieser Weg war weitgehend vorgezeichnet. Ein großer Bruch in der Geschichte hat nie stattgefunden. Das unschuldige Wort Wechsel drückt mehr aus als es im ersten Moment vermittelt. Was da jetzt unter sozialdemokratischen Zeichen in EU-Europa ansteht, das ist keine Wende, sondern die Fortsetzung konservativer Politik mit neuen Gesichtern. Alle Zeichen stehen auf Kontinuität. Für die Parteien gilt immer mehr: Du wirst sie nicht mehr unterscheiden können.



Mit Schröder, Blair und Klima kommt die Sozialdemokratie freilich auf ihren allgemeinen Nenner. Horcht man ihren Reden, liest man ihre Programme, kann man nur noch entgeistert feststellen: Da ist nichts, aber es kommt an. Die Leistung der Simulation liegt gerade in diesem Paradoxon.

„Wir können Österreich nur verändern, wenn wir uns selbst verändern", sagt der Vorsitzende Klima in seiner Parteitagsrede. Und: „Unsere Tradition heißt Modernisierung, unsere Stärke heißt Willen zur Veränderung." (Die Zukunft 11/98) „Wir müssen Tempo machen", sagt der Kanzler. „Jetzt geht es darum, mehr Wachstum, mehr Arbeit, mehr Gerechtigkeit in Europa zu schaffen. Die Chance dafür ist so groß wie nie zuvor."

Mehr, mehr, mehr. Schneller, schneller, schneller. Die SPÖ beharrt auf dem Komparativ, mag dieser auch an allen Ecken und Enden verunglücken. Am Kampf um die Standorte – der sich hinter solchen Aussagen versteckt – wird in der SPÖ aber überhaupt keine Kritik geäußert. Er wird als quasi naturgesetzliche Vorgabe hingenommen.

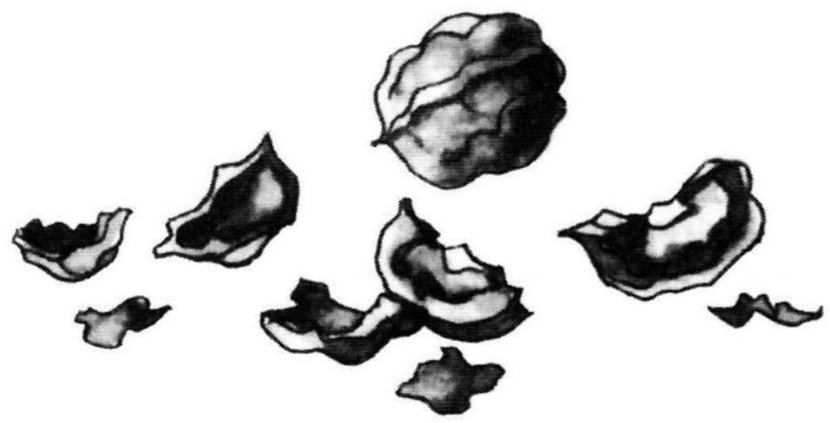
Wenn man Viktor Klimas Parteitagsrede liest, dann spricht aus dieser ein mit der Realität völlig unvermittelbarer Voluntarismus: „Wir wollen", „Wir werden", „Mit uns nicht" etc. Die Diktion der Postulate ist dazu da, die Kundschaft – in diesem Fall die Parteitagsdelegierten und „die Leute da draußen" – entsprechend zu bedienen. Aus der Vollmundigkeit darf natürlich nicht auf die Wirklichkeit geschlossen werden, obwohl gerade dieser Fehlschluß stets aufs neue inszeniert wird und zumeist gelingt. Klimas Rede ist wahrlich ein Phrasenauflauf der leeren Pointen. Er hat zwar nichts gesagt, aber er hat gut geredet. Alle jubeln, niemand weiß warum.

Die Sozialdemokratie ist eine der möglichen Verwaltungsagenturen des Kapitals, wobei ihre Spielräume heute zusehends simuliert werden müssen. Marketing steht inzwischen ganz oben. Und dahingehend ist die SPÖ – nicht zuletzt Dank Andreas Rudas – sicher um vieles weiter als etwa der Koalitionspartner ÖVP. „Während bei den Roten Profis arbeiten, sind bei den Schwarzen Dilettanten am Werk", weiß der »Kurier« vom 6. Dezember. Zweifellos, die SPÖ verkauft sich gut, ja für das Produkt, das sie zu bieten hat, eigentlich bestens.

Der Trend zur Sozialdemokratie sollte aber in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden. Ihr geht's gut, weil: sie läßt es so erscheinen. Doch darauf reinzufallen, ist keine linke Bürgerpflicht. Ebensowenig sie zu wählen. Ein Aufbruch darf nicht mit einer gelungenen Werbeveranstaltung verwechselt werden.

Die Krise der Sozialdemokratie, vor ein paar Jahren noch in aller Munde, ist nicht durch Regierungsbeteiligungen oder Meinungsumfragen überwunden. Sie ist nur ausgeblendet. Möglicherweise werden in Österreich bereits die Wahlgänge im nächsten Jahr eine andere Sprache sprechen.

Franz Schandl



Das neue Simulationsmodell

Die neue Sozialdemokratie zwischen Reformversprechen und Notstandsverwaltung

Ernst LOHOFF

Die neokeynesianischen Nostalgiker machen sich Hoffnung: Die Sozialdemokratie erlebt ein Comeback in Europa. Doch das markiert keineswegs den Beginn einer neuen Reformära, sondern den Übergang von der Krisenleugnung zur Notstandsverwaltung.

Die Geschichte der Linken ist eine Geschichte von Spaltungen und Aufsplitterung. Bei allen Differenzen hat eins aber alle Fraktionen und Fraktiönchen stets geeint: ihr emphatisches Bekenntnis zur Politik, der Glaube an die potentiell unbegrenzte Reichweite staatlichen Handelns. Hatte die revolutionäre Linke den Ehrgeiz, den Staatsapparat zu erobern, um mit dem Hebel der Politik das gesamte Gefüge der bürgerlichen Gesellschaft aus den Angeln zu heben, so waren die Reformisten etwas bescheidener. Sie begnügten sich damit, innerhalb des bestehenden Staatswesens zu manövrieren, mit der Absicht, das politische Instrumentarium als Korrektiv gegen die verheerenden sozialen Folgen der kapitalistischen Dynamik einzusetzen. Beiden Flügeln aber galt die Staatsgewalt allemal als der archimedische Punkt gesellschaftlicher Veränderung. Beide unterstellten, daß die Politik ein von den Geldbeziehungen der Warenbesitzer unabhängiges Medium sozialen Handelns sei.

Diese Vorstellung hat ihren historischen Hintergrund in der im Laufe des 20. Jahrhunderts kontinuierlich wachsenden Bedeutung der Staatstätigkeit für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß. Zugleich wurde die linke Politikreligion aber wiederum selber als unverzichtbares Moment dieses Prozesses geschichtsmächtig. In einem vom kapitalistischen Standpunkt aus höchst rückständigen Land wie dem Zarenreich war so etwas wie nachholende Modernisierung gegen den übermächtigen Druck der Weltmarktkonkurrenz per se nur in der Form einer weitgehenden Staatswirtschaft möglich. Ein solches etatistisches Entwicklungsregime bildete sich dort aber nur heraus, weil die Bolschewiki den Staat als einen allmächtigen Demiurgen mißverstanden, der in der Lage sei, die Gesellschaft im Bösen (Kapitalismus) wie im Guten (Sozialismus) seinem Bilde gemäß zu formen. Eine ganz ähnliche Konstellation wiederholte sich aber auch in West- und Mitteleuropa. Daß die Sozialdemokratie im Staat kein Moment der kapitalistischen Logik, sondern deren potentiellen Gegenspieler sah, setzte sie überhaupt erst in den Stand, die Vorreiterrolle bei dem für die weitere kapitalistische Entwicklung unerläßlichen Übergang vom liberalen Nachtwächterstaat zum modernen Interventionsstaat zu übernehmen. Die systematische Verwechslung der relativen Unabhängigkeit des (national)staatlichen Handelns mit so etwas wie einer absoluten Selbständigkeit machte die Sozialisten und Sozialdemokraten zu den entschlossensten Anhängern des Staatsinterventionismus und damit zur Avantgarde der an den Vormarsch des Staates gebundenen warengesellschaftlichen Modernisierung.

Ihre theoretische Begründung fand das Primat der Politik auf dem Boden der marxistischen Theorie in der von Hilferding formulierten und vom Leninismus übernommenen und weiterentwickelten Vorstellung einer „Aufhebung des Wertgesetzes im monopolistischen Kapitalismus". Vermittelt über so unterschiedliche Ansätze wie die Kritische Theorie und den italienischen Operaismus, wurden die Grundzüge dieser Interpretation auch von Teilen der Neuen Linken übernommen, die ihrem eigenen Selbstverständnis nach eigentlich eher antietatistisch orientiert waren.

Das Zeitalter des Keynesianismus

Für die weitere Entwicklung entscheidender war aber etwas anderes. Unter dem Eindruck der großen Krisen der zwanziger und dreißiger Jahre und vom Druck der Linken eingeschüchtert, wandte sich auch die bürgerliche Volkswirtschaftslehre vom klassischen Gebot, der Staat habe sich ökonomisch weitgehend in Abstinenz zu üben, ab. Mit Keynes machte sich die offizielle Ökonomie auf ihre Weise zu eigen, was der Marxismus vorweggenommen hatte. Die interventionistische Praxis, wie sie in den führenden kapitalistischen Ländern Europas seit dem Ersten Weltkrieg als Notmaßnahme und Ausnahmepraxis bereits eingerissen war, rückte nun in den Rang einer Philosophie auf und wurde gleichzeitig systematisiert. Der Gedanke, daß Eingriffe des Staates in den ökonomischen Prozeß nicht nur dringend notwendig wären, sondern durchaus längerfristige Wachstums- und Beschäftigungserfolge bringen können, wurde zur Grundlage der modernen Wirtschaftstheorie und -politik überhaupt.

Der Übergang zum Keynesianismus markiert den Beginn des „sozialdemokratischen Zeitalters" (Dahrendorf). Während die liberalen und konservativen Kräfte auf den Staatsinterventionismus einschwenkten und damit ein ganz wesentliches Moment des Sozialdemokratismus übernahmen, war die Sozialdemokratie ihrerseits nun nicht mehr auf einen marxistischen Begründungszusammenhang verwiesen. Sie konnte künftig als Staats-Partei auftreten ohne einen wesentlich anderen Staat einzuklagen – und damit wuchs zusammen, was zusammengehörte.

Der keynesianischen Doktrin kam aber nicht nur eine zentrale Funktion bei der Konsensbildung in den westlichen Nachkriegsstaaten zu, sie schien sich auch auf ihrem ureigensten Gebiet, der makroökonomischen Steuerung, glänzend zu bewähren. Die beschleunigte Ausdehnung der Staatstätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg fiel mit einem Akkumulationsschub zusammen, zu dem es in der Geschichte des Kapitalismus keine Parallele gibt. Diese Tatsache war für die triumphierenden Keynesianer und für die Mehrheit der Zeitgenossen Grund genug, im Boom die *Folge* der etatistischen Politik zu sehen. Damit lag für sie auf der Hand, daß sich mit Hilfe des keynesianischen Instrumentariums nicht nur akute Kriseneinbrüche be-

wältigen lassen, sondern sogar ein immerwährendes Wachstum sicherzustellen ist.

Diese Vorstellung beruht im Kern freilich auf einer ganz simplen Verwechslung von Ursache und Wirkung. Nicht der Einsatz der keynesianischen Wundermittel hatte für den großen Aufschwung gesorgt, vielmehr hat umgekehrt der selbsttragende fordistische Boom den beschleunigten Ausbau sozialstaatlicher Absicherungssysteme und einer tief gestaffelten Infrastruktur überhaupt erst ermöglicht. Natürlich war die Ausdehnung der Staatstätigkeit insofern für den ungestörten Fortgang der Akkumulationsbewegung unverzichtbar, als sie deren stoffliche (Verkehrswege, usw.) und personelle (massenhafte Erzeugung von hinreichend qualifizierten und von traditionellen familialen Bindungen befreiten Arbeitskräften) Voraussetzungen sicherstellte. All dies ließ sich aber überhaupt nur über einen längeren Zeitraum finanzieren, solange und weil die wertproduktive Vernutzung zusätzlicher Massen lebendiger Arbeit in den neu entstehenden Industriezweigen, die rationalisierungsbedingte Freisetzung in den traditionellen Fertigungsbereichen kompensierte und die wachsende Mehrwertmasse den nötigen finanziellen Spielraum eröffnete. Diese seine Grundlage lag aber außerhalb der Reichweite des Interventionsstaates. Sie hing von der technologischen Entwicklung innerhalb des produktiven Sektors und deren Rückwirkung auf die organische Zusammensetzung des Kapitals ab.

Die neoliberale Variante der Politikillusion

Die keynesianische Staatsillusion behielt ihren Glanz, solange der große Akkumulationsschub anhielt und ohne weiteres in der Lage war, die Last wachsender Staatsausgaben zu tragen. Im Laufe der siebziger Jahre änderte sich dies allerdings grundlegend. Weil der Interventionsstaat immer nur Schmieröl und nie Treibstoff liefern konnte, brachten die fortgesetzten Betankungsversuche den ins Stottern geratenen Motor der Ökonomie auch nicht wieder auf Touren. Alle Konjunkturmaßnahmen brachten lediglich Strohfeuereffekte und blieben gegenüber der grundlegenden Dynamik (nämlich der zunehmenden Verdrängung lebendiger Arbeit in den wertproduktiven Sektoren und damit dem Schrumpfen der Mehrwertmasse) wirkungslos. Die simple Tatsache, daß der Staat in seinem gesamten Handeln auf Geld angewiesen ist, machte sich zunehmend schmerzhaft bemerkbar. Da die reale Wertschöpfung des produktiven Kapitals nicht mehr ausreichte, mußten über den Kredit fiktive zukünftige Werte angezapft werden. So ging das keynesianisch-sozialdemokratische Zeitalter mit wachsenden staatlichen Schuldenbergen und der berüchtigten „Stagflation", dem Nebeneinander von Geldentwertung und steigender Arbeitslosigkeit, zu Ende.

Die Blamage des Keynesianismus bedeutete aber keineswegs das Ende der Staatsillusion. Die basale, durch nichts und niemanden behebbare Krise der Arbeitsgesellschaft blieb weiterhin außerhalb des Blickfeldes von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Das Vordringen der monetaristischen Lehre markierte lediglich einen Vorzeichenwechsel. Weil der Interventionismus des Staates die Krise nicht hatte lösen können, wurde das Wirken des hilflosen Helfers nun selber fälschlicherweise als die wahre Krisenursache entlarvt. Der Demiurg verschwand also nur, um als die Verkörperung des Antichristen weiterzuleben. Die neoliberale Ideologie denunzierte den Staat als üblen Kostgänger und Parasiten, der durch seine Verschwendungssucht überhaupt das Übel produziert hatte, das er zu bekämpfen vorgab.

Natürlich kann der vom Monetarismus eingeklagte Rückzug des Staates als solcher noch viel weniger für Wachstum und Wohlstand sorgen, als dessen Vormarsch. Soweit die neoliberale Doktrin nicht auf Kosten der gesellschaftlichen Reproduktionsfähigkeit durchgesetzt wurde, wie in Großbritannien unter Thatcher, ließ sich die anvisierte Zurückführung der Staatsausgaben nirgends wirklich bewerkstelligen. Das Gegenteil war der Fall. Dennoch oder auch deshalb setzte mit der Vorherrschaft des Neoliberalismus ein zweites, im Vergleich zum ausgelaufenen fordistischen Boom noch viel wundersameres Wachstumsmirakel ein.

Die Realakkumulation konnte aus ihrer eigenen Dynamik nicht mehr auf Touren kommen. Neue Basisinnovationen, die bisher unbekannte produktive Vernutzungsmöglichkeiten für die freigesetzte lebendige Arbeit versprochen hätten, waren weit und breit nicht in Sicht. Mit der Mikroelektronik begann sogar eine neue technologische Revolution, die zur beschleunigten, massenhaften Eliminierung von produktiver lebendiger Arbeit quer durch alle bestehenden Fertigungszweige führen mußte. In dieser letztlich hoffnungslosen Situation gab es aber doch noch einen Weg, den Kollaps der Arbeitsgesellschaft aufzuschieben: Der Vorgriff auf die Vernutzung lebendiger Arbeit, die angeblich irgendwann in der Zukunft irgendwo auf dieser Welt stattfinden sollte. Es war der staatliche und private Kredit, der die erlahmende Akkumulationsbewegung als Anhäufung fiktiver Werte wieder in Gang brachte. Die Eigendynamik der globalen Finanzmärkte erlaubte dem Kapital nicht nur, sich unabhängig von der strukturellen Auszehrung seiner Arbeitsbasis, bis auf weiteres reich zu rechnen; die simulative Akkumulation wurde absurderweise sogar zum Motor der Realwirtschaft, führte darüber zu einer partiellen Stabilisierung der Beschäftigungslage und erzeugte so den Schein, die ganze Münchhausiade verfüge über eine reales Fundament.

So wenig diese Entwicklung sich mit den weltfremden monetaristischen Modellvorstellungen erklären läßt, so unerläßlich war die Deregulierung, insbesondere die radikale Deregulierung des Finanzüberbaus, für den kasinokapitalistischen Boom. Der Abbau des Staatskonsums, auf den der Monetarismus in seinen offiziellen Verlautbarungen so viel Wert legt, wäre für die Aufrechterhaltung der Arbeitsgesellschaft nur kontraproduktiv gewesen. Dagegen brach der Kontrollverzicht über die Sphäre des Geldes einem neuartigen Kapitalismus Bahn, der nur noch von ungedeckten Wechseln auf die Zukunft lebt. Selbst die beschleunigte Staatsverschuldung, die in den siebziger Jahren noch die Unhaltbarkeit des keynesianischen Modells angezeigt hatte, mutierte unter den neuen Bedingungen erst einmal zu einem Pfund, mit dem sich wuchern ließ. Was auf seiten der öffentlichen Haushalte als aufgelaufenes Defizit zu Buche schlug, war aus der Sicht der Gläubiger nur eine profitable Kapitalanlage. Daß das verliehene Geld überhaupt nicht produktiv investiert wurde, sondern längst dem Konsumhunger des Staates zum Opfer gefallen war, daß es sich also nur um „fiktives Kapital" (Marx) handelte, brauchte sie nicht zu interessieren, solange die Zinsen flossen. Hinzu kam noch ein zweiter Bereich phantasmagorischer kapitalistischer Reichtumsvermehrung, nämlich die explodierenden Aktien- und Spekulationsmärkte, die dem postfordistischen Pseudowachstum zusätzlichen Treibstoff lieferten. Hatte der Staats-

konsum in den siebziger Jahren noch inflationär auf der Ebene der Gütermärkte gewirkt, weil er wesentlich über eine expansive Geldpolitik mitfinanziert worden war, so schlug er sich seit den Achtzigern vor allem in einer gewaltigen *asset inflation* nieder, also in der Aufhäufung von fiktiven Vermögenswerten, die durch keine realen Sachwerte gedeckt sind.

Das prekäre Comeback der Sozialdemokratie

Der Neoliberalismus hat es fertiggebracht, die Realakkumulation und die Arbeitsverausgabung einstweilen in ihrer Kernsubstanz zu retten, indem er sie zu Anhängseln der fiktiven Kapitalakkumulation gemacht hat. Die fundamentale Verwertungskrise wurde so in den zentralen Ländern des Weltmarkts zunächst unter dem Deckel gehalten und erschien bloß als das Problem eines freilich bedrohlich wachsenden Rands der Gesellschaft (Zwei-Drittel-Gesellschaft). Diese Pseudo-Lösung kann indes nicht auf Dauer funktionieren, und dies spürt mittlerweile auch das breite Publikum, das sich bisher gerne vom Simulationsspektakel berauschen ließ. Die Achterbahnfahrt wild gewordener Finanzmärkte sowie der Totalbankrott der marktwirtschaftlichen Hoffnungsträger in Fernost künden vom nahenden bösen Ende des vermeintlich ewig währenden kasinokapitalistischen Frühlings. Zugleich dementiert die zyklusübergreifend weiter anschwellende Massenarbeitslosigkeit die Botschaft, gnadenlose Deregulierung könne die sozial-ökonomischen Widersprüche der totalitär gewordenen Warengesellschaft im wesentlichen bewältigen.

Das hinterläßt seine Spuren im herrschenden Bewußtsein. Die Gotteskrieger für Globalisierung und Neoliberalismus schlagen inzwischen merklich leisere Töne an. Die Enttäuschung über die Folgen der totalen Entfesselung des Marktes führt indes auch diesmal keineswegs zu einer produktiven Ent-Täuschung. Die basale Krise der arbeitsgesellschaftlichen Logik bleibt weiterhin tabuisiert. Genauso wie das Scheitern des Keynesianismus nicht auf die Strukturprobleme des spätfordistischen Kapitalismus bezogen und stattdessen als das Versagen eines falschen politischen Konzepts wahrgenommen wurde, genauso scheint nun der Schiffbruch des neoliberalistischen Programms nur seine Verfehltheit zu beweisen. Wenn die Deregulierung nicht die erwünschten Resultate brachte, dann muß man es eben wieder mit Re-Regulierung versuchen, so die immanente, weiterhin in der Politikillusion gefangene Reaktion.

Der Stimmungsumschwung, der Ruf nach dem so lange verpönten Staat, findet natürlich auch in den politischen Mehrheitsverhältnissen seinen Niederschlag. Gerade in Europa, das bis auf Großbritannien die „neoliberale Revolution“ nur verzögert mitgemacht hat, kommt der Stimmungsumschwung zunächst der klassischen Partei des Staates, der Sozialdemokratie, zugute. Auf den großen politischen Bühnen Europas gibt sie mittlerweile fast überall (wieder) den Ton an. Der Sieg des sogenannten Olivenbaum-Bündnisses im April 1996, mit dem erstmals überhaupt seit dem Zweiten Weltkrieg ein „Linksbündnis“ die Regierung in Italien übernahm, war nur der Anfang. Die neue Welle fand im Triumph von New Labour (Mai 1997) und dem Wahlerfolg der französischen Sozialisten (Juni 1997) ihre Fortsetzung, um 1998 schließlich auch auf Deutschland überzuschwappen.

Das Comeback der SPD ging mit einer erstaunlich breiten Mobilisierung einher. In einem Land, in dem sich der Begriff „Politikverdrossenheit“ als eine stehende Redewendung eingebürgert hatte, war plötzlich von einem „Jahrhundertwahlkampf“ die Rede. Auch große Teile der ehemaligen Linken ließen sich von einer ganz seltsamen Aufbruchsstimmung anstecken und viele der Intellektuellen, die sich zuletzt vor einem halben Menschenleben von Willy Brandts Versprechen „Mehr Demokratie wagen“ hatten elektrisieren lassen, traten noch einmal für die Sozialdemokratie auf den Plan. Von dem in den Medien vielfach apostrophierten Linksrutsch in Europa und der rot-grünen Koalition versprechen sie sich, wenn schon nicht den Beginn einer neuen Reformära, dann doch zumindest eine Abkehr von der Ausrichtung der Politik auf den berüchtigten Shareholder value sowie ein Ende der fortschreitenden Verarmungsprozesse.

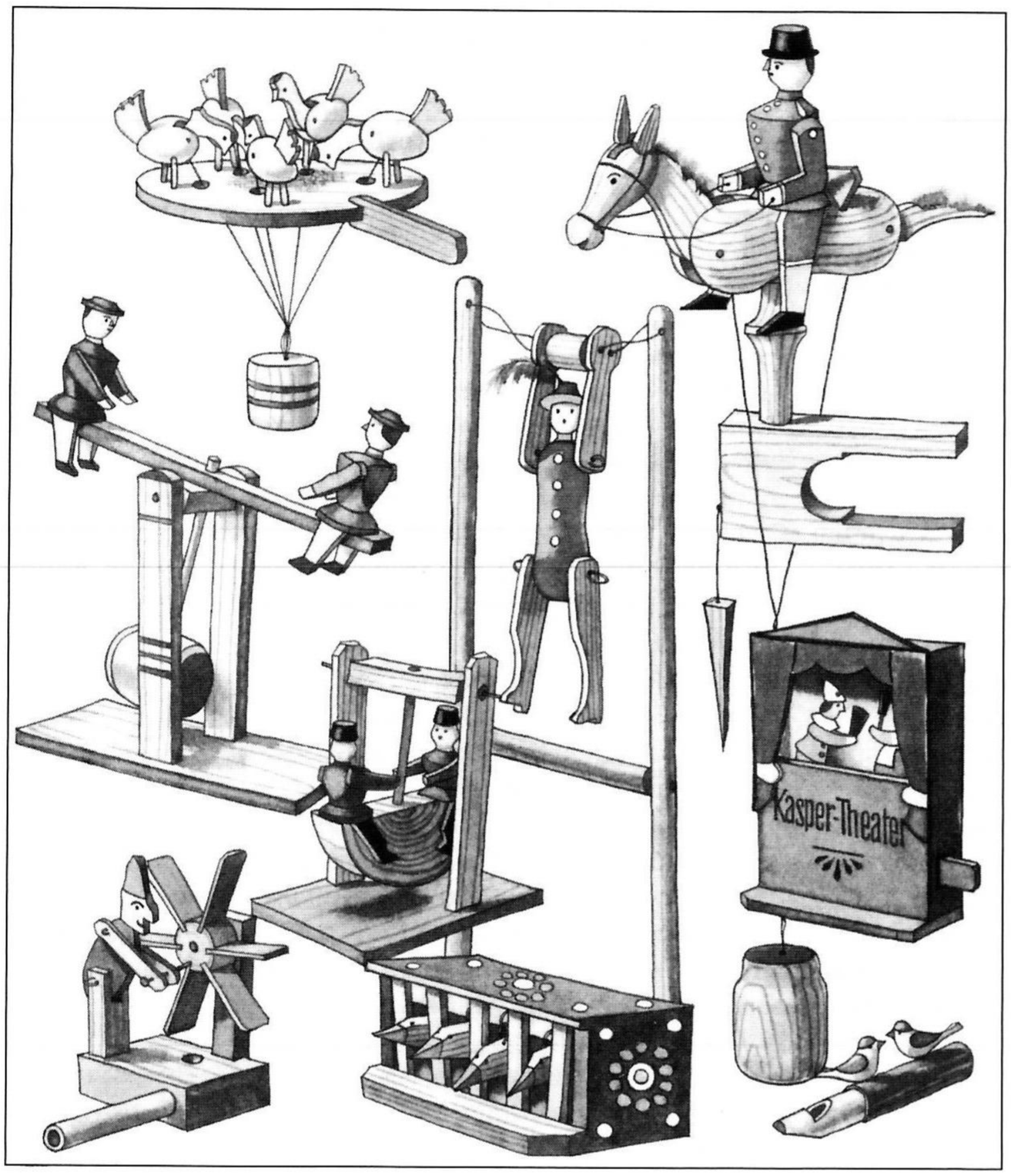
Diese Euphorie hat etwas äußerst Unwirkliches. Sie paßt weder zu der Problemlage, mit der die neue Administration umgehen muß, noch ist sie durch die Personage und das rot-grüne Regierungsprogramm wirklich gedeckt. Die anvisierte Rückkehr zum guten alten Keynesianismus bricht sich gleich in doppelter Hinsicht an der wenig erbaulichen Wirklichkeit des postneoliberalen Kapitalismus. Zunächst einmal ist prinzipiell nicht zu erwarten, daß das keynesianische Instrumentarium, wenn es schon in den siebziger Jahren nicht mehr so recht greifen konnte, sich zwanzig Jahre später plötzlich als besonders wirksam erweisen wird. Das gilt umso mehr, als der vom Neoliberalismus geförderte Globalisierungsprozeß den nationalökonomischen Bezugsrahmen, den alle keynesianischen Konzepte voraussetzen müssen, gesprengt hat. Wo es keine kohärenten Binnenmärkte mehr gibt, geht von der Förderung der Inlandsnachfrage kein nennenswerter Wachstumsimpuls mehr aus. Selbst Strohfeuer bleiben aus.

Zum anderen erbt der Neokeynesianismus die über zwei Jahrzehnte angesammelten Lasten der neoliberalen Problemverschiebung. Daß mittlerweile, trotz gewaltsam nach unten gedrückter Zinssätze, selbst in der ach so soliden Bundesrepublik rund ein Viertel des Bundeshaushaltes für den laufenden Schuldendienst (nur Zinszahlungen, keine Tilgungen!) veranschlagt werden muß, zeigt wie eng die Verteilungsspielräume geworden sind. Das wäre aber noch das Geringste. Die neuen sozialdemokratischen Regierungen stehen vor allem vor dem Problem, daß sie die Entwertung der aufgestauten fiktiven Kapitalmassen um jeden Preis weiter hinausschieben müssen, wollen sie nicht von einer gigantischen Weltwirtschaftskrise überrollt werden.

Auf der Liste der realpolitischen Notwendigkeiten steht deshalb die Besserstellung der Opfer der neoliberalen Umverteilung keineswegs an erster Stelle. Höchste Priorität hat vielmehr die direkte oder indirekte Sozialisierung der Finanzmarktverluste (in Japan erfolgt das bereits im großen Stil), also der Versuch, durch zusätzliches Hineinpumpen von ungedecktem Geld den löchrigen Spekulationsballon am Erschlaffen zu hindern. Während große Teile der europäischen Linken noch phantasieren, man könne den Staatshaushalt über die Besteuerung der Spekulationsbewegungen („Tobinsteuer“) sanieren und darüber gleichzeitig die Finanzmärkte bändigen, zeichnet sich außerhalb Europas bereits der gegenteilige Trend ab: die über die Ausdehnung der Geldmenge vermittelte Transformation der Entwertung von privatem Geldkapital in eine *allgemeine* Geldentwertung. Diese demokratische Form der Entwertung dürfte mit der propagierten Umverteilung von oben nach unten nicht allzu viel zu tun haben.

Notstandsverwaltung statt Reform

Während der neoliberalen Ära ist das Wort Reform zu einer euphemistischen Umschreibung für die sukzessive Zurücknahme sozialstaatlicher Errungenschaften geworden. Die Erwartung, die Wende zum Neokeynesianismus werde daran etwas ändern, bricht sich nicht nur an den äußeren Umständen; es bedarf schon einer gehörigen Portion von Wunschdenken, um in die Modernisierungsrhetorik von Schröder, Lafontaine, Fischer und Co. irgendeinen menschenfreundlichen Sinn hineinzulesen. Im Laufe der Legislaturperiode dürften sicherlich einige Gesetzes-Anachronismen fallen, an denen die christdemokratischen Familien- und Rasseideologen zäh festgehalten haben. Eine Änderung des aus dem Jahre 1913 stammenden deutschen Staatsbürgerrechts ist bereits vorbereitet und auch in der Drogenpolitik könnte es möglicherweise gewisse Zurücknahmen der stur-stumpfsinnigen Repressionspolitik geben. Soll jedoch das Wort links noch irgendeinen emanzipativen Sinn machen, dann hat, davon einmal abgesehen, der Übergang von Helmut Kohl zu Gerhard Schröder wie vorher der von John Major zu Tony Blair mit der Wendung zu einem linken Reformprogramm so viel zu tun, wie ein Sieg von Pepsi Cola über Coca Cola.



Mimetisch den Erfordernissen des modernen Medienzeitalters angepaßt steht weder der britische Intimus von Medienzar Rupert Murdoch noch der neue deutsche Kanzler überhaupt für irgendwie klar umrissene Reformvorhaben. Ihr Erfolgsprogramm besteht vielmehr in der radikalen Programmlosigkeit. Sie sind Sachzwanginterpreten, die sich aus den verschiedensten ideologischen Schächtelchen gleichzeitig ihr Handwerkszeug holen und sich darüber als vorurteilsfreie und an Sachkompetenz orientierte Macher inszenieren. Blieb schon sein Vorgänger in allen programmatischen Aussagen stets wolkig, so hat Schröder die Emanzipation vom politischen Inhalt noch viel weiter getrieben. Er ist Medium pur und erweist sich Helmut Kohl insofern als überlegen, weil er es fertigbringt, mit seinem selber zur Ideologie gewordenen Pragmatismus Dynamik und Bestimmtheit zu verkörpern, ohne sich noch auf irgendeine Linie festzulegen und deutlich zu machen, wohin eigentlich der vielbeschworene Aufbruch gehen soll.

Die keynesianische Nostalgie war ein wesentlicher Bestandteil jener Stimmungswoge, die Rot-Grün an die Kabinettstische gespült hat. Die neue Regierung muß dem am Beginn ihrer Amtszeit natürlich Rechnung tragen. Freilich eher symbolisch als praktisch. So wurden die erst kürzlich angehobenen Rezeptgebühren um lächerliche Mark-Beträge (vorerst) wieder gesenkt, eine leichte Erhöhung des Kindergeldes angekündigt, die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zurückgenommen und die Deckelung der Rentenzuwächse bis auf weiteres aufgehoben. Das waren dann aber auch schon im wesentlichen die kleinen Wahlgeschenke. In Zukunft sind dagegen eher rabiate Einschnitte ins soziale Netz zu erwarten.

Natürlich wird das den Protest der betroffenen Interessengruppen hervorrufen, zumal sie mehrheitlich der klassischen SPD-Klientel angehören. Dennoch wäre es ein Mißverständnis, wollte man die absehbare Fortsetzung des vom Neoliberalismus begonnenen Werkes als „Anschlag auf den Wählerwillen“ deuten und damit als ein Vorgehen, das der Sozialdemokratie die gerade eben errungene Macht alsbald wieder kosten müßte. Die Bereitschaft, angesichts der tabuisierten und doch deutlich spürbaren fundamentalen Krise der Arbeitsgesellschaft sich in Selbstkasteiung zu üben, ist viel ausgeprägter, als es in traditionelle linke Konzepte paßt. Ins Votum für die von einem bekennenden Industriefreund geführte Sozialdemokratie gingen von vornherein sadomasochistische Motive ein. Wie vorher schon New Labour so wurde auch die SPD nicht *obwohl*, sondern *weil* sie sich die Errungenschaften der „neoliberalen Revolution“ zu eigen gemacht hat, mehrheitsfähig. Die „neue Mitte“ hat die Reduktion von Politik auf Standortpolitik, die Unterwerfung unter das Flexibilisierungsgebot und die Sozialstaatskürzungen längst als Essentials akzeptiert.

Die im bundesdeutschen Wahlkampf von der Sozialdemokratie bemühte „Gerechtigkeitslücke“ hat im übrigen nie die rigorose Sparpolitik als solche in Frage gestellt, sondern lediglich die allzu dreiste und offensichtliche Umverteilung von den Verkäufern der Ware Arbeitskraft und den sozialen Randgruppen zu den Eigentümern von Geldkapital. Die anstehenden Einbrüche, die sowohl die Realökonomie wie den Finanzüberbau betreffen werden, dürften jedoch die Kluft von steigenden nominellen Profiten und sinkenden Lohn- und Sozialeinkommen in absehbarer Zukunft nach unten hin

nivellieren. Was würde in eine solche Situation denn besser passen, als ein arbeitsgesellschaftlicher Burgfrieden („Bündnis für Arbeit") und ein Kanzler, der in Schweiß-Blut-und-Tränen-Reden die Standortgemeinschaft durch die schwere Zeit zu bringen verspricht?

Es weist vieles darauf hin, daß Schröder und Co. in diese Rolle hineinwachsen können. Zum einen hat die SPD im Wahlkampf bei allen Verbesserungsversprechen das Kleingedruckte, nämlich den „Finanzierungsvorbehalt", allenthalben laut vorgetragen – eine Vorgehensweise, die unter Kohl völlig undenkbar gewesen wäre. Die neue Regierung hat sich damit von vornherein einen Freibrief verschafft, um alsbald das Weihnachtsmannkostüm fallen zu lassen und zu einer rigiden Sparpolitik überzugehen. Zum anderen zeichnet sich in einigen der kursierenden „Reform"-Vorschläge durchaus so etwas wie eine krisenadäquate Linie bei der Verschlankung des Sozialstaates ab. So spielt Lafontaine schon zwei Wochen nach der Regierungsübernahme laut mit dem Gedanken, man könne künftig die Zahlung von Arbeitslosengeld an das Kriterium der Bedürftigkeit binden. Die Umsetzung dieses Vorschlags würde aber nicht nur eine punktuelle Einsparmöglichkeit eröffnen, sie würde zugleich eine Bresche in das im wesentlichen nach dem Versicherungsprinzip organisierte bundesdeutsche Sozialsystem schlagen. Die Streichung der durch Beitragszahlung erworbenen Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung wäre ein Präzedenzfall. Ihre logische Fortsetzung ist der Ersatz sämtlicher Pflichtversicherungen durch eine steuerfinanzierte (und jederzeit absenkbare) Mindestabsicherung.

Gerhard Schröder wird oft mit Blair verglichen und die SPD mit New Labour. Wie jeder Vergleich, so hinkt freilich auch dieser. Vor allem eines unterscheidet die britische Konstellation grundlegend von der deutschen. Großbritannien erlebte bereits unter den Konservativen ein breit angelegtes soziales Roll back und es genügte New Labour daher, zunächst einmal im wesentlichen das erreichte Verarmungsniveau zu halten. In Deutschland sind hingegen die Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme bisher verhältnismäßig moderat ausgefallen. Der Saumagen-Liebhaber Kohl hat Schröder keinen schlanken Staat hinterlassen. In Deutschland ist es die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, den noch reichlich vorhandenen fordistischen Wohlstandsspeck abzuschmelzen und den Übergang zur High-tech-Elendsgesellschaft zu bewerkstelligen.

Wenn die rot-grüne Regierung der links-keynesianischen Nostalgie Vorschub leistet, dann zunächst deshalb, weil ihre dogmatisch-pragmatischen Vordenker bei der Breitbandbehandlung der Arbeitslosigkeit auch keynesianische Konzepte erwägen. Die Links-Keynesianer fühlen sich auf ihre alten Tage endlich wieder gebraucht und übersehen gern, wie wenig die kombinierte Anwendung von neoliberalen und neokeynesianischen Instrumenten mit genuinem Keynesianismus zu tun hat. Zum anderen setzten sie ein wenig auch auf die gemeinsame linke Geschichte. Wer aus dem gleichen großen Stall kommt, wird schon nicht in völlig entgegengesetzte Richtungen streben. Wer nicht zu Nostalgie neigt, für den liegt indes eine ganz andere Deutung näher. Daß ein ehemaliger linker Juso-Vorsitzender das Bundeskanzleramt übernimmt, einen Streetfighter und Antiautoritären a.D. zum Juniorchef und einen Ex-Kader des Kommunistischen Bundes zum Umweltminister macht, dokumentiert eben keineswegs, wie weit es die 68er-Generation trotz allem geschafft hat, sondern wie weit es mit ihr gekommen ist. Ex-Linke sind nämlich für den Part der gandenlosen Krisenverwalter geradezu prädestiniert. Sie haben mit dem Kollaps der gesamten Modernisierungslinken ihr Paulus-Erlebnis, die Bekehrung zu einem Pragmatismus, der alles und jedes dem Weiterfunktionieren des warenproduzierenden Systems unterordnet, bereits hinter sich. Rot-Grün taugt nicht als Schutz gegen den „Terror der Ökonomie" (Viviane Forrester), sie ist dessen gemeingefährliche post-neoliberale Durchsetzungsform. Rot-Grün markiert nicht die Wiederkehr der alten Politikillusion, die für sich selber das Primat über das Ökonomische anstrebte, sie steht für eine neue Form derselben, für den Glauben, durch die Anwendung aller denkbaren staatlichen Eingriffsmittel ließe sich der ökonomische Betrieb schon irgendwie am Laufen halten und jede Krise bewältigen.

Diese Ausrichtung liegt für jeden, der Augen hat zu sehen, offen zu Tage. Selbst Erz-Konservative, die vor Jahren noch die rot-grüne Perspektive mit dem Untergang des Abendlandes identifizierten, haben das verstanden und pflegen heute kaum mehr grundsätzliche Vorbehalte gegen das Trio infernale Schröder-Fischer-Lafontaine. Die »FAZ« vom 30. 9. 1998 jedenfalls gab offiziell Entwarnung: „Früher haben die Akteure und ihre Anhänger, die sich heute anschicken, eine neue Regierung zu bilden, gerne von einem ‚rot-grünen Projekt' geredet. Nichts davon ist übrig geblieben (...). In der Wirtschaftspolitik kündigt Schröder mit seinen Stabilitätsbedingungen an, daß für ihn die Zeiten vorbei sind, in denen darüber gestritten werden konnte, was Vorrang habe: die Ökologie oder die Ökonomie. Der künftige Kanzler verkündet ein ‚Schluß mit lustig'."

Im Mittelpunkt aller neu-sozialdemokratischen Träume steht das berüchtigte „Bündnis für Arbeit". Gerade mit diesem Projekt weisen sich Schröder und Co. aber als wahre Erben des Neoliberalismus aus. Unterstellt wird selbstverständlich, das Auskommen breiterer Bevölkerungskreise könne genauso nur das Abfallprodukt einer brummenden Wirtschaft sein, wie die Beseitigung der davon beständig erzeugten ökologischen Schäden. Wie in der neoliberalen Dogmatik bleibt von daher das Wohlergehen der möglichen Arbeitsplatzanbieter der zentrale Gesichtspunkt, an dem sich Politik zu orientieren hat. Auch der grüne Juniorpartner wird seinen Part als Regierungspartei nur behalten können, solange er sich von allen sozialen und ökologischen Flausen verabschiedet, die sich diesem Imperativ nicht fügen.

Gemessen an seinem offiziellen Anspruch, hat ein „Bündnis für Arbeit" angesichts der fundamentalen Krise der Warenproduktion mittelfristig ungefähr ebenso große Erfolgsaussichten, wie ein Bündnis gegen die Schwerkraft. Sein realer Gehalt und seine politisch-ideologische Funktion sind daher andere. Das „Bündnis für Arbeit" ist ein Bündnis der Standortgemeinschaft, die beschlossen hat, daß nach Möglichkeit erst einmal andere aus dem arbeitsgesellschaftlichen Funktionszusammenhang herausfallen mögen: ein Bündnis für eine verschärfte Standortkonkurrenz. Es ist außerdem ein Bündnis zur Simulation der arbeitsgesellschaftlichen Ordnung. Die neoliberale Simulation, die Flucht vor der Krise von fordistischer Arbeit und kapitalistischer Realakkumulation ins Wolkenreich des simulativen Reichtums, nähert sich ihrem Ende. Ein neues für die offene Krise taugliches Simulationsmodell muß her. ■

Ernst LOHOFF ist Publizist und Mitherausgeber der Nürnberger Zeitschrift »Krisis«.

Perspektiven der Linksregierung in Deutschland

Joachim BISCHOFF

Die Ära Kohl ist zu Ende. Die Abwahl der christdemokratischen Regierungsmehrheit fiel eindeutig aus. Auch die extreme Rechte ist bei den Bundestagswahlen wie bei den gleichzeitig durchgeführten Regionalwahlen deklassiert worden. Die gesamte politische Linke hat den Machtwechsel erkämpft. Die Sozialdemokraten haben flächendeckend zugelegt, die Bündnis-Grünen konnten sich behaupten und die PDS hat die Fünf-Prozent-Klausel übersprungen.

Sozialdemokraten und grüne Partei haben auch dank der Überhangmandate eine solide Regierungsmehrheit von 21 Stimmen im Bundestag. Die 35 Abgeordneten der PDS werden zur Kanzlerwahl nicht gebraucht. Eine sozialistische Oppositionspolitik gegen den mittigen Kurs des Kabinetts Schröder kann der politischen Kultur in Deutschland neue Impulse liefern.

Es ist kein Geheimnis, daß ein Großteil der sozialdemokratischen Wähler, Parteimitglieder und auch der politischen Führung eine große Koalition mit den Christdemokraten vorgezogen hätten. Das Wahlergebnis fällt aber derart eindeutig aus, daß sich Schröder und die sozialdemokratische Führung nicht in eine große Koalition flüchten können. Dennoch: Den politischen Wechsel umzusetzen, wird unter den ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen nicht leicht. Die bürgerlichen Parteien haben eine entschiedene Verteidigung der „Errungenschaften" der Ära Kohl angekündigt. Vor allem die bayerische CSU wird bei jeder Gelegenheit die Vorzüge der neoliberalen Politik herausstreichen.

Die Erwartungen in der Bundesrepublik an die neue Linkskoalition, aber auch in den Nachbarstaaten der Europäischen Union sind hoch. Die entscheidende Frage lautet: Wird es unter einem Bundeskanzler Schröder wirklich einen Politikwechsel geben? Hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der gesellschaftlichen Armut eindeutigen Vorrang? Wird jetzt auch in Europa die neoliberale Politik zurückgedrängt und können wir von einer Konvergenz der europäischen Linksregierungen in Richtung auf Beschäftigungsförderung, Stärkung der Arbeits- und Sozialeinkommen und verstärkter Kooperation ausgehen?

Hindernisse für einen wirklichen Kurswechsel

Es wäre oberflächlich, das Ergebnis der Bundestagswahl bereits als Beginn eines neuen Entwicklungsabschnittes anzusehen. Die Herausforderung des Neoliberalismus ist noch längst nicht beendet. Zum einen soll und will die rot-grüne Mehrheit eine zerrissene und entsolidarisierte Gesellschaft durch mehr soziale Gerechtigkeit befrieden, zum anderen muß aber auch in der europäischen Währungsunion ein neuer Kurs durchgesetzt werden und die Weltökonomie und die Architektur der internationalen Finanzmärkte zeigen enormen Reformbedarf.

Das Votum für eine gerechtere Republik im Übergang zum 21. Jahrhundert ist mehrheitsfähig, aber die nachwirkenden Effekte der Systemveränderung seit den achtziger Jahren dürfen nicht unterschätzt werden.

Der Neoliberalismus hat für die Mehrheit der Wahlbevölkerung den Schein der Unausweichlichkeit noch nicht verloren. Die ideologischen Wortführer in den bürgerlichen Parteien werden unablässig darauf pochen, daß die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Republik die zentrale Aufgabe ist. Andererseits geht es um den Nachweis, daß die neue Regierung wirklich Schluß macht mit der Umverteilung von unten nach oben.

Seit Ende der siebziger Jahre erleben wir in den kapitalistischen Hauptländern eine Restauration, die im Schein des Revolutionären daherkommt. Im Unterschied zu konservativen Revolutionen der zwanziger und dreißiger Jahre basiert die „Systemveränderung" nicht mehr und zugleich noch nicht wieder auf der romantischen Sehnsucht nach einer mit Blut und Boden durchtränkten, verklärten Vergangenheit. Die konservative Revolution neuen Typs nimmt den Fortschritt, die Vernunft, die Wissenschaft (in diesem Fall die Ökonomie) für sich in Anspruch, um eine Restauration zu rechtfertigen, die umgekehrt das fortschrittliche Denken und Handeln als archaisch erscheinen läßt. Sie ratifiziert und glorifiziert die Herrschaft dessen, was man heute Finanzmärkte nennt, also die Rückkehr zu einer Art Raubkapitalismus, der kein anderes Gesetz kennt als den maximalen Profit.

Die Bewertung der sozialistischen Linken lautet also: In Deutschland kommt eine Linksregierung an die politische Macht, aber die Zeiten der neoliberalen Austeritätspolitik sind mit den Wahlen noch nicht vorbei, weil die Ideologie des Wettbewerbsvorteils und des Primats des Kapitaleinkommens auch in den Parteien der Sozialdemokratie und der Grünen viele Befürworter hat.

Die Benennung und das Agieren des Unternehmers Stollmann als künftigem Wirtschaftsminister im Wahlkampf zeigt die Angreifbarkeit der Sozialdemokratie und der rot-grünen Regierungskoalition. Diese Nominierung war kein Mißgriff, sondern markiert die politische Substanz der Wahlstrategie der SPD. Schröder hat die Essentials folgendermaßen zusammengefaßt:

1. „Die Konservativen können nicht die langfristige Funktionsfähigkeit von Gesellschaften sichern (...) die Synthese von hochmoderner Ökonomie und sozialer Integration ist bislang unzureichend gelungen (...). Soziale Modernität und ökonomische Modernisierung aber können und müssen in Einklang gebracht werden."

2. „Die ‚Zwischenschichten', noch im Arbeitsmarkt, aber von sozialer Unsicherheit, Arbeitsplatz- und Realeinkommensverlusten bedroht, ihnen müssen wir glaubwürdig die Perspektive bieten, daß die SPD alles tut, um ihren sozialen Abstieg zu verhindern,

daß sie aber auch garantiert, daß die soziale Sicherung im Bedarfsfall greift." Die Sozialdemokratie will nicht die Augen vor Armut, sozialer Marginalisierung und kultureller Ausgrenzung verschließen. Aber: „Eine Politikstrategie, die die Anliegen der Schwachen in den Mittelpunkt der öffentlichen Kommunikation stellt, muß scheitern. Das Eintreten für ein Drittel der Gesellschaft macht die SPD zur 30-Prozent-Partei (...). Denn und nur dann wenn die Gewinner der Modernisierung bereit sind, der SPD ihre Stimme zu geben und ihre Politik zu stützen, kann sie etwas für die Verlierer tun."

Aufklärung über die Politik der neokonservativen Systemveränderung stand und steht nicht im Zentrum der „Neue Mitte"-Strategie. Die „alte Garde" sozialdemokratischer „Traditionalisten", die gegen den Neoliberalismus immer auf die Bedeutung des Wohlfahrtsstaates gerade für die Ausgestaltung der kapitalistischen Moderne bestanden hat, wurde ausgebremst. Auch innerhalb der grünen Partei haben die Verfechter einer sozialstaatlichen Regulierung weiter an Einfluß eingebüßt.

Eine Politik des „bis hierher und nicht weiter", die sich gegen das neoliberale Abrißprojekt Sozialstaat stellt, steht selbst unter dem Verdacht, hier würden ewiggestrige Besitzstandswahrer versuchen, Privilegien der Normalverdiener zu verteidigen. Ein Bruch mit dem „Rechtfertigungsmythos" Globalisierung war in der Sozialdemokratie nicht mehrheitsfähig. Der Schein der Unausweichlichkeit gilt geradezu als Ausweis für „Modernität". Eine „Modernität" im übrigen, die Ökologie nicht einmal mehr als Abfallprodukt technologischer Rationalität und unternehmerischer Effizienz kennt. Auch die Schrödersche Sozialdemokratie proklamiert sich weiterhin als eine Partei „der kleinen Leute". Aber der Widerspruch ist offenkundig und der designierte Wirtschaftsminister hat dies sichtbar gemacht. Selbst der Teil der Sozialdemokratie, der sich für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse des unteren Drittels der Gesellschaft engagiert, möchte dafür nicht den Preis weitergehender Eingriffe in die polarisierten Verteilungsverhältnisse bezahlen. Übergreifend setzt sich so die Position durch, man müsse die eklatante Machtasymmetrie zwischen Lohnarbeit und Kapital und damit die Verteilungsrelationen akzeptieren. Daraus machen die Adepten des „Zwangsgesetzes der Globalisierung" die Akzeptanz eines weiter steigenden Anteils von Unternehmensgewinnen und Vermögenserträgen, stagnierende oder rückläufige Arbeitseinkommen, zunehmende Lohndifferenzierung, abgesenkte Sozialeinkommen. Den Stammwählern wird versichert, niemand könne die Umverteilung rückgängig machen, ja noch nicht einmal das Sinken der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote aufhalten, aber man könne versuchen, eine breitere Beteiligung bei den Kapitaleinkommen zu organisieren. Die Sozialdemokratie will die sozialen Zumutungen eines „deregulierten Kapitalismus" minimieren, aber bitte nicht dadurch, daß man sich in Verteilungskämpfen engagiert. Da das eine nicht geht, wenn man das andere nicht will, nimmt die sozialdemokratische Strategie der „neuen Mitte" nicht nur keine Aufklärungsfunktion gegen den Neoliberalismus wahr. Sie verstärkt noch dessen Botschaften. So erklärt der künftige Wirtschaftsminister in der rot-grünen Regierung in großen Zeitungsanzeigen: „Unser soziales Sicherungssystem ist in Wirklichkeit ein ‚Gefängnis' für den Normalverdiener also für die Mehrheit der Bevölkerung. Es wird vielen unmöglich gemacht, persönliches Vermögen aufzubauen, weil sie von ihrem Lohn für Arbeit in ein System einzahlen müssen, das Vermögensbildung nicht zuläßt."

Kritik der sozialdemokratischen Konzeption

Die entscheidende Kritik an der Wahl- und Kommunikationsstrategie der SPD zielt auf die Öffnung gegenüber dem neoliberalen Politikkonzept. Mit einem attraktiven Vertreter eines gemäßigten Neoliberalismus holt man in der „neuen Mitte" zwar mehr Stimmen als der Partei durch diesen Kompromiß bei dem unteren Drittel der Bevölkerung verloren gehen. Aber diese Umarmung des Neoliberalismus stellt auf mittlere Sicht eine Schwächung der rot-grünen Alternative dar. Es ist zwar richtig, daß Teile der sozial an den Rand gedrängten Schichten so weit vom politischen System entfremdet sind, daß sie auf eine Wahrnehmung ihrer Rechte als Staatsbürger verzichten. Aber wer die Interessen der verarmten Bevölkerungskreise und schlechter gestellten Lohnabhängigen vertreten will, muß sich für eine breite gesellschaftliche Aufklärung über die Gründe der Entsolidarisierung einsetzen. Auch die politische Rechte zielt nicht auf Wähler, die am Rand der Gesellschaft stehen, sondern auf die Verunsicherten und Ängstlichen in der Mitte der Gesellschaft, die darum bangen, dem Druck der kapitalistischen Konkurrenz nicht mehr gewachsen zu sein und aus dem Bereich der „Normalverdiener" absteigen zu müssen. Gerade hier muß Aufklärung über die modernen Mythen ansetzen. Wer um die „neue Mitte" wirbt, kann nicht schleichend zu den Schaltzentralen der gesellschaftlichen Macht vordringen. In der „neuen Mitte" haben sich nicht nur die neoliberalen bürgerlichen Parteien breit gemacht, sondern in ihr sind auch jene Verunsicherten angesiedelt, die für eine Stärkung des rechten Randes stehen. In den alten Bundesländern tendieren 11 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Normalverdiener zu rechtsextremen Parteien. Selbst die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist keine Barriere gegen rechtsextremes oder rechtspopulistisches Denken. Während 17 Prozent aller Jugendlichen sich zu Sympathien für Rechtsaußen bekennen, sind es bei jungen Gewerkschaftern mit 32 Prozent beinahe doppelt so viele. Nicht nur an den Rändern, auch in der „neuen Mitte" gibt es die Verzweiflung über die Untätigkeit des Staates, über das Verschwinden organisierter Öffentlichkeit, über die Zersetzung sozialer Bindungen. Das, was als Krise der Politik, als Antiparlamentarismus bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit ein Verzweifeln am Staat als Verantwortlichem für das öffentliche Interesse.

Wer sich dem Sachzwang „Globalisierung" unterordnet und Eingriffe in Verteilungsverhältnisse für „Spiele mit dem Feuer" hält, liefert sich dem Verschlankungsmythos aus. „Die fiskalischen Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte sind strukturell erschöpft. Öffentliche Transferleistungen sind nicht mehr ausweitbar, die sogenannte Staatsquote, zu der ein immer geringerer Teil der Bevölkerung heute und in der Zukunft beiträgt, muß zurückgeführt werden." (G. Schröder) Zurückführung der Staatsquote heißt Verminderung bei Steuern und Sozialabgaben. Die öffentliche Hand verzichtet auf eine Erhöhung der Einnahmen und wird so zum Abbau des Sozialstaates und der Verschlankung des öffentlichen Sektors gezwungen. Niemand sage, es gäbe keine Alternative: Umschichtung der Abgabenbelastung auf Unternehmensgewinne und Vermögenserträge. Wer die Einnahmen verbessert, hat die finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Massenarbeitslosig-

keit und der Armut. In letzter Konsequenz wird mit der Umschichtung der Einkommen eine Kontinuität und Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Kreisläufe ermöglicht. Das neoliberale Projekt wurde schon in der letzten Legislaturperiode nur noch unzureichend vom Blümschen Konzept des Umbaus des Sozialstaates repräsentiert. Das Zukunftsprojekt wird von den Wortführern des Shareholder-Kapitalismus und den Beratern der internationalen Versicherungswirtschaft mit ihren einflußreichen ‚Denkfabriken' und Kommunikationsapparaten gefördert. Die Resonanz ist groß, die Forderung nach einer Verminderung der Sozialabgaben hat Hochkonjunktur. Ganz im Sinne der neoliberalen Vordenker erklärt der künftige Wirtschaftsminister: „Wer, wie die Wissenschaftler das nennen, zu den ‚abhängig Beschäftigten' zählt (das sind ca. 90 Prozent der Erwerbsbevölkerung), 1970 geboren wurde und seine Beiträge 45 Jahre lang einzahlt, bekommt allenfalls noch sein Geld zurück mit Null Rendite. Gehört man zu den 10 Prozent der Bevölkerung, die unabhängig von diesem System handeln können (...), bekommt man darauf eine Rendite von real 4 Prozent (das heißt nach Abzug der Geldentwertung) und ist nach besagten 45 Jahren Vermögensmillionär." Stollmann, von dem diese Rechnung stammt, wirbt nicht als Außenseiter oder als einer, der mit Adam Riese auf Kriegsfuß steht, sondern in tiefer Übereinstimmung mit Schröder für den zumindest teilweisen Übergang bei der Alterssicherung zum Kapitaldeckungsverfahren.

Die Gefahren des Kapitaldeckungsverfahrens werden verniedlicht, die Hoffnungen auf Vermögen geschürt. Die Masse der „Normalverdiener" hat ein zu geringes Arbeitseinkommen, um über Erspartes an den Kapitalgewinnen beteiligt zu werden. Die Absicht, mindestens einen Teil der Alterssicherung auf den Finanzmärkten unterzubringen, setzt diese sozialen Schichten der Gefahr aus, daß ihr Alterseinkommen in künftigen Entwertungsprozessen vernichtet wird.

Die Alternative ist eindeutig: entweder Steuerentlastung und Senkung der Sozialabgaben mit dem Ziel, den finanziellen Spielraum zur individuellen Vermögensbildung zu erhöhen; oder stärkere Belastung von Kapitalgewinnen und ein Ausbau der solidarischen Umverteilung.

„Verschlankung" des Staates heißt Exklusion und Exklusivität, heißt daher auch Ausbau des Polizeistaates. Exklusivität, die langsame Herausbildung eines Vorsorgestaates für Privilegierte, wird sich an den Veränderungen im Bildungssystem ablesen lassen: Wer Zeit hat und zahlen kann, kommt voran. Zunächst noch nicht auf dem Weg, daß Schul- und Studiengebühren Normalverdiener in die Verschuldung treiben. Sondern schrittweise: die Autonomie der Schulen, die mit immer weniger Mitteln selbst haushalten dürfen, führt im Selbstlauf zum „survival of the fittest". Schulen in sogenannten „guten Lagen", in einem besserverdienenden, engagierten, bildungsbürgerlichen Umfeld, mit Zuschüssen und auch bereits mit etwas Sponsoring, stellen sich gut im Bildungs-Benchmarking; Schulen in sozialen Brennpunkten hingegen darf man abschreiben. Der Neoliberalismus der letzten eineinhalb Jahrzehnte hat seine Projekte selten per Frontalangriff durchgesetzt. Man verändere nur einige Rahmenbedingungen, und die Leute müssen den Umbau selbst organisieren. Das ist der verdeckte soziale Zynismus. Diese indirekte Exklusion wird nicht nur ein Teil der jetzt acht Millionen Erwerbslosen, sondern auch ein Teil der derzeit noch Beschäftigten neu zu spüren bekommen. Denn auch hier gibt es eine große Koalition in dieser Republik: die Arbeit, vor allem die weniger qualifizierte, ist zu teuer. Zeitarbeit, Teilzeitarbeit mit Zuverdienstcharakter, Mehrfachjobs als Ersatz für existenzsichernde Arbeit, Lohnsubvention usw. der Kreativität der Erosion des schon längst nicht mehr so zu nennenden Normalarbeitsverhältnisses sind kaum Grenzen gesetzt, auch nicht seitens der Mehrheitsströmung in der Sozialdemokratie.

Die These vom modernen Polizeistaat hat kein Copyright der politischen Linken. Der Sozialwissenschaftler Dahrendorf hat schon vor Jahren auf diese Entwicklungstendenz in den reifen kapitalistischen Ländern aufmerksam gemacht, als Folge nicht mehr beherrschter Massenarbeitslosigkeit und breiter Verarmungsprozesse.

In den Schlüsselfragen der bundesdeutschen Politik, Internationales, Militär, innere Sicherheit, Umbau des Sozialstaates existierte in der Vergangenheit bereits eine große Koalition. Diese wird unter veränderten politischen Mehrheitsverhältnissen in entscheidenden Feldern der Innen- und Außenpolitik fortgesetzt werden.

Ergebnisse von Parlamentswahlen sind eine Momentaufnahme eines gesellschaftlich-politischen Kräfteverhältnisses. Und es deutet alles darauf hin, daß die Zeiten vorbei sind, in denen man sich bei einem solchen Wahlergebnis für eine ganze Legislaturperiode wohnlich einrichten konnte. Die internationalen Finanzmärkte und ein Großteil der Realökonomie an der Peripherie des kapitalistischen Systems signalisieren massiven Regulierungsbedarf. Auch wer von der grundsätzlichen Überlegenheit der kapitalistischen Gesellschaftsformation überzeugt ist, wird einräumen müssen, daß die massiven Krisensymptome eine Herausforderung für die politische Gestaltung sind.

Linke Opposition

Gerade weil eine faktische große Koalition auf der Grundlage eines Programms des „gemäßigten Neoliberalismus" sich eben nicht auf die bloße Verwaltung der öffentlichen Aufgaben beschränken kann, besteht eine Chance für hörbare Opposition. Aber auch diese Herausforderung macht neue Anstrengungen notwendig: Die SPD-Linke hat ohnmächtig den Prozeß der innerparteilichen Durchsetzung von Wahl- und Kommunikationsstrategie begleitet. Krisenanalyse und antikapitalistische Reformpolitik haben kein Heimatrecht in der nach wie vor größten politischen Partei der Lohnabhängigen. Bei Bündnis 90/Grüne wird der „Schrei nach Führung", den Fraktionschef Fischer vernommen hat, mit Verweis auf die Fragilität des neuen Bündnisses demnächst noch lauter zu hören sein.

Die PDS hat sich als linkssozialistische Partei durchsetzen können. Nach wie vor ist der Schwerpunkt der Partei in Ostdeutschland, wo sie einen Wähleranteil von 21,6 (1994 19,8) Prozent erreicht hat. Auch in der alten Bundesrepublik konnten knapp 100.000 Stimmen mehr gewonnen werden, was allerdings nur einem Anteil von 1,2 Prozent (1994 1,0) entspricht. Die PDS steht als sozialistische Opposition sicher vor neuen Herausforderungen. Sie muß weiterhin darum kämpfen, in der alten Bundesrepublik politisch und organisatorisch voranzukommen, will sie der Gefahr der Rückentwicklung zu einer ostdeutschen Regionalpartei begegnen.

Neuauflage der Sozialpartnerschaft?

Die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften werden sich um die Inhalte eines Bündnisses für Arbeit

entzünden. Vor allem der neue Arbeits-und Sozialminister muß beweisen, daß nicht nur ein neuer Politikstil in die Regierungszentrale eingezogen ist, sondern daß es um die Interessen der sozial Ausgegrenzten und der Lohnabhängigen geht. Ein solches Bündnis steht unter einem enormen Druck, denn mit dem Wahlabend sind die Aufschwungsphantasien und die Wende-auf-dem-Arbeitsmarkt-Rhetorik verschwunden und die Arbeitslosigkeit steigt zunächst einmal erneut an: nicht nur aus saisonalen, mehr noch aus konjunkturellen Gründen. Sicherlich: Verbesserte Altersteilzeit und Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sind gerade in dieser Situation noch dringender, und auch auf die Rücknahme der Verschlechterungen bei der Lohnfortzahlung, beim Kündigungsschutz und vielleicht beim Streikrecht wird man sich freuen dürfen, vielleicht auch auf ein wirklich modernes Arbeitszeitgesetz. Aber der Massenarbeitslosigkeit tatsächlich zu Leibe zu rücken, würde bedeuten: öffentliche Beschäftigungsprogramme, Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors, Unterstützung einer Politik genereller Arbeitszeitverkürzung und gemeinsame europäische beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik.

„Bündnis für Arbeit" ist unter Gewerkschaftern kein positiv besetzter Begriff. Gewerkschaftspolitisch könnte sich die Skepsis verstärken, wenn für die Arbeit wenig und beim Einkommen noch weniger herauskommt. Walter Riester, der designierte Arbeits- und Sozialminister, geht „jedenfalls sehr optimistisch an dieses Bündnis für Arbeit heran". Allerdings dürfe man sich von einer solchen Verabredung der großen gesellschaftlichen Gruppen keine Wunderwerke erwarten: ein Bündnis für Arbeit sei weder eine Überregierung, die konkrete Beschäftigungszusagen versprechen und einlösen könne, noch ein Disziplinierungsmittel, um den Gewerkschaften Lohnzurückhaltung abzuverlangen. Wenn also das Bündnis für Arbeit kein Politikersatz ist, was kann mit einer solchen Veranstaltung erreicht werden?

Bündnisse für Arbeit sind in Europa, siehe Niederlande oder Schweden, schon seit längerem gesellschaftliche Praxis und haben den Ruf einer erfolgreichen Strategie. „Dreiseitige Bündnisse zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Reform des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates gibt es mittlerweile in zahlreichen europäischen Ländern. Sie gehen in der Regel auf eine Initiative der Regierung zurück und dienen der Herstellung eines nationalen Konsens bei der Verteidigung der Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit der Volkswirtschaft. Deutschland war bislang eines der wenigen Länder der Europäischen Union, in denen ein solches Bündnis nicht zustande gekommen ist, und zwar erstaunlicherweise trotz einer langen Tradition der Sozialpartnerschaft."

Der künftige Sozialminister Riester weiß als langjähriger Gewerkschaftsfunktionär, daß eine neue Sozialpartnerschaft in Deutschland nicht so ohne weiteres wiederherstellbar ist, selbst wenn sich die christlichen Kirchen zum Mitmachen entschlössen. In den zurückliegenden Jahren ist zu unverschämt von unten nach oben umverteilt worden, das Gefühl sozialer Gerechtigkeit ist beschädigt und die neuen Regierungsparteien können nicht von vorneherein die Verständigung auf einen nationalen Konsens zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit des bundesdeutschen Kapitals erwarten. Ein solches Bündnis soll in Deutschland Erwartungssicherheit und gesellschaftliches Vertrauen wiederherstellen, was unterstellt, daß in verläßlicher und fairer Weise die Verteilungsauseinandersetzungen abgestimmt und geregelt werden. Riester betont daher den Vorzug eines „ganzheitlichen, vernetzten Ansatzes beim politischen Problemlösungshandeln statt der alten, eindimensionalen Lösungsversuche". Konkret: Es müssen für alle gesellschaftlichen Gruppen sichtbare Verbesserungen im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit herausspringen, dann können an anderer Stelle bei Lohnerhöhungen, der Arbeitzeitregelung etc. Zugeständnisse für die Unternehmen durchgesetzt werden. Mit anderen Worten: Sieht man, daß bestimmte Deregulierungen wirklich eine Verminderung der Arbeitslosigkeit bringen und nicht alle Kostenentlastungen von den Kapitaleigentümern eingestrichen werden, dann kann eine Fortführung der Politik der Bescheidenheit für die Lohnabhängigen durchgesetzt werden. Die neue Regierung setzt auf eine attraktivere Regelung bei der Altersteilzeit: „Ein neuer Generationenpakt – das heißt, die älteren Arbeitnehmer machen Platz für die jüngeren – ist für mich eines der Kernelemente dieses ominösen Bündnisses für Arbeit und Ausbildung. Auch bei der Gesetzgebung im Arbeits-, Sozial- und Tarifrecht, die in weiten Teilen aus den sechziger und siebziger Jahren stammt, sehe ich eine Menge Überarbeitungsbedarf."

Also doch nur eine Rückkehr zu den Zeiten der Sozialpartnerschaft und der lohnpolitischen Bescheidenheit? Vor vorschnellen Urteilen sei gewarnt. Der IG Metall-Vorsitzende Zwickel, der sich für das Ende der Bescheidenheit, weitere Arbeitszeitverkürzung (32 Stundenwoche) und eine neue Art der Vollbeschäftigung einsetzt, kann sich einkommenspolitische Zugeständnisse vorstellen, wenn die Massenarbeitslosigkeit ernsthaft bekämpft wird und auch die Unternehmer endlich einen Beitrag dazu leisten. Trotz des Scheiterns der Bündnisidee unter der Regierung Kohl „sollte das Modell der gesellschaftlichen Verabredung und breiten Verständigung zwischen Politik und Tarifparteien nicht verworfen werden. Noch immer spüre ich in der Gesellschaft viel Sympathie für diesen Vorschlag."

Die Gewerkschaften können und werden sich einer Politik der gesellschaftlichen Verabredung nicht verweigern, aber auch keinen Blankoscheck ausstellen. Ein Bündnis ist durchsetzbar, wenn die Perspektive stimmt.

In diesem Sinne hat sich IG Metall-Chef Zwickel festgelegt: „Mit einem neuen ‚Bündnis für Arbeit' verknüpfen sich mehrere Perspektiven. Es geht nicht nur um die wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und eine Stärkung des Sozialstaates. Arbeit schaffen, gesellschaftlichen Reichtum fair verteilen und soziale Gerechtigkeit wiederherstellen. Jenseits konkreter Inhalte geht es aber auch um grundsätzliche Weichenstellungen (...). Ein neues ‚Bündnis für Arbeit' gibt Auskunft über die Fähigkeit unserer Gesellschaft, Lösungen jenseits von mehr oder weniger ‚Kapitalismus pur' zu finden." Zusammen mit den Arbeitsloseninitiativen und den Sozialverbänden besteht die Chance der Stärkung einer außerparlamentarischen Opposition. Jetzt steht auf der Tagesordnung, was sich bereits Monate vor der Wahl abzeichnete: Heraustreten aus der Zuschauerdemokratie – Aufstehen für eine andere Politik. ■

Joachim BISCHOFF ist Wirtschaftswissenschaftler, Mitherausgeber und Redakteur der Hamburger Zeitschrift »Sozialismus«, Leiter des VSA-Verlags sowie Mitglied des Parteivorstands der PDS.

Schwestern zur Sonne?

Sozialdemokratische Frauenpolitik im Schatten von Neoliberalismus, Budgetkonsolidierung und Koalitionskorsett

Bärbel DANNEBERG

Die sozialdemokratischen Brüder, die am Morgen dieses Jahrhunderts noch das frische Lied von der Sonne und Freiheit auf den Lippen hatten, verdunkeln ihren Schwestern am Abend des Jahrhunderts zunehmend das Licht, zu dem auch diese streben wollten. Im Zeichen von New Labour und Neoliberalismus werden die Schatten länger, die auf weibliche Entwicklungsmöglichkeiten fallen.

Das zu Ende gehende Jahrhundert sozialdemokratischer Frauenkämpfe erinnert an ein Hamsterradl: alles bewegt sich – im Kreis. Daran ändert auch der jüngste Sonderparteitag der österreichischen Sozialdemokratie nichts, der als einen der ganz, ganz großen Erfolge die statutarisch beschlossene 40-Prozent-Frauenquote feierte. Mit diesem Hilfsmittel sollen bis zum Jahr 2003 auf allen Parteiebenen nur mehr 60 Prozent Männer vertreten sein. Schließlich sei es, so ein selbstgefällig lächelnder Viktor Klima, „lebenswichtig für eine moderne Bewegung wie die Sozialdemokratie, daß Frauen ihre Ideen einbringen und umsetzen und auf allen Ebenen aktiv mitgestalten".

Gut gebrummt, Löwe, könnte frau sagen. Denn bislang erfüllt erst ein Bundesland, und zwar der Landtag Wien, den sozialdemokratischen Quoten-Ehrgeiz von 40 Prozent Frauenanteil. Kärnten und Niederösterreich liegen mit mageren 14 Prozent im Schlußlicht. Doch wir wissen, das alles dauert.

Quoten-Qualen

Bereits 1993 hatte sich die SPÖ selbst auferlegt, bis zum Jahr 2003 stufenweise zu einer 40-Prozent-Frauenquote zu kommen. Nichts Neues also. Das Neue, nämlich das Verbindliche im SPÖ-Statut, das nun fünf Jahre später als „moderne Zukunftsvision" abgefeiert wird, hat letztendlich unverbindliche fünf Jahre Schonzeit für anwendbare Praxis. Dazwischen aber sind Wahlen, die so nah am gefeierten Ereignis liegen, daß so manch weibliche Stimme sich bitte erinnern möge an des Kanzlers „Vision" von einer „Gesellschaft, in der die Gleichstellung der Frauen endlich Wirklichkeit ist".

Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen. Und die hat eine lange sozialdemokratische Geschichte: „Die Konferenz spricht zugleich die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Männer in höherem Maße als bisher die Frauen (...) unterstützen und bei jeder Gelegenheit für die rechtliche und politische Gleichstellung der Geschlechter eintreten werden, wie das Programm der sozialdemokratischen Partei in Österreich es von ihnen verlangt und wie sie es wiederholt auf unseren Parteitagen beschlossen haben." Diese Worte fielen nicht auf dem SPÖ-Sonderparteitag vor wenigen Wochen, sondern sie stammen aus einer Resolution über „Die politische Betätigung der Frauen", die auf der 2. Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Österreichs am 8. November des Jahres 1903 verabschiedet wurde. Dort berichtete Therese Schlesinger von den begehrlichen Frauenwünschen: „Nur wenn alle Parteigenossen ohne Unterschied des Geschlechtes ihre volle Kraft einsetzen, wird es uns gelingen, das, was bisher an unseren prinzipiellen Forderungen toter Buchstabe geblieben ist, in lebendige Tat umzuwandeln." („Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht", Hg. Richard Klucsarits/Friedrich Kürbisch, S. 271)

95 Jahre später weiß SPÖ-Frauenvorsitzende Barbara Prammer von den aktuellen Wehen der Programmdebatte zu erzählen, die sich, ähnlich jener Resolution über „Die politische Betätigung der Frauen", am männlichen Widerstand abarbeiten mußte. Einwände gegen die programmatische Festlegung der Gleichstellung von Frauen seien primär von Männern gekommen, so Prammer. Des Kanzlers gewichtiges Wort zur Frauenquote („Ich glaube, das ist für jeden von uns ein Anliegen") brachte das neue SPÖ-Parteistatut dann doch mit nur einer Gegenstimme über die Parteirunde. Und das, obwohl die Frauenquote dort, in der Simmeringer Werkshalle, magere 29,1 Prozent betrug. Auch bei der Erstellung der Kandidatenlisten ist für die Zukunft ein Konsultationsprozeß festgelegt: Bei Listenerstellungen muß in jedem Fall die entsprechende Frauenorganisation angehört werden. Frauenministerin und Bundeskanzler sind nun, nach geschlagener Schlacht, sehr stolz auf die „prinzipiellen Forderungen toter Buchstaben" (wie Therese Schlesinger es vor einem Jahrhundert formulierte), die aber erst noch in „lebendige Tat" umzuwandeln sind. Einüben tut man sich zunächst bei der Besetzung des freiwerdenden Postens im männerdominierten Verfassungsgerichtshof. „Es geht in Richtung Frauen", verlautet des Kanzlers Kabinett. Der kolportierte diesbezügliche Druck der SPÖ-Frauen dürfte allerdings auch ein willkommener Liebesdienst sein: Der bisher für dieses Amt gehandelte Sektionschef im Innenministerium, Manfred Matzka, ist ein von nicht allen SP-Granden heißgeliebter Kandidat.

Alles dreht sich um Quoten: Einschaltquoten, Beschäftigungsquoten, Frauenquoten. In dieser quotengeilen Gesellschaft kann eine „moderne" SPÖ nicht zurückstehen. Und sei's auch nur, um sich eine zeitlang in die mediale Sonne zu legen. Daß Quotenbeschlüsse gut gemeint sind, real jedoch bisher kaum die Benachteiligungen der Mehrheit der erwerbsarbeitenden Frauen aufbrechen konnten, mag auch daran liegen, daß Quotenangst erfinderisch macht. So etwa ist es in Deutschland zu einer Art männlichem Massensport geworden, die Frauenförderungsgesetze im öffentlichen Dienst zu unterlaufen, klagt die Bonner Arbeitsrechtlerin Barbara Degen. Das sei fast so beliebt wie Steuerhinterziehung. Der Anteil jener Männer, die gegen die Quote vor Gericht gehen, übersteigt jedenfalls um ein Vielfaches die Zahl jener Frauen, die Arbeitsplatz- und Aufstiegschancen über die Quote einklagen. Für De-

gen hat die Quote mittlerweile nur noch Symbolwert. Denn freiwillig räumen die Männer nicht die Plätze am Futtertrog. Und auch Frauenministerin Prammer meint in Erahnung künftiger Troubles: Die Frauenquote „wird der Partei einiges abverlangen. Das muß in die Köpfe der Männer hinein und nicht nur in jene der Frauen."

Die Köpfe der Männer

Die Köpfe der Männer aber sind zähe Dickschädel. Was sich über Jahre und Jahrzehnte festgesetzt hat an männlichem Selbstverständnisschrott, kann mit Quotenbeschlüssen nicht ausgemistet werden. Blonde Frauen kommen im Fernsehen besser an als dunkle, meinte etwa vor zehn Jahren Andreas Rudas zur Absetzung von Margit Czöppan als ZiB-Moderatorin. Rudas war damals ORF-Pressesprecher. Und auch heute formuliert er als SPÖ-Bundesgeschäftsführer und einer der Macher des Parteiprogramms ebenso ungeniert Frauenfeindliches. Als der Programmentwurf im Mai dieses Jahres sozialdemokratischen GewerkschafterInnen vorgestellt wurde, meinte er salopp: „Und nun kommen wir zu den Kleinpunkten. Die Frauen..." ÖGB-Frauenvorsitzende Irmgard Schmidleithner: „Dieser Vorfall läßt befürchten, daß das in puncto Frauen gar nicht schlechte Programm nur Geschriebenes bleibt." (»Kurier«, 22.5.1998)

Eine nicht unberechtigte Furcht. Hat die Sozialdemokratie doch in ihrer jüngsten Geschichte aktiv dazu beigetragen, die Kluft zwischen Wort und Tat, zwischen Arm und Reich, zwischen männlichen und weiblichen Entwicklungsmöglichkeiten zu vergrößern. Auch wenn – wie Andreas Rudas das neue SPÖ-Parteiprogramm* lobt – „ganz besonders die Gleichstellung der Frau betont" wird und sich dieser „Grundsatz durch das ganze Programm zieht", verunmöglicht ein anderer Grundsatz, der sich ebenfalls durch das ganze Programm zieht, dieses hehre Ziel: „Modernisierung" nennt sich das bis zur Unerträglichkeit strapazierte Zauberwort. Es meint den Anschluß an neoliberale Grundtendenzen unserer Gesellschaft, auch wenn der Wortwust des „Wahren-Guten-Schönen", das die Sozialdemokratie mit ihrem Programm zu verwirklichen vorgibt, diese „Modernisierungs"stoßrichtung phrasenhaft verdeckt.

Deutlich wird das, wenn von Hilfe für in Notlage geratene Menschen die Rede ist, aber gleichzeitig auch davon, „daß der Mißbrauch von Leistungen der Wohlfahrtsgesellschaft verhindert wird". Oder wenn von einem starken Staat für die Schwächsten der Gesellschaft geredet wird, aber vor der „Gefahr eines Übermaßes an Regulierung und Bürokratie, das die Menschen in ihrer Freiheit einengt statt ihnen zu helfen", gewarnt wird. Und auch hier wird mit doppelter Zunge geredet: Zur Erreichung des höheren Wohlstands für alle „bedienen wir uns dabei der Kräfte – der Dynamik und Innovationsfähigkeit – des Marktes, geben ihnen aber einen Rahmen, um zu gewährleisten, daß sie sich nicht gegen die Menschen und die Umwelt richten". – Ein ideologischer Spagat, oder: Weihnachten steht vor der Tür. Denn diese Marktdynamik treibt immer mehr Menschen an den Abgrund ihrer Existenz: schneller, flexibler, billiger, profitabler, lautet die Anforderung an die „dynamische" Arbeitskraft. Unter dieser Devise werden arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen Zug um Zug abmontiert, und die Schwächsten kommen in dem mörderischen Konkurrenzkampf um Erwerbsarbeit unter die Räder. Deregulierung, etwa im Handel, brachte keine neuen Jobs, dafür ein Heer an geringfügig Beschäftigten, vornehmlich Frauen.

Was die SPÖ unter „neuer Vollbeschäftigung" versteht, offenbarte ihr Vorsitzender in seiner Parteitagsrede: „Wenn wir von Chancengesellschaft sprechen, gehört es zu unseren wichtigsten Aufgaben, den jungen Menschen in unserem Land den Sprung in die Selbständigkeit zu erleichtern." Denn: „Der Unternehmensgründer von heute ist der Arbeitsplatzbeschaffer von morgen. Das ist das sozialdemokratische Ziel." Sozialministerin Lore Hostasch setzte einige Tage später mit ihrem „Employment Anticipated"-Schulungsprogramm nach: ein Projekt, das Frauen auf die Selbständigkeit vorbereiten soll. Schließlich, so Hostasch, könne man von dieser „erfolgsorientierten Zielgruppe" Frauen erwarten, daß sie mittelfristig als Unternehmerinnen weitere Arbeitsplätze schaffen.

Somit wird verständlich, daß Klima das Wort Klassenkampf als „veralteten, technokratischen Begriff" bezeichnete; und so fügt es sich zu einer Logik, daß das Parteiprogramm formuliert: „Unser Ziel ist eine Gesellschaft freier und gleicher Menschen, in der die Klassenunterschiede überwunden sind." Das zahme Begehren der Jungen Generation nach einem „Demokratischen Sozialismus" hatte trotz aller Chancenbeschwörungen des SPÖ-Chefs dann auch keine Chance auf Stimmenmehrheit des Parteitages. Umso töniger Klimas plötzlich wiederentdeckte Frauenliebe: „Wir werden für alles eintreten, was Chancen fördert, und gegen alles kämpfen, was Chancen verhindert."

Die Köpfe der Frauen

Die sozialdemokratischen Grundsätze lesen sich wie ein Wünsch-dir-was-Katalog der guten Vorsätze, die sich, kaum formuliert, selbst wieder das Haxl stellen. Vergleicht man die hochtrabenden Worte im Frauenkapitel – „Umverteilung von Arbeit, Einkommen, Macht" – mit der aktuellen Situation der Frauen in unserem Land oder auch mit jener vergangener Frauenkämpfe innerhalb der SPÖ, dann erscheinen sie unverschämt: keine Scham darüber, daß Machtkämpfe, Arbeitsplatz- und Sozialabbau oder Einkommensdifferenzen zwischen Männern und Frauen ein aktiver SPÖ-Beitrag der letzten Jahre und Jahrzehnte waren.

In Erinnerung ist beispielsweise das schamlose Abservieren von Johanna Dohnal. Sie wurde, weil für den „Modernisierungsschub" ihrer Partei unbequem, im 16. Jahr ihrer Regierungstätigkeit gegen ihren Willen in Pension geschickt. Bei aller notwendigen Kritik gegenüber der damaligen SPÖ-Frauenpolitik hat Johanna Dohnal – zunächst als von der Kreisky-Regierung berufene Frauenstaatssekretärin und später als erste Frauenministerin Österreichs – dennoch wesentliche Verbesserungen zugunsten von Frauen durchsetzen können. Themen wie Gewalt gegen Frauen oder Gleichstellungspolitik fanden – wenn auch oft unter dem (Ein-)Druck feministischer oder außerparlamentarischer Bewegungen – Eingang in Gesetz und Öffentlichkeit. Dohnals Stärke war (im Gegensatz zur heutigen Praxis der SPÖ-Frauenpolitik) ihre Dialogsuche und -fähigkeit mit Frauengruppen und -organisationen. Nicht nur, daß sie weder Frauentagsdemos noch Diskussionen mit der autonomen Frauenbewegung scheute, auch auf ihren „Frauen-Enqueten" konnten sich die Teilnehmerinnen unterschiedlichster politischer Coleurs an den Widersprüchen reiben, die den Vorstellungen von einer frauenfreund-

---

* Die Zitate stammen aus dem *Entwurf* des neuen SPÖ-Parteiprogramms.

licheren Gesellschaft entgegenstanden. Und immer stand sie unter Druck, zwischen Gewerkschafts- oder Länderpolitik, feministischen Ansprüchen, SPÖ-Frauenpolitik und Regierungsdisziplin entscheiden zu müssen.

So etwa stimmte Johanna Dohnal dem am 1. Jänner 1993 in Kraft getretenen und inhaltlich ziemlich ausgedünnten Gleichbehandlungspaket nur unter der Bedingung zu, daß die Kinderbetreuungsfrage gelöst wird. Im Abtausch wurden Kompromisse ausgehandelt, so etwa die Erhöhung des weiblichen Pensionsanfallsalters: Bis zum Jahr 2018 sollte noch alles beim alten bleiben und erst ab dem Jahr 2019 dann das weibliche Pensionsanfallsalter schrittweise bis zum Jahr 2028 jedes Jahr um sechs Monate erhöht werden. (Auf die Kinderbetreuungsplätze warten die Frauen heute noch, dafür dürfen sie schon jetzt dank Sozialministerin Hostaschs sozialpartnerschaftlichem Verhandlungsgeschick bei den Neuregelungen im Pensionsrecht de facto länger arbeiten, sofern sie einen Arbeitsplatz haben.) Der zusätzliche Bedarf von rund 170.000 Kinderbetreuungsplätzen in ganz Österreich sollte mit dafür zweckgebundenen Mitteln aus dem Finanzausgleich realisiert werden. Protest und so manch unflätige Beschimpfung landeten bei Dohnal. Ihr Kompromiß: Ein Stufenplan mit Zweckbindung von einer Milliarde Schilling pro Jahr (von insgesamt 18 bis 20 benötigten Milliarden), damit der Bedarf in 18 bis 20 Jahren gedeckt sei. Dieser Kompromiß wurde von den Ländern nicht einmal ignoriert.

Mit ihrer Drohung, die Bundesstaatsreform zu blockieren, sollte es zu keiner Regelung der Kinderbetreuungsfrage kommen, zeigte sich die Frauenministerin mehr als unbequem. Und das kurz vor der EU-Volksabstimmung! Also wurde sie von allen Seiten in die Koalitions-Zange genommen. So etwa meinte der damalige Föderalismusminister Jürgen Weiss (ÖVP), die Blockade-Drohung Dohnals sei Wasser auf die Mühlen der EU-Gegner. Und auch der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky fiel der eigenen Genossin hart in den Rücken, indem er eine Koppelung von Bundesstaatsreform und Kinderbetreuungsgesetz strikt ablehnte. Die Bundesstaatsreform wurde im Juni 1994 beschlossen. Ohne Dohnals Veto. Sie hoffe auf die „Pakttreue des Koalitionspartners", meinte sie, andernfalls würde sie ein Bundesgesetz einbringen, das den Gemeinden die Kindergarten-Kompetenz entziehe.

Doch so weit sollte es gar nicht erst kommen. Zum Eklat kam es, als Johanna Dohnal drohte, wegen der Kürzungen beim Karenzgeld zurückzutreten. Für die SPÖ war sie, die das Maß an Frauenverachtung durch das Belastungspaket für übervoll hielt und gestandene sozialdemokratische Grundsätze nicht restlos über Bord kippen wollte, nicht mehr tragbar. Also wurde sie selbst im April 1995 gekippt.

Nicht anders erging es ihrer Nachfolgerin Helga Konrad, die – zunächst als „handhabbar" für ein Frauenministerium eingeschätzt – den ebenso bitteren Abgang wie ihre Vorgängerin erleben mußte. Den ersten Vertrauens-Knacks gab es, als sich Helga Konrad „sehr enttäuscht" zeigte, daß es nicht gelungen sei, „im Rahmen des Sozialpaktes eine spezielle Karenzlösung für Alleinerzieherinnen zu erreichen". Letztlich habe sich die ÖVP durchgesetzt. Doch auch Viktor Klima, damals Finanzminister, hatte die Genossin hängen lassen und die ursprünglich zugesagte „Kindergarten-Milliarde" gestrichen. Wie weit geht weibliche Loyalität? Frauenministerin Konrad verbuchte es dennoch als „Erfolg", im letzten Moment einmalige 600 Millionen für Betreuungseinrichtungen herausgeschunden zu haben. Und auch daran muß erinnert werden: Konrad hatte immer brav abgestimmt, als es darum ging, die insbesondere Frauen belastenden Sozialabbaumaßnahmen durchzupeitschen.

Das aufgeregte Gesumme um Konrads „ganze Männer", die per Gesetz „halbe/halbe" Hausarbeit machen sollten, war schlußendlich nur noch die Ouvertüre auf ihren Abgesang. Daß Konrad dann auch noch halbe/halbe bei der Technologiemilliarde aus Klimas BA-CA-Bankendeal forderte, brachte das Faß zum Überlaufen. Zumindest politische Süppchen werden halbe/halbe gekocht: Helga Konrads Kochkünste in Sachen Gleichberechtigung waren dem designierten Bundeskanzler Viktor Klima bei seiner Ministerauswahl jedenfalls entbehrlich.

Umstrittenes Frauenministerium

Seit der Gründung des – kaum mit Macht und Geld ausgestatteten – Frauenministeriums werden die zuständigen Ministerinnen mit Anwürfen unter der Gürtellinie vornehmlich aus dem rechten Lager und vornehmlich aus männlichem Mund überhäuft, und bis heute wird nicht an medialer Verachtung gegenüber diesem Ressort gespart. Hinzu gesellen sich Anwürfe aus den eigenen Reihen, die der jeweiligen Frauenministerin eine Gratwanderung zwischen Loyalität und Aufmüpfigkeit, einen Seiltanz zwischen Seilschaften abverlangt. Als Johanna Dohnal zum Beispiel ihren Parteikollegen Josef Hesoun wegen der „Grapsch-Affäre" aufforderte, entweder den Rechtsweg zu beschreiten oder zurückzutreten, wurde sie vom damaligen Parteichef Vranitzky zurückgepfiffen. Der Vorfall zwischen dem Minister und der Abgeordneten Schütz sei für die SPÖ nicht repräsentativ, meinte Vranitzky damals barsch.

Auch Dohnals Nachfolgerin Helga Konrad war beliebte Zielscheibe des Spotts. Ihre umstrittene Drei-Milliarden-Werbekampagne für halbierte Haus- und Erziehungsarbeit per Gesetz stieß selbst in den eigenen Reihen auf Ablehnung. Der Koalitionspartner ÖVP verabsäumte sowieso keine Gelegenheit, sie mit Häme zu überschütten. Die konservative »Presse« titelte damals „Stoppt Helga Konrad!" – sie und ihr „Steinzeit-Feminismus" gehörten ebenso wie das „unnötigste aller österreichischen Ämter", das Frauenministerium, abgeschafft. Was einer alten FPÖ-Forderung entspricht: Generalsekretär Westenthaler betonte, „nach allen Richtungen offen" zu sein, „wenn Klima die Minister Scholten, Einem und Konrad auswechselt". Der Klimawechsel wurde Programm: Viktor Klima drohte zunächst mit der Auflösung des Frauenministeriums, sollte Konrad nicht freiwillig das Feld räumen, in SPÖ-Kreisen wurde orakelt, daß zumindest „etwas passieren" müsse mit dem Frauenministerium, gemunkelt wurde, es wieder in ein Frauenstaatssekretariat zurückzuverwandeln und – nicht genug der Strafe – im (VP)-Familienministerium anzusiedeln. Nach Protesten auch aus den eigenen Frauenreihen erfüllte Klima dann, zumindest bei zwei Personen, gehorsamst die FPÖ-Forderung nach Abberufung der „Ideologieminister": Scholten und Konrad mußten gehen; Einem kam noch einmal davon und darf als ehemaliger linker Hoffnungsträger der Partei heute ministeriell den Verkehr regeln.

Mit der neuen Frauenministerin Barbara Prammer scheint nun wieder alles im Lot. Wohl auch, weil sie das richtige Gespür hat für Viktor Klimas Ego: Er sei in Frauenfragen „absolut authentisch", versicherte sie dem »profil« (Nr. 46/1998), das habe sie „heraus-

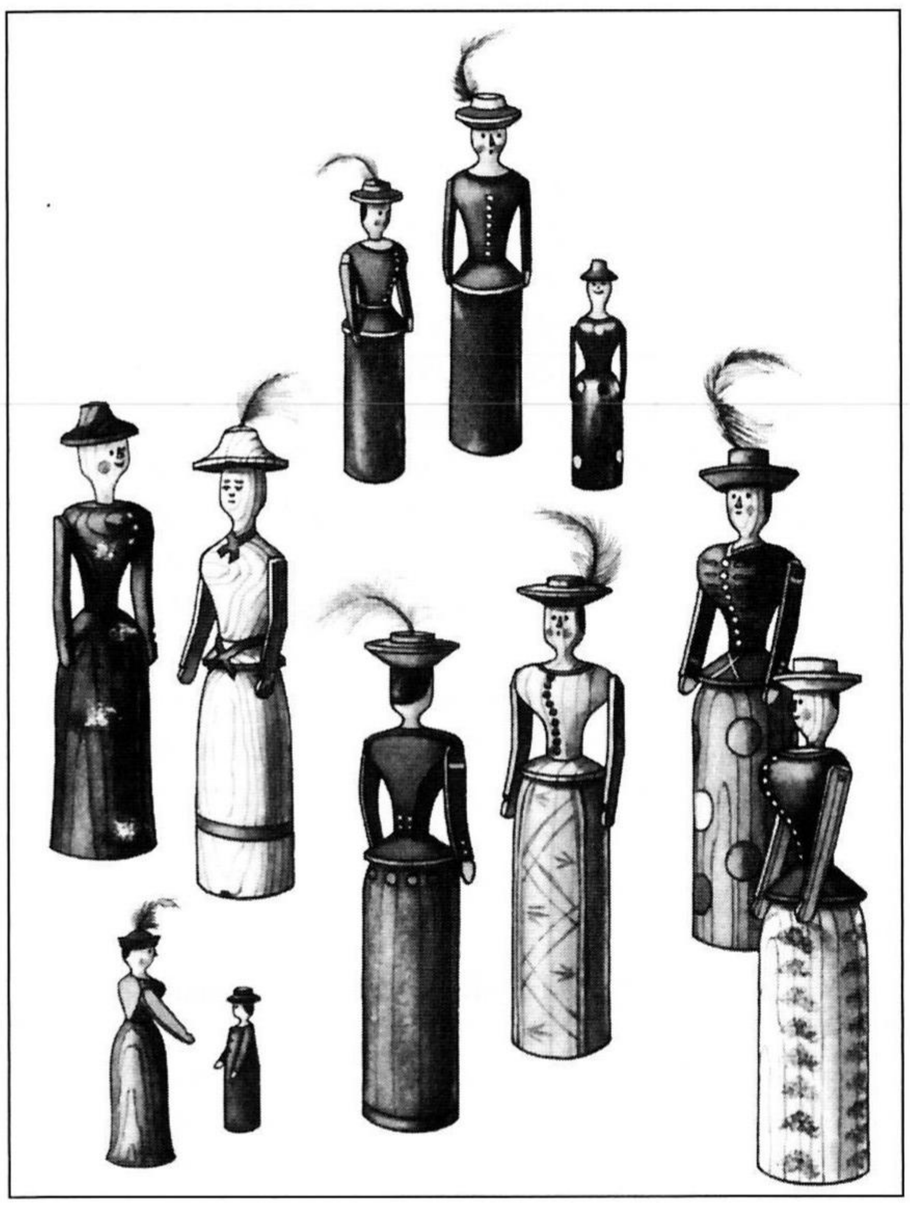
gespürt. Er sagt diese Sachen mit tiefster Überzeugung." Etwa seine auf dem SPÖ-Parteitag zähnefletschende Frauenfreundlichkeit: „Solange die völlige Gleichstellung von Frauen nicht erreicht ist, so lange besteht die SPÖ auf einem eigenen Frauenministerium." Was nichts heißt. Wurden doch schon ganz andere Grundsätze in tiefster Überzeugung gesagt und gekippt. Also könnte auch Frauenministerin Prammers Ergebenheit gegenüber ihrem Chef ziemlich rasch, wenn der zeitgeistige Wind es so will, auf dem harten Boden realpolitischen Machtschachers aufprallen. Auch wenn Barbara Prammer sich einen Orden von ihrem Parteivorsitzenden verdient haben mag ob ihres jämmerlichen Umgangs mit dem Frauenvolksbegehren – Parteiloyalität wurde selten bedankt.

Die „Chancengesellschaft"

Das ist immerhin eine beachtliche Leistung: sich mit einem rosigen Parteiprogramm an der grauen Wirklichkeit vorbeizufabulieren, an deren Entstehen man selbst aktiv mitgewirkt hat. „Deshalb steht für uns Politik, die es Frauen ermöglicht, im Beruf ihre Chancen aktiv zu ergreifen, im Mittelpunkt", heißt es da. Deshalb also driftet die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern stetig auseinander; deswegen also ist die weibliche Arbeitslosenrate kontinuierlich schneller im Steigen als die männliche; deshalb hat die Armut zunehmend ein weibliches Gesicht und darum werden AlleinerzieherInnen im Notstand mit verschärften Zwangsarbeitsmaßnahmen beglückt?

Heute gehe es darum, „daß Veränderungen nicht als Bedrohung abgewehrt und verweigert, sondern als Chance begriffen und angenommen werden". (SPÖ-Programm) Was eine gefährliche Drohung ist. So etwa betonte Ministerin Prammer auf dem Parteitag, „der öffentliche Dienst braucht eine Personalpolitik, die Frauenförderung nicht als Sonderprogramm, sondern als fixen Bestandteil wahrnimmt, die die Aufnahme von Frauen in den öffentlichen Dienst forciert und deren Karriereplanung unterstützt". Kein Wort davon, daß der Bund – und auch das Bundeskanzleramt – bereits auf LeiharbeiterInnen zurückgreift, die von der Personalleasing-Firma Manpower vermittelt werden. Das Belastungspaket mit seinem Personalstopp für den öffentlichen Dienst, insbesondere auch die EU-Präsidentschaft, bescherte personelle Engpässe. Diese werden nun durch LeiharbeitnehmerInnen ausgeglichen – das sind vornehmlich hochqualifizierte AkademikerInnen. Ist das die Karriereplanung, die der Frauenministerin vorschwebt?

Ähnlich lesen sich viele andere Versprechungen im SPÖ-Programm. Daß es etwa darum gehe, „den Weg frei zu machen für alle Frauen". Nachdem dieser Weg nun einmal durch diverse



Sozialabbaumaßnahmen für viele Frauen verschüttet wurde, sollen jetzt „die strukturellen Nachteile von Frauen", so der schöne Programmtext, „durch aktive Gleichstellungspolitik konsequent abgebaut und schließlich beseitigt werden"? Als der Nationalrat kürzlich beschlossen hatte, sich zur Gleichstellung von Mann und Frau zu „bekennen" – „verpflichten" wollte er sich nicht –, erklärte Frauenministerin Prammer treuherzig, man habe „wenigstens keinen Schritt in die falsche Richtung gesetzt". Dieses Begräbnis erster Klasse für das Frauenvolksbegehren, das immerhin 650.000 UnterstützerInnen gefunden hatte, markiert auf anschauliche Weise den verächtlichen Umgang mit der Bevölkerungsmehrheit. Und entlarvt Zynismus: Die SPÖ wolle von den Forderungen, „die uns der Koalitionspartner aus der Hand geschlagen hat", nicht abrücken, meinte etwa SP-Klubobmann Kostelka dazu. Und im Ton des kreidefressenden Wolfes: „Wir nehmen nicht zur Kenntnis, daß es beim Karenzurlaub für Alleinerzieherinnen keinen Handlungsbedarf gibt." Wie das? Hat seine Partei nicht brav alles ausgetüftelt und beschlossen, was beklagt wird?

Klimas große Vision einer „Chancengesellschaft" findet sich wohl am ehesten in den Worten der niederösterreichischen SPÖ-Landesrätin Traude Votruba wieder: „Interessant ist auch, daß der Frauenanteil in den NÖ Reitvereinen bei 75 liegt und auch österreichweit das Verhältnis von reitenden Frauen zu Männern bei 58 zu 42 liegt", meinte diese (in einer APA-Aussendung vom 9.10.1998) und wittert darin eine Wohlstandschance: „Dieser neue Boom des Reitsports ist auch ein deutlicher Indikator für den Wohlstand unserer Gesellschaft. (...) Reiten entwickelt sich also zunehmend zu einem Frauensport."
Die Frage dabei ist nur, wer geritten werden soll. Zumindest daran läßt das SPÖ-Programm keinen Zweifel: „Eine umfassende Wohlstandsgesellschaft besteht aber nicht nur aus dem staatlichen Sozialsystem. Private Einrichtungen und persönliche Verantwortung spielen eine wichtige Rolle."
Patriarchales Krisenmanagement meint immer ehrenamtliche Frauenarbeit, wenn von persönlicher Verantwortung, etwa gegenüber älteren Menschen, gesprochen wird; und private Vorsorge meint immer Kürzung sozialstaatlicher Leistungen, woran das SPÖ-Programm schließlich auch keinen Zweifel läßt: „...die Bereitschaft, selbst vorzusorgen und zugunsten von Mitmenschen aktiv zu werden. Dazu gehört auch der verantwortungsvolle Gebrauch von Leistungen der Gemeinschaft und die Pflicht, sich den von der Gemeinschaft eingeforderten persönlichen und finanziellen Beiträgen nicht zu entziehen."

So geht der flotte Ritt Richtung Runderneuerung – und damit das Profil einer Partei verloren, das Therese Schlesinger mit den Worten „Vorkämpferin aller Unterdrückten und Entrechteten" beschrieben hat. Das war einmal, im Jahr 1926. ■

Bärbel DANNEBERG ist Redakteurin der »Volksstimme«.

Keine Kulturbewegung mehr

Das neue Kunst- und Kulturprogramm der SPÖ

Gerhard RUISS

Seit rund dreißig Jahren regiert die SPÖ. Wie weit sie als Regierungspartei davon entfernt ist, ihr Parteiprogramm in die Regierungsarbeit einzubringen, zeigt ihr früheres Programm, wie weit sie sich für die Zukunft dazu entschlossen hat, zeigt ihr jetziges Programm, das sich von ihren früheren Programmen insofern unterscheidet, als es den Verzicht auf Politik von vornherein enthält.

Welche gesellschaftliche Rolle sich die SPÖ als alleinregierende Partei in ihrem Parteiprogramm vor zwanzig Jahren zugeschrieben hat und in welcher sie als der größere Koalitionspartner in einer großen Koalitionsregierung von heute steckt, läßt sich zuallererst an ihrem Umgang mit den für sie in der Vergangenheit zentralen Themen Kunst, Kultur, Bildung und Medien erkennen.

1978 ist die SPÖ als „Kulturbewegung" angetreten, zwanzig Jahre später sind davon gerade noch ein paar identitätsstiftende Fluchtspuren vorzufinden.

Was ist passiert, daß es sich erübrigt hat, als „Kulturbewegung für den Aufbau einer sozialen und gerechten Gesellschaftsordnung zur Überwindung der Entfremdung des Menschen in allen Lebensbereichen und zur Förderung seiner Entfaltung" anzutreten?

Haben „Bertelsmann", „Kirch", die »Neue Kronen Zeitung«, »News« oder »Täglich Alles« ihre Bereitschaft zur freiwilligen Selbstbeschränkung auf eine ausschließlich anspruchsvolle Kulturgüterproduktion erkennen lassen? Wollen „Donauland" und „Libro" ihr letztes Geld in Nischenproduktionen stecken? Steht die Selbstaufgabe des Musikantenstadels, von Gottschalk, Vera, Arabella oder Feldbusch durch die höheren Einschaltquoten von Kunst- und Wissenschaftsprogrammen bevor? Hat sich die freie Marktwirtschaft auch als die bessere Kulturbewegung herausgestellt oder haben sich nur die Erkenntnisse durchgesetzt, daß „die kapitalistische Ordnung" doch zu keiner „starken Differenzierung der Gesellschaft nach Konsumpotential und Bildung führt" und daher auch nicht für die „Nivellierung und Verarmung der kulturellen Bedürfnisse sowie für die Uniformität und Kommerzialisierung des Kulturverhaltens" verantwortlich zu machen ist?

Am auffälligsten verändert hat sich das Kulturprogramm der SPÖ im Verzicht auf jegliche Kritik. Ausgeschlossen werden kann daher, daß es die heutige Gesellschaft noch mit solchen „Entwicklungen" zu tun hat, wie mit den vor zwanzig Jahren festgestellten, wo „Menschen Profitinteressen unterworfen waren, die ihr Kulturverhalten manipuliert, Illusionen erzeugt und sie mit Luxus- oder Trivialkultur und mit kulturindustriellen Einebnungen beschwichtigt oder zur Passivität und Oberflächlichkeit verleitet haben".

Das neue SPÖ-Kulturprogramm

Anstelle ihres früheren „umfassenden" Kulturpolitikanspruchs unterbreitet die SPÖ in fünfzehn Punkten ihren neuen „nicht bloß auf den engeren Bereich der Kunst" beschränkten Kulturbegriff. Diese fünfzehn Punkte behandeln:

Punkt 1: Die Entfaltung des schöpferischen Potentials über den engeren Bereich der Kunst hinaus.

Punkt 2: Das Schaffen von Freiräumen und Erkennen, Benennen und öffentliche Diskutieren von gesellschaftlichen Entwicklungen.

Punkt 3: Die Garantie der Garantie der bereits grundrechtlich garantierten Freiheit der Kunst.

Punkt 4: Die Förderung von künstlerischen Ausdrucksformen, die kulturelle Investitionen in die Zukunft darstellen.

Punkt 5: Das Nebeneinander von Tradition und Gegenwart.

Punkt 6: Die Förderung des grenzüberschreitenden künstlerischen und kulturellen Schaffens, auch im Bereich der Kulturpolitik.

Punkt 7: Die Arbeitsteilung zwischen öffentlicher Verwaltung und ausgelagerten Einrichtungen wie Stiftungen und Fonds.

Punkt 8: Die nochmalige Garantie der Garantie der bereits grundrechtlich garantierten Freiheit der Kunst.

Punkt 9: Den Abbau von Barrieren für einen breitestmöglichen Zugang zur Kunst.

Punkt 10: Die Förderung von zeitgemäßen Formen und Strategien zur Vermittlung von Kunst.

Punkt 11: Die Förderung wirtschaftlich schwächerer Medien.

Punkt 12: Die Ankündigung von großen Veränderungen durch die neuen Medien.

Punkt 13: Das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen, nichtkommerziell privaten und kommerziellen Programmanbietern.

Punkt 14: Die Unterstützung von interaktiven Medienangeboten.

Punkt 15: Die Neuaufteilung der Verantwortung zwischen Medienproduzenten und Medienkonsumenten.

Substantiell läßt sich aus diesen fünfzehn Punkten folgendes herauslesen:

1. Wie gehabt.
2. Wie gehabt.
3. Wie gehabt.
4. Wie gehabt, zuzüglich neue Medien.
5. Wie gehabt.
6. Verwirklichung von EU-Beschlüssen.
7. Wie gehabt, zuzüglich Auslagerungen.
8. Wie gehabt.
9. Wie gehabt.
10. Wie gehabt.
11. Wie gehabt.
12. Elektronische Medien, ohne weitere Hinweise.
13. Elektronische Medien, mit weiteren Hinweisen.
14. Wie gehabt, zuzüglich neue Medien.
15. Verwirklichung von EU-Beschlüssen.

„Investitionen in die Zukunft"

Angereichert mit einigen verstaubten Zukunftsprognosen – „Im Bereich der elektronischen Medien *wird* es auf-

grund der neuen Technologien zu besonders großen Veränderungen kommen, neben traditionellen elektronischen Medien wie Radio und Fernsehen *werden* vor allem die neuen Informationstechnologien zu einem neuen Medienangebot, aber auch zu einer veränderten Mediennutzung führen" – nimmt die SPÖ die Auseinandersetzung mit der Zukunft auf: Sie „will die Medienkompetenz". Sie will sie aber ohnehin nicht haben, sondern „fördern".

Dem Rückzug von den traditionellen Feldern der Kulturpolitik folgt der Verzicht auf die Einmischung in den zukünftigen Feldern. So werden zwar die „großen Veränderungen" durch die neuen Medien „angekündigt", eine Notwendigkeit, sich dazu zu verhalten, sehen die Programmverantwortlichen der SPÖ allerdings nicht.

Wir glauben an den Weihnachtsmann

Zwar wird ein Kulturprogramm ohne Grundsätze und ohne konkrete Ziele keine allzu großen Sprünge für Festlegungen ermöglichen, Erwartungshaltungen an dritte können aber dennoch ausgesprochen werden: „Dabei erwarten wir vom öffentlichen Rundfunk und Fernsehen ein Programm, das in besonders umfassender Weise Informations-, Bildungs- und Kulturangebote sowie regionale Berichterstattung enthält."

Erwarten darf sich jeder was, wünschen auch. Sogar vom nicht-öffentlichen Rundfunk und vom nicht-öffentlichen Fernsehen. Da es aber ohnehin um keine Unterscheidung zwischen „öffentlichen" und „nicht-öffentlichen" elektronischen Medien geht, sondern um die Unterscheidung zwischen „öffentlich-rechtlichen" und „nicht öffentlich-rechtlichen" Sendern, sind sowieso nicht die Inhalte des Hörfunks und des Fernsehens das Thema, sondern die neue Organisationsform (Stiftung, GesmbH.) des ORF.

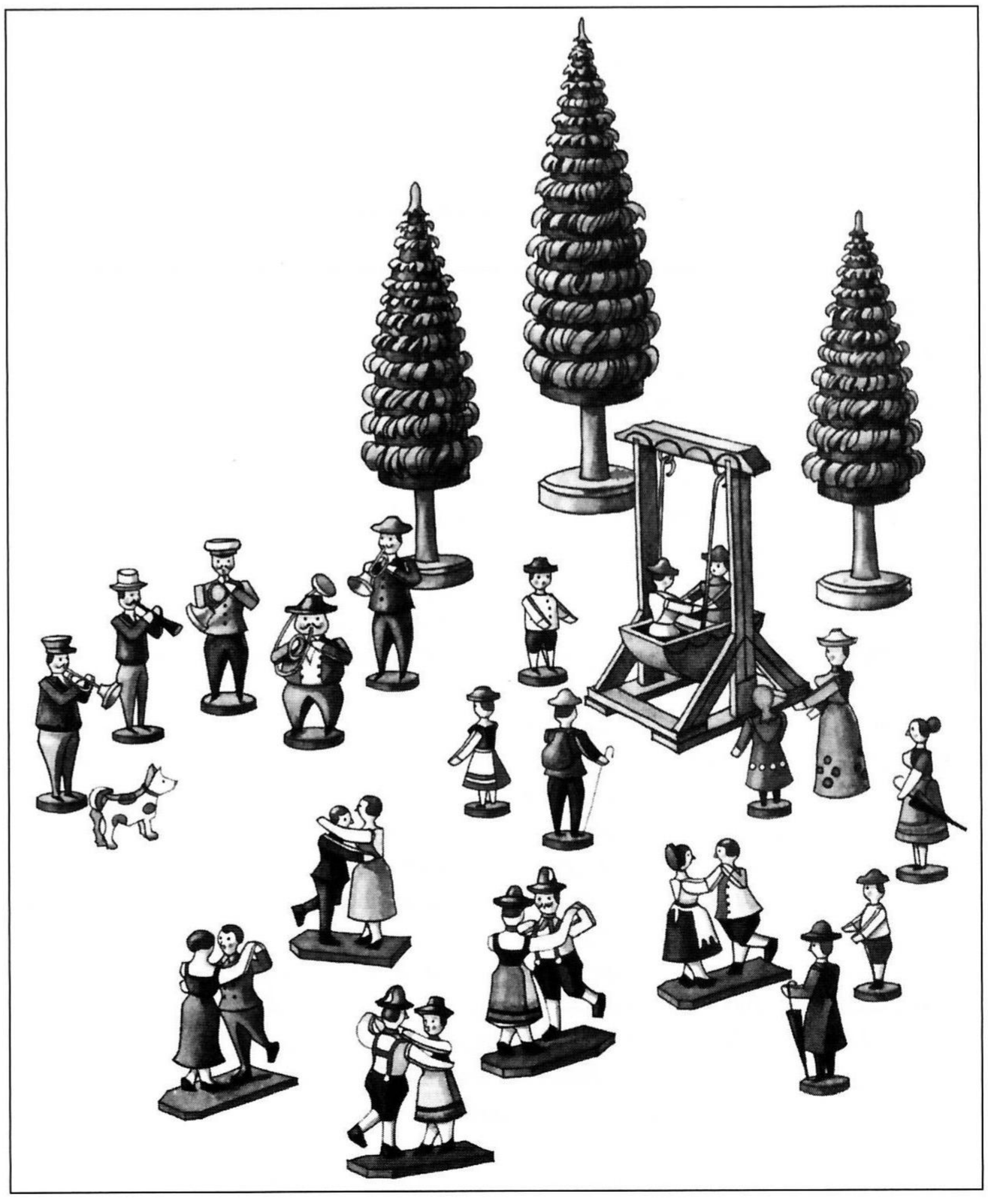
Wer solche Sätze über elektronische Medien liest, beginnt wieder an den Weihnachtsmann zu glauben.

Vielleicht haben die Programmverantwortlichen der SPÖ aber tatsächlich noch nichts von den von der Werbewirtschaft geforderten Formatprogrammen in elektronischen Medien gehört, vielleicht ist ihnen die Bedeutung der zeitgenössischen Architektur, der Kunst für Kinder und des Films tatsächlich noch nicht aufgefallen, oder die Probleme, die sich aus der Multiplex-Entwicklung auf dem Kinosektor oder aus dem multilateralen Investitionsabkommen MAI und aus anderen vergleichbaren weltweiten Rechtsansprüchen über soziale oder kulturelle Rechte ergeben, vielleicht sind ihnen überhaupt alle Konzentrations- und Programmentwicklungen der letzten Jahre fremd, vielleicht läßt sich daraus erklären, warum den SPÖ-Programmverantwortlichen über weite Strecken nur das eingefallen ist, was entweder zum historischen Bestand der sozialdemokratischen Kulturpolitik zählt oder ihr und allen anderen von der neuen Markt- und Medienwirtschaft seit Jahren vorgebetet wird.

Dabei wären es von der Löwelstraße zum Ballhausplatz nur ein paar Meter gewesen, um sich beim Chef der „Chefsache Kunst" höchstselbst nach dem Verbleib von ein paar kulturpolitischen Themenstellungen zu erkundigen, die fast parallel zum neuen Parteiprogramm der SPÖ in einem „Weißbuch zur Reform der Kunstförderung und Kulturpolitik in Österreich" behandelt worden sind. Zum Beispiel:

Urheberrechtsdefizite

1. Anfang der neunziger Jahre hat die Aufarbeitung der in den siebziger und achtziger Jahren in Rückstand geratenen österreichischen Urheberrechtsgesetzgebung begonnen. Mit der Aufhebung der unentgeltlichen freien Werknutzung bei Schulbüchern sowie den Entgeltregelungen beim Vermiet- und Verleihrecht (Bibliothekstantieme) und beim Kopierrecht (Reprographieabgabe) wurden erste Versäumnisse nachgeholt. Weitere im europäischen Raum übliche oder durch EU-Richtlinien bereits vorgegebene Urheberrechts- und Leistungsschutzregelungen wie unter anderem das Folgerecht für bildende Künstler fehlen in Österreich aber nach wie vor.
2. Wie schon bei den bisherigen technischen Neuerungen (z.B. Reprographie) kommt in der noch viel weitreichenderen aktuellen Entwicklung auf dem Informations- und Unterhaltungssektor der rechtzeitigen Regelung der Nutzung von Urheberrechten die Schlüsselrolle in der Verteilung der Erträge zu. Bleiben diese Rechte ungeregelt, partizipieren die Verteilerapparate und werden zugleich die Produktionsmöglichkeiten eingeschränkt.
3. Eine der Ursachen der (speziell in Österreich) geringen Eigenfinanzierungsfähigkeit von Gegenwarts-



kunst besteht in „der Konkurrenzierung" durch das vorhandene kulturelle Erbe bzw. durch dessen Verwertung außerhalb Österreichs. Dieses Erbe kann siebzig Jahre nach dem Tod des Urhebers tantiemenfrei genutzt werden. Bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts haben deshalb Überlegungen eingesetzt (Hugo von Hofmannsthal: „Peterspfennig der Literatur"), die neue Kunst als Tantiemenerbin der alten Kunst einzusetzen und somit die neue Kunst aus der Verwertung des künstlerischen und kulturellen Erbes mitzufinanzieren.

Zur Zweckmäßigkeit von Kunstförderungsmodellen

Bei der Einführung des Kuratorenmodells haben sich die Interessen- und Berufsverbände der Kulturinitiativen und der Autoren gegen die angekündigte Bestellung von Kuratoren in ihren Bereichen ausgesprochen. Sowohl in der Kulturarbeit als auch im literarischen Bereich besteht ein Höchstmaß an Selbstorganisation. Die Verwirklichung des Kuratorenmodells auf diesen Gebieten hätte unweigerlich zur staatlich beauftragten Konkurrenzierung mit bestehenden Organisationen und Einrichtungen geführt bzw. eine Gegeninstallierung zu bereits bestehenden Organisationen und Einrichtungen bedeutet. In beiden Bereichen wurde demzufolge auf die Bestellung von Kuratoren verzichtet.

Zur Einrichtung von öffentlichen Büchereien und Bibliotheken

Öffentliche Büchereien leisten – neben der traditionellen Bildungsaufgabe der Versorgung von finanziell leistungsschwachen Bevölkerungsschichten – in einem Markt der sich immer schneller zurückziehenden Neuerscheinungen („einsaisonales Buch", „Schnelldreher") und in mit Buchhandelseinrichtungen unterversorgteren Regionen auch eine unersetzliche Arbeit in der Zugänglichkeit zu bzw. in der „Erhältlichkeit" von Publikationen. Vor allem in den nordischen europäischen Staaten, die zugleich „Sprachinseln" innerhalb der großen europäischen Sprachen darstellen, wurden deshalb gesetzliche Vorkehrungen zur Einrichtung von öffentlichen Büchereien getroffen. In Österreich ist die Einrichtung von Büchereien den jeweiligen Kommunen überlassen, die höchst unterschiedlich mit dieser öffentlichen Aufgabenstellung umgehen.

Zur Umsetzung der Freiheit der Kunst

Erst rund hundert Jahre nach dem Entstehen des österreichischen Grund- und Freiheitsrechtekataloges von 1867 hat die „Freiheit der Kunst" Eingang in die Österreichische Bundesverfassung gefunden. Aus dem späten Einführungszeitpunkt (12. Mai 1982) haben sich Rechtskollisionen mit dem bereits vorhandenen Rechtsbestand ergeben, die bei einem früheren Einführungszeitpunkt durch entsprechende legistische Abstimmungen zu vermeiden gewesen wären. So unter anderem durch eine andere Formulierung der österreichischen Strafrechtsbestimmung zum Schutz der Religion vor Beleidigung und Beschimpfung („Das Gesetz stellt nicht auf die Eignung, den religiösen Frieden zu stören, sondern darauf ab, ob die Handlung geeignet war, berechtigtes Ärgernis bei einem mit den rechtlich geschützten Werten entsprechend verbundenen Menschen zu erregen.") oder aber auch durch die Einschränkung der Beschlagnahmebestimmungen des Medienrechts. Insbesondere diese beiden Paragraphen laden zu einem exzessiven, Behörden, Gerichte, die Kunst, Medien und Veranstalter beschäftigenden Gebrauch mit widersprüchlichen Ergebnissen ein.

Zur Presseförderung

Die österreichische Presseförderung unterteilt sich in eine „allgemeine" und in eine „besondere Presseförderung zur Erhaltung der Medienvielfalt". Schon aus diesen beiden Bezeichnungen geht die falsche Aufgabenstellung für eine österreichische Presseförderung hervor. Eine „allgemeine Presseförderung" in Österreich hätte auf die Erhaltung der Medienvielfalt zu achten, eine „besondere Presseförderung" auf die Erhaltung der Medienqualität.

Als die „größte Hürde" in der derzeitigen „besonderen Presseförderung" stellt sich der unter § 7, Abs. 2, Z 6 enthaltene Ausschlußgrund eines größeren als zweiundzwanzig-prozentigen Anzeigenanteils am jährlichen Seitenumfang dar. Internationale Vergleiche zeigen, daß die Inserateanteile bei Qualitätsmedien wie etwa der »Zeit«, der »Frankfurter Allgemeinen« oder der »Neuen Zürcher Zeitung« zwischen dreißig und vierzig Prozent liegen und somit diese Begrenzung im österreichischen Presseförderungsgesetz nicht dem internationalen Standard von Qualitätsmedien entspricht.

Vorgeschlagen wird deshalb, die Österreichische Presseförderung in eine „Allgemeine Presseförderung" zur Erhaltung der Medienvielfalt und in eine „Besondere Presseförderung" zur Erhaltung der Medienqualität zu unterteilen:

Die Qualität eines Mediums ergibt sich nicht aus dem Inserateanteil, sondern aus dem Anteil an Berichten, Kommentaren und Analysen in den Bereichen „Außenpolitik", „Innenpolitik", „Kultur", „Bildung", „Wissenschaft", „Medien" und „Wirtschaft". Weitere Berücksichtigung in der Presseförderung zur Erhaltung der Medienqualität finden die Einrichtung von Feuilletons (Buchbesprechungen, Gastkommentare etc.) und die Beschäftigung von Korrespondenten (nach der Art der Beschäftigungsverhältnisse und der Zahl der beschäftigten Korrespondenten bzw. der Länder).

Für den Eintritt in die „besondere Presseförderung" nach Qualitätskriterien wird ein Minimalanteil der jährlich in diesen Bereichen publizierten Seiten festgelegt. Die Bewertung der höheren oder geringeren Qualität eines Mediums wird durch ein Punktesystem für sowohl den Umfang der jährlich publizierten Seiten in den für Qualität maßgeblichen Bereichen als auch für die sonstigen, die Qualität eines Mediums kennzeichnenden Einrichtungen, festgestellt.

Am höchsten bei der „besonderen Presseförderung" nach Qualitätskriterien zu bewerten ist der Bereich „Kultur", „Bildung", „Wissenschaft", am zweithöchsten der Bereich „Außenpolitik", am dritthöchsten der Bereich „Innenpolitik", am vierthöchsten der Bereich „Medien" und am fünfthöchsten der Bereich „Wirtschaft". Die größte Bedeutung bei den qualitativ bewerteten Einrichtungen kommt den Feuilletons (Buchbesprechungen, Gastkommentaren etc.) zu, die zweitgrößte der Beschäftigung von Korrespondenten.

Zum öffentlich-rechtlichen Kulturauftrag

Die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind im Rundfunkgesetz und in den „Allgemeinen Richtlinien" des ORF, die Einrichtung und der Betrieb privater Sender ist im Regionalradiogesetz geregelt. Für den ORF besteht die Verpflichtung, einen

Kultur- und Bildungsauftrag zu erfüllen, für private Sender besteht eine solche Verpflichtung nicht. Wie dieser Kultur- und Bildungsauftrag wahrzunehmen ist, darüber sagt das derzeitige Rundfunkgesetz nur wenig aus.

In den letzten Jahren ist der ORF dazu übergegangen, seine Kultur- und Bildungsprogramme aus den neun Landesrundfunkanstalten und dem Sender Ö3 auszulagern und in Ö1 zu konzentrieren. Eine ähnliche Entwicklung weist der ORF mit der Zusammenlegung seiner früher vielfältigen Kultursendungen zu einem einzigen Kulturtermin („Treffpunkt Kultur") auf.

Einige beispielhaft aufgezählte Folgen daraus sind: neu anlaufende Filme oder Buchneuerscheinungen sind im Fernsehen nur mehr sporadisch präsent und für Ö3-Hörer existiert die kulturelle Kategorie Buch überhaupt nicht. In einer ganz besonderen Situation befinden sich die österreichischen Popularmusikkomponisten und -interpreten, die weder bei Ö3 („Hitradio") noch in Ö1 (Klassiksender) oder bei privaten Sendern zu hören sind.

Vorgeschlagen wird deshalb, den Kultur- und Bildungsauftrag des ORF in folgender Hinsicht zu präzisieren:

1. Die Fernseh- und Hörfunkprogramme des ORF haben ein am europäischen Durchschnitt (der öffentlich-rechtlichen Sender) orientiertes Mindestmaß an Kultur- und Bildungsprogrammen zu enthalten.

2. Bei der Wahrnehmung des Kultur- und Bildungsauftrages ist auf die Ausgewogenheit zwischen österreichischen und internationalen Programmbeiträgen zu achten.

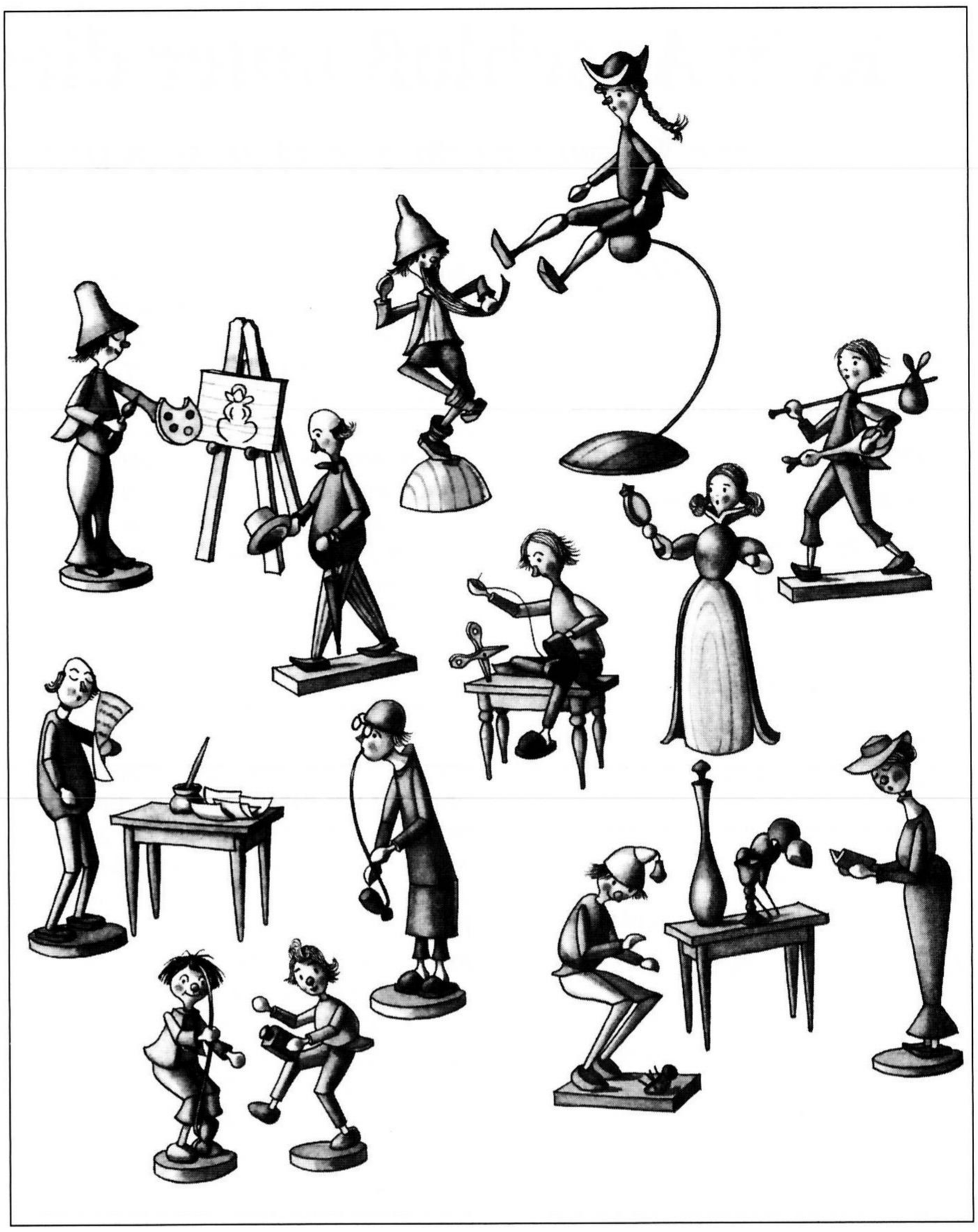
3. Der ORF hat diesen Kultur- und Bildungsauftrag als Förderer, Produzent, Reproduzent und Nachrichtenmedium wahrzunehmen.

4. Der ORF kommt seinem Bildungs- und Kulturauftrag in allen seinen Sendern nach.

5. Die Überprüfung der Einhaltung des Bildungs- und Kulturauftrages erfolgt durch einen jährlichen Bericht der ORF-Geschäftsführung und der Verwertungsgesellschaften und Berufsverbände an das ORF-Kuratorium und an die gesetzlich außerhalb des ORF zuständigen Einrichtungen.

6. Im ORF-Kuratorium ist die Kunst durch Direktmandat mit zumindest einem Kuratoriumsmitglied vertreten.

7. Nichteinhaltungen der am europäischen Durchschnitt festgestellten Mindesterfordernisse führen zu Kompensationsleistungen, die zur Förderung der Kunst, Kultur und Bildung verwendet werden.



Zur Programmqualität privater Sender

Parallel zur Neuformulierung des öffentlich-rechtlichen Kulturauftrages sind die gesetzlichen Bestimmungen über die Einrichtung und den Betrieb privater Sender in folgender Hinsicht zu präzisieren:

1. Die privaten Fernseh- und Hörfunkprogramme in Österreich haben ein am europäischen Durchschnitt (der privaten Sender) orientiertes Mindestmaß an Nachrichten-, Kultur- und Bildungsprogrammen zu enthalten und bei ihrer Sendetätigkeit auf das durchschnittliche europäische Verhältnis zwischen österreichischen und internationalen Produktionen zu achten.

2. Die Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen erfolgt einmal jährlich durch einen Bericht des Sendeunternehmens und der Verwertungsgesellschaften und Berufsverbände an die gesetzlich zuständigen Einrichtungen.

3. Nichteinhaltungen führen zu Kompensationsleistungen, die zur Förderung der Kunst, Kultur und Bildung verwendet werden.

Fazit

So oder so ähnlich hätten die Beiträge zu einem Kunst- und Kulturprogramm der SPÖ lauten können, so oder so ähnlich wäre für die nächsten Jahre die von der SPÖ schon von vornherein abgesagte Auseinandersetzung zu führen gewesen. Das neue Kunst- und Kulturprogramm der SPÖ wird dabei niemandem helfen können. ■

Gerhard RUISS ist Schriftsteller, Kulturpublizist und Geschäftsführer der IG Autorinnen und Autoren.

Kein Anschluß unter dieser Nummer

Oder: Weshalb es nie ein „postfordistisches Regulationsmodell“ geben wird

Norbert TRENKLE

Rund zwanzig Jahre dauert es nun schon an: das Warten auf ein „postfordistisches Regulationsmodell“ – und immer noch ist es nicht in Sicht. Da vermag sich nicht einmal Joachim Hirsch, einer der letzten linken Regulationstheoretiker im deutschsprachigen Raum, noch in Optimismus üben: „Ein überzeugendes Regulationsmodell für den nachfordistischen Kapitalismus ist weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene erkennbar. Sichtbar sind bestenfalls Entwicklungen und Tendenzen, die aber einen höchst widersprüchlichen Charakter tragen“ (Hirsch 1995, S. 173 f.).

So viel selbstkritische Offenheit in Ehren. Wer aber erwartet hätte, der Autor würde daraus die naheliegende Konsequenz ziehen, sein regulationstheoretisches Paradigma als solches in Frage zu stellen, wird enttäuscht. Lieber widerspricht und widerlegt er sich selbst in einem fort. Über weite Passagen hinweg beschreibt er (in seinem Buch *Der nationale Wettbewerbsstaat)* durchaus richtig, wie sich nach dem Ende des Fordismus, dem Zusammenbruch des sogenannten Realsozialismus und im Zuge der kapitalistischen Globalisierung die Konkurrenzdynamik auf allen Ebenen, sowohl zwischen Staaten und Staatenblöcken als auch innerhalb der Staaten selbst, extrem verschärft hat[1], wie die regionale und soziale Polarisierung voranschreitet und wie fundamentalistische Reaktionsformen an Kraft gewinnen, kurz, wie die grundlegenden Bedingungen für einen einigermaßen kohärenten und stabilen innerkapitalistischen Interessenausgleich zunehmend zerstört werden. Sein Fazit: „Grundsätzlich bleibt fraglich, ob eine halbwegs stabile und zur Bewältigung der globalen Probleme geeignete politisch-soziale Ordnung auf kapitalistischer Grundlage überhaupt noch möglich ist“ (ebd., S. 183). Doch dann flüchtet er sich immer wieder in relativierende Leerformeln (wie jenen zweiten Satz im ersten Zitat, der eigentlich nur aus nichtssagenden Floskeln besteht: „bestenfalls“, „Tendenzen“, „höchst widersprüchlichen Charakter“), die von nichts zeugen als vom blanken Willen, sich nur ja nicht von der altgewohnten Weltsicht zu verabschieden. Oder er hißt im Gestus des Trotz-alledem die Fahne des sozialen Kampfes für „Regulation“: „Es geht um den Kampf um die Durchsetzung von Formen der Regulation, die diejenigen Minimalstandards von sozialer Sicherheit, materieller Freiheit und demokratischer Selbstbestimmung gewährleisten, ohne die eine emanzipative Entwicklung, letztlich die Durchsetzung neuer und humanerer Produktionsverhältnisse nicht möglich ist“ (ebd., S. 180).

Man liest es und wundert sich. Denn wenn es doch „fraglich“ sein soll, ob auf kapitalistischer Grundlage überhaupt noch eine „halbwegs stabile (...) politisch-soziale Ordnung“ möglich ist, wieso sollte dann ausgerechnet eine emanzipatorische Bewegung *dafür* kämpfen statt für eine andere gesellschaftliche Organisation? Reicht es nicht, daß die Linke schon in der bisherigen Geschichte des Kapitalismus immer wieder die Rolle des Ausputzers gespielt hat, wenn es brenzlich wurde? Soll sie einem fatalen Wiederholungszwang folgend das nun auch noch bewußt wollen sollen, wo angesichts einer zerbrechenden kapitalistischen Verwertungsbasis selbst diese fade Perspektive nicht mehr existiert? Und welchen Inhalt sollte ein „radikaler Reformismus“ (ebd., beispielsweise S. 198) haben, wenn das was da „reformiert“ werden soll, der eigenen Analyse zufolge, aus allen Fugen gerät? Da es Hirsch nicht um eine „linke“ Variante der Notstandsverwaltung geht, wie sie wohl bald in der BRD anstehen könnte, kann das eigentlich nur heißen, daß er seine eigene Krisendiagnose nicht wirklich ernst nimmt.

Dies wiederum kann nicht sonderlich verwundern, wenn wir uns die Krisentheorie der Regulationsschule noch einmal ins Gedächtnis rufen, in deren Tradition Hirsch zweifelsohne immer noch steht. Strukturelle Krisen werden demnach nämlich *ex definitonem* immer nur als Krisen *innerhalb* des Kapitalismus und nie als Krisen *des* Kapitalismus interpretiert. Sie markieren das Auslaufen eines bestimmten historischen „Akkumulationsmodells“, dem jeweils ein dazugehöriges „Regulationsmodell“ entspricht. Dabei meint ersteres grob gesagt die ökonomische Reproduktions- und Verwertungsstruktur des Kapitals in einer bestimmten historischen Periode (extensive oder intensive Verwertung, Verhältnis zwischen Konsumgüter- und Produktionsgütersektor etc.) und letzteres das Geflecht von gesellschaftlichen Normen, Gewohnheiten, Gesetzen und Institutionen, das den Akkumulationsprozeß gewissermaßen unterfüttert und stützt, aber zugleich auch in bestimmte Bahnen lenkt und bis zu einem gewissen Grad kontrollierbar macht. Hat sich einmal ein solches Geschwisterpaar von „Akkumulations-“ und „Regulationsmodell“ herausgebildet (was immer bedeutet: durch soziale Kämpfe bzw. Klassenkämpfe hindurch herausgebildet) kommt es, so die Regulationstheorie, zu längeren Perioden relativer politischer und sozialer Stabilität und einigermaßen reibungslosen Akkumulierens von Kapital. Diese Perioden gehen dann zu Ende, wenn die gegebene gesellschaftliche Kohärenz zerbricht, was im allgemeinen deshalb geschieht, weil die Akkumulationsbewegung erlahmt. Um es mit Hirsch/Roth auszudrücken: „Säkulare oder strukturelle Krisen enstehen dann, wenn der kapitalistische Verwertungsprozeß an die Grenzen einer historischen Vergesellschaftungsform stößt, in deren Rahmen er ursprünglich prosperieren konnte. Die Krise fungiert als Auslösemoment und Vehikel eines verwertungsnotwendigen ‚Umbaus der Gesellschaft‘“ (Hirsch/Roth 1986, S. 36).

Es ist alles andere als nebensächlich, sich vor Augen zu führen, daß dieses Paradigma Mitte der siebziger Jahre als Reaktion auf die Krise des For-

dismus enstanden ist, die weder der strukturalistische Marxismus noch die keynesianische oder die neoklassische Volkswirtschaftslehre mit ihren theoretischen Mitteln hinreichend erklären konnten. Brachte die Regulationstheorie zwar gegenüber diesen sterilen, statischen und unhistorischen Ansätzen eine Reihe interessanter Erkenntnisse über die Dynamik fordistischer Vergesellschaftung und deren innere Grenzen hervor, so blieb sie in ihrer Begrifflichkeit und in ihrem theoretischen Horizont doch zugleich dieser besonderen Epoche der kapitalistischen Geschichte verhaftet. Man könnte sagen, daß es sich um eine Theorie des Fordismus handelt, deren größte Schwäche darin besteht, einen höheren Allgemeinheitsgrad zu beanspruchen. Darauf verweist bereits der grundlegende Begriff der „Regulation". Verstehen wir diesen Begriff ganz allgemein als Ausdruck dafür, daß jede Gesellschaft eine gewisse Kohärenz von Normen, Institutionen, Gesetzen, sozio-kulturellen Identitäten und Verhaltensweisen etc. aufweisen muß, können wir natürlich metaphorisch davon sprechen, daß jede Gesellschaft auf ihre Weise „reguliert" wird. Dann aber verliert der Begriff der „Regulation" jede Trennschärfe (hört also eigentlich auf, Begriff zu sein) und wird zum Synonym für gesellschaftlichen Zusammenhang oder gesellschaftliche Synthesis schlechthin.[2]

Fassen wir den Begriff aber enger, nämlich im ursprünglichen Sinne der Regulationstheorie als kapitalistische Regulation (und so versteht ihn auch cum grano salis Joachim Hirsch), dann kann davon einzig und allein für den historisch extrem kurzen Zeitraum fordistischer Nachkriegsprosperität in den Kernstaaten des Weltmarkts die Rede sein, denn erst hier hat sich die kapitalistische Wert- und Warenproduktion zum totalen System entfaltet. Natürlich können im langen historischen Durchsetzungsprozeß des Kapitalismus unterschiedliche Phasen gegeneinander abgegrenzt werden, die in sich keinesfalls inkohärent waren, doch dies als eine Abfolge verschiedener kapitalistischer „Regulationsmodelle" zu beschreiben, trifft die Sache nicht. Es handelte sich vielmehr um verschiedene Schübe warenförmiger Durchdringung der Gesellschaft, die zunächst noch mit sehr widersprüchlichen Momenten vorbürgerlicher Vergesellschaftung durchsetzt und amalgamiert waren und durch die hindurch sich erst nach und nach so etwas wie eine originäre kapitalistische Vergesellschaftung herausbildete und konstituierte. Dieser Prozeß war übrigens durchaus nicht von Anbeginn an determiniert; es wären also auch andere Entwicklungsrichtungen und -verläufe denkbar gewesen. Dennoch reihen sich die einzelnen Perioden und Epochen keinesfalls zufällig aneinander, und je mehr historische Weichen in Richtung auf eine wert- und warenförmige Vergesellschaftung gestellt wurden, desto schwerer wurde es auch, den Zug noch einmal grundsätzlich umzulenken oder anzuhalten.[3]

Kämpfe gegen die kapitalistische Warenproduktion

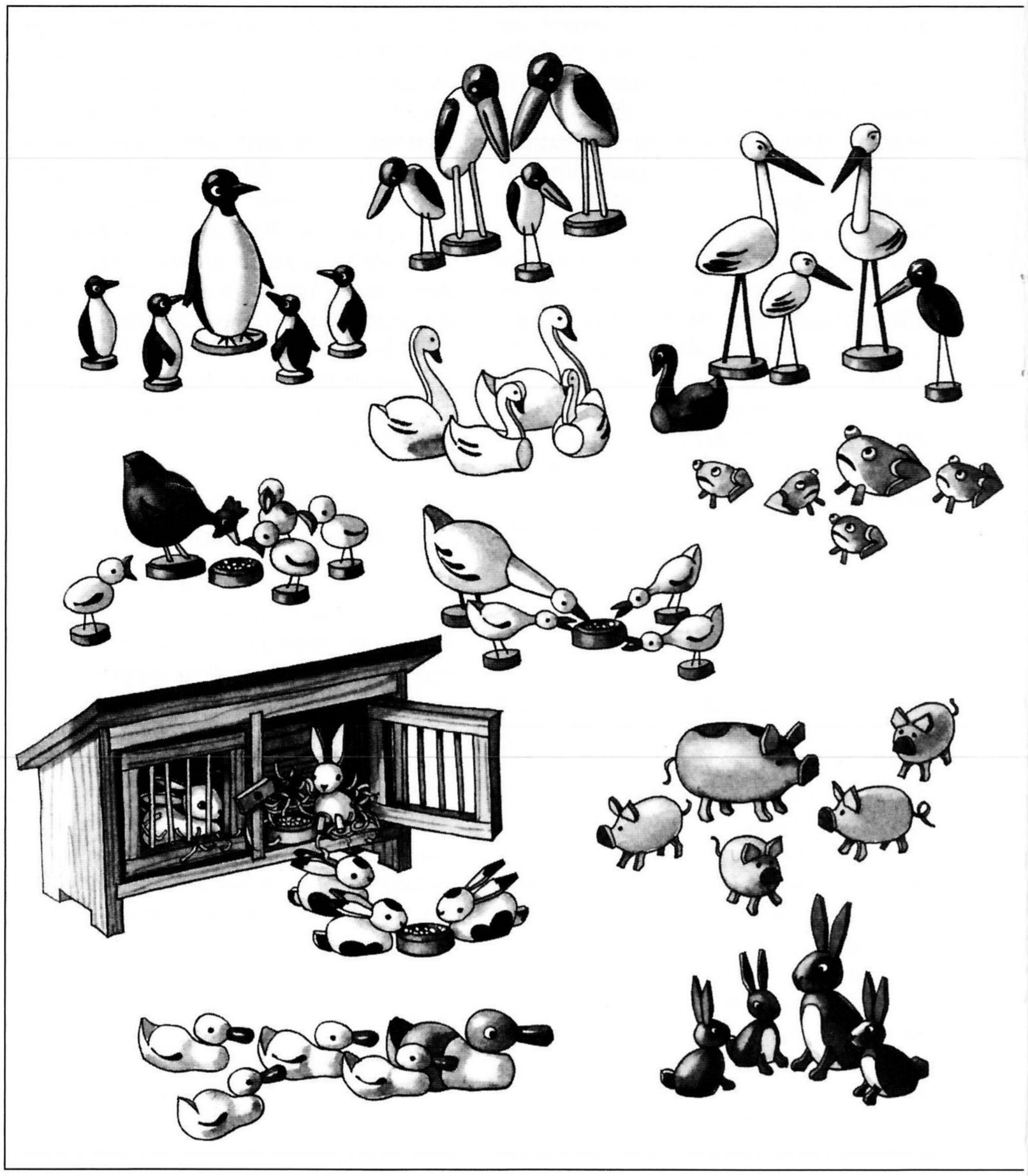
Lange Zeit waren die sozialen Kämpfe jedenfalls nicht solche *innerhalb* der kapitalistischen Warenproduktion, sondern solche *dagegen,* Abwehrkämpfe gegen die ungeheure Zumutung, sich als Arbeitskraft verkaufen zu müssen und sich in jeder Lebensregung von der blinden Bewegung des translokalen Marktes abhängig zu machen. Dies änderte sich erst mit dem Entstehen der Arbeiterbewegung, die letztlich für die Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigte Waren- und Staatsbürgersubjekte kämpfte, auch wenn sie dem eigenen Selbstverständnis nach das kapitalistische System überwinden wollte. Gerade in Gestalt dieses fundamental-oppositionellen Selbstverständnisses trug sie aber wie wohl keine andere soziale Bewegung dazu bei, die kapitalistischen Lebensweisen und Identitäten (Arbeitsethik, Konsumnormen, Staatsbürger- und Nationalbewußtsein, Geschlechtsidentitäten etc.) zu vermassen und als weitgehend unhinterfragte Norm durchzusetzen. Zugleich entstand erst im Umfeld der Arbeiterbewegung beziehungsweise in Reaktion auf die von ihr geführten Kämpfe ein flächendeckendes und weitgehend kohärentes Geflecht von öffentlichen Institutionen, staatlichen Eingriffsinstrumentarien und intermediären Instanzen, die es erlauben, tatsächlich von einer „kapitalistischen Regulation" im strengen Sinne des Wortes zu sprechen. Von einer prä-fordistischen „Regulation" als eigenständigem System oder Gefüge kann also nicht die Rede sein, sondern nur davon, daß sich in den kapitalistischen Kernländern seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein „regulatives Netz" herauszubilden beginnt, das sich nach dem Ersten Weltkrieg zu einem schon weitgehend kohärenten System verdichtet (die Anfänge des Fordismus liegen bekanntlich in den frühen zwanziger Jahren) und nach dem Zweiten Weltkrieg zu seiner vollen Entfaltung gelangt. So gesehen ist aber die Krise der „fordistischen Regulation" mehr als die Krise *eines spezifischen* „Regulationsmodells", auf das mit innerer Folgerichtigkeit nun halt eine *anderes* folgen müßte. Vielmehr handelt es sich um die Krise des *einzigen* Systems kapitalistischer „Regulation", das es jemals gegeben hat. Und schon aus diesem einfachen Grund erscheint das Warten auf ein „postfordistisches Regulationsmodell" reichlich illusorisch.

Metalogik der kapitalistischen Entwicklung

Die Regulationstheorie im allgemeinen und Joachim Hirsch im besonderen grenzen sich gerne von dem ab, was sie (historischen) Determinismus nennen und bestreiten, daß es so etwas wie eine Metalogik der kapitalistischen Entwicklung über die verschiedenen „Regulationsmodelle" hinaus gibt. Der Übergang von einem „Modell" zum nächsten bleibe daher prinzipiell unbestimmt und kontingent. So schreibt etwa Hirsch: „Allen Versicherungen zum Trotz ist nach der Krise der siebziger Jahre keine neue und stabile Weltordnung, kein ‚Postfordismus' entstanden, geht der Kampf um die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse weiter. Dessen Ausgang ist offen. Es gibt keine einfache Logik der kapitalistischen Entwicklung, sondern diese wird bestimmt von sozialen Kämpfen und den aus ihnen hervorgehenden Kräfteverhältnissen" (Hirsch 1995, S. 183). Was aber soll das heißen: „einfache Logik"? Wogegen grenzt sich Hirsch hier ab? Einen Sinn macht seine Bemerkung doch offensichtlich nur gegenüber einer rigiden und hermetischen Strukturtheorie, die jede Möglichkeit subjektiver Einflußnahme auf den Verlauf gesellschaftlicher Entwicklungen negiert. Dem setzt Hirsch aber doch nur wieder eine vage handlungstheoretische Argumentation entgegen, die sich nicht so recht festlegen mag (was sie gegen Kritik immunisiert), zugleich aber doch eine unausgewiesene Basisstruktur voraussetzt. Unter der Hand schließt er nämlich eine ganz bestimmte Richtung der kapitalistischen Entwicklung apriori aus und unterstellt damit selbst so etwas wie eine historische Logik – ganz so „offen" ist der Horizont nun also doch

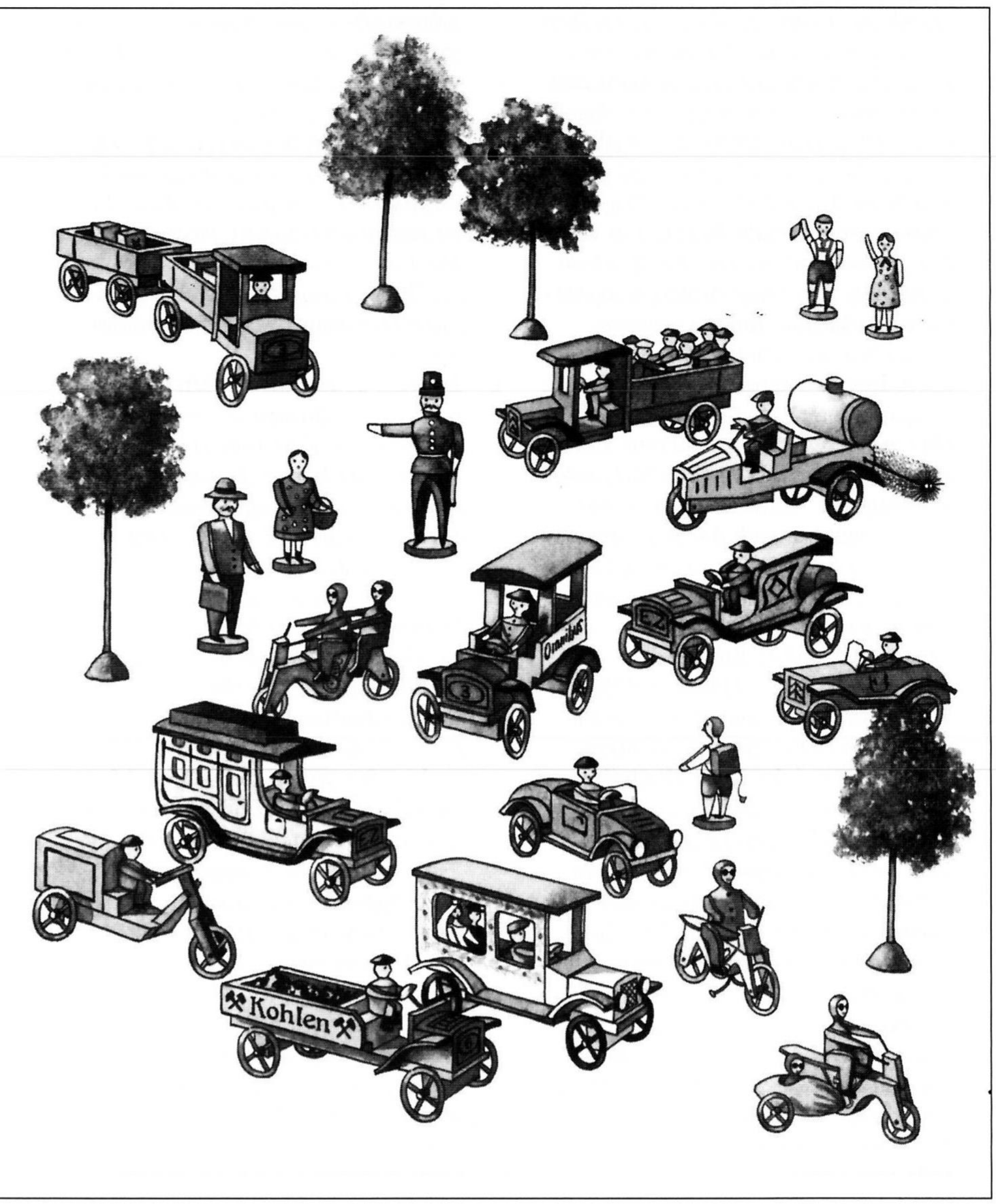
wieder nicht. Wie selbstverständlich geht Hirsch davon aus, daß der Prozeß der Kapitalakkumulation prinzipiell unendlich weitergehen kann, daß er also keine *inneren* ökonomischen Grenzen kennt, vorausgesetzt, es findet sich, durch die entsprechenden sozialen Kämpfe hindurch, ein adäquates „Regulationsmodell".

Wie aber begründet sich eine solche düstere und katastrophische Geschichtsphilosophie, die dem Kapital eine prinzipiell ewige innere Regenerationsfähigkeit unterstellt? Hirsch selbst bemüht sich nicht um eine schlüssige theoretische Begründung. Doch es darf angenommen werden, daß er die regulationstheoretische Krisenanalyse der späten Siebziger und frühen Achtziger voraussetzt[4], die ihrerseits auf einer verkürzten Rezeption der Marxschen Krisentheorie beruhte. Verkürzt deshalb, weil sie sich ausschließlich auf das Theorem vom sogenannten tendenziellen Fall der Profitrate konzentrierte, das Marx im dritten Band des *Kapitals* entwickelt hat. Danach kommt es deshalb zu kapitalistischen Strukturkrisen, weil im Laufe der Produktivitätsentwicklung permanent Arbeitskraft durch Sachkapital ersetzt wird (erhöhter Maschinen- und Materialeinsatz) und dadurch zugleich der durch die Arbeitskraft „produzierte" Mehrwert pro Kapitaleinheit sinkt. Anders ausgedrückt: die *relative* Profitabilität des Kapitals sinkt.[5] Dieser säkulare Prozeß führt aber, wie Marx selbst erläutert, *für sich genommen* keinesfalls zu einem absoluten Zusammenbruch der Akkumulationsbewegung. Denn erstens kann er prinzipiell durch immanente entgegenwirkende Mechanismen, wie insbesondere die Erhöhung der Mehrwertrate und die Verbilligung der Elemente des Sachkapitals gebremst oder aufgehalten werden. Und zweitens kann auch ein *relativ* gesunkener Profit noch Anreiz genug für eine weitere Expansion der kapitalistischen Verwertung sein. Die regulationstheoretische Krisentheorie hat sich vor allem auf den ersten dieser beiden Aspekte konzentriert und ist damit eigentlich eine Theorie darüber, wieso kapitalistische Krisen angeblich immer gelöst werden können. Ein „Regulationsmodell" hat demnach ökonomisch betrachtet den Zweck, dafür zu sorgen, daß der Fall der Profitrate unter bestimmten Rahmenbedingungen der Akkumulation aufgehalten wird. Dies funktioniert im wesentlichen über einen geregelten Interessenausgleich zwischen Kapital



und Arbeit, also etwas verkürzt ausgedrückt, über die gleichmäßige Verteilung der Produktivitätsgewinne an beide Seiten und über die Expansion in neue Produktbereiche und Regionen. Gerät jedoch dieses Gleichgewicht ins Wanken, dann kommt die strukturelle Krisenpotenz zum Ausbruch und das betreffende „Regulationsmodell" zerbricht. Die Krise dauert aber nur solange, bis sich ein neues „Modell" durchsetzt und das Spiel von neuem beginnt.

Es würde zu weit führen, diese Krisenanalyse hier im einzelnen zu kritisieren. Grundsätzlich ist jedoch anzumerken, daß sie prinzipiell ausblendet, was Marx begründetermaßen als den eigentlichen Kern des Problems benennt: den möglichen und letztlich unvermeidlichen Umschlag des Falls der Profitrate in ein Schrumpfen der Profit*masse*.[6] Dieser Umschlag findet allgemein gesprochen dann statt, wenn im Zuge der Produktivitätsentwicklung gesamtgesellschaftlich betrachtet *absolut* immer weniger Arbeitskräfte im Verwertungsprozeß benötigt werden und daher auch die in Arbeitszeit ausgedrückte Wert- und Profit*menge* abnimmt. Ein solcher Krisenprozeß läßt sich nicht mehr durch die oben benannten Mechanismen entschärfen[7] und er kann auch nicht durch eine massive Vernichtung von Kapital (in einem großen Krisenschub oder durch Kriege) rückgängig gemacht werden – denn nach der „Bereinigung" würde die Verwertungsproduktion sofort wieder auf dem einmal erreichten Produktivitätsniveau einsetzen und daher nur eine geringe Zahl von Arbeitskräften absorbieren (das Beispiel Osteuropa zeigt dies überdeutlich). Daher hat er einen grundsätzlich anderen Charakter als die diversen Strukturkrisen, die die kapitalistische Warenproduktion seit ihrem industriellen Take-off durchlebt (und überlebt) hat: Er zerstört die Basis des Akkumulations- und Verwer-



tungsprozesses selbst und damit also die basalen Voraussetzungen der kapitalistischen Produktions- und Vergesellschaftungsweise.[8]

Kein kapitalistischer Ausweg

Da Hirsch (wie die Regulationstheorie überhaupt) diese „Entwicklungsrichtung" apriori und letztlich vortheoretisch ausschließt, verbietet es sich für ihn von selbst, die Krise des Fordismus als den Ausgangspunkt einer solchen fundamentalen Krise des warenproduzierenden Weltsystems zu interpretieren und zwar auch dort noch, wo alle von ihm selbst beschriebenen Erscheinungen destruktiver Konkurrenz darauf verweisen, daß es keinen kapitalistischen Ausweg aus der Krise, sondern nur noch einen langandauernden und zunehmend brutalen Niedergangsprozeß geben kann. Zwar räumt er die prinzipielle Möglichkeit einer Selbstdestruktion des kapitalistischen Systems ein, doch hat er dabei lediglich die soziale und ökologische Katastrophik, also nur die *eine* Seite des Prozesses im Auge.[9] Genauer gesagt: die Krise resultiert bei Hirsch unmittelbar aus dem Auseinanderdriften von ökonomischer Dynamik einerseits und sozial-ökologischem Bezugsrahmen andererseits, nicht aber aus den inneren Grenzen der basalen Akkumulationsbewegung selbst. *Deshalb* soll sie letztlich auch politisch bewältigbar sein. Entgegen dem eigenen Beharren darauf, daß die Macht kein Zentrum habe „von dem aus die Gesellschaft gesteuert werden kann" (S. 194) rekurriert Hirsch so doch wieder auf die alte etatistische Illusion vom Primat der Politik: „Nur die Existenz der staatlichen politischen Form kann verhindern, daß ökonomische und soziale Reproduktion im Kapitalismus völlig auseinanderbrechen. Der nationalstaatliche Rahmen wird deshalb ein entscheidendes Feld der sozialen Auseinandersetzungen bleiben" (Hirsch 1995, S. 174).[10]

Politik- und Staats-Rettungsprojekt

So mündet eine verkürzte Krisenanalyse schließlich in einem weiteren verzweifelten Politik- und Staats-Rettungsprojekt, das allerdings in seinen Konturen nicht zufällig völlig unscharf bleibt: Die scheinbare Evidenz, auf die Hirsch sich dabei stützt, daß nämlich auch im Zeitalter der Globalisierung die Staaten für die Kapitalverwertung keinesfalls überflüssig werden, sondern in gewisser Hinsicht sogar noch an Bedeutung gewinnen, weil die infrastrukturellen Bedingungen immer wichtiger werden, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als ziemlich schwach. Denn die erreichte transnationale Mobilität des Kapitals schafft ja gerade die Möglichkeit, diese Bedingungen zum Schleuderpreis zu erhalten: *das* macht die vielbeschworene Standortkonkurrenz aus. Sicher sind auch dieser Mobilität gewisse Grenzen gesetzt, weil Verlagerungen oft nicht von heute auf morgen möglich und außerdem immer mit Kosten verbunden sind etc. Dennoch genügt der erreichte (und beständig größer werdende) Mobilitätsgrad sehr wohl, um die Staaten in eine brutale Dumpingkonkurrenz zu zwingen. Daß dies letztlich auch auf die betriebswirtschaftlichen Verwertungsbedingungen zurückschlagen muß (weil etwa die Staaten sich überschulden und deshalb die Infrastruktur vernachlässigen) ist zwar richtig, aber nur der Ausdruck eines unlösbaren Widerspruchs innerhalb der basalen Krisenbewegung. Die Unternehmen können nur sehr bedingt Rücksicht auf „ihre" Staaten nehmen, wenn sie in der immer schärferen Konkurrenz um die schwindende Profitmasse bestehen wollen. Insofern ist das von Hirsch konstatierte Auseinanderdriften von ökonomischer Dynamik und nationalstaatlichem Bezugsfeld keine politisch korrigierbare Oberflächenbewegung, sondern die notwendige Verlaufsform des Ausbrennens der kapitalistischen Akkumulationspotenz.

Auch wenn damit nun die Politik nicht mit einem Schlag jeden Spielraum verloren hat (so wie ja auch die Akkumulationsbewegung nicht von einem Tag auf den anderen aufhört), gerät sie doch immer tiefer in einen krisenhaften Abwärtsstrudel, gegen den sie substantiell nichts ausrichten kann. Es wäre daher absurd und

selbstmörderisch, wenn eine emanzipatorische Bewegung versuchen wollte oder wollen sollte, gegen den Sog dieses Strudels anzuschwimmen, um kontrafaktisch so etwas wie eine neue Form von „Regulation" durchzusetzen. Sie müßte unweigerlich ertrinken. Dies heißt allerdings nicht, das Gesetz des Handelns abzugeben. Wenn Hirsch schreibt, daß die Zukunft nicht determiniert ist, sondern von sozialen Kämpfen abhängt, dann kann ich ihm darin durchaus zustimmen. Mit einer gewichtigen Einschränkung allerdings: Eine Zukunft im Rahmen von Ware und Geld, Markt und Staat kann es nicht mehr geben. Eine neue emanzipatorische Bewegung wird sich daher nur in Opposition zu den repressiven Kategorien der kapitalistischen Moderne konstituieren können. Was das im einzelnen heißen kann, wie sich also die Abwehrkämpfe gegen die destruktive Dynamik des Krisenverlaufs mit einer fortschreitenden direkten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums verbinden lassen, ist eine Frage, die sich bisher allenfalls umrißhaft beantworten läßt.[11] Sie muß aber gerade deshalb jetzt offensiv gestellt werden, statt weiterhin die Hoffnung auf ein „postfordistisches Regulationsmodell" zu schüren. ■

Norbert TRENKLE ist Ökonom und Mitherausgeber der Nürnberger Zeitschrift »Krisis«.

Literatur

Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin 1995.

Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg 1986.

Kurt Hübner: Theorie der Regulation, Berlin 1989.

Robert Kurz: Die Himmelfahrt des Geldes, in »Krisis« 16/17, Bad Honnef 1995.

Ernst Lohoff: Determinismus und Emanzipation, in *Krisis* 18, Bad Honnef 1996.

Ernst Lohoff: Hello Mister Postman, »Krisis« 20, Bad Honnef 1998.

Karl Marx: Das Kapital, Band 3, Marx-Engels-Werke/MEW 25, Berlin 1986.

Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42, Berlin 1983.

Anmerkungen

1 „Bislang wird die internationale Entwicklung insgesamt eher von starken Tendenzen zu einer Renationalisierung und Regionalisierung bestimmt und erhält so einen insgesamt chaotischen Charakter. Unter den Bedingungen der jetzt beherrschend gewordenen kapitalistischen ‚Triade' wäre internationale Regulation von der Bereitschaft dieser drei Zentren abhängig, sich längerfristig kooperativ zu verhalten und ein entsprechend neu aufzubauendes internationales Institutionensystem gemeinsam zu garantieren. Dem steht aber die eher zunehmende Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Metropolen entgegen" (Hirsch 1995, S. 94).

2 Tatsächlich hat sich die Regulationstheorie in den letzten zwanzig Jahren sehr weit ausdifferenziert und dabei den Begriff der „Regulation" so sehr verwässert, daß er kaum noch brauchbar ist (vgl. Hübner 1989).

3 Weiterhin muß noch unterschieden werden zwischen der grundsätzlichen Richtung des kapitalistischen Durchsetzungsprozesses und einzelnen Entwicklungsverläufen innerhalb dieses Prozesses. Diese waren historisch sehr viel kontingenter, wenn auch nicht rein zufällig. Beispielsweise hätte die Oktoberrevolution durchaus scheitern können, allerdings war *irgendeine* Form nachholender Modernisierung im damaligen Rußland überfällig (vgl. ausführlicher zum Problem des historischen (In-)Determinismus: Ernst Lohoff 1996 und 1998).

4 In dem Buch *Das neue Gesicht des Kapitalismus* rekurriert er (zusammen mit Roland Roth) noch explizit darauf (vgl. Hirsch/Roth 1986, S. 38).

5 Die Profitrate (p') bestimmt sich als Verhältnis von Mehrwert (m) und Kapital, welches sich seinerseits zusammensetzt aus Sachkapital („konstantes Kapital" = c) und Lohnanteil („variables Kapital" = v): p' = m/(c+v). Vgl. dazu Kapitel 2 und 3 in Band 3 des *Kapital* (MEW 25) sowie zum Theorem vom tendenziellen Fall der Profitrate die Kapitel 13-15.

6 Vgl. dazu insbesondere das 15. Kapitel im 3. Band des *Kapitals* (MEW 25) sowie das Kapitel „Fixes Kapital und Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft" in *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie* (MEW 42).

7 Theoretisch läßt sich das absolute Schrumpfen der Wert- und Profitmasse zwar eine zeitlang durch die Erhöhung der Mehrwertrate kompensieren, also dadurch, daß die Arbeitskräfte einen größeren Prozentsatz ihrer Arbeitszeit zur Kapitalverwertung beisteuern und also einen kleineren Prozentsatz in Form von Lohn vergütet bekommen (der allerdings aufgrund der gestiegenen Produktivität einen höheren Warenkorb repräsentieren kann). Doch diesem Mechanismus sind bei fortschreitender Produktivitätsentwicklung logisch und empirisch enge Grenzen gesetzt.

8 Es wäre grundfalsch, sich dies als plötzlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Reproduktion vorzustellen. Der basale Krisenprozeß beansprucht und prägt selbst eine ganze Epoche und ist übrigens in seinen Verlaufsformen keinesfalls determiniert. Ein wichtiges Moment dieses Prozesses, das ich hier nicht behandeln kann, ist übrigens die enorme Aufblähung des Kredit- und Spekulationsüberbaus. Sie stellt zunächst einmal einen Krisenaufschub dar und ist der wesentliche Grund für die scheinbare Prosperität des Kapitals in den letzten Jahren. Doch der Entwertungsdruck wurde nur zurückgestaut und wird mit potenzierter Gewalt auf Realwirtschaft, auf Sozialsysteme und Staaten zurückschlagen, wenn die Finanzmarktblase platzt (und gerade aktuell ist die Lage an den Finanzmärkten ja prekärer denn je). Auch dies wäre dann jedoch nicht „der Zusammenbruch", sondern nicht mehr und nicht weniger als ein besonders gewaltiger Schub im säkularen Krisenprozeß.

9 „Tatsächlich produziert die Marktvergesellschaftung in bezug auf die sozialen Strukturen einschließlich des gesellschaftlichen Naturverhältnisses mit Notwendigkeit eine Serie negativer ‚externer' Effekte, die auf eine nicht einmal sehr lange Sicht die natürlichen und sozialen Grundlagen der kapitalistischen Produktion weltweit in Frage stellen müssen" (Hirsch 1995, S. 174).

10 Die lange Dauer der „fordistischen Krise" erklärt er daher auch zirkulär aus dem Fehlen eines neuen „Regulationsmodells" (und nicht etwa aus seiner Unmöglichkeit): „Diese [eine neue Regulationsweise] ist momentan nicht erkennbar, was ein wesentlicher Grund für das lange Andauern der Fordismus-Krise ist" (ebd. S. 93). Was erklärt werden soll, wird also bereits vorausgesetzt.

11 Vgl. dazu die Aufsätze in »Krisis« 18 und 19.

Persönliches und Unpersönliches

Reflexionen zur Sozialdemokratie

Franz SCHANDL

Soweit ich zurückdenken kann,
war da immer schon die
Sozialdemokratie gewesen.

SPÖ-Funktionäre gingen bei uns ein und aus, SPÖ-Veranstaltungen wurden eifrig besucht, jahrezehntelang affichierte mein Vater SPÖ-Werbeplakate mit seiner dunkelroten Klammerlmaschine. Er war Obmann der dörflichen Orts-SPÖ, später dann Gemeinderat in Heidenreichstein, davor, dazwischen und danach noch Betriebsratsobmann in seiner Firma und natürlich auch Bezirksobmann der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie. Auch meine Mutter war kurzfristig Betriebsrätin.

Sozialdemokrat oder wie es dazumals noch hieß: Sozialist sein, das bedeutete schon was. Wir alle waren das, vom Großvater Franz (1891-1974) über den Vater Franz (geb. 1934) bis zum kleinen Franzi (geb. 1960). Derselbe schrieb, noch keine zehn Jahre alt, kleine Pamphlete gegen Andreas Maurer und für Hans Czettel. Denn immer ging es gegen die Schwarzen. Daß es andere als die „Roten" und die „Schwarzen" auch gegeben hat, war mir unbekannt. Hier gab es nur solche und solche.

Parteiergriffenheit

SPÖ war gleich Sozialismus. Sozialismus, das war für die Arbeiter – und wir verstanden uns bewußt und bekennend so – in erster Linie nichts anderes als Gerechtigkeit und Umverteilung. Sozialdemokratie war geprägt von dem Gedanken, zu kurz zu kommen. Die Arbeiter, so empfanden wir es, waren in dieser Gesellschaft das Letzte. Daß es noch Letztere geben könnte, fiel uns nicht auf. Von Hausfrauen, Arbeitslosen und Ausländern war noch nicht die Rede.

In der Waldviertler SPÖ-Hochburg konnte man die Sozialdemokratie in allen Poren der Stadt spüren. Nichts, wo sie nicht war: Beim Schichtwechsel auf der Straße, im Waldstadion beim Fußball, im Volksheim bei den Veranstaltungen. Zu ihrem Höhepunkt (1955) erzielte die SPÖ in der Metall- und Textilstadt 72,3 Prozent der Stimmen. Das war übrigens auch das Jahr gewesen, als die KPÖ dort das letzte Mal kandidierte (2 Prozent). Unter 60 Prozent – und das trotz der Gemeindezusammenlegungen um 1970, wo ja größtenteils Dörfer mit mehrheitlich bäuerlicher Bevölkerung eingebracht wurden – sollte die Heidenreichsteiner SP erst fallen, als die Alternative Liste 1985 gegen sie antrat. Gegen sie, im wahrsten Sinne des Wortes. Aber dazu später.

Wir waren hochmotiviert und emotionalisiert. Diese Parteinahme, ja eigentlich: *Parteiergriffenheit* verringerte sich aber sukzessive gerade in der Ära Kreisky. Die SPÖ-Alleinregierung brachte vor allem nicht die von meinem Vater stets eingeforderte Umverteilung von oben nach unten. Ebensowenig die sehnlichst gewünschte Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, und auch nicht die von ASVG-Pensionisten und pensionierten Beamten. Das alles ärgerte ihn zuerst maßlos, machte ihn aber auch später zugängig für die Sozialdemagogie eines Haider.[1] Sein (und auch mein) Ideal von dazumals wäre die allgemeine Verstaatlichung der Industrie gewesen. So wie bei der VOEST hätte es überall werden sollen, meinte mein Vater, als er die betrieblichen Sozialleistungen dieser Kollegen als geradezu wegweisend anpries.

Tja, die Welt als sozialdemokratisches Volksheim. Die Wärme war echt, aber sie war eng. Neben dem Gefühl der Geborgenheit hat es da immer auch schon eines der Beklemmung gegeben. Die SPÖ roch nach Kaserne, Disziplin und Züchtigung. Die Fabrik wurde in der Partei gedoppelt. Der Preis, nie fallen gelassen zu werden, bestand darin, nie zugelassen zu werden.[2] Die lokalen Querköpfe, die manchmal durchaus auch schräge Vögel gewesen sein mögen, landeten jedenfalls alle unweigerlich im Out.

Heidenreichstein ist noch immer sozialdemokratisch, heute liegt die SPÖ kommunal bei 58,5 Prozent, obgleich die Arbeiterstadt inzwischen zu einer Geisterstadt geworden ist. Die beiden großen Firmen sind bereits in den siebziger Jahren zusammengebrochen, und auch fast alle mittleren Betriebe haben dichtgemacht. Wer wissen will, was Totenstille bedeutet, der schleiche an einem Mittwoch im November um neun Uhr abends über den Heidenreichsteiner Hauptplatz.

Daß nie etwas aus der SPÖ und mir geworden ist, liegt sehr am Genossen Zufall. Hätte man sich von Seite der Partei rechtzeitig um mich gekümmert, dann wären einige Jahre Sozialdemokratie durchaus wahrscheinlich gewesen. Oder mehr, wer weiß? Doch das tat man nicht, man erwartete, daß die Jungen kommen. Doch das war unmöglich, war die Stadt drei Kilometer vom Dorf entfernt, Heidenreichstein für viele Jahre überhaupt nur Zwischenstation zwischen Eberweis, meinem Wohnort und Waidhofen, meinem Gymnasialort. Daß ich als Arbeiterbub aufs schwarze Gymnasium gehen sollte, war der Aufmerksamkeit und dem Interesse meiner Mutter zu verdanken, aber auch dem Umstand, daß ich als Kind Asthma hatte. Ich war spindeldürr (noch zu Zeiten meiner Matura wog ich 53 Kilo bei einer Größe von 1,80), und so war allen klar: „In die Fabrik können wir den nicht schicken." Ich müßte lügen, wenn ich nicht meinte, das sei eine sehr weise Entscheidung gewesen. Sogar studieren sollte ich.

Universitäre Initiationsriten

Ohne organisatorisches Gehäuse wäre unsereiner in der Großstadt verloren gewesen. Die Keuschler-Seele mußte den Abschied von der Scholle und den Umzug in die nicht ungeliebte Hauptstadt als Austreibung empfinden. Diesen galt es institutionell aufzufangen. Die Sozialdemokratie kam nicht in Frage, katholische oder gar Burschenschaftsvereine sowieso nicht. Was Sozialistisches mußte es schon sein. Wem man zuerst in die Hände fiel, dem gehörte man alsbald. Bei mir war das der Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM), 1976 schon einige Zeit aus der Partei eliminiert. Der paßt gut zu mir, dachte ich. Ich war dessen letzter Rekrut.

So stand ich, der nach Auflösung der VSM-Nachfolgeorganisation (SOAK) bei der Alternativen Liste gelandet bin, auch während meiner Universitätsjahre immer außerhalb der Sozialdemokratie, was mich nicht davon abhielt, auf der praktischen Ebene fleißig mit ihr zu packeln. Außerhalb war nicht unbedingt außerhalb. Einmal, 1983, hätten wir fast einen linken Hauptausschuß zusammengebracht. So zieren die Unterschriften von Melitta Nagl (VSStÖ), Stephan Ganglbauer (KSV) und Franz Schandl (Linke Alternative Liste) ein Dokument, wo man Vorsitz, Referate und Kompetenzen paktierte. Stunden hatten wir verhandelt. Freilich hatte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht: der bürgerliche Umfaller, auf den wir setzten, wollte nicht umfallen. So entging ich aber auch der Mitgliedschaft in einer sozialdemokratischen Exekutive. Ich hätte meine Sache sicher gut gemacht.

Ich wäre allerdings nicht ich gewesen, wäre ich zu den Sozialdemokraten nur nett gewesen. Der Ofen war spätestens dann aus, als ich eines dieser typischen sozialdemokratischen Abstimmungsmanöver im Hauptausschuß der Uni Wien damit ahndete, zwei Genossen öffentlich als Ebert und Noske zu brandmarken. Seitdem hat man mich dort nicht mehr gemocht. Der kleine Cap hat mich außerdem für verrückt erklärt, und der muß es ja wissen.

Fast alle, die ich irgendwann einmal im VSStÖ kennengelernt hatte, haben Karriere in Partei, Vorfeldorganisation, Arbeiterkammer, Journalismus oder Werbebüro gemacht. Der VSStÖ war durchaus als Karriereeinstieg zu verstehen. Das ist übrigens auch der banale Hauptgrund, warum viele, die von ihren Positionen her im KSV (oder teilweise auch in der GRM oder einer Alternativen Liste) hätten sein müssen, doch die Studentenorganisation der Mutterpartei bevorzugten. Im historischen Einzelfall waren das manchmal hauchdünne Entscheidungen, ob man nun zum KSV gehen oder irgendwann einmal Bürgermeister von Wien werden sollte. Nur so zum Beispiel. Aus unauffälligen VSStÖ-Spitzenkandidaten wurden ORF-Finanzdirektoren.

Der VSStÖ war a posteriori als Aufstiegsleiter zu interpretieren. Daß man dort gegen die Parteispitze aufgetreten ist, gehörte zum Initiationsritus jugendlicher Radikalität. Mehr Bedeutung hatte das nicht, auch wenn die beteiligten Subjekte das anders empfunden haben. Inzwischen hat man sich sogar die Simulation der Distanz abgewöhnt. Wozu auch?

Das ist jetzt gar nicht allzu abfällig gemeint, schlimmer wiegt, daß diese

Umstände in der antiinstitutionellen Linken, in den Basisgruppen, den linksradikalen, alternativen oder kommunistischen Formationen wenig aufgefallen sind. Jedenfalls waren sie kaum Gegenstand der Debatte. Auch diese Gruppen – abgesehen von denen, die sich verweigerten und im Abseits landeten – konnten sich nie über das Prinzip sozialdemokratischer Machtbeteiligungsvarianten hinausbewegen. Sie garantierten ihren Trägern nur ein höheres Ausmaß an Unabhängigkeit, vor allem brauchte man sich von niemandem die SPÖ vorhalten lassen.

Der antisozialdemokratische Reflex, der uns verband, war aber noch ein sozialdemokratischer. Wir forderten stets ein, was wir ihnen unterstellten, sie aber partout nicht taten. Der große Rest hat schließlich vor dieser Diskrepanz kapituliert, sich eingefügt oder schlicht etwas anderes getan. Die Sozialisationsgeschichte der beteiligten Individuen, ihre Typologisierung harrt noch immer einer fundierten Aufarbeitung.

Kommunale Praxis

So richtig ließ ich die Scholle jedoch nie los. Wo ich mich am längsten mit den Sozialdemokraten, und zwar auf ganz praktische Weise zu beschäftigen hatte, das war die Gemeindestube in Heidenreichstein. 1985 war es für die Ortsgruppe der Alternativen Liste Österreich (ALÖ) obligat, zu kandidieren, 1990 wollte ich es noch einmal wissen. Die Folge: Zehn Jahre im Gemeinderat.
Zehn Jahre! Zehn Jahre sind schon eine lange Zeit. Und doch spiegeln sie die rasante Entwicklung vom Exoten zum Honoratioren wider. Zwischen: „Du arbeit' 'mal was!" und „Das hat der Doktor Schandl gesagt" liegen einige wenige Jahre. Und wie oft sagten sie mir nachher im Wirtshaus, daß ich eigentlich eh recht habe, aber. Aus der schroffen Zurückweisung meiner Person wurde kühle Distanz, wurde reservierte Akzeptanz, wurde kollegialer Respekt, wurde herzliches Mitgefühl und beim Abgang war man sogar betroffen und traurig. Natürlich wurde mir eine schöne Nachrede gehalten, genau wie es sich gehört.

Der damalige Bürgermeister von Heidenreichstein, Alfred Haufek, interpretierte den Einzug der Alternativen Liste in den Gemeinderat 1985 als Spaltung der Arbeiterbewegung, mich bezeichnete er als Kommunisten. Letzteres stimmte schon, ersteres war übertrieben, wenngleich nicht falsch, kamen fast alle alternativen Kandidaten (ganz ohne Innen) aus sozialdemokratischen Elternhäusern. Inzwischen Studenten geworden, waren sie unmittelbar auf die Protektion der Partei nicht angewiesen. So zumindest war die materielle Grundlage unseres Freiraums zu dechiffrieren. Der Abgang, der in den Achtzigern nach links geprobt wurde, wurde in den Neunzigern nach rechts hin vollzogen. Originalton Hau-

fek nach dem Aderlaß der Gmünder SPÖ 1995 bei den Gemeinderatswahlen durch die Freiheitlichen: „Unsere Leute kandidieren dort gegen uns!“ *Unsere Leute*, das waren wohl zehn Jahre früher in seiner Gemeinde wir gewesen. Der Verrat wurde sozusagen gegenseitig empfunden.

Im Gemeinderat wurde mir erstmals deutlich, daß es so etwas wie revolutionäre Kommunalpolitik nicht gibt.[3] Eine Kritik übrigens, die ich später ausgeweitet und verallgemeinert habe. Zwar kann man regelmäßig gegen das Budget stimmen, sich auch gelegentlich als fundamentale Opposition gerieren, ab und zu schon mal eine Grundsatzrede halten und den Kapitalismus verdammen, doch nach einiger Zeit regt das niemanden mehr auf. Die Destruktivität läuft hier ins Leere und macht allmählich einer altbekannten Reformpolitik Platz.

Immer wieder juckte es: Selbst beim Fremdenverkehrskonzept, das mir eigentlich schnurzegal gewesen sein sollte, fielen mir einige Schwächen auf und einige Alternativen ein. In vielen Fällen war ich furchtbar konstruktiv. Die Intention zeitigte in der Praxis ihr Gegenteil. Nach dem Motto: Wenn schon nichts anderes geht, das Gleiche kann ich noch allemal besser. Das Dilemma des zur Aktivität verurteilten Engagierten verdeutlichte sich an mir. Es war oftmals unerträglich, die Finger davon zu lassen.

1995, beim Abgang der AL-Heidenreichstein durch Kandidaturverzicht, war es mir aber doch noch wichtig, daß die alternativen Stimmen mehrheitlich der SPÖ zugutekommen, nicht ÖVP oder gar FPÖ. Was auch gelungen ist. Der Marsch der Institution durch die Person wurde an mir Realität, während der umgekehrte eine Illusion gewesen ist. Es begann daher ein Prozeß langer Reflexion. Schnitt.

Das letzte Programm

Auf in die Gegenwart. Die Bundes-SPÖ berührt schon lange nicht mehr positiv, aber auch nicht negativ. Heute reißt da gar nichts mehr vom Hocker. Weder in die Höhe, noch zu Boden. Das Parteiprogramm der SPÖ ist eigentlich überflüssig. Je mehr ich darin lese, desto mehr werde ich überdrüssig. Es ist schrecklich langweilig. Gestohlene Lebenszeit.

Was soll man auch analysieren? – Schon wieder gibt die Sozialdemokratie Grundsätze auf, schon wieder verrät sie die Interessen der Bewegung, schon wieder geht sie nach rechts, schon wieder ist der Gegensatz von Wort und Tat offensichtlich. Das mag alles irgendwie nicht ganz falsch sein, doch treffen solche Einschätzungen den Kern? Führen sie nicht im Gegenteil in die Irre? Liefern sie dem furchtbar abgeschmackten Programm nicht das ebenso abgeschmackte Contra?

Am neuen Programm regt nichts auf und nichts an, weil sich dort eigentlich nichts regt. Es ist eine Pflichtübung, von der man gar nicht mehr weiß, wozu sie noch notwendig ist. Es dient wohl primär der inneren Befriedung organisatorischer Traditionalisten. Mit der Absage an die „klassenlose Gesellschaft“ hat sich die Sozialdemokratie auch endgültig dort eingefunden, wo sie längst gewesen ist. Wenn der Klubobmann der ÖVP, Andreas Khol, meint, daß 90 Prozent davon Allgemeingut seien, dann hat er zweifellos recht. Man könnte beliebige Textbausteine daraus überall reinmontieren. Und auch die Lücke der 10 Prozent wird sich noch schließen.

Man hat, dem Trend entsprechend, von jeder Erkenntnis der bestehenden Gesellschaftsordnung Abstand genommen. Das wurde nur von wenigen moniert, einer davon ist Peter Ulrich Lehner, der sich sogar der Mühe unterzogen hat, einen eigenen Programmteil mit dem Titel „Die Gesellschaft des Kapitalismus“[4] auszuformulieren und vorzuschlagen. Das war wohl vergebliche Mühe. Was letztlich vorliegt, sind fade Vorhabensbekenntnisse, ein Wunschkonzert, das dem gesunden Menschenverstand anschlußfähig ist und niemanden stört.

Programme sind heutzutage verwechselbar und austauschbar geworden. Das *Einheitsprogramm* der demokratischen Parteien ist nur noch eine Frage der Zeit. Die Sätze, die man dort lesen muß, sind Kalauer. Kaum gelesen, sind sie schon wieder vergessen. Die Formulierungen sind derart ausgewogen, daß überhaupt kein Gewicht mehr zu spüren ist. Sie gleichen Luftballons. Was hier „kultiviert“ wird, das sind Nullaussagen.

Beispiele? Also bitte: „Die österreichische Sozialdemokratie ist eine Partei der Reformen und der Veränderung zum Wohle der Menschen.“ (Das neue Grundsatzprogramm der SPÖ, [I(7)]) „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen Wissenschaft und Forschung positiv und aufgeschlossen gegenüber.“ [III.2(1)] „Die Durchsetzung ihrer Rechte muß im außergerichtlichen und gerichtlichen Verfahren erleichtert werden.“ [III.4(19] Etc.

Ein Standpunkt ist nur ein Standpunkt, wenn ein Gegenstandpunkt möglich ist, ist er das nicht, liegt eine Nullaussage vor, zum Beispiel: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen Wissenschaft und Forschung negativ und unaufgeschlossen gegenüber.“ Oder: „Die Durchsetzung der Rechte ist zu erschweren.“ Zur Brisanz des Gegenstands versagt die Nullaussage jegliche inhaltliche Auskunft. Daher ist sie auch so beliebt.

Als absurdes Theater mag man etwa folgende Passage anführen: „Da im Mittelpunkt unserer Politik der Mensch steht, können wir es nicht hinnehmen, wenn Menschen zu rechnerischen Größen und Kostenfaktoren degradiert werden und so ihre Lebenschancen geopfert werden.“ [I(17), vgl. auch II.2.1]

Was soll das? Die Hinnahme dieses Umstands, die Degradation ist Grundbedingung bürgerlicher Existenz. So zu tun als sei das nur in korrigierbaren Ausnahmefällen so, ist geradezu geistige Irreführung. Das hochaktuelle Gerede von Lohnkosten, Lohnnebenkosten und Standort ist nichts anderes als die Widerlegung solcher Aussagen. Die ganze praktische Politik besteht aus der vorausgesetzten Anerkennung ebendieser Realität als unüberwindbares Faktum. Auch die SPÖ bekennt sich andernorts aufrichtig zu funktionierenden Märkten und fairem Wettbewerb. [vgl. III.1(8)] Genau diese machen aber Menschen zu Kostenfaktoren und rechnerischen Größen. Nicht irgendein böser Zusatzwille.

Wirr ist nichts anderes. „Die österreichische Sozialdemokratie will mit diesem Grundsatzprogramm klare Orientierung geben.“ [I(19)] Wie viele Klare muß man getrunken haben, um dieses jämmerliche Gesuder, diesen abgestandenen Sermon, diesen schweißfüßigen Stuß als klar zu erleben? Wenn Heinz Fischer allen Ernstes meint: „Es ist – wie ich hoffe – ein lesbares, informatives und attraktives Programm,“[5] dann fragen wir uns ebenfalls ernsthaft: Wovon redet der Mann? Und wenn Caspar Einem schreibt: „Die sozialdemokratische Partei ist wie kaum eine andere eine programmorientierte Partei, die zugleich funktionale Heimat für ihre AktivistInnen ist,“[6] fragt sich: Wo lebt der Mann? Wer erzählt ihm solche Geschichten? Es ist wirklich das letzte Programm. Unvorstellbar, was da in einem aus dem Jahre 2018 noch stehen könnte.

Prima Klima

Beim Parteitag ging es ja sowieso um etwas ganz anderes: um die Inszenierung des Parteichefs. Und Andreas Rudas weiß, was Medienkonsumenten wünschen. Er weiß, wie etwas rübergebracht wird, auch wenn das Gebrachte aus lauter Nichtigkeiten besteht. So wurde der Parteitag in einer Werkshalle in Simmering abgehalten und die Delegierten durch den roten Bezirk kutschiert. Das alles ist gut fürs Gemüt der Funktionäre. Ihnen wird nicht mit Kaltschnäuzigkeit begegnet – das wollen sie nicht, sondern mit Hinterhältigkeit – das merken sie nicht. Diese symbolische Politik hebt gänzlich von der Realität ab. „Klima zeigte, was seine Berater bei Schröder, Blair und Clinton gelernt haben: Mit Bedacht auf Wirkung und Zustimmung gewählte Gestik, Mimik und Worte, lässiges Lehnen, dynamisches Vorbeugen,“[7] schreibt der »Standard«.

Interessanter als das beschlossene Werbeprospekt wäre zweifelsohne die Veröffentlichung des Werbekonzepts gewesen. Das allerdings liegt in den Schubladen oder steckt in den Computern. Der Kanzler himself ist hier sowieso für alle Peinlichkeiten zu haben. Da posiert einer schon mal mit den Geräten der modernen Zeit (Handy, Computer) in den Zeitgeistmagazinen, und wenn man ihm sagen würde, verkehrt aufgehängt, auf einem Seil schwingend, dem Publikum die Welt zu moderieren, sei *in*, er würde das glatt machen.[8]

Der Marketing-Erfolg kann sich immerhin sehen lassen. Klima zieht. Der, der nichts bewirkt, wirkt. Auch der Kinderkurier schreibt in einem Beitrag mit dem bezeichnenden Titel „Klima des Wollens“: „Am Buffet des Parteitages wird nur von den ‚Super-Umfrageergebnissen‘ der SPÖ gesprochen. (...) Positives Denken ist angesagt und nicht Kritik am Bestehenden.“[9] Unsere Einschätzung, daß nach Vranitzkys Abgang „die Partei zweifellos in ein tiefes Loch fallen“[10] wird, hat sich nicht erfüllt. Es ist zwar da, aber es wurde erfolgreich wegsimuliert, indem man darüber schwebt. Die Fiktion ist heute eine nicht zu unterschätzende Größe. Der Absturz trotzdem vorprogrammiert.

Es bleibt Josef Cap in seiner naiven Art und Weise einmal mehr vorbehalten, das affirmative Einmaleins der Politik durch rücksichtslose Beschreibung zu enthüllen. In dem von ihm entsprechend titulierten „Politgeschäft“[11] geht es so zu: „Was macht einen modernen Politiker aus?“ fragt er und antwortet sogleich: „Daß er seine politischen Ziele erreicht und Erfolg hat! Nur, woran läßt sich dieser Erfolg messen? In der Demokratie am Wahlerfolg! Wie kommt nun ein Politiker zu Wahlerfolgen, die ihn zu einem sehr modernen Politiker machen, und – je nach Größe des Wahlerfolges – zu einem sehr modernen beziehungsweise besonders modernen? Durch moderne Politik, sehr moderne bzw. besonders moderne.“[12] Und eine Seite weiter: „Kaum etwas läßt einen Politiker in der Politik unwiderstehlicher und moderner erscheinen, als wenn er mit dem Gefühl richtig liegt, also Erfolg hat. (...) Denn nichts ist erfolgreicher als der Erfolg.“[13]

So steht das grammatikalische Gewürge geschrieben, auch die deplazierten Rufzeichen dokumentieren, welch Geschäft der windige Josef hier betreibt. Kurzum: Erfolg hat der Politiker, der modern ist und modern ist der Politiker, der Erfolg hat. Dazu muß einer das richtige G'spür haben. Der unwiderstehliche Zirkelschluß postuliert die Anmache als strategisches Prinzip. Das eigentliche Programm ist Agitation und Propaganda, oder weil wir ganz zeitgeistig denken: Werbung und Mode. Josef Cap ist zweifellos moderner, als das Denken erlaubt. Wer so positiv denkt, denkt nicht.

Schwanz und Hund

Günter Traxler schreibt zurecht: „Die SPÖ bleibt der Schwanz, mit dem die bestehenden ökonomischen Verhältnisse wedeln, bei parteiamtlicher Pflege der Illusion, sie wäre der Beißkorb.“[14] Gleichzeitig meint er aber auch: „Schon vor 1978 hat sich die SPÖ für eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung eingesetzt – programmatisch. Praktisch ist die Kluft zwischen Arm und Reich in Österreich während der letzten dreißig Jahre größer geworden, und zwar auch zwischen 1970 und 1983, als sie sich noch nicht auf die ÖVP als Umverteilungsklotz am Bein ausreden konnte.“[15] Diese zweite Passage verrät allerdings, daß auch er glaubt, daß die SPÖ schon hätte können, hätte sie nur wollen. Und diese Illusion ist viel gefährlicher, eben weil sie unliebsame Erscheinungen stets auf eine falsche Politik zurückführt, und nicht auf eine ordentliche Marktwirtschaft. Daß der Schwanz mit dem Hund wedeln könnte, ist der Generalnenner jedweder politizistischen Sicht der Dinge. Es ist für eine Partei jedoch nicht möglich, etwas anderes als der Schwanz zu sein. Wedelt er falsch, wird er kupiert.

Der Politizismus müßte sich wirklich einmal fragen, warum denn in den demokratischen Gesellschaften dem mehrheitlichen Wollen kein entsprechendes Handeln folgt. Er geht unentwegt davon aus, daß die *Politik* (und nicht der Wert) das bestimmende und kompetente Zentrum der Gesellschaft ist, behauptet dann auch die Allzuständigkeit dieser. Von ihr wird daher eine generelle Lösungskompetenz verlangt. Läuft in der Wirtschaft etwas schief, wird eine andere Wirtschaftspolitik gefordert, nicht die Ökonomie einer Kritik unterzogen. Gesellschaft erscheint jenem als politisch konstituiert, nicht als politisch rekonstituiert. Die Politik selbst verdoppelt diese Zuschreibung noch, indem sie ihre innere Beschränkung als Geheimnis hütet. Von einem Medienfritzen wie Andreas Rudas kann sogar behauptet werden, „das Primat der Politik ist heute lebendiger denn je.“[16]

Zur Ehrenrettung Heinz Fischers sei angefügt, daß er in einem der wenigen nicht nur lesbaren, sondern sogar lesenswerten Beiträgen des Sammelbandes „Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert“ den Stellenwert der Politik zumindest relativiert: „Der Handlungsspielraum der Politik ist gering, wenn er in die Grundstrukturen der Marktwirtschaft, der Konkurrenzwirtschaft, des Waren- und Gütertausches, aber auch der Einkommens- und Vermögensverteilung einzugreifen versucht.“[17] Von der „antikapitalistischen Strukturreform“, eines der Lieblingsvokabel der alten neuen Linken, ist heute keine Rede mehr. Re-form kann nichts anderes bedeuten als Modellierung des Gleichen, also Wieder-Formierung. Die Vranitzkysche Formel vom *Handlungsbedarf* dient vielmehr als Leitmaxime, als oberste Direktive der Praxis.

Vom Lager zum Lagerhaus

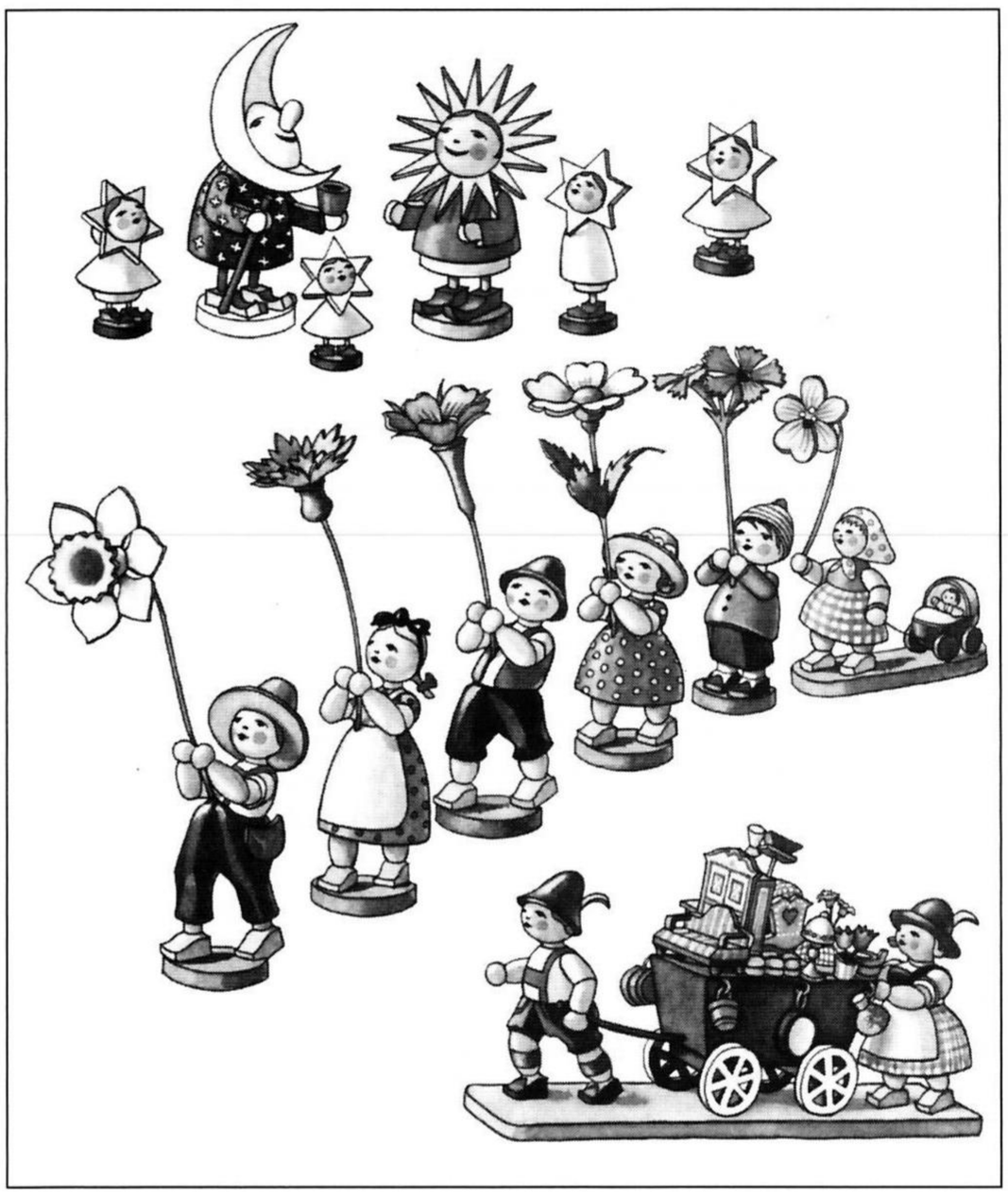
Auch wenn die aktuellen Wahlerfolge kurzsichtig anderes suggerieren, braucht Ralf Dahrendorf die Prognose vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts[18] nicht zurücknehmen. Es vollzieht sich gerade, ja es wird von der Sozialdemokratie selbst vollzogen: Die systemimmanente Transformation der Sozialdemokratie von der Interessenspartei hin zur Partei des symbolischen Interaktionismus ist gelaufen. Wo sich anderes demonstriert, dient

dies der Brauchtumspflege. Ansonsten führt der SPÖ-Laden ein ähnliches Sortiment wie alle anderen, der Zusammenbruch des „Konsum" war hier durchaus paradigmatisch. Vom politischen Lager ist nur noch das Lagerhaus übriggeblieben, und einer seiner – obwohl noch nach prämodernen Methoden entworfenen – Werbeslogans könnte auch für die Sozialdemokratie gelten – die folgende Stelle ist entsprechend laut zu singen: „Lagerhaus – Ja für alle da!"

Zur adäquaten Einschätzung der Sozialdemokratie bedarf es keiner historischen Analogie, sondern einer historischen Typolgie, was meint, die jeweilige Sozialdemokratie ist aus ihrem gesellschaftlichen Umfeld heraus zu analysieren, nicht idealistisch an irgendwelchen Aussagen Adlers, Bauers oder Kreiskys festzumachen oder auch nur daran zu messen. Es gibt heute keinen Platz für solch „originäre" sozialdemokratische Politik, etwa nach dem Motto: In unserem Lager ist Kreisky! Hier ist kein Aufbruch zu verorten. Die heutige Sozialdemokratie ist durch Blair und Schröder und Klima optimal vertreten. Ist die Marktwirtschaft das Um und Auf, dann sind diese gut drauf.

Risiko nehmen ist also angesagt. Wenngleich – positiv denken! – Viktor Klima am Parteitag gemäß Neusprachordnung von der „Chancengesellschaft" spricht.[19] Schon wenn es heißt, daß jemand eine Chance haben muß, heißt das, daß jemand eine Chance braucht, ohne Chance chancenlos wäre. Das System garantiert a priori keine soziale Verwirklichung, sondern bindet sie an die Nutzung marktwirtschaftlicher Kriterien. Was ist mit denen, die ihre Chance versäumen oder nicht realisieren können oder erst gar nicht haben können? Und wie hoch ist das Quantum der Gesamt- und Einzelchancen am Markt? Wie verteilen sie sich? Und wer verfügt über sie?

Das Gerede von Chance und Risiko verrät mehr als gemeinhin auffällt. Eine Chance haben müssen, sagt einiges über den destruktiven Charakter eines gesellschaftlichen Gefüges aus, was meint: soziale Einbeziehung ist nicht selbstverständlich, sondern muß erkämpft und erarbeitet werden. Im Zeitalter der permanenten Konkurrenz heißt das auch: Meine realisierte Chance ist deine zerstörte. Der andere ist Feind, weil Konkurrent am Markt. Der immanente Zwang zu Chance und Risiko ist daher nicht zu loben, sondern zu kritisieren. Klima und seinesgleichen versteigen sich in ihrem DKT für Sozialdemokraten zur erkenntnistheoretischen Barbarei, stets zu preisen, was hervorbringt, was sie nicht wollen.



Das positive Denken der Sozialdemokratie ist nichts anderes als die vollstreckte Einfügung in die bestehenden Verhältnisse. Neu ist bloß, daß die Kapitulation sich abfeiert: „Als einzelne wie als Menschheit insgesamt können wir eine neue Moral anstreben für unser Leben im Kontext der positiven Hinnahme hergestellter Unsicherheit,"[20] verkündet Blairs Vordenker Anthony Giddens. Aus seiner Küche und aus der des Ulrich Beck stammen auch einige Schlagworte der SP-Programmdebatte. Daß Haider sich an solchen Sozialwissenschaftern ebenfalls ungeniert bedienen kann, sollte nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden, von Giddens hat er sogar seinen letzten Buchtitel abgekupfert.

Repulsion und Attraktion

Bisher gilt: Die nicht organisatorisch an die Sozialdemokratie gebundenen Linken vermögen gar kein abgeklärtes Verhältnis zur Sozialdemokratie haben, weil sie letztlich eine emotionale Primärbezüglichkeit zu ihr nicht abstreiten können. Sie sind Auslagerungen derselben. Auch wenn wir deren moralische Triebkraft und die Repulsion gegen die Mutterpartei nicht gering schätzen wollen, werden sie doch von dieser immer wieder attrahiert. Plädiert wird hier aber für ein pragmatisch-abgeklärtes Verhältnis zur Sozialdemokratie. Es soll sich niemand ärgern und aufregen und es soll niemandem heiß und kalt werden. Die Sozialdemokratie ist so. „That's it,"[21] wie Josef Cap es zusammenfaßte. Forget it, wie wir meinen.

Das Dilemma radikaler Opposition war stets: Sie konnte nicht, was sie wollte, während die Sozialdemokratie tat, was sie konnte. Ihre Aufgabe war objektiv vorgegeben. Nicht die Positionen bestimmten ihre Politik, sondern die Politik bestimmte ihre Positionen. Zeitversetzt zwar, aber doch. Praktische Rührigkeit abseits aller Prinzipien zeichnete sie aus. Die elende Formel des „Verrats" benennt zwar einen wichtigen Punkt, aber mit einem völlig falschen Terminus. Der Hinweis, daß etwas nicht dem Programm entspricht, irgendetwas verraten wurde, drückt nicht Standfestigkeit aus, sondern Hilflosigkeit, weil er die obligate Differenz von Absicht und Handeln nicht begreifen will, obwohl diese doch typisch ist für die demokratische Politik. Nicht, daß nun die Kritik den Unterschied zu unterschlagen hatte, wird gesagt, sondern daß man ihn richtig bestimmen muß, nämlich als konstitutive Diskrepanz von *Versprechen* und *Entsprechen*.

Problematisch ist vielmehr die hehre Erwartungshaltung, die linke Kritiker an der SP immer wieder einklagen, ebenso freilich auch an regierenden Kommunisten oder Grünen. Jene ist allerdings eine Selbsttäuschung, ohne diese könnte sich die Kritik sogar viel besser profilieren. Man sollte vom eigenen Wollen nicht Abschied nehmen, man sollte aber endlich damit aufhören, es der Sozialdemokratie auch nur irgendwie zu unterstellen.

Transformatorische Praxis kann es nur in der Transformation geben. Wird

die Linke unmittelbar praktisch, wird sie sozialdemokratisch, so das eherne Gesetz politischer Tätigkeit in der Demokratie. Da mag man das Maximalprogramm auch noch Jahrzehnte behalten. Daß selbst heutige Regierungskommunisten nichts anderes sein können, gereicht ihnen nicht zum Vorwurf, es sollte bloß klar und deutlich ausgesprochen werden, daß sie Sozialdemokraten sind. Die Frage ist alsdann, ob sie es *nur* sind, oder ob sie *mehr* sind. Das Entscheidende ist nicht, ob man sich an einer Regierung beteiligen darf oder nicht, sondern, ob solche Organisationen Perspektiven öffnen oder bestehen lassen, die über ihr unmittelbares tagespolitische Zwangsdasein hinausweisen. Zu diskutieren ist also nicht, ob etwa die deutsche PDS eine reformistische oder eine revolutionäre Partei ist – das wäre wahrlich eine Gespensterdebatte! –, sondern inwieweit sie mit weitergehenden emanzipatorischen Perspektiven kommuniziert oder selbst solches Potential birgt. Ermöglicht sie mehr als sie verunmöglicht? Das ist auch der Grund, warum der Umgang mit der PDS bei aller Kritik (noch) ein anderer ist als der mit SPD oder Grünen. Dort ist endgültig entschieden, daß nichts mehr geht. Die bewegen sich auch geistig im systemimmanenten Kerker.

Das heißt aber auch, daß die antisozialdemokratischen Bewegungen, die wir bisher auf der Linken erlebten – von den Kommunisten bis hin zu allen Spielarten der Linksradikalen – sekundäre Reflexe der Sozialdemokratie selbst gewesen sind. Nicht nur Sozialdemokraten sind Sozialdemokraten. Was meint, diese Reflexe konnten allesamt ihren sozialdemokratischen Charakter nie überwinden, waren befangen in diesem Koordinatensystem, so radikal sie sich auch gebärdeten. Ihre Bezüglichkeiten verblieben letztlich innerhalb der Formprinzipen bürgerlicher Vergesellschaftung: sie wollten mehr Rechte und eine andere Politik, mehr Demokratie und höhere Sozialausgaben, zusätzliche Arbeitsplätze, auf jeden Fall immer mehr Geld. Eben: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit.

Die Sozialdemokratie ist groß geworden als vielseitiger Demokratieverschönerungsverein. Das soll man alles nicht gering schätzen, und es war eine ganze Epoche auf praktischer Ebene immanenter Emanzipation auch nichts anderes möglich. Mit Antikapitalismus hat das jedoch nichts zu tun. Minimal- und Maximalprogramme standen unvermittelt, weil unvermittelbar nebeneinander, letztere sind schließlich zur Folklore verkommen, und wurden systematisch entsorgt. In der Alltagspolitik spielten sie sowieso nie eine Rolle. Wie denn auch?

Adieu

Was ansteht, das ist nicht die Selbstinszenierung als bessere Sozialdemokratie, sondern der Abschied von der Sozialdemokratie. Und damit ist gemeint, daß eine ganze Verhaltens- und Denkweise überwunden werden muß. Auch das Verhältnis von Theorie und Praxis bedarf einer Bestimmung abseits der allseits eingeforderten Identität.

Das alles ist nicht einfach, kann nicht dekretiert werden, und darf auch auf der praktischen Ebene nicht abrupt vor sich gehen. Der Bruch mit dem alten Selbstverständnis ist daher leichter ausgesprochen als getan. Nichtsdestotrotz gilt es, hier die Bedingungen zu schaffen, will die gesellschaftliche Opposition nicht vollends in Wohltätigkeitsvereinen mit Möchtegerncharakter zerbröseln, die eben aufgrund der gesellschaftlichen Zwänge nicht mehr realisieren können, was sie wollen und daher alsbald nur noch den Zynismus oder die Moral anzubieten haben. Das kann es doch nicht gewesen sein. ■

Franz SCHANDL ist Historiker und Publizist.

Anmerkungen

1 Wenn er heute über den Konflikt in Jugoslawien oder über Ausländer und Privilegien spricht, dann spricht mehr der Haider aus ihm, als mir lieb ist, wenngleich er denselben nie wählen würde. Diese Abwehr ist aber keine inhaltliche, sie bekennt sich nur zu ihren formalen Schranken.

2 Etwas, das ich später – obwohl es hier nie diese emotionale Beziehung gegeben hat – noch in der KPÖ kennenlernen sollte. Das Problem, mit inhaltlichen Differenzen umzugehen, ohne gleich mit der Schablone von Linie und Abweichung aufzufahren, steckt vielen da noch in den Parteiknochen. Vor allem manche Leserbriefe verdeutlichen den Hang zur Stigmatisierung. Wobei natürlich heute auch umgekehrt angemerkt werden muß, daß die Möglichkeiten, sich in parteiabhängigen Organen der KPÖ auszudrücken, nicht nur unvergleichlich sind zu denen in den Jahren des Dichtmachens, sondern sogar um vieles größer sind als in der sogenannten unabhängigen Medienlandschaft. Nicht zufällig steht dieser Aufsatz hier und nicht anderswo.

3 Franz Schandl, Linke Kommunalpolitik heute: Möglichkeiten, Grenzen und Perspektiven. Referat anläßlich eines kommunalpolitischen Symposiums in Graz am 18. September 1992, »ALH«, Nummer 3, September 1992, S. 1-4.

4 Peter Ulrich Lehner, Nebel über Hoffnungsvollem, »Die Zukunft«, 7/8/98, S. 27-30.

5 Heinz Fischer, Zum Entwurf für das neue Parteiprogramm der SPÖ, »Die Zukunft«, 6/98, S. 11. In einem freilich hat der Parlamentspräsident – auch wenn er es wohl anders gemeint hat – ausgesprochen recht: „Es ist ein wertorientiertes Programm." (ebenda) So unmittelbar orientiert am Wert, war noch kein Programm.

6 Caspar Einem, Unseren Grundsätzen treu bleiben; in: Josef Cap/Heinz Fischer (Hg.), Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert, Wien 1998, S. 69.

7 »Der Standard«, 31. Oktober 1998, S. 7.

8 Vgl. dazu: Franz Schandl, Prima Klima?, »Volksstimme«, 20, 15. Mai 1997, S. 5.

9 »Falter», 45/98, S. 10.

10 Franz Schandl, Wozu und wohin! Versuch über Charakter und Perspektive der SPÖ, »Weg und Ziel«, Nr. 5/95, S. 10.

11 Josef Cap, Politik mit Gefühl oder Mitgefühl in der Politik?; in: Josef Cap/Heinz Fischer (Hg.), Rote Markierungen, S. 47.

12 Ebenda.

13 Ebenda, S. 48.

14 Günter Traxler, Ideal und Leben, »Der Standard«, 31. Oktober 1998, S. 39.

15 Ebenda.

16 »Der Standard«, 19. September 1998.

17 Heinz Fischer, Zum Handlungsspielraum und Handlungsauftrag der Politik, in: Josef Cap/Heinz Fischer (Hg.), Rote Markierungen, S. 92.

18 Ralf Dahrendorf, Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983, S. 16-24.

19 Vgl. »Die Presse«, 31. Oktober 1998, S. 10.

20 Anthony Giddens, Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt am Main 1997, S. 305.

21 Josef Cap, Politik mit Gefühl oder Mitgefühl in der Politik?, S. 54.

Zum Regieren geboren?

Zwei Bücher zum ideologischen Elend der Sozialdemokratie

Lutz HOLZINGER

Aufs Parteiprogramm allein durfte man bei der Sozialdemokratie in Österreich nie schauen, wenn man wissen wollte, was sie im Schilde führt. Jura Soyfer hat im Romanfragment „So starb eine Partei" anschaulich gemacht, daß schon in der Ersten Republik eine massiver Unterschied zwischen den Ansagen der linken Ideologen und den Taten der rechten Praktiker bestanden hat. Mittlerweile entspricht bei der SPÖ einer Politik ohne ideologischen Anspruch ein Parteiprogramm ohne emanzipatorische Inhalte. Der entsprechende Beschluß war kein Betriebsunfall, sondern ein logischer Schritt. Das unterstreichen auch zwei neue Bücher von Norbert Leser und Heinz Fischer.

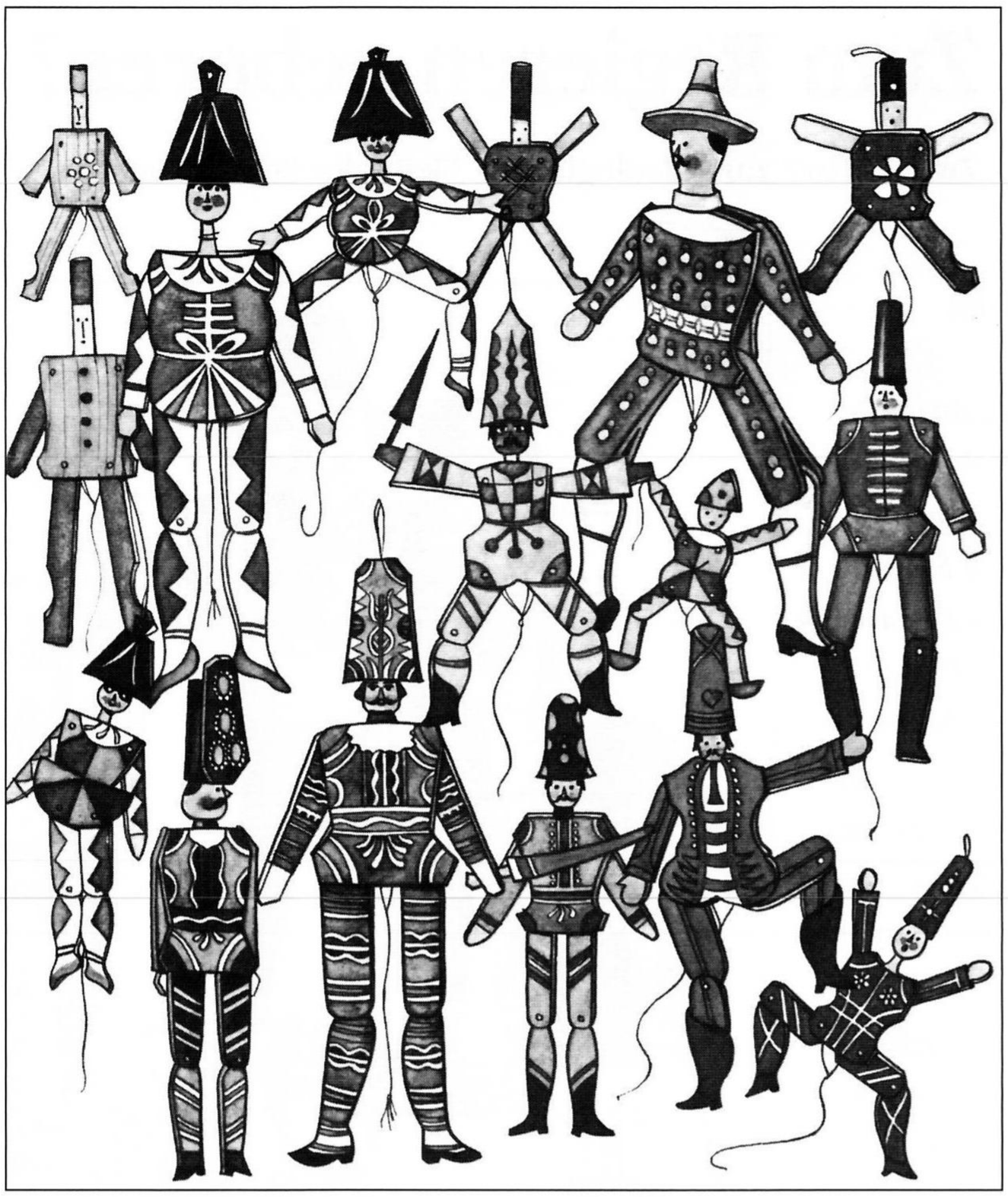
Das Beste an Norbert Lesers Buch „Elegie auf Rot – Eine politische Konfession" ist das Vorwort von Heinrich Keller. Der Rechtsanwalt und ehemalige Zentralsekretär schätzt die Sozialdemokratie folgendermaßen ein: „Eine Partei, die neben ihren marxistischen, ökonomischen Wurzeln das Erbe des politischen Liberalismus für sich in Anspruch nahm und sich insbesondere als Kultur- und Bildungsbewegung verstand, ist verkommen zu einer Machterhaltungsgesellschaft ohne Inhalt. Diese Partei mit ihrer großen, ja grandiosen Tradition ist verkommen zum Anbieter von Werbetexten. Die politische Praxis bietet keine Aufklärung, nur Werbung, keine Inhalte, nur das Bekenntnis zum Erhalt der Macht, keine eigenen Medien, nur Kollaboration mit dem Boulevard. Die extremste Ausprägung hat diese Situation in den letzten Jahren im Österreichischen Rundfunk erfahren. Unter Mißachtung des öffentlich-rechtlichen Programmauftrages und unter Mißachtung eigenständiger österreichischer aufklärerischer Bildungsaufgaben hat der Österreichische Rundfunk unter Führung eines von der SPÖ nominierten und durchgesetzten Generalintendanten in offener Weise dem Boulevard-Markt gehuldigt, nach Quoten gejagt, Action, Sex und Gewalt geboten." (S. 9)

Das Hauptanliegen von Norbert Leser besteht im Ausscheiden der SPÖ aus der Regierung. Er vertritt die These, daß dies für alle Beteiligten die beste Lösung wäre. Seine aktuell Analyse der Partei läuft darauf hinaus, daß ihr einziger Lebenszweck nach achtundzwanzig Jahren an der Spitze der Regierung in der Machterhaltung besteht. Das liest sich etwa so: „Die sozialdemokratische Dauerherrschaft lebt unter anderem von dem Mythos, daß die Interessen ihrer Klientel dort am besten aufgehoben sind, wo Sozialdemokraten an der Macht sind und nicht zulassen, daß den Benachteiligten der Gesellschaft ein Haar gekrümmt wird. Die Wirklichkeit sieht freilich anders aus: Eine an der Macht befindliche Sozialdemokratie kann, besonders wenn der Einfluß der Gewerkschaft schwach ist, den Opfern der Wohlfahrtsgesellschaft viel mehr zumuten und als sozial verkaufen als eine bürgerliche. (...) Sollte sich herausstellen, daß die SPÖ nicht mehr der einzige und beste Weg ist, die Ziele, die sie sich selbst gesetzt hat, auch selbst zu erreichen und daß sie keine dauernden und exklusiven Anspruch auf die Führung der Gesellschaft hat, muß man gerade um der Demokratie willen und um die Partei zu

bewahren, dagegen sein, daß die Partei sich als Selbstzweck versteht. Freilich werden und müssen die an der Macht Befindlichen dies anders sehen und werden ihre Macht mit Zähnen und Klauen verteidigen. Wer aber hindert die ehemaligen Sozialdemokraten und Wähler überhaupt daran, durch ihr Votum zu demonstrieren, daß die führenden Genossen, die längst zu großen Genießern geworden sind, im Irrtum befangen sind?“ (60f.)

Die Vorstellung, daß es für die SPÖ am besten wäre, das Regieren sein zu lassen und in die Opposition zu gehen, ist beinahe eine Obsession Lesers. Ihr ordnet er seine, wie die zitierten Ausführungen belegen, nicht immer streng wissenschaftliche Argumentation völlig unter. Der Politologe schwärmt unter anderem von einem Mehrheitswahlrecht als Gipfel der parlamentarischen Demokratie, weil es mehr oder weniger eine Garantie für den raschen Wechsel der Parteien in der Regierungsverantwortung darstelle, was er wiederum als Voraussetzung dafür betrachtet, daß sich die Mächtigen nicht zu sehr anpatzen. In dem Zusammenhang wirft Norbert Leser insbesondere Heinz Fischer vor, viel zu wenig für die Weiterentwicklung der Demokratie in Österreich und speziell für die Emanzipation des Parlaments von der Gängelung durch die Regierung zu unternehmen. Selbst wenn sie Sympathie für eine Stärkung der Minderheitsrechte im Nationalrat aufbrächten, werden die beiden Regierungsparteien in der Praxis kaum zu einer entsprechenden Abgabe von Macht bereit sein, insbesondere solange sie gemeinsam über eine satte Zweidrittelmehrheit verfügen.

Leser gelingt es, rund zweihundert Seiten zu füllen, die sich durchwegs um den Grundgedanken drehen, daß die SPÖ nur am Austritt aus der Regierung genesen könne. Das widerspricht allerdings den konkreten Erfahrungen der



größten und einflußreichsten Organisationen in der SPÖ in höchstem Maß. Partei und Gewerkschaftsfraktion haben immer dort ihre stärksten Positionen aufgebaut, wo sie über möglichst viel Macht verfügt haben und ihre Klientel mit Posten, Wohnungen und/oder Schrebergärten versorgen konnten. Wer seine Parteigänger an derartige Subsidien gewöhnt hat, wird diese Reserven nicht ohne Not freiwillig fahren lassen. Daher ist kaum nachzuvollziehen, weshalb die SPÖ Lesers moralischen Appellen Gehör schenken sollte. Noch dazu, wo sich auch in Österreich immer deutlicher zeigt, daß die Politik längst zum Geschäft einer eigenen politische Klasse geworden ist, die durch normale Nationalratswahlen nicht ausgewechselt, sondern bestenfalls umgruppiert wird.

Daß Leser das weiß, geht unter anderem daraus hervor, wie er Jörg Haider zu entdämonisieren versucht. Er zeichnet ihn ausschließlich als Produkt der politischen Schnitzer der großen Koalition. Dabei stellt der Politologe die gewagte These auf, daß Haider längst eine bereits wieder vergessene Episode der österreichischen Innenpolitik sein könnte, falls Franz Vranitzky ihn in die Regierung genommen hätte, statt nach seiner Wahl zum FPÖ-Parteiobmann im Jahr 1986 die Kleine Koalition platzen zu lassen. Leser macht in dem Buch deutlich, daß er auf die SPÖ im Moment nicht gut zu sprechen ist. Schleierhaft – weil sachlich nicht begründet – bleibt, weshalb er mehrmals zu verstehen gibt, daß er Franz Vranitzky – anders als offenbar Viktor Klima – ziemlich auf der Weste hat. Am Ende des Buches deutet Leser an, daß eine erneuerte SPÖ für ihn Hoffnungsträger bleibt.

Wie der gegenwärtige Zustand der SPÖ aus der Nähe aussieht, bzw. wie die Partei sich authentisch artikuliert, kann man bei Heinz Fischer nachlesen. Er hat ein Erinnerungsbuch mit dem bedeutungsschweren Titel „Reflexionen“ vorgelegt. Es umfaßt die Zeitspanne der Zweiten Republik bis zum Jahr 1990, als der Autor in die Funktion des Präsidenten des Nationalrats gewählt wurde. Besondere Berücksichtigung fand naturgemäß die Periode, in der Fischer aktiv an der Produktion von Politik in Österreich mitgewirkt hat. Dieser Zeitraum währt bereits seit 1962, als der frischgebackene Jurist nach dem Gerichtsjahr die Funktion eines Klubsekretärs der SPÖ im Nationalrat übernommen hat. Dabei hat ihm seine Abkunft aus dem „SPÖ-Adel“ vermutlich nicht geschadet: Bereits der Vater war Staatssekretär im Handelsministerium gewesen.

Fischer mußte den Entschluß, in die Politik zu gehen, nach eigenen Angaben bisher nicht bereuen. Tatsächlich kann sich seine Karriere mehr als sehen lassen. 1971 gelang ihm der Sprung in den Nationalrat. Im Schlagschatten von Bruno Kreisky brachte Heinz Fischer es zum geschäftsführenden Klubobmann, stellvertretenden Vorsitzender der SPÖ und heimlichen Chefideologen der Partei. Unter Fred Sinowatz spielte er als Nachfolger von

Hertha Firnberg die Rolle des Wissenschaftsministers. Überdies fungierte er als absolute Vertauensperson von Kreiskys Nachfolger. In dieser Funktion hat er Sinowatz übrigens den berühmt gewordenen Hinweis in der Regierungserklärung der rot-blauen Koalition im Jahr 1983 in den Mund gelegt hat, wonach „alles sehr kompliziert" sei. (Fischer nahm in den Buch die Gelegenheit wahr, um sich nicht nur diesbezüglich zu outen, sondern auch darauf hinzuweisen, daß diese Äußerung gegen die speziell im Journalismus gängige schreckliche Vereinfachung gerichtet war.) Unter Franz Vranitzky schließlich wechselte Heinz Fischer nach der Nationalratswahl im Jahr 1990, die einen Absturz der ÖVP von 77 auf 60 Mandate brachte, an die Spitze des Nationalrats. Dort wird Fischer nach menschlichem Ermessen eines Tages seine politische Laufbahn auch beenden.

Daß Fischer nicht der Mann ist, die – ohnedies vor die Fernseher diffundierten – Massen mitzureißen, wird landläufig auf seine „intellektuelle Ausstrahlung" zurückgeführt. Im vorliegenden Wälzer tritt er den Wahrheitsbeweis für gehobene Intellektualität allerdings nicht an. Vielmehr wird deutlich, daß er es gewohnt ist, die Fäden im Hintergrund zu ziehen. Das Buch macht dem vielversprechenden Titel „Reflexionen" wenig Ehre. Statt einer spannenden Auseinandersetzung über Fragen der Veränderbarkeit der Welt und der Darstellung von mehr oder weniger erfolgreichen Bemühungen der SPÖ auf diesem Gebiet – unter Berücksichtigung seiner eigenen Mitwirkung – bekommt es der Leser gewissermaßen mit dem trockenen Verzeichnis eines politischen Oberbuchhalters zu tun. Sein Hauptbuch besteht vorwiegend aus Eintragungen darüber, welche Personen jeweils an welcher Weichenstellungen beteiligt waren. Dabei bemüht Fischer sich immer wider um eine „objektive" Darstellung und Bewertung einzelner Individuen aus diesem Kreis, wobei ihn offenkundig nicht die politischen, sondern die rein menschlichen Aspekte interessieren.

Das liest sich beispielsweise so: „Besonders faszinierte mich in diesen Jahren das ‚Dreieck' der Bündeobmänner der ÖVP, das aus sehr ungleichen Personen bestand: Minkowitsch für den Bauernbund, Mock für den ÖAAB und Sallinger für den Wirtschaftsbund hatten jeder ein anderes Politikverständnis, einen anderen Stil und einen anderen Persönlichkeitskern. Ich glaube aber sagen zu können, daß ich zu allen drei einen guten Zugang hatte: Am herzlichsten war mein Verhältnis zu Rudolf Sallinger, am reibungslosesten und korrektesten zu Roland Minkowitsch und am intensivsten zu Alois Mock, weil wir als Klubobmänner am meisten miteinander zu tun hatten und auch der altersmäßige Unterschied am geringsten war." (S. 350)

Mit Schön-speak dieses Kalibers ist es dem Parlamentspräsident geglückt, ein äußerst staatstragendes Buch zustande zu bringen. Wenn man davon absieht, daß der Autor mit einer allerdings äußerst gemäßigten Kritik an der gegenwärtigen FPÖ-Führung nicht hinterm Berg hält, scheint er mit allen politischen Lagern einen Nicht-Angriffs-Pakt oder seinen persönlichen Frieden geschlossen zu haben. Ergebnis dieser Bemühungen war es, daß zumindest dem Rezensenten die Augen dafür geöffnet wurden, daß auch in Österreich eine eigene politischen Klasse besteht: Ihre Existenz ist keine Hilfskonstruktion von Soziologen oder kein Konstrukt der Politologie, sondern eine tagtäglich gelebte Wirklichkeit. An der Art, wie Heinz Fischer in dem Buch die Notablen der ÖVP hofiert und in periodisch eingestreuten Nachrufen an Personen vorwiegend aus den eigenen Reihen Zensuren verteilt, ist deutlich abzulesen, daß das Gerassel des formaldemokratischen Apparats hierzulande schon längst in einem closed shop, einer Art geschlossenen Anstalt, fabriziert wird, die von der an sich zunehmend rauher werden sozialen Wirklichkeit des Landes weit abgehoben ist. Ein Beispiel verdeutlicht, was gemeint ist: Fischer schreckt selbst vor dem Hinweis nicht zurück, daß das Parlamentspräsidium bei Einladungen in den Weinkeller von Roland Minkowitsch mitunter wesentlich rascher Problemlösungen gefunden habe, als in der trockenen Arbeitsatmosphäre im Haus am Ring.

Vor dem Hintergrund dieses weitgehend unpolitischen Ambientes fällt die vehemente Abgrenzung besonders auf, die Fischer wiederholt von Theorie und Praxis der kommunistischen Weltbewegung vornimmt. Diese Pflichtübungen verbindet Fischer mit dem Totschweigen der KPÖ, das sich in Österreich als absolute Erfolgsstrategie erwiesen hat, um den Einfluß der Partei in allerengsten Grenzen zu halten. Die Pose des Verschweigens erspart es dem Autor, nicht uninteressanten Fragen wie die Folgen der KPÖ-Wahlempfehlung für die SPÖ im Jahr 1966 und die gegen die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten gerichtete Eisenstädter Erklärung von Bruno Kreisky zu erörtern.

Aber politischer Diskurs oder die Klärung von theoretischen wie praktischen Positionen dürfte ohnehin nicht das Ziel Heinz Fischers in diesem Buch gewesen sein. Vielmehr steht seine Absicht im Vordergrund, sich als Staatsmann zu profilieren. Zu diesem Zweck läßt er die Zeitgeschichte Revue passieren und gibt seinen Senf speziell zu den agierenden Personen. Da es sich dabei aber kaum um politische Wertungen, sondern vorwiegend um Kundgebungen von Sympathie oder Antipathie handelt, ist der Gewinn für den Leser mehr als bescheiden. Wie bei allem im Leben kommt es auch hier darauf an, daß der Konsument die Sache selbst in die Hand nimmt und die Finalproduktion von Fischers Buch in Eigenregie betreibt. Unter diesem Gesichtspunkt kann seine Lektüre durchaus einen Erkenntnisgewinn bringen. Beispielsweise macht der Autor und zweite Mann im Staate mehrfach Informationen zur Grundlage seiner Darstellung, die er im Fernsehen aufgeschnappt hat. Damit entpuppt er sich als ganz ordinäres Mitglied der Mediengesellschaft. Wie alle anderen Zeitgenossen, denen die Erfindung des Abschaltknopfes entgangen ist, hängt auch er am TV-Tropf. Dabei sollte man meinen, daß der Nationalratspräsident als einer, der mit an den Schalthebeln der politischen Macht dieses Landes steht, solches nicht nötig hat.

Über Fischers Buch kann man vor allem sagen, daß es durch und durch politisch korrekt ist. Nur schade, daß die political correctness einer jener Prügel ist, mit denen der Öffentlichkeit eingebleut wird, daß bereits die kleinste Veränderung der Welt eine große Katastrophe wäre, obwohl genau das Gegenteil der Fall ist. ■

Lutz HOLZINGER ist Germanist und Journalist.

Die besprochenen Bücher

Norbert Leser, Elegie auf Rot – Eine politische Konfession, Mit einem Vorwort von Heinrich Keller, Edition Va Bene, Wien-Klosterneuburg 1998, 214 Seiten, 298 Schilling, 41 DM.

Heinz Fischer, Reflexionen, Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 1998, 549 Seiten, 348 Schilling, 47 DM.

Die Sackgasse nach Oslo*

Mustafa BARGHOUTHI

Fünf Jahre sind seit der Unterzeichnung des Osloer Abkommens vergangen und es ist an der Zeit, den sogenannten „Friedensprozeß" zwischen Palästinensern und Israelis einer Gesamtprüfung zu unterziehen.

Vieles an der Kritik, die gegenwärtig am Oslo-Prozeß laut wird, hätte vor zwei oder drei Jahren noch als überzogen, zu radikal geklungen. Gerade bezüglich der Rahmenbedingungen des Friedensprozesses kommt diese Welle von Kritik jedoch nicht nur von seiten der traditionellen Gegner, sondern auch seitens maßgeblicher Politiker in den USA, wie etwa dem früheren Außenminister James Baker, der seinerseits in den frühen neunziger Jahren die Madrider Verhandlungen einfädelte.

Eine Diskussion um das Osloer Abkommen mag heute akademisch erscheinen; wichtig ist jedoch, den Gehalt dessen zu untersuchen, was im Westjordanland und in Ghaza geschehen ist und weiter geschieht. Dies könnte klären, wie sich die Grundlagen für die palästinensische Einheit neben den durch Oslo geschaffenen Rahmenbedingungen entwickelten, und aufzeigen, daß im Hinblick auf das Erzielen eines dauerhaften und gerechten Friedens die Wiederherstellung dieser Einheit möglich ist.

Der Gehalt der Verhandlungen

Mehrere Fragen stellen sich gleich zu Beginn: Ist dies ein wirklicher Friedensprozeß? Stellen die Gespräche zwischen Palästinensern und Israelis Friedensverhandlungen im traditionellen Sinn des Worts dar?

Auf arabischer (und folglich palästinensischer) Seite zeigte sich schon früh eine Bereitschaft zu Verhandlungen, das heißt zu Kompromissen. Unmittelbar nach dem Krieg von 1967 veranlaßte die Okkupation arabischen Landes die Araber dazu, über eine realistische Lösung des Konflikts nachzudenken. Die palästinensische Seite zeigte sich geneigt, eine Lösung auf der Basis ‚zwei Staaten für zwei Völker' zu akzeptieren.

Andererseits trugen der Sieg und die überragende ökonomische und militärische Macht zu einer Geisteshaltung Israels bei, die man einen „Überlegenheits-Komplex" nennen kann. Dieser führte geradewegs zu einer strategischen Engstirnigkeit, die Israel bisweilen dazu verleitete, die Grenzen militärischer Macht und die Begrenztheit von deren Möglichkeiten zu übersehen. Das geschah mehr als einmal im Libanon.

Wenn einerseits das Treffen von Camp David, der Golf-Krieg und das Auseinanderbrechen des arabischen Blocks auf arabischer Seite die Voraussetzungen für die Madrider Konferenz schufen, so war andererseits die *intifada* von 1987 die Voraussetzung, die Israel zwang, seine Politik zu überdenken.

Die *intifada* verkörperte vier für die Palästinenser wichtige Faktoren:

1. Von entscheidender Bedeutung angesichts der Niederlage von 1967 war, daß die Palästinenser im Gegensatz zu 1948 nicht aus ihrer Heimat flohen. Damit brachten sie den alten zionistischen Plan zum Scheitern, schrittweise die demographischen Gegebenheiten Palästinas durch die Vertreibung des palästinensischen Volkes zu verändern. Die Palästinenser gaben dem Druck nicht nach; sie waren diesmal standhaft in ihrem Widerstand gegen die israelische Okkupation. Und die *intifada* wurde schließlich Ausdruck dieser Widerstandsbewegung.

2. Die Jahre der Okkupation führten folgerichtig zu zwei sich ergänzenden Entwicklungen: Selbstvertrauen und die Organisierung mittels Tausender von Initiativen. So wurde die Existenz der Palästinenser von einer bloßen demographischen Tatsache zu der einer Widerstandsbewegung, die die Welt nicht länger ignorieren konnte – eine vitale, kämpferische Bewegung im Versuch, Verständnis und Unterstützung für ihren Kampf um Befreiung und Würde zu erringen. Erstmals erschien Israel in den Augen der Welt als repressive Macht, die ein anderes Volk unterjocht; ganz im Gegensatz zu jenem Erscheinungsbild, das es der Welt bis dahin geboten hatte: eines modernen demokratischen Staats, umgeben von einem Meer arabischer „Rückständigkeit und Terrors".

3. Die *intifada* zeigte, daß es fortan unmöglich war, die Palästinenser mit den Mitteln der israelischen Militärverwaltung unter Kontrolle zu halten. Die Israelis erkannten die Notwendigkeit, entweder neue Rahmenbedingungen für ihre Herrschaft oder eine Lösung zu finden, die sich mit dem Kern des Problems auseinandersetzen mußte. Mit anderen Worten, die *intifada* brachte Gegebenheiten hervor, an denen der Status quo zerbrach. Sowohl die Regierung Rabin als auch der israelische Militärapparat waren gefordert, für die sich verschärfende Lage eine Lösung zu finden.

4. Durch die *intifada* bewahrte das palästinensische Volk die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) vor einem Schicksal der Isolation und des Exils, das seit der Evakuierung aus Beirut 1982 unveränderbar schien; und es machte alle Bestrebungen der israelischen Regierung zunichte, ihm eine andere Führung als die der PLO aufzuzwingen. Die israelischen Unterhändler versuchten dies zwar nochmals, als sie Einfluß auf die Zusammensetzung der palästinensischen Delegation nehmen wollten. Mamdouh Nofals Buch „About Oslo" ist wahrscheinlich die beste Beschreibung der psychologischen Atmosphäre, die Israel und die USA während der Verhandlungen zu schaffen trachteten, um Druck auf die palästinensische Führung in Tunesien auszuüben und ihr Zugeständnisse abzupressen, zu denen das Team von Madrid nicht bereit gewesen war.

In gewisser Weise scheint diese Strategie aufgegangen zu sein. Ich will hier nicht auf Einzelheiten des Osloer Abkommens eingehen; die Geschichte wird zeigen, ob dieses die Chance auf Frieden brachte oder sie zunichte machte. Es ist allerdings wichtig festzustellen, daß die Unterzeichnung und die Durchführung des Osloer Abkom-

---

* Die vorliegende Analyse Mustafa Barghouthis wurde vor den Verhandlungen von Wye verfaßt, hat aber nichts von ihrer Aktualität eingebüßt, da die entscheidenden Fragen dort nicht angeschnitten wurden. Gekürzte Übersetzung von Helmut RIZY.

mens Folgen hatten, von denen manche – unabhängig von den Absichten – Teil jenes Preises waren, den das palästinensische Volk zahlte, um den Kern einer palästinensischen Verwaltung in Ghaza, Jericho und auf Sicht auch in anderen Gebieten zu erhalten:

Erstens: Die bedeutsamste Folge war wahrscheinlich der Verlust des gemeinsamen politischen Nenners, auf dem die Einheit des palästinensischen Volkes fußte – nämlich die Hoffnung aller Palästinenser auf Unabhängigkeit und Souveränität. Diese Einheit war nicht einmal durch die Hamas-Bewegung erschüttert worden, die zu jener Zeit außerhalb der Einflußsphäre der PLO wirkte. Dieser gemeinsame Nenner bestand im gemeinsamen nationalen Streben, einen unabhängigen palästinensischen Staat zu errichten, verkörpert durch die PLO als der rechtmäßigen Vertreterin ihres Volkes. Der größte Fehler in dieser Hinsicht dürfte die Verschmelzung der PLO mit der in Entstehung begriffenen Palästinensischen Selbstverwaltung gewesen sein, die ihrerseits vollständig den Bedingungen des Osloer Abkommens unterliegt.

So gesehen verwirklichte Israel sein Ziel, den Rahmen der Palästinensischen Nationalen Bewegung zu brechen. Denn damit wurde die Möglichkeit der Palästinenser geschwächt, von einer Position der Stärke aus zu verhandeln.

Zweitens: Erstmals gab es eine Trennung zwischen zwei grundlegenden Komponenten der Nationalen Bewegung – zwischen der Führung der PLO einerseits, nun etabliert als Verwaltungsorgan, und der Gesellschaft mit ihren sozialen und von der Basis geschaffenen Organisationen. Eine solche Trennung ist in einem normalen Staat durchaus natürlich, im palästinensischen Fall ist sie jedoch verfehlt, da sie sich hier verfestigte, bevor noch Befreiung und Unabhängigkeit erreicht sind; und zu einer Zeit, da das dringende Bedürfnis nach einer PLO als einer einenden und nicht trennenden Kraft besteht.

Schließlich sind mehr als 91 Prozent des Westjordanlands und Ghazas weiter okkupiert, und die Mehrzahl der Rechte der Palästinensischen Selbstverwaltung, einschließlich der Bewegungsfreiheit zwischen dem Westjordanland und Ghaza, hängen von der vorherigen Billigung der israelischen Behörden ab.

Auf diese Weise erhielt das Volk zwar eine Palästinensische Verwaltung, doch wurde ihm der natürliche Rückhalt einer „Führung der Nationalen Bewegung“ genommen. Diese Tatsache wurde noch durch die Wechselbeziehung zwischen nationalistischen und sozialen Anliegen vertieft. Die palästinensische Öffentlichkeit wurde zwischen dem Wunsch, an der neugewonnenen Form beschränkter Selbstverwaltung teilzuhaben, und dem Verständnis gefangen, daß sie von einer Mauer der Okkupation und der fortdauernden Expansion der israelischen Siedlungen umgeben ist. Außerdem wurden durch diese Situation unter anderem Gefühle genährt, wonach die Zeit gekommen sei, daraus persönlichen Vorteil zu ziehen. Es entwickelte sich eine breite Tendenz, sich den eigenen Interessen zu widmen, was zum Zusammenbruch der Werte aus dem „Kampf für die gemeinsame Sache“ führte.

Die gefährlichste Konsequenz daraus ist, daß die Möglichkeiten geschwächt werden, seitens der palästinensischen Bevölkerung mehr Gewicht in die Waagschale zu werfen und den Rückhalt für die Verhandlungen zu erhöhen. Überdies macht es die palästinensische Führung zum Gefangenen ihres Satzes, es gäbe „keine Alternative zu den laufenden Verhandlungen“. Grundlage der Kunst des Verhandelns ist, niemals Verhandlungen ohne Alternativen aufzunehmen, andernfalls ist man an das Diktat des Kontrahenten gefesselt.

Drittens: In den Reihen der Palästinenser ergab sich eine Spaltung zwischen denen, die innerhalb Palästinas leben, und denen, die ihren Wohnsitz in der Diaspora haben. Diese wurde noch vertieft durch die rückläufige Entwicklung der Rolle der PLO, aber auch den Verlust an internationalem Ge-

Israel hat zwar den Palästinensern erlaubt, den Flughafen in Ghaza zu eröffnen, zugleich wird aber die Siedlungstätigkeit in den okkupierten Gebieten forciert. Außenminister Ariel Sharon hat zuletzt erklärt, Israel müsse 58 Prozent des Westjordanlandes als „Sicherheitszone“ unter seiner Kontrolle behalten. Foto: H. Rizy

wicht. Entscheidungen wurden nun ausschließlich in Palästina getroffen. Mit dem Augenblick der Rückkehr der offiziellen palästinensischen Führung wurde die gesamte Energie der Palästinenser auf das Ziel der Errichtung eines künftigen palästinensischen Staats gerichtet, er war aber zugleich ein Augenblick der Abspaltung von den Palästinensern in Europa und den USA, die sich nie von den Vereinbarungen des Friedensprozesses überzeugen ließen, und aufgrund der geographischen Distanz auch weniger bereit sind, Kompromisse zu akzeptieren.

Die zweite Abspaltung war die von den Palästinensern im Libanon, in Syrien und anderen arabischen Ländern. Deren Enttäuschung wuchs ebenfalls zunehmend, hatten sie doch das Gefühl, die PLO wäre mit der Bildung einer Palästinensischen Verwaltung zu beschäftigt, um sich noch ihren – nach wie vor dringenden – Bedürfnissen zu widmen. Bitterkeit erzeugt auch, daß ihre Anliegen bis zu fernen und ungewissen „Verhandlungen über den endgültigen Status" vertagt wurden.

Das Versäumnis, Arbeit, finanzielle Mittel und Kader der PLO von denen der Palästinensischen Verwaltung zu trennen, hat die Möglichkeiten eingeschränkt, die Palästinenser der Diaspora wirksam einzusetzen, um das Gewicht der Palästinenser für künftige Verhandlungen zu erhöhen.

Wie so oft in der arabischen Geschichte trug auch hier die Besessenheit der palästinensischen Führung nach einer zentralisierten und übertriebenen Kontrolle über alle Entscheidungen dazu bei, daß es letztlich schwieriger wurde, zu Entscheidungen zu kommen.

Viertens: Eine der Auswirkungen des Osloer Abkommens war, daß mit ihm die Tür für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten geöffnet wurde. Das jordanisch-israelische Abkommen überraschte niemanden. Und Israel verstärkte seine Anstrengungen, die diplomatischen und wirtschaftlichen Verbindungen mit der arabischen Welt zu normalisieren, wobei das Osloer Abkommen dazu herhalten mußte, den Palästinensern vorzuwerfen, sie wären vom arabischen Konsens abgewichen.

Diese vier Faktoren führten zu einer Schwächung der Palästinenser und dazu, daß sich mit Oslo der Prozeß veränderte: Von einem der Verhandlungen zwischen zwei Widerparten zu einem, in dem eine Seite der anderen Vorschreibungen machte.

Nach Oslo gingen die Palästinenser nach Taba in Ägypten, um die Prinzipienerklärung von einem papierenen Abkommen in Tatsachen überzuleiten. Und sie waren verblüfft, wie gut die Israelis und wie mangelhaft sie selbst vorbereitet waren, ebenso über die Diskrepanz zwischen ihrem eigenen Wunschdenken und der Wirklichkeit israelischer Kompromißlosigkeit, gestützt auf Macht und vorzügliche Planung.

Deshalb wurde das Kairo-Oslo-Abkommen die schmerzliche und verheerende Umsetzung eines von vornherein fehlerhaften Abkommens, wobei sich die Verhandlungen zu Diktaten entwickelten, geprägt von folgenden Faktoren:

1. Die Schwäche der palästinensischen Seite und ihr Verlangen, zumindest mit einigen Errungenschaften zurückzukehren, die sie dem Volk vorweisen konnte. Dieses Verlangen war so groß, daß die Verhandlungen zum „einzigen Gerüst politischen Handelns" wurden.

2. Die von Abkommen zu Abkommen beständig wachsende Abhängigkeit in finanziellen, wirtschaftlichen und Sicherheitsfragen von der israelischen Regierung, beginnend mit dem Pariser Wirtschaftsabkommen.

3. Das Fehlen eines internationalen Vermittlers, der die Rolle eines unparteiischen Richters zwischen beiden Seiten hätte einnehmen können, wenigstens aber die eines Garanten für die Einhaltung der unterzeichneten Abkommen. Die USA waren darin erfolgreich, jede internationale Vermittlung zu neutralisieren, indem sie Europa und Rußland gänzlich von einer wirksamen Rolle bei den Verhandlungen verdrängten und die Verantwortung für die Verhandlungen zu einem US-Monopol machten. Andererseits hat die proisraelische Lobby in den Vereinigten Staaten mit Erfolg eine unabhängige Rolle der US-Regierung hintertrieben und deren Einseitigkeit zugunsten Israels verfestigt.

Die Verhandlungen nach Oslo wurden zu Konklaven, in denen Israel versuchte, seine eigene Sichtweise zu den anstehenden Punkten durchzusetzen. Dies wurde im Zusammenhang mit dem Tunnel an der al-Aqsa-Moschee deutlich, als es zu einer Welle von Gewalt kam. Die Volkserhebung gab der Palästinensischen Selbstverwaltung die einzigartige Chance, die Streitpunkte neu zu ordnen, bedauerlicherweise blieb diese Gelegenheit aber ungenutzt. Im Gegenteil, Israel gebrauchte das Osloer Abkommen dazu, den palästinensischen Einwänden zum Trotz den Status von Hebron neu zu verhandeln. Unter israelischem Druck wurden die Bedingungen des Abkommens abgeändert, um Hebron zweizuteilen, wodurch in der Folge 20.000 Palästinenser und zwanzig Prozent des Stadtgebiets unter direktem israelischen Militärgesetz verblieben; als Untertanen aufgrund der Ansprüche von 400 illegalen israelischen Siedlern in der Stadt.

Die Regierung Netanjahu fuhr fort, den Verpflichtungen aus dem Osloer Abkommen nicht nachzukommen. Sie erklärte den zweiten und dritten Truppenrückzug für nichtig und weigerte sich, palästinensische Gefangene freizulassen, darunter 300, die ohne Anklage oder Prozeß gefangengehalten werden. Und sie öffnete keinen sicheren Verbindungsweg zwischen dem Westjordanland und Ghaza.

Die Krise, die die Verhandlungen fortgesetzt bedroht, ist eine strategische. Sie kann nicht durch taktische Manöver überwunden werden, oder durch symbolische Schritte, wie die Verhandlungen bezüglich des Flughafens und des Seehafens. Darüber hinaus scheint das Angebot eines Truppenrückzugs seitens des israelischen Ministerpräsidenten nicht mehr als der Versuch zu sein, von den Folgen seiner Bemühungen, den Oslo-Prozeß zunichte zu machen, loszukommen. Er will Zeit gewinnen, einen endgültigen Status zu entwerfen, in dem Israel den größten Teil des Westjordanlands annektiert.

Die Absicht hinter Israels realen Schritten

Es ist klar geworden, daß die israelische Regierung seit Oslo darauf abzielt, mittels sechs einander ergänzender Schritte die materiellen Voraussetzungen für einen unabhängigen palästinensischen Staat zu sabotieren.

1. Die völlige Trennung von Westjordanland und Ghaza:

Seit Unterzeichnung des Abkommens ist es für Palästinenser unmöglich geworden, vom Westjordanland nach Ghaza zu kommen und umgekehrt. Die Bewegungsfreiheit der Palästinenser ist heute eingeschränkter als zu irgendeiner Zeit seit dem Krieg von 1967. Gleich nach der Unterzeichnung war diese überhaupt auf 180 Vertreter der Palästinensischen Selbstverwaltung (Besitzer von Identitätskarten, die sie als VIPs auszeichneten) beschränkt,

und selbst da gab es noch eine Hierarchie, sodaß Minister und Mitglieder des Exekutivkomitees der PLO eine vorherige israelische Erlaubnis brauchten, um sich in Zeiten von Grenzschließungen zwischen den beiden Gebieten bewegen zu dürfen.

2. Die Trennung Jerusalems vom Westjordanland:

Nach jedem selbstmörderischen Angriff hat Israel versucht, immer konsequenter Jerusalem vom Westjordanland zu isolieren. Daß die Ausdehnung der israelischen Siedlungen rund um Jerusalem auf die Abtrennung Ost-Jerusalems vom Westjordanland abzielt, ist nicht neu. Neuer dagegen sind die Bemühungen, Jerusalem von seinen arabischen Einwohnern zu säubern. Während der vergangenen 30 Jahre hat Israel den Bau arabischer Wohnungen in Ost-Jerusalem auf jede erdenkliche Art behindert. Es hat das Gebiet, auf dem gebaut werden durfte, auf vier Prozent des Gesamtgebiets von Ost-Jerusalem beschränkt.

In den vergangenen Jahren hat Israel 60.000 Wohneinheiten in Jerusalem für die jüdische Bevölkerung der Stadt errichtet, keine einzige für Araber. Wobei 38.500 jener Wohneinheiten für Juden auf von Arabern beschlagnahmtem Land erbaut wurden.

3. Die Ausweitung der Siedlungen:

Seit der Unterzeichnung des Osloer Abkommens hat Israel 600.000 Dunum Land (1 Dunum = 1.000 Quadratmeter, H.R.) im Westjordanland konfisziert. Die israelische „Frieden jetzt"-Bewegung hat festgestellt, daß bereits die Labour-Regierung nach Oslo 277.000 Dunum beschlagnahmte. Zum Vergleich: Das Gebiet, das der Palästinensischen Selbstverwaltung zugestanden wurde, umfaßt nicht mehr als 170.000 Dunum. Während der selben Zeit wuchs die Bevölkerung der israelischen Siedlungen im Westjordanland um 45 Prozent und die in Ghaza gar um 60 Prozent.

Die Schneisen der Umfahrungsautobahnen und die Ausweitung der Siedlungen in Dschabal Abu Ghnaim, Efrat und Ras al-Amoud verdeutlichen auch den Prozeß, wonach eine Veränderung der demographischen und politischen Natur des Westjordanlands beabsichtigt ist; von einem palästinensischen Land mit Enklaven der israelischen Siedlungen zu israelischem Land mit Enklaven arabischer Einwohner. So geschah es auch in Galiläa nach 1948.

4. Die wirtschaftliche Belagerung:

Anfänglich schien es, als ob das Osloer Abkommen mit einem Prozeß der Verbesserung der Lebensbedingungen im Westjordanland und in Ghaza verbunden sein würde. Tatsächlich trat das Gegenteil ein. Die Weltbank und andere Geldinstitutionen stellen fest, daß das Bruttonationalprodukt von 1991 bis 1996 um 18 Prozent gesunken ist und die Kaufkraft der palästinensischen Einwohner um 35 Prozent. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Palästinenser liegt zwischen 1.200 und 1.400 US-Dollar, während es in Israel 17.000 US-Dollar beträgt. Die fortwährende Schließung des Westjordanlands und Ghazas zerstört die palästinensische Wirtschaft immer weiter.

Das Westjordanland und Ghaza sind seit Unterzeichnung des Osloer Abkommens insgesamt rund 350 Tage militärisch geschlossen gewesen. Konservative Ökonomen gehen davon aus, daß der wirtschaftliche Verlust durch die Sperre sechs Millionen US-Dollar pro Tag ausmacht. Der Gesamtverlust (zwei Milliarden US-Dollar) übersteigt damit bei weitem die Summe, die die Palästinenser an internationaler Hilfe seit dem Osloer Abkommen bis Ende 1997 (1,5 Milliarden US-Dollar) erhalten haben.

5. Ihre Bemühungen, die nationalen Bestrebungen der Palästinenser durch symbolische Schritte zu ersetzen, verbunden mit dem andauernden Druck, die Palästinensische Verwaltung zu einem Sicherheitsagenten Israels zu machen:

Die Bemühungen der israelischen Regierung waren nach Oslo beständig darauf gerichtet, den nationalen Kampf der Palästinenser in ihrem Hauptziel zu bestreiten: das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit für das palästinensische Volk. Eine übliche israelische Praxis im Fall, daß die Verhandlungen in einer Sackgasse steckten, war, die Diskussionen auf Nebenprobleme zu lenken, wie den Flug- und den Seehafen.

Bei Verhandlungen suchten die Israelis systematisch Schwächen auf der palästinensischen Seite, die es erlauben würden, nationale Hoffnungen durch die Interessen bestimmter Gruppen zu ersetzen. Eine Hauptform des Druckes auf die PLO war die Drohung, eine alternative Führung zu installieren. Das israelische Militär machte in den achtziger Jahren sogar Geschäfte mit den Islamisten (einschließlich der Hamas) und ermutigte sie in der Hoffnung, eine Ersatzführungsstruktur zu errichten, die die PLO schwächen würde. Die israelische Seite zielte darauf ab, der PLO entscheidende Zugeständnisse abzupressen, um sie im Tausch dafür als Verhandlungspartner zu akzeptieren und die Pläne einer Ersatzführung einzumotten.

6. Die Bantustanisierung der palästinensischen Gebiete:

Am gefährlichsten unter den Maßnahmen Israels ist die Aufteilung des palästinensischen Territoriums in einzelne Verwaltungsbezirke, ähnlich der Politik, die das Apartheid-Regime in Südafrika übte. In Palästina wurden vier getrennte Verwaltungseinheiten geschaffen: Ghaza, Jerusalem, das südliche Gebiet des Westjordanlands einschließlich Bethlehem und Hebron sowie der mittlere und nördliche Teil des Westjordanlands. Von einem Gebiet in ein anderes zu kommen, ist ein sehr schwieriges Unterfangen und wird nur in dringenden Fällen in Angriff genommen.

Wenn die israelische Regierung die Schließung der Grenzen verhängt, ist dies praktisch unmöglich und selbst der Verkehr zwischen den Dörfern und Städten wird zu einer komplizierten Angelegenheit. In der Vergangenheit konnten sich Menschen mit Fahrzeugen und Gütern frei im Westjordanland und in Ghaza bewegen. Mit dem Beginn der Verhandlungen fingen die Israelis schrittweise an, den Prozeß der Teilung zu beschleunigen, der in der gegenwärtigen Trennung gipfelt. Diese behindert wirtschaftliche Aktivitäten ebenso wie humanitäre Dienste, etwa die Gesundheitserziehung, und versperrt die Möglichkeit, kohärente und wirksame private und öffentliche Verwaltungssysteme zu verwirklichen.

Darüber hinaus sieht sich Israel mit einem ernsthaften bevölkerungsstatistischen Problem konfrontiert, mit 4,8 Millionen Juden und vier Millionen Palästinensern im historischen Palästina. Die Wachstumsrate der jüdischen Bevölkerung liegt gegenwärtig bei 1,7 Prozent, die der Palästinenser bei 4,2 Prozent. Die Auswirkungen liegen auf der Hand: Die Palästinenser brauchen 16 bis 17 Jahre, um zur Bevölkerungsmehrheit zu werden.

Nun zielt die israelische Regierung darauf ab, die Palästinenser in voneinander isolierten Bantustans einzukreisen und zu versklaven. Und sie möchte die demographischen Gegebenheiten insofern neutralisieren, als sie Ghaza vom Westjordanland abkapselt. In Jerusalem und in Palästina veranschaulichen die Tatsachen bezüglich des Grund und Bodens deutlich die Forcie-

rung einer Politik der Rassentrennung; eine, die auf Religion basiert und nicht auf der Hautfarbe.

Die Zukunft

Während die israelische Politik darauf ausgerichtet ist, die materiellen Voraussetzungen für einen künftigen unabhängigen palästinensischen Staat zu zerschlagen, festigt sie zugleich ein Apartheid-Regime als Kontrollmechanismus. Mit dem Versuch, den künftigen palästinensischen Staat zu hintertreiben, hintertreibt sie allerdings auch die Möglichkeit der Fortdauer eines ausschließlich jüdischen Staats. Angenommen, der schlimmste Fall tritt ein und die israelische Regierung kann erfolgreich eine Zwei-Staaten-Lösung verhindern, dann wird dieser eine Staat für zwei Völker längere Perioden des Leids und mehr Gewalt für beide Völker in den bevorstehenden Jahrzehnten mit sich bringen.

Einige israelische Politiker entwarfen ein alternatives Szenario, wonach Ghaza der Palästinensischen Selbstverwaltung zufallen soll, in Verbindung mit Vereinbarungen mit Jordanien, die es Israel erlauben würden, das Westjordanland zu behalten. Solche Ideen ignorieren die Schwierigkeit, politische Stabilität im Zusammenhang mit Vereinbarungen dieser Art zu sichern.

Es gibt objektive Schwierigkeiten, die Israel nicht überwinden kann, unabhängig von der Schwäche der Palästinenser:

1. Mehr als 60 Prozent der Einwohner Jordaniens sind Palästinenser. Sie sind ein entscheidender wirtschaftlicher Faktor dieses Landes. Sollte eine Vereinbarung mit Jordanien für eine Weile Erfolg haben, wird sie dennoch zur Zeitbombe, die der Kampf um Wasser, um finanzielle und wirtschaftliche Mittel sowie soziale und Menschenrechte zur Explosion bringen kann.

2. Die Politik der Rassentrennung gegenüber den Palästinensern wird mit der Tatsache kollidieren, daß eine Million Palästinenser in Israel lebt und dort die volle israelische Staatsbürgerschaft besitzt. Jene Palästinenser bilden eine politische Kraft, die theoretisch 15 Prozent der Sitze in der israelischen Knesseth kontrolliert. Soziale Spaltung trägt den Samen von Zerrüttung in sich oder der Zersplitterung Israels in zwei Nationalitäten.

3. Die Vereinbarungen von Oslo und die Bildung der ersten palästinensischen Verwaltung in der Geschichte dieses Volkes haben, trotz aller Komplikationen, das Nationalgefühl wachsen lassen und die Trennung der palästinensischen Gesellschaft von der israelischen vertieft. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß dies eines der wichtigsten Ziele der israelischen Arbeitspartei war, die beabsichtigte, die Frage der besetzten Gebiete aus dem kollektiven israelischen Bewußtsein zu tilgen. In gewisser Weise erklärt dies die Schwäche der Friedensbewegung in Israel nach Oslo.

4. Es gibt eine internationale Übereinstimmung hinsichtlich des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung. Dies schafft Hindernisse für die israelischen Extremisten, die noch immer davon träumen, die Palästinenser aus dem Westjordanland zu vertreiben und von einer ethnischen Säuberung Ost-Jerusalems ausgehen.

5. Durch Netanjahus Regierung gab es in den Beziehungen zu den Arabern ernsthafte Rückschläge. Der Mißerfolg der Wirtschaftskonferenz von Doha hat dies gezeigt. Trotz der Friedensabkommen mit Ägypten und Jordanien dauert der Zwist mit Ländern wie Syrien und Ägypten an, die ihrerseits regionalen und strategischen Rivalitäten mit Israel nicht aus dem Weg gehen können, selbst wenn sie über die Palästinafrage hinwegsähen. Ohne eine gerechte Lösung des palästinensischen Problems sind jedoch die Aussichten auf eine langfristige Normalisierung der Beziehungen Israels zur arabischen Welt ziemlich schlecht.

Aus all dem erklärt sich der Zusammenbruch der Anti-Irak-Koalition, die Verstimmung über die israelisch-türkischen Militärmanöver und der Ärger über Israels Wunschvorstellung, allein wirtschaftlichen Nutzen aus dem „Frieden“ zu ziehen.

6. Daß die USA Israel unbegrenzt unterstützen, ist mit der Israel zugedachten Rolle verbunden, die Region im Interesse der USA strategisch zu stabilisieren. Man kann schwerlich die Probleme für Israels Politik übersehen, einen Ausgleich zwischen den eigenen Plänen und einer Stabilisierung der gesamten Region zu finden.

Die Krise in den israelisch-palästinensischen Verhandlungen ist eine strategische und keine zeitliche. Dabei sollten wir zwischen dem Oslo-Prozeß und dem Osloer Abkommen unterscheiden. Das Osloer Abkommen war eine Prinzipienerklärung mit dem Ziel, einen Prozeß in Gang zu setzen, der über eine Reihe von Zwischenstationen zu endgültigen Friedensvereinbarungen führen sollte.

Israel versucht nun zwei entgegengesetzte Ziele unter einen Hut zu bringen: Eine Trennung zwischen der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft und die Annexion eines Großteils der besetzten Gebiete. Die Palästinenser ihrerseits leiden unter einem Zustand, den man als „kollektive Schizophrenie“ bezeichnen könnte – in ihren Städten fühlen sie sich, als wären sie eine unabhängige palästinensische Entität, doch leben im Westjordanland 67 Prozent von ihnen unter völliger militärischer Okkupation; in ihren Dörfern, Städten und Flüchtlingslagern. Sie alle leiden unter sozialer und wirtschaftlicher Trennung. Die Selbstbeschränkung verstärkt lokale, sektiererische und stammesorientierte Tendenzen. Der wirtschaftliche Niedergang nährt Extremismus.

Der gesamte Prozeß ähnelt der erschreckenden Rezeptur, eine Explosion voller Widersprüche zu entfesseln. Nur eine Macht könnte Israel aus seiner Kurzsichtigkeit herausführen. Angesichts des inneren Kräftegleichgewichts in den USA scheint dies allerdings nicht mehr als ein Tagtraum zu sein. Flüchtige Erscheinungen und Tagesfragen erdrücken deren diplomatische Aktivitäten, strategische Planung ist angesichts des Drucks, auf Stimmenfang zu gehen, zweitrangig.

Mittlerweile ähnelt die Lage einem Waffenstillstand im Schatten eines Kampfs am Rande des Abgrunds. Die Palästinensische Verwaltung, insbesondere die Richtung der Fatah, ist betriebsam, infolge der eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Israel aber gefesselt durch einen Prozeß, der die Möglichkeiten, das Kräftegleichgewicht zu verändern, lähmt. Auf der anderen Seite steht die Hamas, hochaktiv, pragmatisch und engagiert, sich darauf vorbereitend, was kommen könnte. Ein beträchtlicher Teil der palästinensischen Öffentlichkeit sucht eine demokratische Alternative, die aber nicht sichtbar ist, und dies hat die Entfremdung des Volks von der Politik vertieft. Bleibt die Frage, wer letztlich genug Mut aufbringt, aus dieser Sackgasse herauszuführen. ■

Dr. Mustafa BARGHOUTHI ist Direktor des palästinensischen Instituts für Gesundheit, Entwicklung, Information und Politik – einer regierungsunabhängigen Organisation – und einer der drei Vorsitzenden der Palästinensischen Volkspartei.

1848 – 1998

150jähriger Streit um das historische Erbe

Manfred MUGRAUER

Die Pflege von historischen Traditionen ist nie Selbstzweck. Vielmehr zeugt sie von der Stellung einer politischen Gruppierung zur Geschichte insgesamt und zu einzelnen geschichtlichen Ereignissen und ist somit ein bedeutender Bestandteil der politisch-ideologischen Auseinandersetzung. Dies gilt auch voll und ganz für den Streit um das historische Erbe der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848.

Modernisierung und soziale Frage

Es waren im wesentlichen zwei Aspekte, die 1848 zur Revolution führten: einerseits war im Zuge der industriellen Revolution eine gewaltige Modernisierung der Gesellschaftsstruktur erfolgt, durch die Einführung der Maschinerie und Dampfkraft war es zur Umwälzung der alten Verhältnisse und Lebensbedingungen ganzer Gesellschaftsklassen gekommen. Die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise wurde jedoch durch die ungebrochene politische Herrschaft der Feudalaristokratie gehemmt, was den Widerspruch zwischen dem verknöcherten spätfeudalen Regierungssystem und den neuen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen verschärfte.

Doch noch bevor dieser gelöst war, rief die industrielle Revolution einen neuen Widerspruch hervor, nämlich zwischen Bourgeoisie und dem entstehenden Proletariat, zwischen Kapital und Arbeit, oft auch umschrieben als „soziale Frage". Auf den Massen lastete damit andererseits doppelter Druck: der Druck der absterbenden feudalen Herrschaftsverhältnisse und jener der Ausbeutung durch den frühen Industriekapitalismus.[1]

Bollwerk der Feudalreaktion

Mit seinem Bündnis von „hoher Aristokratie und hoher Finanz", dem allmächtigen und überall gegenwärtigen Apparat von feudaler und halbfeudaler Bürokratie, Polizei und Zensur galt Österreich als Hauptbollwerk der Feudalreaktion in Europa.[2] Ein Ausspruch von Kaiser Franz I., dessen Revolutionsfurcht und Furcht vor dem Anwachsen der ArbeiterInnenklasse oft in Industriefeindlichkeit und in Niederlassungsverbote von Fabriken in der Hauptstadt und ihrer Umgebung umschlug[3], gibt Zeugnis von jenem Klima der geistigen Finsternis und Verdummung, das in diesem vor allem mit dem Namen Metternich verbundenen Unterdrückungssystem der Habsburgermonarchie herrschte: „Wer mir dient", sagte der Kaiser vor Universitätsprofessoren, „muß lehren, was ich befehle, wer mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen. Ich brauche gehorsame, nicht gelehrte Untertanen."[4] Dafür zu sorgen wußte vor allem der wichtigste Staatsmann neben Metternich, der Leiter der Polizei- und Zensurstelle Sedlnitzky, der meinte: „Ein Volk befindet sich vom Augenblick an, wo es anfängt, Bildung in sich aufzunehmen, im ersten Stadium der Revolution."[5] Im Winter 1847/48 führten Mißernten, Hunger, Wucher und Preissteigerungen zu einer fortschreitenden Verelendung der Industriearbeiter und städtischen Gewerbetreibenden und damit zu einer Zuspitzung der revolutionären Krise. Im März 1848 zündete schließlich auch in Wien der Funkenflug der Pariser Februarrevolution.

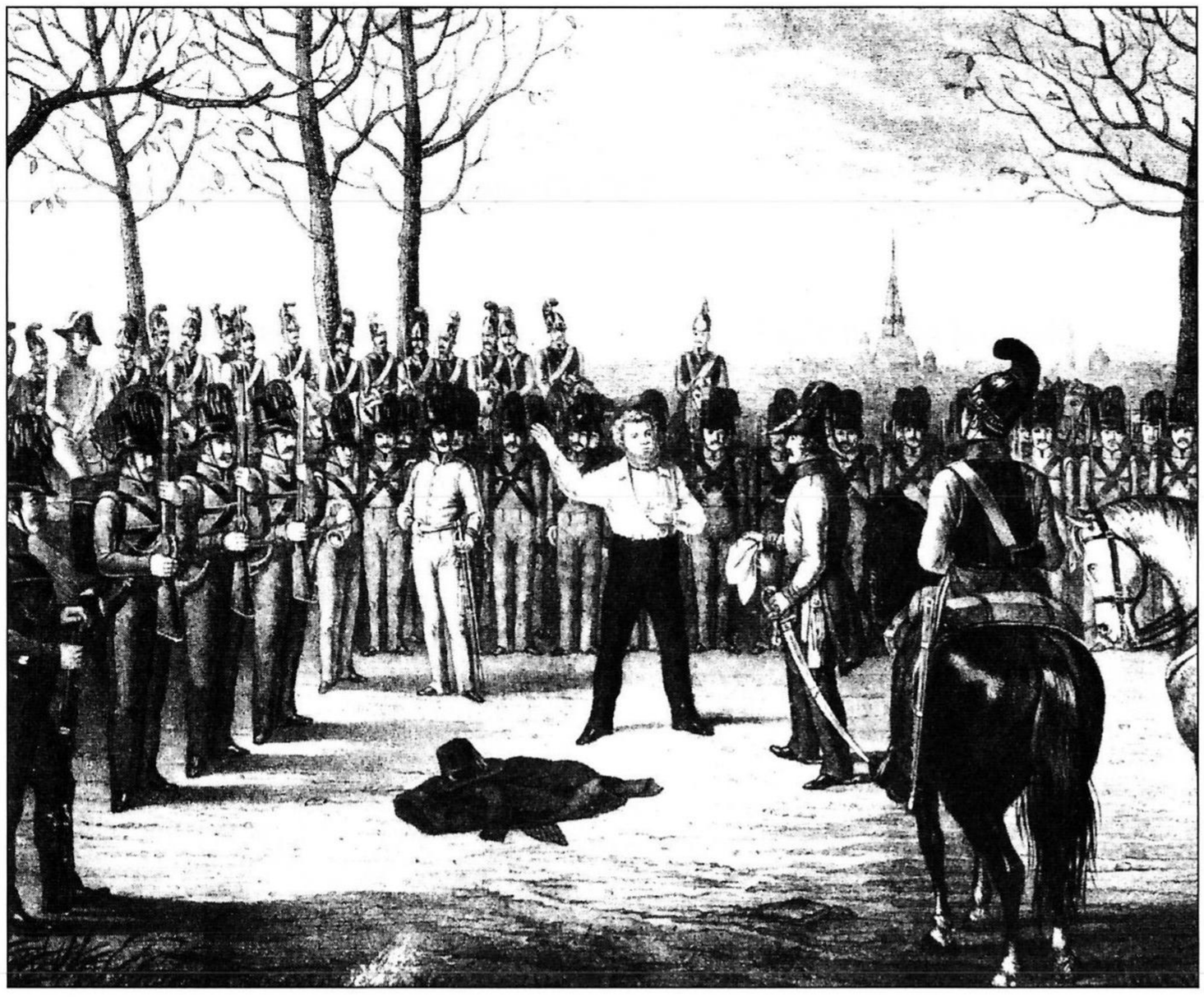
Die Studentendemonstration zum Landhaus der niederösterreichischen Stände vom 13. März 1848 markiert den Beginn der Revolution in Wien. Bürger und Studenten forderten in der Innenstadt politische Reformen und die Abdankung Metternichs, in den Vorstädten begannen die ArbeiterInnen mit dem Sturm auf die Fabriken, um ihren noch primitiven Protest gegen die Folgen der Industrialisierung und gegen die kapitalistische Ausbeutung kundzutun.[6] Die Wucht der Erhebung war derart gewaltig, daß das alte verfaulte Regime über Nacht kapitulierte. Metternich mußte zurücktreten, die Zensur wurde aufgehoben, weiters wurde Pressefreiheit und die Ausarbeitung einer Konstitution zugestanden.

Zwiespältiger Ausgangspunkt

Die Revolution begann damit als gemeinsame Aktion aller modernen Klassen gegen Feudalismus und Absolutismus. Doch erst das spontane Eingreifen des Proletariats sicherte den Sieg, womit ein Grundproblem der Ereignisse 1848 markiert ist: die Rolle des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution in politischer, organisatorischer und ideologischer Hinsicht. Metternichs Rücktritt erfolgte zwar unter dem Eindruck der in den Vorstädten aufsteigenden Feuersäulen der brennenden Fabriken. Doch es waren die Fabriken des siegreichen Bürgertums, die brannten. Die demokratische Revolution war bereits zerfurcht von den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft, weshalb das gerade erst nach politischen Rechten und Freiheit greifende Bürgertum angesichts der sich kraftvoll entwickelnden ArbeiterInnenschaft schon um sein Eigentum zu zittern hatte. Karl Marx brachte dies folgendermaßen auf den Punkt: „Die deutsche Bourgeoisie befindet sich also schon im Gegensatz zum Proletariat, ehe sie noch als Klasse sich politisch konstituiert hat. Der Kampf zwischen den ‚Untertanen' ist ausgebrochen, ehe noch Fürsten und Adel zum Land ausgejagt sind."[7] Von dieser Zwiespältigkeit ging die Revolution aus.

Die ArbeiterInnenklasse war damit in die weltgeschichtliche Arena eingetreten und mit ihrem selbständigen Eingreifen in die bürgerliche Revolution zum geschichtlich wirksamen Faktor geworden.[8] Je mehr jedoch die ArbeiterInnen ihre eigenen sozialen Forderungen anmeldeten, desto rascher verlor die Revolution für die erschreckte und verunsicherte Bourgeoisie ihre Anziehungskraft. Mit den liberalen Errungenschaften der Märztage vollauf zufrieden, begann sie auf die Seite der Krone hinüberzuschwenken. Die fortschrittlichen Kräfte wollten dabei je-

doch nicht stehenbleiben, sondern drängten weiter, um den vollen Sieg der bürgerlichen Demokratie durchzusetzen. Friedrich Engels schrieb: „Aber es ist das Schicksal aller Revolutionen, daß dies Bündnis verschiedener Klassen, das bis zu einem gewissen Grade immer die notwendige Voraussetzung jeder Revolution ist, nicht von langer Dauer sein kann. Kaum ist der Sieg über den gemeinsamen Feind errungen, da beginnen die Sieger sich in verschiedene Lager zu scheiden und die Waffen gegeneinander zu kehren.“[9] Deshalb zerbrach das für die erste Etappe charakteristische Bündnis zwischen bourgeois- bzw. adlig-liberalem Hegemon und den Massen: die Bourgeoisie kapitulierte vor der elenden Vergangenheit, weil sie die Zukunft fürchtete.



Standrechtliche Erschießung von Robert Blum, Wien 1848, Lithographie.

Von der Maierhebung zur Praterschlacht

Die Barrikadentage des Mai brachten noch einmal eine Vertiefung des revolutionären Prozesses und eine Ausweitung der demokratischen Errungenschaften. Die Maierhebungen waren notwendig geworden, da die versprochene und im April oktroyierte Konstitution („Pillersdorffsche Verfassung“) höchstens eine Verhöhnung der Demokratie darstellte. Als Ergebnis der „Sturmpetition“ mit klaren demokratischen Forderungen der Wiener Studenten, die den Aufstand der ArbeiterInnen und Studenten auslöste, mußte das reaktionäre und arbeiterfeindliche Zensuswahlrecht und der kaiserliche Erlaß über die Auflösung des Zentralkomitees der im Zuge der Märzrevolution gegründeten bürgerlichen Nationalgarde zurückgenommen werden. Der Kaiser und sein Hofstaat flohen nach Innsbruck, über Wien schwebte das Gespenst der „roten Republik“.

Hierauf begannen die Versuche der konterrevolutionären Kräfte, in die Offensive überzugehen, um die demokratischen Errungenschaften der Märzstürme zu beseitigen. Als an diesem Tag die Macht buchstäblich auf der Straße lag[10], bildeten sich Ansätze einer Doppelherrschaft in Form des „Sicherheitsausschusses“ als Führungsorgan der gemäßigten demokratischen Kräfte jenseits der konstitutionellen Regierung heraus. Doch die kleinbürgerliche Demokratie vermochte diese republikanische Chance nicht zu nutzen, sie war in dieser revolutionären Situation dem Kampf um die Macht, den die Bourgeoisie nach ihrem Kompromiß mit Adel und Krone nicht mehr zu führen bereit war, nicht gewachsen und verharrte in aussichtsloser und verhängnisvoller Defensive. Die von der reaktionären Hofkamarilla am 16. Mai inszenierte Flucht des Kaisers mit dem Hof nach Innsbruck bewirkte im Gegenzug die Formierung eines reaktionären Zentrums zur Koordinierung der konterrevolutionären Aktionen in der Habsburgermonarchie.[11] Im Massaker der bourgeoisen Nationalgarde am 23. August unter demonstrierenden ArbeiterInnen, die durch ministeriellen Erlaß um Lohn und Arbeitsplatz geprellt worden waren, kam auch in Wien, ähnlich der Pariser Junischlacht, der entscheidende innere Konflikt der Revolution, der „Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat blutig zum Ausbruch“[12]. Damit war die Bourgeoisie offen ins Lager der Konterrevolution übergegangen. Die Akademische Legion, die bewaffnete Einheit der Studenten, stand bereits mit distanzierter Neutralität abseits.[13]

Aufrecht stehend, und nicht kniend

Die Phase des Wiener Volksaufstandes im Oktober markiert den Höhepunkt der Revolution, der den demokratischen Kräften auch Machtpositionen einbrachte. Ursache dafür war die Verhinderung des Abmarsches von Truppen gegen die ungarische Revolution und die entschlossene Abwehr der militärischen Übermacht der organisierten Konterrevolution unter Windischgrätz und Jellačić, die seit Monaten gegen das demokratische Wien vorrückte. Am 6. Oktober wurde Kriegsminister Latour von einer rasenden Volksmenge gelyncht, in der Nacht bestürmten die waffenlosen Arbeiter das kaiserliche Zeughaus in der Renngasse, das am Morgen des 7. Oktober übergeben werden mußte.[14] Der aussichtslose Kampf der Verteidiger, bestehend aus ArbeiterInnen, Teilen der kleinbürgerlichen Nationalgarde und der Akademischen Legion endete schließlich mit der Besetzung und Einnahme der Stadt, 2.000 Zivilopfern, weißem Terror, Verfolgung und standrechtlicher Erschießung zahlreicher Demokraten. „Ich bedaure nur, daß dieses Schandnest mit seinen ebenso niederträchtigen wie stupiden Bewohnern nicht in Flammen aufgegangen ist“, sagte der neue Staatskanzler Fürst Schwarzenberg.[15] Die bürgerlich-demokratische Revolution in Österreich erlag damit bereits im November 1848 der „monarchistischen, bürokratischen, halbfeudalen und militärischen Reaktion“.[16] Überall in Europa endeten die Revolutionen mit einer Niederlage, nirgendwo können sich demokratische Kräfte durchsetzen und ihre Ziele verwirklichen. Es begann die Zeit der Stabilisierung der habsburgischen Konterrevolution und der Wiederherstellung des Absolutismus.

Unerwünschte Massenaktivität

150 Jahre danach tobt unter den politischen Strömungen der Streit darüber, wer denn der legitime Erbe der Revolution von 1848 sei. Caspar Einem, Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr, reklamiert dieses in der »Zukunft«, dem theoretischen Organ der SPÖ, für die Sozialdemokratie, das national-freiheitliche Lager brachte seinen Anspruch auf das historische Erbe der 48er-Revolution sogar in der Hofburg mit einem „Festkommers" der nationalen Burschenschaften zum Ausdruck. Die FPÖ sieht sich laut Obmann Jörg Haider (den der damalige FPÖ-Abgeordnete Herbert Scheibner mit dem „Bauernbefreier" Hans Kudlich vergleicht) als direkte Fortführung der Revolution von 1848, dort seien ihre „geistig-politischen Wurzeln", wie Haider bei einem Festakt zum 150-Jahr-Jubiläum der Revolution 1848 betonte.[17] Im Mittelpunkt dieser historiographischen Kontroverse als Bestandteil der politischen Auseinandersetzung um das Revolutionsjahr 1848 stehen letztlich alle Grundprobleme einer bürgerlich-demokratischen Revolution. Bestimmend für die Auseinandersetzung ist im Kern ein übergreifendes Grundproblem historischer Revolutionsbetrachtung: nämlich die Frage nach Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit, nach Standort und Funktion der 48er-Revolution im welthistorischen wie nationalgeschichtlichen Entwicklungsprozeß.[18] Während die marxistische Geschichtsschreibung[19] die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 als ein Ereignis wertet, das nicht nur zeitlich, sondern auch seinem historischen Rang nach im Zentrum des 19. Jahrhunderts steht[20], hatte die bürgerliche Geschichtsschreibung in der Vergangenheit oftmals Schwierigkeiten mit dem Thema 1848.[21]

Höchst unterschiedlicher Einschätzung erfreut sich die Bewertung des Wirkens der revolutionären Massen in den Stürmen von 1848. Unbestritten ist zwar der bürgerlich-demokratische Grundcharakter der gesamteuropäischen Revolution von 1848/49 (um die objektive Grundrichtung der sozialen Umwälzung und die revolutionär-qualitative Ablösung der feudalen durch die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zu charakterisieren[22]), festzuhalten bleibt bei der Ortung der in ihr wirkenden Klassenkräfte dennoch, daß die breiten Volksmassen – die ArbeiterInnen, Handwerker, Bauern und kleinen Händler, sowie die Angehörigen der Intelligenz mit demokratischer Einstellung – als die eigentlichen Träger und Triebkräfte bereits mit eigenen Forderungen und Vorstellungen in den revolutionären Prozeß eingriffen und ihn voranzutreiben versuchten. Es waren die revolutionären Aktionen der Massen, die die Revolution erst auslösten, den Bann der Reaktion brachen und Machtveränderungen erzwangen. Von ihnen gingen die Initiativen zur Weiterführung der Revolution aus, sie leisteten den einzigen Widerstand gegen die vorrückende Konterrevolution.[23] Angesichts dieser Tatsachen mag es nicht weiter verwundern, daß vor allem in der bürgerlichen Geschichtsschreibung der unmittelbaren Nachkriegszeit das Interesse zumeist nur den bourgeois-liberalen Bestrebungen, namentlich in den Parlamenten, galt, während die revolutionäre Massenaktivität höchstens als peinliche Verlegenheit abgetan wird. Nicht zuletzt ein beliebtes ideologisches Mittel zur Legitimierung gegenwärtiger bürgerlicher Machtverhältnisse und parlamentarischer Herrschaftsformen der Bourgeoisie heute.[24] Zwar hat sich auch in der Geschichte der nichtmarxistischen Historiographie das Forschungsinteresse längst auf die demokratische Bewegung und die Rolle der Volksmassen in der Revolution ausgeweitet[25], wodurch der Weg frei wurde zu einem differenzierteren Revolutionsbild, bei aktuellen Gedenkfeiern und Festreden im Jubiläumsjahr 1998 wird jedoch weiterhin der Parlamentarismus-Gedanke als wichtigstes Erbe und Hauptvermächtnis von 1848 festgehalten (so geschehen auch in einer Feierstunde im Parlament mit anschließendem Symposium am 5. März 1998, in der Nationalratspräsident Heinz Fischer die Bedeutung der Revolution 1848 auf das Thema der gleichnamigen Sonderausstellung „150 Jahre Parlamentarismus in Österreich"[26], sowie auf die Frage der Verfassungsordnung und des „Grundrechtsdenkens"[27] reduzierte), nicht jedoch die sozialen Bewegungen, die die Revolution getragen haben. Der Berliner Senat verhinderte beispielsweise die von der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte beschlossene Umbenennung des Platzes vor dem Brandenburger Tor in „Platz des 18. März 1848", um dem Gedenken an die Berliner BarrikadenkämpferInnen auszuweichen.[28] Auch die historische Einordnung und inhaltliche Gestaltung der in Frankfurt am Main stattfindenden Ausstellung des „Deutschen Historischen Museums" zu Berlin zum 150. Jubiläum der Revolution 1848/49 wählte nicht die Barrikaden in Berlin, sondern das Frankfurter Paulskirchenparlament zum Ansatzpunkt der staatstragenden Feierlichkeiten.[29] Dies geht mitunter soweit, daß unter Aufrechterhaltung der doktrinären Apologie des bourgeois-liberalen Konzepts eines Bündnisses mit den konterrevolutionären Adelskräften dem „Pöbelaufstand" der Massen und den „Proletarierbanden" schließlich noch die Schuld für das Scheitern der Revolution zugeschoben wird, wegen ihrer von sozialen Eigenbestrebungen determinierten demokratischen und republikanischen Aktivität und Radikalität. In der marxistischen Historiographie hingegen wurde der Verzicht der Bourgeoisie auf ihren politischen Machtanspruch, der Tatbestand ihres Abschwenkens von der Revolution, sowie ihre Frontstellung gegen die revolutionären Volksmassen – bei gleichzeitigem Verweis auf die Gefahren einer verallgemeinernden Wertung ihres Verhaltens mit einem fatalistischen Vorzeichen – zumeist als „Verrat der Bourgeoisie" an der bürgerlichen Revolution bezeichnet.[30]

Zurechtgestutzter Demokratismus

Sollten dann in der bürgerlichen Revolutionshistoriographie der letzten Jahrzehnte (vor allem unter dem Eindruck der „sozialgeschichtlichen" Anpassung an marxistische Fragestellungen und Forschungsergebnisse) doch nicht nur der Wiener Reichstag, das Frankfurter Paulskirchenparlament und gemäßigte Liberale gewürdigt werden, so werden trotz Korrekturen am Bild der Revolution und trotz neuer Akzentsetzung in der Traditionspflege dennoch Bestrebungen erkennbar, die revolutionären demokratischen Kräfte und Ereignisse der Vergangenheit zu vereinnahmen und als progressive demokratische Tradition ins herrschende bürgerliche Geschichtsbild der Gegenwart zu integrieren. Dabei rückt rasch der Demokratiebegriff ins Zentrum des Blickfelds, was vor allem in der konservativ-liberalen BRD-Historiographie häufig beim Versuch endete, den revolutionären, klassenmäßig verankerten Demokratismus des Vormärz und der Revolutionszeit einzuengen und als angeblich historische Tradition imperialistischer Staaten mit ihrer Herrschaft der (Monopol)Bourgeoisie zurechtzustutzen.[31] Dabei soll „der Anschein erweckt werden, als sei es den Revolutionären von 1848, den Arbei-

Aufstand in der Fabrik, 1948.

tern, Bauern und städtischen Kleinbürgern nicht um eine revolutionäre bürgerliche Demokratie, um eine wenn auch noch bürgerlich begrenzte, so doch revolutionäre Demokratie der Volksmassen, sondern lediglich um die engen Ziele der Liberalen gegangen, die auf ein bürgerlich-parlamentaristisches System großbourgeoisen Zuschnitts hinaus wollten und selbst bereit waren, mit den alten absolutistischen Gewalten einen auf bloßer Machtteilung beruhenden Frieden zu machen".[32] Demokratie wird gleichgesetzt mit bürgerlichem Parlamentarismus, das demokratische Prinzip rein formal mit Rechtsgleichheit, um die antagonistischen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft zu verschleiern.[33] „Sie vertauschen bewußt den Begriff der revolutionären bürgerlichen Demokratie mit dem Begriff der bürgerlichen Demokratie schlechthin, einschließlich der monarchistisch-liberalen"[34], wie Lenin in einem anderen Zusammenhang formulierte, was notwendigerweise auf eine grobe Verfälschung historischer Traditionen hinausläuft. Daß der damalige Vorsitzende des Historikerverbandes der BRD, Theodor Schieder, 1970 selbst mit der Erweiterung der Traditionspflege seine Probleme hatte, zeigen seine dahingehenden Bedenken, daß ein solches Geschichtsbild in unsicheren politischen Situationen für den bürgerlichen Staat gefährlich werden könne, denn „die Beschwörung einer revolutionären Tradition kann, im falschen Augenblick ausgesprochen, leicht den demokratischen Staat in Gefahr bringen. Was in der Vergangenheit für die Freiheit (...) war, kann in der Gegenwart jederzeit in einen Appell für einen anarchistischen Aufstand gegen den freiheitlichen Staat umfunktioniert werden."[35]

Verabsolutierte nationale Frage

Nicht minder verfälschend gestalten sich die Vereinnahmungsversuche national-freiheitlicher Kreise: so ließ der unlängst verstorbene Wiener FPÖ-Chef Pawkowicz bereits beim letzten Kommers verlauten: „Mehrmals in der Geschichte, zuallererst im Revolutionsjahr 1848 haben national-freiheitliche Intellektuelle und Arbeiter gemeinsam gekämpft", der Wiener Universitäts-Soziologe Roland Girtler, gern gesehener Gast auf internationalen SoziologInnenkongressen, spricht in einer Broschüre der »Aula« gar ergreifend davon, daß „die Arbeiter (sich) den Studenten überließen" und „beide Gruppen eine rührende Waffengemeinschaft" bildeten. Aus diesen Bündniskonstellationen wird schließlich direkt schlußgefolgert, daß die angeblich in eben dieser Tradition stehende FPÖ heute die legitime Vertreterin der „kleinen Leute" sein müsse.

Ausgangspunkt dieser Verfälschung ist letztlich ein tatsächlich entscheidender Wesenszug der bürgerlichen Revolution in der Mitte des 19. Jahrhunderts, nämlich deren enge Verknüpfung mit nationalen Bewegungen, die zugleich Massencharakter annahmen. Mit der Ausbreitung des Kapitalismus hatte sich wie oben skizziert der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der kapitalistischen Produktionsweise und der Herrschaft der reaktionären Feudalaristokratie verschärft. Dies zeigte sich auch in bezug auf die noch ausstehende Schaffung von zentralisierten und unabhängigen bürgerlichen Nationalstaaten: einerseits waren Deutschland, Italien und die Schweiz in mehrere Dutzend größere und kleinere unabhängige Nationalstaaten zersplittert[6], andererseits unterlagen die österreichischen Länder der nationalen Unterdrückung durch das ultrareaktionäre Metternich-Regime. Demgemäß verband sich das Ringen um die volle Etablierung des Kapitalismus in allen Ländern mit dem Streben nach nationaler Gleichberechtigung, nach nationalstaatlicher Einigung und Unabhängigkeit[37], weshalb das vorrangige außenpolitische Ziel der bürgerlich-demokratischen Revolution die Zerschlagung des mitteleuropäischen Bollwerks der Reaktion sein mußte, um die unter österreichischer Fremdherrschaft stehenden Völ-

ker für eine selbständige nationale und demokratische Entwicklung frei zu machen.[38] Nationaler und antifeudaler Kampf verbanden sich somit zu einer Einheit.[39]

Umgekehrt bedeutete die Unterdrückung der ungarischen, polnischen, tschechischen und italienischen Revolution durch preußische und österreichische Truppen nicht nur eine Niederlage der revolutionären Kräfte in diesen Ländern und das Scheitern der nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen der Völker Mitteleuropas, sondern zugleich auch eine entschiedene Stärkung der Konterrevolution in Österreich und Preußen. Damit präsentierte sich die nationale Frage prägnant als gesamteuropäisches Problem. Doch gingen von der Verbindung von bürgerlicher Revolution und nationaler Bewegung nicht nur positiv fördernde, sondern auch negativ hemmende Wirkungen auf den Verlauf der europäischen Revolution aus. Die kollidierenden nationalen Interessen und Forderungen stimulierten nicht nur den revolutionären Prozeß.[40] Anders als der Konterrevolution gelang den nationalrevolutionären Kräften keine effektive internationale Koordinierung, nicht selten gestaltete sich das Verhältnis der verschiedenen revolutionären Kräfte zu den nationalen Interessen der unterdrückten Völker und deren Emanzipations-, Einigungs- und Befreiungsbewegungen widersprüchlich bis ablehnend[41], was auch in der Reaktion der von nationalen Fehl- und antislawischen Vorurteilen geprägten Wiener DemokratInnen auf die Niederschlagung des Prager Aufstands durch Windischgrätz im Juni 1848, die die eigentliche Todesstunde der Revolution in Österreich markiert, zum Ausdruck kam. „Wien schwieg. Es rührte keine Hand, um Prag zu helfen. Mehr noch, es fand nicht einmal Worte der Verurteilung."[42] Die Konterrevolution konnte somit die nationalen Antagonismen und Egoismen ausnutzen, erschloß aus den divergierenden nationalen Interessen der einzelnen Völker Reserven für die Durchsetzung ihrer konterrevolutionären Politik und spielte Völker gegeneinander aus.[43]

Nationale vor sozialer Frage

Das sich daraus ergebende starke Gewicht der nationalen Komponente der europäischen bürgerlichen Revolutionswelle und der revolutionären Bewegungen stiftet auch heute noch große Verwirrung: Caspar Einem brandmarkt das damalige Streben nach nationaler Einheit ohne weitere Differenzierung als „Nationalismus" und stellt eine schwer nachvollziehbare Analogie zum Prozeß des Auseinanderbrechens der Sowjetunion her[44], »profil«-Chefredakteur Herbert Lackner charakterisiert dies als „fortschrittliche Losung, vergleichbar der europäischen Integration".[45] Auf jeden Fall hat die einsetzende Bildung von Nationen und deren politische Konstituierung in Nationalstaaten als gesetzmäßige Folge des Aufstiegs der kapitalistischen Gesellschaft nichts zu tun mit der nationalistischen Propaganda, die beispielsweise in der Rechtsaußenpostille »Junge Freiheit« entfaltet wird und sich auf der sattsam bekannten Linie einer angeblich noch existierenden „Einheit der deutschen Nation" bewegt. An die Stelle der wirklichen revolutionären Kämpfe der Massen um demokratische Verhältnisse wird bewußt die Staaten, Klassen und Parteien übergreifende „gesamtnationale" Institution der Frankfurter Paulskirche gesetzt, deren Klasseninhalt ebenso verschleiert wie ihre Machtlosigkeit bagatellisiert wird.[46] In der »Jungen Freiheit« spricht der FPÖ-Ideologe Andreas Mölzer gar vom „einzigen freigewählten wirklich gesamtdeutschen, nämlich das gesamte deutsche Volk umfassende, Parlament" in der Geschichte[47] und schwärmt von der „schwarz-rot-goldenen Fahne auf dem Stephansdom".[48] Umso wehleidiger klingt der Ausfall des Mitautors des FPÖ-Programms und Dozenten am Wiener Institut für Geschichte, Lothar Höbelt, in der »Jungen Freiheit« zum Thema „Versäumte Revolution in Deutschland": „Dann müßte man freilich auch dazusagen, was wir denn 1848 versäumt haben! Verpaßt haben wir die Abzweigung zur großdeutschen Variante der deutschen Einigung."[49]

Damals wie heute: Angst vor dem roten Gespenst

Wovor Höbelt, der übrigens sein eben erschienenes Buch „1848 – Österreich und die deutsche Revolution" unter der Ägide des Wiener Universitätsprofessors und Dritten Nationalratspräsidenten Willi Brauneder im Parlament präsentieren konnte[50], bewußt die Augen verschließt, ist einerseits die Tatsache, daß die großdeutsche Konzeption der deutschen DemokratInnen und revolutionär-demokratischen Kräfte von 1848, die auf ein Aufgehen der zum Deutschen Bund gehörenden Teile der Habsburgermonarchie in einem demokratischen „Großdeutschland" abzielte, spätestens nach der gescheiterten Revolution aufhörte, eine progressive politische Leitidee zu sein. Vielmehr vollzog sich eine grundsätzliche Wandlung, indem der „großdeutsche Gedanke (...) zu einem Hilfsmittel des aggressiven, räuberischen deutschen Imperialismus" entartete.[51] Andererseits kann er sich wie so viele seiner deutschnational-freiheitlichen Parteifreunde nicht damit anfreunden, daß 1848 der Weg zur österreichischen Nation eingeschlagen wurde, also nicht erst durch den Ausgang des preußisch-österreichischen Krieges 1866, oder noch später bzw. überhaupt nicht. Doch Höbelt und seine rechten Gefährten blicken nicht nur mit dem weinenden nationalen Auge auf die Revolution 1848 zurück, trocken bleibt das antidemokratische und antisoziale Auge: das „Bedauern über das Ausbleiben der Großen Deutschen Revolution vermag sich in Grenzen zu halten", liest man nicht unerwartet in der »Jungen Freiheit«, denn letztlich steht doch „diesen zweifelhaften Gewinnen" vergleichbarer Revolutionen „ein deutliches Verlustkonto gegenüber: von der Vendèe bis zum Gulag".[52] Diese hier praktizierte Zurückprojizierung der „kommunistischen Gefahr" in die Jahre 1848/49 ist weder neu, noch originell: bereits ein wesentliches Merkmal der Verfälschung der Geschichte der Revolution in der Zeit der faschistischen Diktatur, zeugt sie doch letztlich nur von der Angst der Reaktionäre und ehrbaren Biedermänner vor demokratischer Aktivität im politischen Leben und einer Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne des sozialen Fortschritts. ■

Manfred MUGRAUER studiert Politikwissenschaft. Er ist Mitglied des KSV (Kommunistischer StudentInnenverband) und Redakteur der »UNIQUE« – Magazin der ÖH Uni Wien.

Anmerkungen

1 Vgl. Vorwort von Wolfgang Häusler, in: Steiner, Herbert: Karl Marx in Wien. Die Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Restauration 1848. Wien u.a.: Europaverlag 1978, S. 13f.

2 Vgl. Schmidt, Walter und Kollektiv: Die europäischen Revolutionen 1848/49, in: Kossok, Manfred (Hg.): Die Revolutionen der Neuzeit 1500-

1917. Berlin: Akademie-Verlag 1982, S. 299.

3 Vgl. Häusler, W.: Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848. Wien-München: Jugend und Volk 1979, S. 45.

4 Zit. nach: 1848. Wien: Stern-Verlag 1948, S. 10.

5 Zit. nach Priester, Eva: Kurze Geschichte Österreichs. Aufstieg und Untergang des Habsburgerreiches, Bd. II. Wien: Globus 1949, S. 331.

6 Vgl. Häusler, W.: a.a.O., S. 153.

7 Marx, Karl: „Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral", MEW, Bd. 4, S. 351.

8 Vgl. Schmidt, W.: Proletariat und bürgerliche Revolution 1848/49. Die europäische Arbeiterbewegung in der Achtundvierziger Revolution – Versuch eines historischen Vergleichs, in: Kossok, Manfred/Kross, Editha (Hg.): Proletariat und bürgerliche Revolution (1830-1917). Vaduz: Topos Verlag 1990, S. 101 f.

9 Engels, Friedrich: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, Marx/Engels: Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. 2, S. 218.

10 Vgl. Häusler, W.: a.a.O., S. 241.

11 Vgl. Schmidt, W. und Kollektiv: Die europäischen Revolutionen 1848/49, a.a.O., S. 201.

12 Engels, Friedrich: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, MEW, Bd. 8, S. 63.

13 Vgl. Häusler, W.: a.a.O., S. 309.

14 Ebd., S. 382 f.

15 Zit. nach: 1848. Wien: Stern-Verlag 1948, S. 46.

16 MEW, Bd. 21, S. 408.

17 Zit. nach: „FPÖ: Haider ist der Nachfolger von Kudlich", in: »Standard« vom 7./8. März 1998, S. 6.

18 Vgl. Schmidt, W. und Kollektiv: a.a.O., S. 334.

19 Vgl. v.a. die zahlreichen Studien von W. Schmidt und H. Bleiber in der »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft« (i.d.F. ZfG) und den „Studien zur Revolutionsgeschichte" (hg. von M. Kossok).

20 Vgl. Lozek, Gerhard u.a. (Hg.): Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD. Berlin: Akademie 1977, S: 264.

21 Zur Entwicklung der Revolutionsgeschichtsschreibung der BRD vgl. Bleiber, Helmut: Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 in Deutschland in der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD, in: Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland. 1789-1871. Hg. v. Helmut Bleiber. Berlin: Akademie 1977.

22 Vgl. Kossok, M.: Vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit: Forschungsprobleme und Kontroversen, in: »ZfG«, Nr. 1/78, S. 9.

23 Vgl. Schmidt, W. und Kollektiv: a.a.O., S. 332.

24 Vgl. Bleiber, H.: Zur Darstellung des Vormärz und der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 in Deutschland in der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD, in: 125 Jahre Kommunistisches Manifest und bürgerlich-demokratische Revolution 1848/49. Berlin: Akademie 1973, S. 94.

25 Vgl. Bleiber, H.: Vom Umgang mit historischem Erbe, in: »Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung«, Nr. 34 (1998), S. 139; zur Annäherung von marxistischer und „nichtmarxistischer" 1848er Revolutionsforschung siehe auch Heydemann, Günther: Die deutsche Revolution von 1848/49 als Forschungsgegenstand der Geschichtswissenschaft in SBZ/DDR, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.): Geschichtswissenschaft in der DDR, Bd. 2, Berlin 1990, S. 518.

26 Vgl. „Parlament feiert Revolution", in: »Standard« vom 6. März 1998, S. 5.

27 Parlamentskorrespondenz/BL/ 05. 03. 1998/Nr. 122.

28 Vgl. Martin, Angela: Bedenken im Gedenken: Das offizielle Berlin möchte das rebellische Berlin von 1848/49 ignorieren, in: »Junge Welt« vom 20.03.1998.

29 Vgl. Dähne, Eberhard: 1848 – Aufbruch zur Freiheit. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums und der Schirn Kunsthalle Frankfurt a.M., in: »Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung«, Nr. 35 (1998), S. 224.

30 Vgl. Schmidt, W.: Probleme der europäischen Revolution von 1848/49, in: »ZfG«, Nr. 7/79, S. 644; zur differenzierteren Beurteilung und Relativierung der simplifizierenden Verratsthese siehe die (selbst)kritische Bilanz der 1848er Revolutionsforschung in der DDR-Geschichtswissenschaft bei Schmidt, W.: Die 1848er Revolutionsforschung in der DDR, in: ZfG, Nr. 1/94, S. 25f.

31 Vgl. Bleiber, H.: Zur Darstellung des Vormärz und der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49, a.a.O., S. 98 f.

32 Schmidt, W.: Die Revolution von 1848/49 in der Traditionspflege der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, in: 125 Jahre Kommunistisches Manifest, a.a.O., S. 86f.

33 Vgl. Lozek, G. u.a. (Hg.): Unbewältigte Vergangenheit, a.a.O., S. 271.

34 Lenin, W. I.: „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei", LW, Bd. 10, S. 259.

35 Schieder, Theodor: Hat Heinemann recht? Zu einer Rede über unser mangelhaftes Geschichtsbewußtsein, in: »Christ und Welt«, 27.02.1970.

36 Vgl. Helmert, Heinz/Usczeck, Hansjürgen: Bewaffnete Volkskämpfe in Europa 1848/49. Berlin: Militärverlag der DDR 1973, S. 17.

37 Vgl. Schmidt, W. und Kollektiv: a.a.O., S. 274.

38 Ebd., S. 304.

39 Vgl. Bach, Hans: Die nationale Frage in der Europäischen Revolution von 1848/49, in: Kossok, M. (Hg.): Rolle und Formen der Volksbewegung im bürgerlichen Revolutionszyklus. Berlin: Akademie 1976, S. 221.

40 Vgl. Schmidt, W.: Zu Problemen der europäischen Revolutionen von 1848/49, in: »ZfG«, Nr. 7/1979, S. 651.

41 Vgl. Bach, H.: a.a.O., S. 222.

42 Priester, E.: a.a.O., S. 371.

43 Vgl. Schmidt, W.: 1848. Die erste gesamteuropäische Revolution, in: »Junge Welt« vom 16. April 1998.

44 Einem, Caspar: 1848 bis 1998 – Lehren aus der Geschichte?, in: »Zukunft«, Nr. 3/98, S. 10.

45 Lackner, Herbert: Das Jahr der Barrikaden, in: »profil«, Nr. 10/1998, S. 46.

46 Vgl. Schmidt, W.: Die Revolution von 1848/49 in der Traditionspflege der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 87.

47 Mölzer, Andreas: 1848, in: »Junge Freiheit« vom 30. Jänner 1998.

48 Mölzer, A.: Ohne Nation keine Freiheit, ohne Freiheit keine Nation. Mythos 1848: Die deutsche Revolution und ihr Gedenken, in: »Junge Freiheit« vom 13. Februar 1998.

49 Höbelt, Lothar: Verraten und verkauft. Revolutionen: Mehr Mythos als Substanz, in: »Junge Freiheit« vom 13. Februar 1998.

50 Parlamentskorrespondenz/BL/ 20. 05. 1998/Nr. 341.

51 Fischer, Ernst: Österreich 1848. Probleme der demokratischen Revolution in Österreich. Wien: Stern-Verlag 1946, S. 186.

52 Vgl. Höbelt, L.: Verraten und verkauft, a.a.O.

Inszenierte Geschichte

80 Jahre KPÖ im Spiegel der Parteiorgane

Susanne KOWARC

Geschichte unterliegt steter Veränderung, sie wird in verschiedenen historischen Perioden unterschiedlich interpretiert, mitunter gänzlich neu geschrieben. Ohne Gegenwart ist Geschichte nicht denkbar, daher reflektiert das Bild, das von einer politischen Bewegung gemacht wird oder das sie sich selbst macht, nicht nur die eigene Vergangenheit, sondern auch das aktuelle Bild, das von dieser Vergangenheit gemacht wird. Ein Spiegel dieser Inszenierung von Geschichte können beispielsweise Sonderbeilagen von Parteizeitungen sein. Im folgenden wurden die Organe »Die Rote Fahne«, »Weg und Ziel« und »Die Volksstimme« unter die Lupe genommen.

Der Erste Weltkrieg war durch eine militärische Niederlage zu Ende gegangen, nicht durch den revolutionären Sturz einer Regierung (wie in Rußland). Somit konnten die Menschen mit ihrem Wunsch nach Frieden befriedigt werden, viele Arbeiter verwechselten den Sturz einer Regierung und deren Ersetzung durch eine andere, bürgerlich-demokratische, mit der Erreichung des Sozialismus. In diese Situation fiel die Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs am 3. November 1918 in Wien-Favoriten. Historisch war die Zeit für die organisatorische Trennung vom Reformismus und die Schaffung einer revolutionären, kommunistischen Partei in Österreich überfällig. Doch dieser Bruch vollzog sich rasch und ohne vorherige Verständigung mit den Linken in der alten Partei. So gesehen war die Gründung der KPÖ verfrüht, weil dadurch die Diskussion über die notwendige organisatorische Trennung vom Reformismus zu rasch zu einer Diskussion zwischen Parteien wurde. Im Februar 1919, zur Zeit des 1. Parteitages der KPÖ, zählte die Partei etwa 3000 Mitglieder. Sie forderten unter anderem die Aufnahme von Kommunisten in die Arbeiterräte und diskutierten die Beteiligung an den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung, die für den 16. Februar angesetzt war. Den Parteimitgliedern wurde eine Wahlenthaltung empfohlen, da die Partei eine „Partei des Übermorgen, nicht des Morgen" sei und Ziel nicht die parlamentarische Demokratie, sondern die Diktatur des Proletariats.

Zur Geschichte der Parteizeitungen

Die erste Zeitung, die die KPÖ herausgab, war »Der Weckruf«, der am 1. Mai 1918 erschien. Damals meldete Karl Steinhardt den Behörden das Erscheinen dieser neuen linken Zeitung und konnte sich dabei auf die umfassend gewährte Meinungsfreiheit stützen, die Kaiser Karl und die Regierung angekündigt hatten – aus Angst vor drohenden Hungerrevolten in den Betrieben. Trotzdem wurde »Der Weckruf« zensuriert, dann sogar bis Kriegsende verboten und konnte erst am 3. November 1918 als erstes Parteiorgan legal erscheinen. Später wurde die Zeitung umbenannt in »Die soziale Revolution« und erschien zunächst einmal, dann zweimal wöchentlich. Ab 26. Juli 1919 erschien sie als Tageszeitung unter einem neuen Namen, »Die Rote Fahne«. Diese entwickelte sich vor allem in den Jahren der Illegalität zum Sprachrohr der verbotenen KP. Oft als Tarnbroschüre herausgegeben (Tarnbroschüren waren Texte mit neutralem Titel bzw. Umschlag), vermittelte sie ihren LeserInnen das, was die Parteiführung zum Thema Faschismus und dessen Bekämpfung zu sagen hatte, über den Sozialismus im allgemeinen und dessen Erlangung im speziellen. „Die von den Faschisten meistgehaßte, von den Arbeitern mit wahrer Liebe umgebene »Rote Fahne« erscheint trotz gewaltiger Schwierigkeiten ungefähr vier bis sechs mal wöchentlich gedruckt, in der Stärke von acht bis zehn Seiten. Einige Male glaubten die Faschisten bereits, die Druckerei ausgehoben, die ganze Auflage beschlagnahmt zu haben, aber prompt erschien in einer anderen Druckerei die gleiche Auflage nochmals zum hellen Jubel der revolutionären Arbeiterschaft. Die Auflage der »Roten Fahne« ist für die Verhältnisse in Anbetracht der tiefen Illegalität sehr hoch; sie wird vollständig ausverkauft, und es könnte, wenn die Verhältnisse den Druck ermöglichen würden, auch die doppelte und dreifache Anzahl im Nu verkauft werden."[1]

Durch das Bundesgesetzblatt 315 „Verordnung über die Entziehung der Gewerbeberechtigung wegen Förderung der verbotenen Tätigkeit einer Partei" vom 7. Juli 1933 waren vor allem Druck und Verlag kommunistischer Zeitungen betroffen. Die Regierung wahrte zunächst eine Art Scheindemokratie, indem sie die Zeitungen nicht direkt verbot, sondern Verlage mit Konzessionsentzug bedrohte. In der Folge mußten Druckereien Druckaufträge kündigen: Die »Rote Fahne« war davon am 22. Juli 1933 betroffen. Schon seit dem 14. März war sie unter Vorzensur gestanden, ab dem 6. Juli sogar unter verschärfter Vorzensur, ab dem 10. Juli auch unter Kolportageverbot. Die letzte legale Ausgabe erschien am 22. Juli 1933. In den Folgejahren konnte die »Rote Fahne« nur noch unregelmäßig als hektographiertes Flugblatt erscheinen, nachdem sie vorher täglich außer montags publiziert worden war. Als Herausgeber und Verleger fungierten bis zum 26. März 1933 Johann Koplenig und die KPÖ; mit dem Verbot der Partei am 19. Mai 1933 Arpad Haasz. Ab 1935 erschien sie wieder im Kleinformat und gedruckt, mit einem Umfang von zwölf bis vierzehn Seiten. Ihr Herstellungsort ist unbekannt, war aber wahrscheinlich in Prag. Zu dieser Zeit erschien die Zeitung ein- bis zweimal wöchentlich. 1935 kamen 17 Ausgaben, 1936 und 1937 noch 15 jährlich heraus. Ab 1939 wurde die »Rote Fahne« unter der Chefredaktion von Alfred Klahr in Paris mit dem Untertitel „Österreichische Zeitung" gedruckt. Die letzte datierba-

re Ausgabe stammt vermutlich vom Mai/Juni 1939.

Die »Rote Fahne«

Die Zeitung war geprägt von politischen Kampfaufsätzen, Nachrichten aus der ab 1933 illegalen Parteitätigkeit, aus den Betriebszellen. Die wichtigsten ständig wiederkehrenden Rubriken liefen unter folgenden Titeln: „Aus den Betrieben" oder „Was nicht in der Vaterländischen Presse steht."

Bis 1935 war die Zeitung voll der Polemik gegen die Sozialdemokraten, die als „Sozialfaschisten" bezeichnet wurden. Erst durch den drohenden Anschluß, den wachsenden Terror der Nationalsozialisten in Österreich und den außenpolitischen Druck konnte diese Linie zugunsten einer Einheits- und Volksfrontpolitik überwunden werden. Die theoretische Grundlage dazu lieferte Alfred Klahr in seiner Artikelserie über die Österreichische Nation vom März und April 1937 in »Weg und Ziel«. Beliebt war die Beschreibung der Sowjetunion, die als große Vorbildnation hingestellt und nach stalinistischem Muster unreflektiert gepriesen wurde. Hier zeigt sich schon der Beginn der Moskautreue der KPÖ. Blättert man durch die 1928 erschienenen Ausgaben der »Roten Fahne«, zeigt sich, daß dem 10. Jahrestag der Parteigründung der KPÖ relativ wenig Platz eingeräumt wurde. Das, worauf immer wieder hingewiesen wurde, war die Oktoberrevolution, wohl vor allem deshalb, um den LeserInnen zu zeigen, daß eine sozialistische Revolution durchaus erfolgreich verlaufen könne. Die eigene Geschichte war nicht frei von Fehlern und Rückschlägen, die revolutionäre Stimmung, die im letzten Kriegswinter in Österreich geherrscht hatte, konnte nicht wirksam kanalisiert werden. Daher lag es nahe, sich auf ein Ereignis von welthistorischer Konsequenz zu berufen, auch wenn die österreichische Kommunistische Partei nicht betroffen war – schon allein aus dem Grund, weil sie noch gar nicht existierte. Die »Rote Fahne« bemühte sich, eine Alternative zu den erscheinenden regierungsnahen Zeitungen zu sein. Die Bedingungen der Illegalität machten natürlich auch andere Inhalte notwendig, immerhin ging es doch um die ständige Bedrohung von außen. Ab 1937 sprach die Zeitung vom verstärkten Terror der Nationalsozialisten in den Betrieben und erkannte die Gefahr des drohenden Anschlusses an Deutschland: „Nazi werden begnadigt, Antifaschisten bleiben in Haft. Für Schuschniggs Politik kein Verständnis im Volke. Das werktätige Volk will endlich energisch Schluß mit der Tolerierung der Nazi, los von der Achse Berlin–Rom, Verständigung und Bündnis mit den Friedensmächten!"[2] Die Bedrohung des Friedens, die von der NSDAP ausging, erkannte das Organ der KPÖ bereits sehr frühzeitig und hörte nicht auf zu warnen und seine LeserInnen zu mahnen. Den drohenden Weltkrieg sah die »Rote Fahne« bereits Anfang Juli 1934. Ausführlich wurde theoretisch und praktisch zum internationalen Kampf gegen den Faschismus aufgerufen – etwa, indem ausführlich über den Spanischen Bürgerkrieg berichtet wurde. In einer geheim hergestellten Ausgabe der Zeitung zum 20. Jahrestag des Erscheinens wurde auf Seite eins ein kurzer Leitartikel veröffentlicht, wo es unter anderem heißt: „20 Jahre »Rote Fahne«: Mit der vorliegenden Nummer tritt unsere Zeitung in ihren 20. Jahrestag; zwei Jahrzehnte ist sie Organ und Organisator des Freiheitskampfes der österreichischen Arbeiter: ihre Geschichte und Entwicklung sind ein getreues Spiegelbild der Geschichte und Entwicklung der Arbeiterbewegung dieser beiden so bedeutungsvollen Jahrzehnte. Von den Gegnern gehaßt, verleumdet und mit allen Mitteln bekämpft, hat die »Rote Fahne« allen Schwierigkeiten und Verfolgungen trotzend, ihren Weg fortgesetzt. Die Opfer, die die revolutionären Arbeiter für ihre Zeitung brachten, waren nicht vergeblich: die »Rote Fahne« wird zwar heute mehr verfolgt als je zuvor, – jeder, der sie liest, riskiert dafür jahrelangen Kerker, – aber sie gehört trotzdem zu den meistgelesensten Zeitungen Österreichs."[3] Vor dem alltäglichen Kampf ums politische Überleben im Untergrund nimmt sich ein Jahrestag unwichtig aus. Den GenossInnen war nicht zum Jubeln zumute. Auch der Entzug der Gewerbeberechtigung, die laufenden Beschlagnahmungen, wirkten sich sowohl auf den Inhalt – viele RedakteurInnen oder AutorInnen waren in Haft – als auch auf die Herstellungsbedingungen und den Vertrieb verheerend aus. Dennoch erreichte die »Rote Fahne« ein breites Publikum, was nur daraus zu erklären ist, daß die Zeitung insgeheim konsequent weitergegeben wurde.

»Weg und Ziel«

Die monatlich publizierte Zeitschrift »Weg und Ziel« verstand sich als theoretische Ergänzung zur »Roten Fahne«. Sie erschien ab 1935. Namhafte KommunistInnen schrieben Beiträge, so etwa Ernst Fischer (unter anderem unter dem Pseudonym „Peter Widen"), Johann Koplenig oder Oscar Großmann („Alexander Schönau"). Gegenstand theoretischer Abhandlungen war vor allem die Taktik des österreichischen Widerstandskampfes und der Marxismus-Leninismus. »Weg und Ziel« konnte bis 1942 in Prag erscheinen, ab Jänner 1938 mit verändertem Layout und hektographiert, da nun auch der Druck in der Tschechoslowakei illegalisiert worden war. In Umlauf kamen die Texte zumeist durch getarnte Broschüren – so lautete etwa der Tarntitel für »Weg und Ziel« 2/3, 1935: „Urlaub in den Alpen – herausgegeben von der Fremdenverkehrskommission für Tirol", hinter dem sich Abhandlungen mit dem Titel „Die Krise der Einheitsfront oder der revolutionären Sozialisten?" oder „Der Weg der Bolschewiki ist unser Weg" versteckten. Die wichtigsten inhaltlichen Schwerpunkte waren die Auseinandersetzung mit dem österreichischen Faschismus als Grundlage für die „Probleme des Klassenkampfes in Österreich"[4], und mit der immer stärker werdenden Propagierung der Einheits- und Volksfront auch die Analyse der österreichischen Nation (Alfred Klahr). Auch die Seitenhiebe auf die Trotzkisten fehlten nicht. „Die geschlagenen Trotzkisten haben ihren Haß gegen das Volk, das ihre Ansichten ablehnte, weiter gesponnen und auf diesem Weg wurden sie zu konterrevolutionären Verschwörern und Helfershelfern der faschistischen Koalition."[5]

Auch hier finden sich viele Hinweise auf die Oktoberrevolution, aber historisch-theoretische Abhandlungen zur Geschichte der Gründung der KPÖ sucht man vergeblich.

Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach 1945 wurde die KPÖ als Mitglied der Bundesregierung Staatspar-

tei. Als solche mußte sie auch eine repräsentative Parteigeschichte vorweisen können. Also wurde der Widerstand gegen den Faschismus intern, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus nach außen als Legitimation benützt. In der Zeit vor dem Februar 1934 war die Partei eine Marginalie in der österreichischen Innenpolitik gewesen, daher war auch die Parteigründung relativ unspektakulär verlaufen. Mit dem endgültigen Ausscheiden der Linksradikalen aus der Sozialdemokratie ließen sich keine Mythen aufbauen. Dazu kommt, daß eine der prominentesten Führungspersönlichkeiten der Kommunistischen Partei Österreichs, Franz Koritschoner, selbst nicht unumstritten war in einer Partei, die den Stalinismus bedingungslos verteidigt hatte. Koritschoner war immerhin von den Sowjets an die Gestapo ausgeliefert und im Konzentrationslager Auschwitz als einer der ersten Österreicher ermordet worden. Würdigte man den Genossen Koritschoner, durfte man also sein tragisches Ende nicht verschweigen. Klammerte man ihn aus, machte man sich der Geschichtsfälschung schuldig. Bis in die sechziger Jahre nahm in den Parteiorganen also der Jahrestag der Gründung der KPÖ keinen großen Platz ein, berichtet wurde dafür über Veranstaltungen, die die Partei anläßlich ihres Geburtstages organisiert hatte. Insofern kam man der Informationspflicht nach, ohne aber im Detail auf die Parteigeschichte eingehen zu müssen.

Die »Volksstimme«

Die als Nachfolgerin der »Roten Fahne« erscheinende »Volksstimme« titelte am 4. November 1958: „Heute Festveranstaltung 40 Jahre KPÖ in der Wiener Stadthalle" und hängte folgende telegrammstilartige Untertitel an: „Politisch bedeutsamer Widerhall des Jubiläums in Moskau und Peking – bisher Delegationen von sieben Bruderparteien in Wien eingetroffen – In ihrem Namen spricht der Leiter der Delegation der KPdSU, N.M. Schwernik in der Festveranstaltung. Heute um 19 Uhr findet in der Wiener Stadthalle die Festveranstaltung des ZK der KPÖ ‚40 Jahre KPÖ' statt. Festredner wird der Vorsitzende der KPÖ, Johann Koplenig sein, die Grüße der ausländischen Delegationen übermittelt Genosse N.M. Schwernik, Mitglied des Präsidiums der KPdSU. Die Feier wird von einem künstlerischen Programm umrahmt, und zwar einem Massenchor, Rezitationen von Wolfgang Heinz (ehemals Wiener Scala) und dem Auftreten des staatlichen Tanz- und Gesangsensembles der DDR. Eingang erfolgt nur durch den Märzpark, Einlaß ab 18.15."[6] Auf der gleichen Seite wurde noch darauf hingewiesen, daß die »Prawda« an prominenter Stelle die Grußbotschaft der KPdSU an die KPÖ veröffentlicht hatte – die höchste Ehrung für eine Partei, die im Schatten Moskaus zu stehen schien. Eine umfassende historische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Partei fand 40 Jahre nach der Gründung nicht statt. Auch eine Sonderbeilage sucht man vergebens.

Zehn Jahre später, am 3. November 1968, rang sich die „Volksstimme" immerhin eine ganze Seite über den 50. Jahrestag ab. Auf Seite eins hieß es: „50 Jahre Kampf der KPÖ. Glückwünsche der Bruderparteien – Stadthallenkundgebung am kommenden Sonntag (dem 10. November, Anm. d. Verf.). Ein halbes Jahrhundert KPÖ wird heute vollendet. Vor genau 50 Jahren, am 3.11.1918, wurde von einer kleinen Schar linksgesinnter Arbeiter und Intellektueller, hauptsächlich junger Menschen, die Gründung der KPÖ beschlossen. (...) Zwei benachbarte Jahrestage kennzeichnen die nationale und internationale Situation: Der 7. November, Jahrestag des Sieges der russischen Revolution, mit dem eine neue Ära der Weltgeschichte begann, und der 12. November, der Jahrestag der Proklamierung der Republik Österreich."[7] So wurde ein Konnex zwischen der Oktoberrevolution und der Ausrufung der Ersten Republik hergestellt, der suggeriert, die KPÖ hätte entscheidenden Anteil am Zustandekommen dieser Republik gehabt. Auf Seite drei erzählt Johann Koplenig aus seinem Leben, Leopold Hornik führt „Die Notwendigkeit der Partei" aus und geht darin auf die Gründungsgeschichte ein.

Zum 60. Geburtstag schrieb die »Volksstimme« einmal mehr freudig, daß die KPdSU gratuliert habe und zitiert auf der Titelseite sogar relativ lang das Grußtelegramm aus Moskau. Zum ersten Mal wurde in diesem Jahr, also 1978, eine eigene Beilage zur Parteigeschichte publiziert, die den Titel „Nicht aus besonderem Holz" trägt. Der Aufmacher beschäftigt sich mit Max Stern und seiner Lebensgeschichte. Er war Zeuge der blutigen Auseinandersetzungen in der Wiener Hörlgasse im Juni 1919, Maschinenschlosser, Taxifahrer, Spanienkämpfer, Häftling in französischen Internierungslagern, politischer Flüchtling in der Schweiz, Partisan im jugoslawischen Freiheitsbataillon, Polizist, Zeitungsgründer – eine politische Karriere, mit der sich die KPÖ also durchaus identifizieren konnte. Aus »Weg und Ziel« zitierte die »Volksstimme« einen Beitrag Franz Muhris zur Kontinuität kommunistischer Politik, dann folgte ein Beitrag mit dem Titel „Wie die Partei gegründet wurde", der über Karl Steinhardt berichtete. Mitten in dieser Beilage unterbrach ein zweiseitiges Fernsehprogramm die historische Auseinandersetzung mit der Partei. Dann schrieb Lotte Podgornik über Frauen in der Partei, ein Thema, das sich auch 1988 und 1998 in der »Volksstimme« wiederfindet.

Zusammenfassung

Das Geschichtsverständnis, wie es in den Beiträgen zu den Jahrestagen der KPÖ-Gründung zum Ausdruck kommt, unterlag einem ständigen Wandel. Während der Zeit der Illegalität, verschärft durch den erst ein halbes Jahr zuvor vollzogenen Anschluß, hatte die KP 1938 andere Probleme, als sich selbst zu feiern. Die ersten Jahrzehnte nach dem Krieg waren geprägt von staatstragendem Gehabe, verbunden mit dem Unwillen, sich inhaltlich komplex und kritisch mit der Vergangenheit der eigenen Partei auseinanderzusetzen. Die 68er-Bewegung hat auch hier kritische Potentiale geweckt. Verstärkt wurde das Augenmerk der PublizistInnen nun auf soziale und ökonomische Randgruppen, auf Frauengeschichte und alternative Ansätze in der Aufarbeitung von Geschichte gelegt. Damit begann sich ein neuer, demokratischer Konsens in den Parteiorganen durchzusetzen. ■

Susanne KOWARC studiert Geschichte.

Anmerkungen

1 Schneider Anton, Illegale revolutionäre Presse in Österreich. In: »Deutsche Zentralzeitung«, 22. April 1935, S.1).
2 »Die Rote Fahne«, Februar 1938, S.4.
3 »Die Rote Fahne«, 20. Jahrgang Nr.1, S.1.
4 Johann Koplenig in »Weg und Ziel«, Nr. 1/1935.
5 »Weg und Ziel«, Nr. 2/1937, S. 49.
6 »Volksstimme«, 4. November 1958, S.1.
7 Ebd., 3. November 1968, S.1.

...da sie sich nicht erst die Mühe machen, die Frauen zu gewinnen...

Fragestellungen zu einer kommunistischen Frauenpolitik in Österreich vor 80 Jahren

Karin SCHNEIDER

Vorliegender Artikel erscheint anläßlich des Jubiläums „80 Jahre KPÖ". Es ist interessant, inwieweit das Jubiläum auch eines der „kommunistischen Frauenbewegung" dieser Zeit in Österreich ist. War die Gründung der KPÖ ein „Männerereignis"? Wollte oder konnte diese neugegründete Partei Frauen für ihre Politik gewinnen?

Schon bei diesen ersten Fragen fällt ein wesentlicher Unterschied zu der Entwicklung in Deutschland auf: Während dort die großen, bekannten Frauenpersönlichkeiten der proletarischen Frauenbewegung, wie Rosa Luxemburg oder Clara Zetkin, zumeist die Gründung der KPD mit vorbereiteten[1], blieben vergleichbare Trägerinnen der österreichischen Frauenbewegung, wie Therese Schlesinger oder Käthe Leichter, bei der SDAPÖ, auch wenn sie wie diese beiden Frauen[2], auf dem linken Flügel positioniert waren.

Damit verknüpft ist die Frage, ob das Wirken von Frauen in der KPÖ zwischen 1918 und 1933 heute überhaupt darstellbar ist. Kommunistinnen der Zwischenkriegszeit bzw. auf die „Frauenbewegung" gerichtete Politik der KPÖ – das gibt es weder in den „Parteigeschichten" noch in der allgemeinen Literatur zur proletarischen Frauenbewegung in der ersten Republik. Die österreichische Arbeiterinnenbewegung ist sozialdemokratisch, die kommunistische Bewegung in Österreich ist männlich. Diese Behauptung, ein Blick in die sogenannte „Parteigeschichte" bestätigt sie, gilt zumindest für die Gründungszeit der KPÖ. Diese Schreibung der Parteigeschichte könnte mit der Tatsache zu tun haben, daß die Mitbegründerin der KPÖ und Organisatorin der ersten frauenpolitischen Versuche, Elfriede Eisler–Friedländer, als spätere „Trotzkistin", „Denunziantin" etc. aus der Parteigeschichte herausfällt oder aber einen recht unrühmlichen Platz zugewiesen bekommt. Nach allen Hinweisen auf diese Trägerin des „Parteibuch Nummer eins" (Hautmann), die als Ruth Fischer in Deutschland auch all jenen vertraut ist, die sie im Rahmen der KPÖ-Gründung nicht kennen, dient sie tatsächlich nicht für eine „Heldenerzählung". Trotzdem erscheint sie als schillernde Persönlichkeit und gerade ob ihrer Widersprüchlichkeit interessant.

Innerhalb der Sekundärliteratur zur österreichischen Arbeiterinnenbewegung bildet die Dissertation von Paul Pasteur, „Femmes dans le mouvement ouvrier Autrichien 1918–1933" (Rouen, 1986), eine Ausnahme, was die Rezeption der kommunistischen Frauenpolitik dieses Zeitraumes betrifft. Zirka sechzig Seiten dieser Dissertation sind der KPÖ gewidmet und bieten einen guten Überblick der Entwicklung der KPÖ-Frauenpolitik. Eingearbeitet sind, je nach Beginn ihres frauenpolitischen Wirkens in der KPÖ, Kurzbiografien von bedeutenden Kommunistinnen. Unter diesen findet sich neben der Würdigung von Aktivistinnen, die aus der Parteigeschichtsschreibung nicht unbekannt sind, wie Anna Strömer, Malke Schorr („Rote Hilfe") oder Isa Strasser, eine längere Darstellung des Lebensweges von Elfriede Eisler-Friedländer/Ruth Fischer, da es „der Fall Friedländer (verdient), daß man dabei ein wenig verweilt und versucht, ihre Rolle historisch gesehen zu einem bestimmten Zeitpunkt zu beurteilen".[3]

Elfriede Eisler-Friedländer – „Rabenmutter" der Partei

Die Herausgabe der »Revolutionären Proletarierin«, eines frauenbezogenen Beiblattes zur Parteizeitung »Die soziale Revolution« sieht Hautmann als ersten Versuch, auch unter Frauen Fuß zu fassen. »Die revolutionäre Proletarierin« wird von Elfriede Friedländer redigiert.[4] Eigentlich war vorgesehen, diese Zeitung nur so lange als Beilage erscheinen zu lassen, bis ein fester Leserinnenkreis gewonnen werde, der eine eigenständige Frauenzeitschrift ermögliche. Von Elfriede Eisler-Friedländer wird die Notwendigkeit dieser Beilage wie folgt begründet: „Die Beilage zur »Sozialen Revolution«, »Die revolutionäre Proletarierin« ist notwendig, um die Frauen aus ihrer Trägheit etwas aufzurütteln. Im Anfang unserer Gründung haben wir die Erfahrung gemacht, daß in unsere Versammlungen ausschließlich Männer gekommen sind. Jetzt kommen allmählich auch die Frauen. »Die revolutionäre Proletarierin« will keine theoretischen Auseinandersetzungen. Sie will in leicht faßlicher Weise die notwendigen, vor allem praktischen Erörterungen den Frauen zu Gehör bringen und demnach die speziellen Frauenfragen in kommunistischem Licht diskutieren."[5] »Die revolutionäre Proletarierin« kann zweimal monatlich gelesen werden, später jeden Samstag. Ab Juni 1919 hört »Die revolutionäre Proletarierin« allerdings zu bestehen auf. Die restlichen Monate des Jahres erscheint das ab Juni 1919 in »Die rote Fahne« umbenannte Zentralorgan praktisch ohne frauenspezifische Inhalte (abgesehen von der täglich erscheinenden Rubrik: „Aus dem proletarischen Haushalt"), auch ohne Frauenbeilage, obwohl »Die rote Fahne« öfter als »Die soziale Revolution« herausgegeben wurde. (»Die soziale Revolution«: Dienstag, Samstag mit Frauenbeilage; »Die Rote Fahne«: zunächst dreimal pro Woche, dann täglich.[6]) Es kann angenommen werden, daß das Verschwinden einer regelmäßigen Frauenzeitung im Juni 1919 mit dem Ausscheiden von Elfriede Friedländer aus der zentralen KPDÖ-Politik zusammenhängt. Immerhin wurde die Frauenseite von ihr redigiert, ihr Name scheint als Referentin sehr oft auf.

Diese KPDÖ-Mitbegründerin ist

am 11. Dezember 1895 in Leipzig geboren. Sie ist die Schwester des Komponisten Hans Eisler und des ebenfalls in der KPD aktiven Journalisten Gerhard Eisler. Elfriede, aus der linksradikalen StudentInnenbewegung kommend, leitet gemeinsam mit ihrem Ehemann Paul Friedländer eine kleine Gruppe linker Intellektueller – eine der Gründungsgruppen der KPDÖ. Als nach dem Jännerstreik 1918 fast alle maßgebenden Personen des „Aktionskomitees der Linksradikalen" verhaftet worden waren, begann sich der Hauptschwerpunkt kommunistischer Agitation auf diese bis dahin isolierten und unerfahrenen Gruppen zu verlagern.[7] Dies sieht die offizielle Geschichtsschreibung der KPÖ als einen der „Hauptwidersprüche" der frühen Parteigründung.

Elfriede Eisler-Friedländer wird einerseits als „begnadete Rednerin geschildert, andererseits als weithin „unsympathisch" bis „unmöglich" oder „emotional", oft verbunden mit „zu jung" und „unerfahren".[8] 1920 publiziert die KPÖ ihre Schrift „Sexualethik des Kommunismus". In dieser betont sie zum Beispiel, daß „das Geschlechtsleben in all seinen Formen durchaus Privatsache jedes einzelnen (ist). Es gibt also (in einer sozialistischen Gesellschaft) keine Weihen und Zeremonien beim Eingehen eines geschlechtlichen Verhältnisses."[9] Diese Broschüre, die sich nach den Erinnerungen von Clara Zetkin, bei den Genossinnen in Deutschland großer Beliebtheit erfreute[10], findet nur in den „Bibliographischen Bemerkungen" zur KPÖ von Herbert Steiner ihre Beachtung. Dieser macht die Vorstellungen Friedländers gar für die Krise der Partei in der Frühzeit verantwortlich: „Pseudorevolutionäre Anschauungen einiger führender Kommunisten (...) mußten dem Ansehen der Partei schaden. So erklärte Elfriede Friedländer in einer Broschüre über kommunistische Sexualethik zum Ziel: Die vollkommene Freiheit wie der einzelne sein Sexualleben gestalten will, ob promiskuitiv, ob polygam, ob monogam."[11]

Elfriede Eisler-Friedländer gehört (neben z.B. Koritschoner, Strömer, Kisch, Rothziegel) zu den zentralen Figuren der KPDÖ in der revolutionären Nachkriegsphase, die sich jedoch in der eigenen Partei anscheinend keiner Beliebtheit erfreut. Sie scheint, auch in ihrem Auftreten, politische Fehler zu machen, die später meist mit ihrer „Jugend" begründet werden.[12]

Paul Pasteur beschreibt den Niedergang der Elfriede Eisler-Friedländer ab dem Juni 1919: „Von der neuen Leitung, dem Direktorium, ab 1919 auf Distanz gesetzt, wird sie schnell zum Sündenbock, auf dem das Scheitern der kommunistischen Partei abgeladen wird."[13] Der zweite Parteitag, auf welchem sie stark angefeindet wird, bedeutet das Ende ihrer Karriere in Wien.

Kurz sei ihr weiterer Weg skizziert[14]: Elfriede Eisler-Friedländer geht nach Berlin und wird dort zu Ruth Fischer, der berühmt-berüchtigten Führerin des „ultralinken" Kurses der KPD. Mit ihrem neuen Lebensgefährten Arkadi Maslow übernimmt sie 1924 die Führung der KPD und übt Funktionen in der KI aus.

Im August 1926 wird sie aus der KPD wegen „ultralinker" Politik ausgeschlossen, bleibt aber bis 1928 Abgeordnete im Reichstag.

Nach der Machtergreifung Hitlers flüchtet sie nach Paris, arbeitet dort mit den Trotzkisten zusammen. Auf der Flucht vor den Nationalsozialisten erreicht sie 1940 Portugal, dann Kuba, ihr letztendliches Exilland sind die USA – ebenso wie das ihrer Brüder Hans und Gerhard Eisler. Gerhard Eisler engagiert sich weiterhin in der Kommunistischen Partei und gilt als „Kommunist Nummer eins". Ruth Fischer gehört ab diesem Zeitpunkt zu den erbittertsten GegnerInnen des Kommunismus stalinistischer Prägung.[15] 1948 bringt sie eine Studie über den deutschen Kommunismus und Stalin heraus. Ihre Haltung gegen die kommunistische Partei geht nun so-

Foto: Margherita Krischanitz

weit, daß sie ihre beiden Brüder wegen kommunistischer Tätigkeiten anzeigt.[16] 1956, nach Vorträgen auf der ganzen Welt, bleibt sie in Paris. Sie hält Lehraufträge an der Ecole Pratique des Hautes Etudes (sixième section). Elfriede Eisler stirbt 1961 in Paris.

Gibt es eine Frauenpolitik der KPÖ-Anfangszeit?

Die Frauenaktivitäten im antifaschistischen Widerstandskampf werden in dieser Kurzdarstellung bewußt ausgelassen. Erstens herrschen in Zeiten der Verfolgung und Illegalität andere Bedingungen, die eines eigenen Instrumentariums der Untersuchung bedürfen. Andererseits ist die Darstellung von Kommunistinnen im Kampf gegen Faschismus bereits relativ gut aufgearbeitet. Hier wird bewußt die Frage nach einer Zeit gestellt, die als weniger „spektakulär" gilt. Hat die KPÖ in ihren ersten vierzehn Jahren frauenpolitisch gewirkt? Gab es zu dieser Zeit Frauen, die sich für frauenbezogene Themen engagierten? Allein schon diese kleinen Fragen (die sich übrigens beim Lesen der jüngsten „Parteigeschichte" von 1987 bis zur Seite 153 jeder Person zwingend stellen, die geübt ist, nach der Repräsentation von frauenbezogenen Themen in politischen Kollektiven zu suchen) verweisen auf weitere Problemfelder, von deren Definition die Beantwortung dieser Fragen abhängt: Was wird unter „Frauenpolitik" verstanden? Wer sind die Träger/die Trägerinnen einer solchen möglichen Politik – anders gefragt: Wer oder was ist die KPÖ bezogen auf diese Fragen? Wird „Frauenpolitik" im Sinne des heute oft üblichen Versuchs der jeweiligen Aktivistinnen/Funktionärinnen, feministische Positionen in die „gemischten" politischen Kollektive einzubringen verstanden, so kann diese Frage eindeutig mit „nein" beantwortet werden. Ein solcher Maßstab, wenn er auch heute als Referenzpunkt für heutige Kritik damaliger frauenpolitischer Inhalte dient, wäre auch nicht zeitgemäß. Es gab in der KPÖ jedoch auch nur ein sehr spärliches Anknüpfen an die Denktraditionen und die bereits damals entwickelten Positionen der österreichischen proletarischen Frauenbewegung. Die bürgerliche (radikale) Frauenbewegung wurde, da die Kommunistinnen die „Geschlechterfrage" in die „Klassenfrage" eingeschrieben sahen, überhaupt nicht als Bezugspunkt gesehen.

Verstehen wir „Frauenpolitik" innerhalb einer Partei jedoch als Versuch (unabhängig von dessen Inhalt), die Frauen zu gewinnen, spezifische, ihren Lebenszusammenhang betreffende Forderungen zu entwickeln und dafür eine organisatorische Basis zu schaffen, so kann diese Frage eindeutig mit „ja" beantwortet werden. Die KPÖ ist, entgegen möglichen Annahmen nach dem Studium der „Parteigeschichten", seit ihrer Gründung rege bemüht, Frauen zu überzeugen und hierfür ein eigenes Profil zu entwickeln. Welche Tätigkeiten nach der ersten Zeitschriftenrecherche nachgewiesen werden können, soll in Folge ausgeführt werden. Die zunächst seltsam anmutende Frage, wer denn in diesem Zusammenhang „die KPÖ" sei, bringt jedoch erst ein klareres Bild. Die frauenpolitischen Forderungen wurden von Frauen entwickelt, die Artikel von den jeweiligen Funktionärinnen geschrieben – und dabei blieb es dann auch meist. Als roter Faden zieht sich die Klage der jeweiligen Aktivistinnen durch diese Epoche, daß die Männer der Partei (sprich zumeist die offiziellen Parteileitungen) die frauenpolitischen Beiträge nicht als solche der Gesamtpartei anerkennen. In den offiziellen, „allgemeinen" Programmen der KPÖ kommen die Forderungen der Frauen (zum Beispiel die nach Aufhebung der privaten Reproduktionssphäre in einer kommunistischen Gesellschaft) nicht vor, oder reduzieren sich auf einen nichtssagenden Satz unter dem Kapitel „Jugend". Bei der Frauenpolitik handelt es sich also um einen marginalisierten, isolierten Bereich innerhalb einer marginalisierten, isolierten Partei; ein Bereich der wahrscheinlich das Gesamtprofil der KPÖ nicht prägte. Diskussionen auf Frauenkonferenzen finden zum Beispiel am nachfolgenden Parteitag keinen Niederschlag. Insofern mag nun wieder das Bild, das die „Parteigeschichten" suggerieren, stimmen: Die KPÖ/KPDÖ als – bis auf wenige Ausnahmen (die dann auch genannt werden, so sie „allgemein politisch" in Erscheinung treten: Anna Strömer, Anna Grün, Isa Strasser, Malke Schorr, Agnes Singer, Hilde Wertheim, Daisy Leitner) – männliche Partei, in welcher frauenpolitische Belange keine Rolle spielten, kein Thema der „eigentlichen" Politik waren. Dieser letztere Befund ist jedoch alles andere als erstaunlich. Ob sich daran bis heute innerhalb der KPÖ etwas geändert hat, das mögen die aktiven Frauen und Funktionärinnen entscheiden; ob sich daran innerhalb der traditionellen Organisationsform „Partei" überhaupt etwas ändern *kann* (immerhin unterscheidet sich hier die KPÖ von keiner anderen Partei), das sei weiterhin ein Thema der feministischen Theoriebildung, deren momentaner Stand, ob seiner Fülle und Vielfältigkeit, in diesem kurzen Abriß nicht einmal skizziert werden kann.

Doch schauen wir uns, sozusagen als Geburtstagsgeschenk, diesen marginalisierten Bereich der marginalisierten Partei einmal genauer an.[17]

KPÖ-Frauenpolitik 1918–1933

Wie bereits erwähnt, sind die ersten organisatorischen Versuche der Frauenpolitik der KPDÖ 1919 mit der Herausgabe der »Revolutionären Proletarierin« zu sehen.[18] Am ersten Parteitag 1919 wird beschlossen, daß der Parteivorstand (7 Mitglieder) um ein Mitglied der Zeitungsredaktion, eines der kommunistischen Soldaten und eines der Frauen- und Jugendorganisation ergänzt werden solle.[19]

Bis zum dritten Parteitag gibt es keine organisatorisch verbindliche Regelung der Frauenpolitik. Lediglich durch einige Hinweise in der Frauenbeilage der Parteizeitung können wir auf vereinzelte frauenbezogene Aktivitäten schließen: So finden im Februar 1919 Frauenversammlungen zu den Themen: „Wie kommen die Frauen aus ihrem Elend heraus?" sowie „Die Frau im Zukunftsstaat" statt. Die Referate werden, wie meist zu dieser Zeit, von Elfriede Eisler-Friedländer gehalten. Wie es um die Stellung der Frauen in der Frühzeit der Partei bestellt gewesen sein muß, läßt sich vielleicht aus solchen Bemerkungen schließen: Auf die Delegiertenkonferenz wurden nur Männer gewählt, daher „konnte man keinen Bericht hören, ob und wie Frauen in der Arbeit der KP mittun, und wenn man die weiblichen Mitglieder zusammenzieht, kommt nur eine sehr geringe Summe heraus."[20]

Obwohl sich die proletarische Frauenbewegung in die SDAPÖ integrierte, spielte die KPÖ in dieser Zeit eine sehr wichtige Rolle bei der Organisation der Schaffnerinnenproteste. Die Schaffnerinnen waren eine von jenen Frauengruppen, die im Weltkrieg in diesen „Männerberuf" geholt wurden und nach Kriegsende wieder massenweise entlassen werden sollten (3000 standen vor der Kündigung), oft noch unter Vorbehalt der Abfertigung. Die Schaffnerinnen erhielten weder

Foto: Inge Steinberg

von ihren, auf den Arbeitsmarkt zurückströmenden männlichen Kollegen, noch von der Gewerkschaft Unterstützung. So ist anzunehmen, daß die KPÖ wirklich die einzige organisierte Kraft war, die diesen Frauen Rückenstärkung bot. Am 17. Februar 1919 findet vermutlich die erste Mitgliederversammlung der KPÖ-Frauen statt. Diese wurde nur von sehr wenig Frauen besucht, was die Veranstalterinnen auf die schlechten Post- und Verkehrswege zurückführten.[21] Allgemein konstatierte diese Versammlung eine geringe Anteilnahme von Frauen an der kommunistischen Bewegung. Zentral ist, daß hier die Gründung einer eigenen Frauenorganisation beschlossen und Elfriede Eisler-Friedländer von den Frauen dieser Versammlung in den Parteivorstand delegiert wurde.[22] Leider gibt es, nach dem bisherigen Forschungsstand, keine Dokumentation darüber, wie sich die Kommunistinnen eine solche Frauenorganisation vorstellten. Gab es in der KPDÖ tatsächlich auch Ideen von einer autonomen oder zumindest eigenständigen Organisierung von Frauen in der Partei? Gab es darüber eine Debatte? Wenn ja, dann beendete diese der dritte Parteitag vom 1. bis 8. Dezember 1919. Hilde Wertheim und Berta Pölz sprechen sich gegen eine eigene Frauenorganisation aus und plädieren für eine Zentralstelle für Frauenpropaganda innerhalb der Partei. Eine Debatte verzeichnet weder das Parteitagsprotokoll, noch das Zentralorgan »Die Rote Fahne«.[23] Die Leiterin dieser Zentralstelle wird Anna Strömer. Die Alternative „eigene Frauensektion" versus „Zentralstelle" bestand auch nur, solange nicht die von Clara Zetkin aufgestellten „Richtlinien" verbindlich für die Organisation von Kommunistinnen waren.[24] Hier heißt es: „Die Frauen sind innerhalb der kommunistischen Partei eines Landes nicht in besonderen Vereinigungen zusammenzuschließen, sondern als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Mitglieder den örtlichen Parteiorganisationen einzureihen und zur Mitarbeit in allen Parteiorganen und Parteiinstanzen heranzuziehen."[25]

Sind die Wahlen 1920 in jeder Hinsicht für die KPÖ ein Desaster, so sind sie es besonders in Hinblick auf den Frauenstimmanteil. Auf keine Partei entfielen bei diesen Wahlen weniger Stimmen von Frauen als auf die KPÖ. In keinem Wiener Bezirk stimmten mehr Frauen als Männer für die KPÖ, in manchen Bezirken lag der Frauenstimmanteil unter 50 Prozent. In Wien gaben 5079 Frauen der KPÖ ihre Stimme.[26] Signifikant für die gesamte Periode ist die Begründung dieses schlechten Ergebnises in dieser Wahlanalyse in der »Roten Fahne«: „Wir haben die Aufklärungsarbeit unter den Frauen nicht ernst genug genommen. Von nun an müssen wir sie tatkräftig anpacken. Wir dürfen die Agitation unter Frauen nicht vernachlässigen, weil wir uns dadurch den Kampf furchtbar erschweren. Mit einem Bleigewicht am Fuß kann man nicht kämpfen. Unaufgeklärt, passiv, gleichgültig, sind die Frauen eine Waffe in der Hand der Konterrevolution."[27] Es gibt hier nur wenige Artikelschreiberinnen, die diesem Bild der „rückständigen Frau" nicht recht gaben. Als Beispiel Agnes Singer auf dem Parteitag 1931: Die KPÖ unterschätze die Frauenarbeit! Es gäbe nur mangelhafte und ungenügende Presse, keine Artikel für Frauen in den Zellenzeitungen, keine Frauenarbeit in den Massenorganisationen. Die organisatorische Erfassung der Frauen wäre äußerst mangelhaft. Die Fähigkeiten der Arbeiterinnen würden unterschätzt, es gäbe lange Debatten über ihre Fähigkeiten![28]

Von 1921 bis 1930 tagen fast jährlich, meist parallel zu den Parteitagen die Frauenkonferenzen: Diese sind oft relativ gut in der Parteipresse dokumentiert. So läßt sich anhand der Frauenkonferenzen ein erster Versuch unternehmen, das frauenpolitische Profil der KPÖ dieser Zeit zu skizzieren. Unabhängig von den jeweiligen Parteilinien, den politischen Umbrüchen und den jeweils entwickelten Forderungen der Frauen bleibt der Tenor gleich: Die Aktivistinnen beklagen einerseits die Schwierigkeiten, zu publizieren: „Eine Seite pro Woche ist zuwenig, aber die

Frauenpresse zu erweitern, ist unter den gegebenen Umständen nicht möglich (...) In der »Roten Fahne« muß mehr geschrieben werden, was Frauen interessiert, was die verstehen. Es sollten eventuell noch eine oder zwei Beilagen in der Woche geschaffen werden." (1921)[29] Keine Zeitung dürfe ohne Frauenbeilage erscheinen. „Frauenzeitungen sind genauso Organe der KPÖ!" (Agnes Singer, 1931)[30] Andererseits, und damit verbunden, wird das Desinteresse der Genossen und der Leitungen an den frauenpolitischen Aktivitäten kritisiert, „da sie sich nicht erst die Mühe machen, die Frauen (die der Partei und die außerhalb; K.S.) zu gewinnen. Die Erfassung der Proletarierinnen durch die KPÖ ist nicht nur Aufgabe der weiblichen Mitglieder. Die Frauen müssen stets in allen Gebieten der Parteiarbeit herangezogen werden." (1924)[31] Trotz dieser, über den gesamten Zeitabschnitt gleichbleibenden Unzufriedenheit der Frauen in der KPÖ, stellen sie die Organisierung innerhalb dieser Partei nicht in Frage. Es gibt keinerlei offizielle Verbindungslinien zur sozialdemokratischen Frauenbewegung.

Der politische Forderungskatalog dieser Jahre beinhaltet Arbeiterinnenschutz, Mutterschutz und Vereinfachung der Hausfrauenarbeit. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eine jener heute noch wohlbekannten Forderungen, mit welcher die KommunistInnen damals der Hetze gegen die berufstätigen Frauen entgegentreten wollten.

Ab 1924 wird der Kampf gegen den „Abtreibungsparagraphen" §144 zentrales Anliegen der KPÖ-Frauen. Dieser wird ausschließlich unter dem Paradigma der „Klassenfrage" bekämpft, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen auf ihre Mutterschaft wird als „bürgerliche Forderung" abgelehnt.

Von 1927 an hat der „Kampf gegen den Faschismus" auch für die Frauenpolitik der KPÖ oberste Priorität.

Die Publikationen

1924 gelang es den Funktionärinnen endlich, eine eigene Frauenzeitung, »Die Arbeiterin«, herauszugeben. Diese erscheint meist monatlich (oder seltener), zunächst als „Organ der Zentralstelle für Frauenpropaganda der KPÖ", ab 1926 bis 1931 (?) als „Organ für die Interessen der werktätigen Frauen in Österreich". Im Vergleich zu den sozialdemokratischen Frauenzeitschriften ist die KPÖ-Frauenzeitung sehr trocken und richtet sich im Prinzip an die politisch bewußten Frauen. So verzichtet »Die Arbeiterin« völlig auf Bekleidungstips, Schnittmuster, Körperpflege, usw.[32] 1933 erscheint, teilweise bereits in der Illegalität, eine weitere Frauenzeitung: »Die rote Frauenpost – Organ für die werktätige Frau in Stadt und Land« (3 Nummern). Diese Zeitschrift ist im Vergleich zu »Die Arbeiterin« agitatorischer und aggressiver. Der Kampf gegen den Faschismus steht an oberster Stelle: gegen Hitlerdeutschland und für Sowjetrußland. Die Broschüre „Werktätige Frau, auf Dich kommt es an!" (1932), die einzige umfassende frauenpolitische Broschüre zwischen 1918 und 1933[33] faßt die Forderungen zusammen, für die Kommunistinnen in der Ersten Republik gekämpft haben: gleicher Lohn für beide Geschlechter, 7-Stunden-Tag und 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich (bzw. Einhalten des von Hanusch eingeführten 8-Stunden–Tages), Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrlinge, für die arbeitslosen Frauen eine vollständige Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, umfassender Arbeiterinnenschutz, umfassender Mutter-Kind-Schutz (medizinische Versorgung bei der Geburt, finanzielle Entschädigung, Verbot, schwangere Frauen zu entlassen, vier Monate Mutterschutzurlaub bei vollem Lohn, Zugang zu allen Geburtskliniken), Aufhebung des §144.[34] In der Broschüre „Wo ist der Ausweg? – Programm der kommunistischen Partei in Österreich", die zirka 1931 erschien, (Herausgeber Johann Koplenig), kommen die Forderungen der Frauen nicht vor.

Die Sozialisierung des Haushaltes

Der sogenannte Reproduktionsbereich ist (seit 80 Jahren) kein Analysefeld der KPÖ. Was aber, wenn wir (wieder) den Begriff „KPÖ" enger (und weiter) fassen, hinzoomen auf das, was Genossinnen zu schreiben hatten, so es eine Frauenzeitung gab? Der Bereich des „Haushaltes" rückt hier von einem nichtvorhandenen Thema in den Mittelpunkt der Fragestellungen. Einerseits wollen die Kommunistinnen andere Frauen ansprechen und vermuten, daß diese so zu gewinnen wären. Andererseits, und das ist in unserem Zusammenhang interessant, stellen sich die KPÖ-Frauen die Aufgabe, den Bereich der sogenannten Reproduktionssphäre zu analysieren und vor allem gesellschaftliche Utopien zu entwickeln. (Angelehnt an die KPD und an die Schriften von Clara Zetkin!)

Die Akzente der einzelnen Artikel sind jedoch durchaus unterschiedlich:

An dem einen Pol (und dies ist die Hauptlinie) heben die Schreiberinnen hervor, wie „stumpfsinnig die Tätigkeiten im Haus" sind, auf dem anderen Argumentationspol wird gefordert, diese Tätigkeiten als gesellschaftlich notwendige Arbeiten zu fassen: „Aber auch die proletarischen Hausfrauen haben ein Recht des Wählens und der Wählbarkeit in den Räten. Denn auch sie verrichten gesellschaftlich notwendige Arbeit. Das Schalten und Walten der Hausmutter setzt die Männer für produktives Schaffen frei."[35]

Die Hierarchie der gesellschaftlichen Tätigkeiten ist bei den meisten Artikeln jedoch klar: Nur die lohnarbeitende Frau ist die befreite Frau. Die Utopie ist das „kommunistische Haus" – die Sozialisierung der Hausarbeit. Alle häuslichen Tätigkeiten sollen gemeinschaftlich organisiert werden. Wer diese Tätigkeiten in einer kommunistischen Gesellschaft ausüben soll, erwähnen die Schreiberinnen nicht. Die Vermutung jedoch, daß diese Utopien nicht an den herkömmlichen Rollenbildern kratzen, drängt sich auf: „Das Haus selbst übernimmt die edlen und weiblichen Pflichten der Hausfrau. Hier im kommunistischen Heim findet der Arbeitermann die Ruhe des Lebens. Hier soll er das vertraute Familienleben und dessen ganzes Glück genießen."[36]

Wenn auch die Kritik an diesen frühen kommunistischen Konzepten durch weitere zahlreiche Beispiele aus der damaligen Publikationstätigkeit belegt und vertieft werden kann, so bleibt doch auch zu sehen, daß die Frage nach der Gestaltung des weiblichen Lebenszusammenhangs für die Kommunistinnen ein wichtiger Diskussionspunkt war. Von den Autorinnen der Artikel wird die „Sozialisierung des Haushaltes" auch als Forderung der KPÖ vorgestellt. Es ist jedoch nicht bekannt, daß sich die KPÖ als Gesamtpartei jemals für diese Themen engagierte. ■

Karin SCHNEIDER studiert Geschichte.

Literatur

Florence Hervé (Hg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Köln 1988.

Edith Prost (Hg.): „Die Partei hat mich

nie enttäuscht...". Österreichische Sozialdemokratinnen, Wien 1989.
Rosa Meyer-Leviné: Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933, Frankfurt a. M. 1982.

Anmerkungen

1 „Während sich die sozialdemokratische Frauenbewegung von den früheren Positionen abgewandt hatte, organisierte sich die revolutionäre-sozialdemokratische Strömung der proletarischen Frauenbewegung zunehmend in der KPD. (...) Auf dem Gründungsparteitag der KPD an der Jahreswende 1918/19 wurde bereits der Kampf um die Befreiung der Frau als wichtiger Bestandteil des Klassenkampfes bezeichnet." Hervé, Florence: Brot und Frieden – Kinder, Küche, Kirche. Frauenbewegung in der Weimarer Republik. In: dies. (Hrg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Köln 1988.

2 „Während des Ersten Weltkriegs gehört Therese Schlesinger mit Gabriele Proft, Max Adler, Robert Danneberg und anderen wenigen zur Linksopposition um Friedrich Adler, die vergebliche Anstrengungen unternimmt, die im Ungeist der Tage deutscher Nation (ein Zitat von Fritz Austerlitz; K.S.) befangene österreichische Sozialdemokratie auf den Kurs des proletarischen Internationalismus zurückzubringen." Prost, Edith (Hg.): „Die Partei hat mich nie enttäuscht...". Österreichische Sozialdemokratinnen. Wien 1989.

3 Pasteur, Paul: Femmes dans le mouvement ouvrier Autrichien 1918–1933. Rouen 1986. Rohübersetzung von Krampl, Uli in: Schneider, Karin: Bist du sein guter Kamerad und stehst an seiner Seite? Zur KPÖ-Frauenpolitik der Ersten Republik bis zum Verbot der Partei (1918–1933) unter besonderer Berücksichtigung der 20er Jahre. Wien 1993, (KPÖ-Frauenreferat, Eigenverlag) S. 55ff. (Zit. als: Pasteur, 1986, in: Schneider, 1993)

4 Hautmann, Hans: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs. Wien 1971, S. 113.

5 Protokoll des ersten Parteitags der KPDÖ, 1919.

6 Die »Rote Fahne« erscheint erst später wieder sporadisch mit einer „Frauenzeitung": eine Seite, manchmal jedoch nur eine Spalte.

7 Hautmann, 1971, S. 63; genauer zur Gründung der KPDÖ: derselbe in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte. Wien 1987, S. 43ff. (Zit. als Parteigeschichte, 1987).

8 Z.B. Hautmann, 1971, S. 171 oder Pasteur in: Schneider, 1993, S. 57; ebenso: Rosa Meyer-Leviné: Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933 Frankfurt a.M. 1982, S. 69 ff.

9 Friedländer, Elfriede: Sexualethik des Kommunismus. Eine prinzipielle Studie, Wien 1920.

10 Zetkin, Clara: Schriften zur proletarischen Frauenbewegung, Wien 1979.

11 Steiner, Herbert: Die KPÖ 1918–1933. Bibliographische Bemerkungen, Wien 1968.

12 Vgl. zu ihrem Wirken in Österreich genauer: Hautmann, 1971, S. 68–194.

13 Pasteur, in: Schneider, 1993, S, 57; vgl. Hautmann, 1971, S. 194: „Außerdem schoben Koritschoner und seine Gruppe alle Schuld des 15. Juni (Demonstration bei welcher wegen angeblicher Putschgefahr die Polizei auf KommunistInnen schießen läßt. Todesopfer; Fehler von seiten der Leitung der Partei an der Planung und Durchführung der Demonstration, K.S.) auf sie, weil sie die Politik des Direktoriums von Anfang an kritisiert hatte. Beide beziehen sich hier auf die Darstellungen von Laurat, Lucien (Otto Marschl/KPÖ Gründungsmitglied): Le parti communiste autrichien, in: Contributions à l'histoire du Comintern, Hg. Freymond, Jaques Genf, 1965.

14 Ich halte mich hierbei an die Ausführungen der deutschen Übersetzung von Paul Pasteur in: Schneider, 1993, 57ff.

15 Hautmann, 1971, S. 67.

16 Aus einem Interview mit dem Maler Georg Eisler, dem Sohn Hans Eislers aus erster Ehe. ORF, 8. 11. 1998; Georg Eisler bezeichnet seine Tante zu diesem Zeitpunkt als Trotzkistin.

17 Diese Zusammenstellung folgt hier schlicht den Ausführungen von Pasteur, 1987, und Schneider, 1993; op.zit. Beide liegen im Frauenreferat der KPÖ auf und können kostenlos bestellt werden.

18 Hautmann, 1971, S. 113.

19 Protokoll des ersten Parteitags 1919.

20 »Revolutionäre Proletarierin« 12. 2. 1919.

21 Ebd.

22 Ebd.

23 Protokoll des dritten Parteitags 1919; Hautmann, 1971, S. 222.

24 1920 fand die internationale kommunistische Frauenkonferenz in Moskau statt. Das Konferenzmanifest fordert zu einer aktiven Mitarbeit der Frauen in den revolutionären Arbeiterorganisationen auf. Im selben Jahr konstituiert sich das internationale Frauensekretariat des EKKI in Moskau. Grundlagen der Tätigkeit werden die von Zetkin ausgearbeiteten „Richtlinien für die kommunistische Frauenbewegung". Diese werden für die Organisation der Frauenarbeit in den Sektionen der KI (also auch der KPÖ) verbindlich. Publiziert wurden die „Richtlinien" ab April 1921 in „Die kommunistische Fraueninternationale" Nach: Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Daten, Wien 1986.

25 Zetkin, Clara: Richtlinien für die kommunistische Frauenbewegung. Erstmals veröffentlicht in: »Die Kommunistische Internationale«, 1920/21, Nr. 15, S. 530–555; dieser Auszug und diese Literaturangabe aus: Zetkin, Clara: Schriften zur proletarischen Frauenbewegung. Wien 1979, S. 84–95; auch veröffentlicht in: Schneider, 1993, S. 49ff.

26 »Die Rote Fahne«, 1920/443 (in der Ersten Republik wurde mit verschiedenfarbigen Stimmzetteln gewählt), 26.

27 »Die Rote Fahne« 1920/443.

28 »Die Rote Fahne« 27.8.1931.

29 »Die Rote Fahne« 30.1.1921.

30 »Die Rote Fahne« 27.8.1931.

31 »Die Rote Fahne« April 1924/1494.

32 Zur sozialdemokratischen Frauenpresse vgl. z.B. Bernhold, Monika; Ellmeier, Andrea u.a.: Familie: Arbeitsplatz oder Ort des Glücks? Wien 1990.

33 1921 erschien eine Art „Frauenprogramm": „Was wir den werktätigen Frauen zu sagen haben!" Dieses wirkt wie eine Agitationsschrift, in welcher das Paradies der Sowjetunion der Hölle des Kapitalismus gegenübergestellt wird. Im Gegensatz zu „allgemeinen" Schriften behandelt das „Frauenprogramm" den sogenannten Reproduktionsbereich.

34 Vergleiche Pasteur, 1986, in: Schneider, 1993, S. 88.

35 »Die Rote Fahne«, 365/1920.

36 »Revolutionäre Proletarierin« 6/36, März 1919; bei diesem Artikel handelt es sich zwar um einen Beitrag der bürgerlichen Pädagogin Maria Montessori. Er wird von den Kommunistinnen jedoch relativ kritiklos übernommen.

Die Reichsreform des IWF in Ostasien*

Robert BRENNER

Bei der Bezeichnung „Hilfspaket" für Südkorea für die Stützungsaktion des Internationalen Währungsfonds (IWF) kann es sich nur um eine Verwechslung handeln. Das IWF-Sanierungsprogramm zielt nicht darauf ab Südkorea zu retten, sondern die US-amerikanischen, europäischen und japanischen Banken, die faule Kredite an die südkoreanischen Kapitalisten vergeben hatten.

Die Krise, die 1997 in Südkorea explodierte, ist zum Teil selbstverschuldet, zum Teil Folge der immer schwieriger werdenden Bedingungen auf den übersättigten Weltmärkten für Industrie und Fertigwaren, zum Teil das Resultat jener fatalen Neigung internationaler Banker, ihre Kredite schon beim geringsten Zeichen aufkommender Turbulenzen sofort zurückzuziehen, – und zur Gänze das Ergebnis der ungezügelten, anarchischen und profitgierigen Aktivitäten von südkoreanischen und internationalen Konzernen und Banken.

Statt nun der südkoreanischen Wirtschaft in ihrer Krise unter die Arme zu greifen, reagierte der IWF darauf mit der Absicht, diese Volkswirtschaft, so wie sie derzeit organisiert ist, zu zerstören und ihre Restrukturierung gemäß neoliberalen Richtlinien zu erzwingen – es zu erleichtern, daß sie von multinationalen Unternehmen und Banken durchdrungen und später übernommen werden kann.

Liberale Abgeordnete im US-Kongreß und populistische Kritiker bekämpfen in den USA das IWF-Programm für Südkorea, weil es die US-Steuerzahler dafür zahlen läßt, daß einige der weltweit größten und reichsten Finanzinstitutionen ihre Profite nicht verlieren. Sie befinden sich dabei in ihrer Argumentation zweifellos auf solidem Grund; dennoch wenden sie ihr Augenmerk damit nur auf einen sekundären Aspekt des Problems. Denn hier entfaltet sich ein zweigeteilter Kampf: einerseits attackiert der von den USA dominierte IWF die nationale Ökonomie von Südkorea, gleichzeitig aber verbündet er sich mit den herrschenden Eliten dieser Volkswirtschaft zu einer Einheitsfront, die sich gegen die südkoreanischen Arbeiter richtet.

Das IWF-Hilfspaket für Südkorea ist ein klassischer Fall einer US-imperialistischen Intervention gegen eine politische Ökonomie, die nicht nur die Frechheit besaß, sich für einen staatlichen, höchst protektionistischen und nationalen Weg der Entwicklung zu entscheiden, sondern damit auch noch einen sagenhaften Erfolg erzielte. Insofern es sich um einen Akt US-amerikanischer Aggression handelt, muß man diese gewaltsam erzwungene Öffnung der südkoreanischen Industrie und ihres Finanzsektors zugunsten der Interessen der US-Geschäftswelt aufs heftigste bekämpfen.

Aber der Widerstand gegen die US/IWF-Intervention muß noch eine andere höhere Priorität kennen: nämlich die militanten Gewerkschaften Südkoreas in ihrem Kampf gegen die Pläne der herrschenden südkoreanischen Eliten zu unterstützen. Denn diese beabsichtigen, den IWF-Druck als Vorwand zu benutzen, um sowohl den arbeitsrechtlich gesicherten Kündigungsschutz grundsätzlich abzuschaffen, wie auch um sofortige Massenentlassungen durchzuführen – und generell, um die Kosten der Krise auf die südkoreanische Arbeiterklasse abzuwälzen.

Beim IWF-Programm für Südkorea handelt es sich um den ersten Fall, in dem der US-Imperialismus frontal versucht hat, einen staatlich-regulierten „organisierten Kapitalismus" tiefgreifend zurechtzustutzen. Diese Form des Kapitalismus ist in Ostasien weit verbreitet, neben Südkorea zählen dazu auch Taiwan und Singapur – also die vielgepriesenen Tigerstaaten –, und natürlich erst recht Japan. Jetzt, nachdem man endlich die planwirtschaftlichen „Sozialismen" los ist, geht es weiter mit der Jagd auf alle Varianten des protektionistisch, durch nationale Souveräne gelenkten, organisierten Kapitalismus.

Im Gegensatz zu den meisten Zielgruppen des IWF ist Südkorea mittlerweile ein sogenanntes Schwellenland und kein „Entwicklungsland" im landläufigen Sinn dieses Wortes mehr. Im Zeitraum von nur vier Dekaden entwickelte sich das Land von erbärmlichster Armut auf ein Niveau von Produktivität und Lebensstandard, der sich jenem der ärmeren unter den entwickelten Länder, die sich in Südeuropa befinden (wie Griechenland oder Portugal), annähert, und sogar teilweise übertrifft. Südkorea hat überdies seinen Weg der wirtschaftlichen Entwicklung großteils deshalb erreicht, weil es *nicht* den Prinzipien des anglo-amerikanischen Marktes folgte, und sich das US-amerikanische und internationale Kapital auf sichere Distanz hielt.

Die imperiale Sendung

Seit dem Zweiten Weltkrieg hatten die USA als Hegemonialmacht den imperialistischen Auftrag weiter vertieft und systematisiert, und zwar über alle Vorstellungskraft hinaus, die früher dominante Mächte auch nur in Erwägung gezogen haben. Mit ihrem Slogan des Antikommunismus und im Namen des „liberalen" Ideals von der ungehinderten Zirkulation der Waren, Investitionen und Kredite hatten sie sich eine Rolle angeeignet, die weit über die Verteidigung partikulärer US-Wirtschaftsinteressen hinausgeht – obwohl sie solche Interessen selten vernachlässigt hatten.

Die amerikanische Mission, die ganze Welt zu zivilisieren, bestand vorallem darin, überall auf der Welt die allgemeinen Voraussetzungen für die Kapitalakkumulation der multinationalen Konzerne und Banken aus den entwickelten Ländern zu gewährleisten. Sie ging deshalb weit darüber

---

* Dieser Text wurde von Robert Brenner entworfen und von nachstehenden MitautorInnen ergänzt und bearbeitet: Betsy Esch, Sam Farber, Dianne Feeley, David Finkel, Christopher Phelps, Kathryn Savoie, Susan Weissman und Alan Wald.
Die AutorInnen sind amerikanische StaatsbürgerInnen und leben und wirken in den USA. Gemeinsam geben sie die Zeitschrift »Against the Current« heraus, hier erschien dieser Artikel auf Englisch.
Übersetzung: Martin POTSCHKA.

hinaus, antikapitalistische Revolutionen zu verhindern oder, falls nötig, wieder zu beseitigen. Sie verfolgte vielmehr das Ziel, in umfassender Weise und soweit nur immer möglich, die Welt frei von unabhängig gesinnten Nationalstaaten zu halten.

Selbst wenn solche Staaten nicht die geringste Feindseligkeit gegenüber privatem kapitalistischen Eigentum zeigten, so manifestierte sich in ihnen doch der subversive Gedanke, daß eine nationale Ökonomie auch der Kontrolle durch die „Nation" unterliegen sollte; in der Praxis war zwar unter einer solchen Kontrolle nie mehr gemeint, als eine gerade aufkeimende Klasse industrieller Kapitalisten und ein lokaler kapitalistischer Staat. Immerhin.

Solche Ansichten und solche Staaten können von den USA nicht wohlwollend toleriert werden – obgleich man sie in einigen Fällen notgedrungen ertragen mußte – denn sie tendieren dazu, solch unliberale Programme zu implementieren, wie den Schutz ihres Binnenmarktes oder die Begrenzung und Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen, und sie erdreisten sich gar, ihre effektive staatliche Kontrolle über den nationalen Finanzsektor gegen das Eindringen von Außenseitern einzusetzen.

Seit der Zeit der russischen Revolution hielt das US-Kapital selbstverständlich die Abschaffung des Privateigentums in den kommunistischen Ländern für untolerierbar – nicht zu reden von Revolutionen der Arbeiterklasse andernorts in der Welt. Die Restauration des Kapitalismus in der kommunistischen Welt war ein stets vorhandenes, wenn auch langzeitliches Ziel.

Aber es war nicht so sehr das Verhindern einer Ausbreitung des Sozialismus – der, so bedauerlich das sein mag, niemals eine Bedrohung darstellte – und oftmals nicht einmal die Wahrung des Privateigentums, weshalb die USA die meisten ihrer politisch-militärischen Interventionen anzettelten. Nur um die Welt sicher für die ungehinderte Durchdringung durch die Konzerne und Banken der fortgeschrittenen kapitalistischen Volkswirtschaften zu machen, schlugen die US-Streitkräfte und der CIA in einer langen Serie von Interventionen vielerorts solch nationalistische Projekte nieder, wie etwa in Iran (1953), Guatemala (1954), der Dominikanischen Republik (1965), und so weiter.

In den letzten Jahren schließlich hat ihr endloser Strom von IWF-„Stabilisierungsprogrammen" den Neoliberalismus im größten Teil der Dritten Welt bereits durchgesetzt.

Tolerieren staatlich-gesellschaftlicher Kontrolle

In diesem Zusammenhang waren die schamlos unliberalen, aber im Aufschwung befindlichen Formen des Kapitalismus in Ostasien eine offenkundige Anomalie. Ihr Entstehen wurde vor allem deshalb zugelassen – zunächst in Japan, dann in Südkorea, Taiwan und Singapur –, weil das starke imperialistische Interesse, freie Märkte zu erzwingen, in Konflikt geriet mit dem noch stärkeren imperialistischen Interesse, den Kommunismus zu stoppen.

Der Kalte Krieg schuf so Raum zum Atmen, zwar nicht für demokratische Arbeiterrechte (weit gefehlt), aber zumindest für das Aufblühen von nationalen Formen der Ökonomie, die andernfalls inakzeptabel gewesen wären. Südkorea und Taiwan standen, so wie auch Japan, an der „Frontlinie" gegen China und die Sowjetunion. Das US-Kapital sah daher im Aufschwung von starken Staaten und effizienten Volkswirtschaften in dieser Gegend der Welt eine Notwendigkeit, um den Kommunismus in Schach zu halten, etwas das es ganz offensichtlich in anderen Gegenden, wie Mittelamerika, nicht für nötig hielt.

Die politischen Ökonomien von Japan, wie auch von Südkorea und Taiwan, schöpften diese unerwartete Freiheit voll aus. Nach dem Krieg durchgeführte Landreformen ließen die vormalige Klasse der Großgrundbesitzer so gut wie verschwinden. Unter diesen Bedingungen konnten Formen des Kapitalismus entstehen, in denen der „in Entwicklung befindliche Staat" eine zentrale Rolle spielte. Allem voran kontrollierte der Staat auf direkte und indirekte Weise das Finanzsystem ebenso wie die Grundvoraussetzungen, um einen Entwicklungsweg zu verfolgen, der mehr als nur symbolische Unabhängigkeit von den multinationalen Konzernen und Banken der entwickelten kapitalistischen Welt bot.

Der Staat konnte deshalb auch die wesentlichen Bedingungen für Entwicklung gewährleisten, allem voran indem er darauf schaute, daß in großem Maßstab Investitionsmittel an export-

Foto: Andreas Feininger, 1952

orientierte Firmen gelenkt wurden. In Südkorea, wie auch in Japan (dort allerdings mit entscheidenden Unterschieden), waren diese Firmen meist riesige Konzerne, die miteinander in gigantischen Konglomeraten (*chaebols*) verbunden waren, und die nach einiger Zeit sogar ihre eigenen Finanzinstitutionen entwickelten. Komplexe Formen der Fusionierung von Bank- und Produktionskapital traten so zum planwirtschaftlichen Kapitalismus hinzu und ergänzten ihn.

Anstatt ihre vermeintlich vorherbestimmte Rolle als Produzenten von Rohstoffen und arbeitsintensiven Gütern zu akzeptieren, bei denen sie, den anglo-amerikanischen Propheten der freien Marktwirtschaft zufolge, einen „natürlichen kompetitiven Vorteil" besaßen, folgten die Staaten von Südkorea und Taiwan, ebenso wie Singapur, dem japanischen Beispiel; sie trachteten, komparative Kostenvorteile in anspruchsvollen Bereichen der Produktion für den Weltmarkt zu erreichen.

Um dies zu tun, entwickelte der südkoreanische Staat ein hohes Maß an Planungskompetenz und „Industrialisierungsprogramme". Er lenkte Investitionsfonds und Subventionen an die großen Konzerne, so daß diese umso fortgeschrittenere und rentablere Produktlinien entwickeln konnten, und so die Leiter hochstiegen: von ihren Anfängen mit Kleidung, Schuhen und Textilien zu Stahl und Petrochemie, schließlich zu Automobilindustrie und Elektronikhardware, vor allem den Speicherchips.

Andererseits verlangte der Staat, daß die Konzerne soviel wie nur möglich exportieren, wodurch er sie, die Nutznießer unzähliger staatlicher Privilegien, der Preis- und Kostendisziplin des internationalen Wettbewerbs aussetzte. Südkoreas Exporte belaufen sich auf nicht weniger als 40 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts, und dieser hohe Grad von Exportabhängigkeit war zweifellos von zentraler Bedeutung für das rasante Wachstum. Diese rasch wachsenden Exporte ermöglichten überhaupt erst die Herausbildung eines großen und dynamischen Fertigungssektors in Südkorea (der Fertigungssektor hat stets, und überall in der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt, die besten Möglichkeiten für eine rasche Steigerung der Produktivität geboten).

Wahrscheinlich am bittersten für das US-Kapital war, daß der südkoreanische Staat ein umfangreiches System von Vorschriften erließ, um den Einfluß multinationaler Konzerne und Banken aus entwickelten Staaten auf die eigene Wirtschaft zu beschränken. Sie schützten nicht nur neu im Entstehen begriffene Industrien, sondern eine weite Palette anderer Produktlinien. Darüber hinaus beschränkten und kontrollierten sie ausländische Direktinvestitionen, die niemals einen nennenswerten Umfang erreichten.

Zweifellos am wichtigsten: Der Staat ermutigte die südkoreanischen Konzerne, sich ausgiebig der weltweiten Geldmärkte zu bedienen, wo billigerer Kredit zu erhalten war, übte jedoch die allerstrengste und bis ins Detail gehende Kontrolle über die Darlehen aus, die die Konzerne in Übersee aufnehmen wollten. Während all dieser Zeit wendete der Staat große Mittel auf, um gelernte Arbeiter und Ingenieure zu erziehen und anzulernen, und um Forschung und Entwicklung zu fördern.

Schließlich griffen die südkoreanischen Autoritäten – so wie jene Taiwans, Singapurs (und in der unmittelbaren Nachkriegsperiode zunächst auch Japan) – zu den abscheulichsten repressiven Mitteln, um jeden Widerstand der Arbeiterklasse sofort im Keime zu ersticken und stellten damit den Konzernen eine billige und fügsame Arbeiterschaft zur Verfügung. Nichtsdestotrotz entwickelte sich im Antlitz dessen, was besonders im Bereich der industriellen Beziehungen schlicht ein Polizeistaat und keine Sozial-„Partnerschaft" war, eine militante Arbeiterbewegung, der es gelang, nachhaltige Spuren zu hinterlassen.

Vom Wachstum in die Krise

Als Folge der enormen Nachfrage nach Arbeitskräften und gleichzeitigem großen Widerstand der Arbeiterbewegung gegen das Kapital stieg der Lebensstandard dramatisch. Mitte der 1990er Jahre war Südkorea am elften Rang der Industrienationen und unter den obersten 25 hinsichtlich dem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung. Ihre Bürger verdienten im Schnitt über 90.000 Schilling im Jahr, doppelt soviel wie in Mexiko und dreimal soviel wie in Brasilien oder Chile.

Nach der Auslöschung von sowjetischen und chinesischen Alternativen und „Bedrohungen" fanden sich die USA jedoch erstmals in der Lage, es sich erlauben zu können, gegenüber den dirigistischen und planwirtschaftlichen Formen des Kapitalismus in Ostasien intoleranter denn je zu sein. Die USA üben seither zunehmenden Druck auf all diese Länder aus, ihre Märkte zu öffnen und ihre kontrollierten Finanz- und Industriestrukturen zu deregulieren. (Südkorea erzielte 1986-1989 erstmals einen Handelsbilanzüberschuß, was die Interventionen der USA seither – offensichtlich erfolgreich – verhindert haben; umgekehrt hat Südkorea im letzten Jahr mehrfach beim WTO Klagen gegen die USA wegen Verletzung der GATT-Freihandelsbestimmungen eingereicht.) Teils als Reaktion auf diesen Druck, teils auch von ihren einheimischen Firmen gedrängt, die billigere Finanzierungsmöglichkeiten und ungehinderten Zugang zu den Geldmärkten der Welt verlangten, haben die asiatischen Volkswirtschaften in den 1990er Jahren begonnen, mehr oder weniger stark zu deregulieren.

Vor allem Südkorea war dazu gezwungen, teils um die Forderungen seiner Konzerne zu befriedigen, teils um die angestrebte Aufnahme in die OECD, den Klub der fortgeschrittenen kapitalistischen Nationen, zu erreichen – und Südkorea begann seinen einheimischen Firmen einen nahezu ungehinderten Zugang zu den Geldmärkten der Welt zu gestatten – mit katastrophalen Folgen.

In der Dekade 1985-1995 konnte sich Südkorea über ein wahrhaft außergewöhnliches Wachstum der Exporte, Investitionen und des BIP freuen, wozu auch der ins astronomische gestiegene Wechselkurs des Yen beitrug, der mithalf Südkoreas Fertigungswaren gegenüber den japanischen noch wettbewerbsfähiger zu machen. Dafür erhielt Südkorea das Lob aller internationalen kapitalistischen Wirtschaftsinstitutionen. Dann jedoch, 1994 und 1995-1997, entwerteten zunächst China und später auch Japan ihre Währungen dramatisch, um damit dem wachsenden Abwärtsdruck auf ihre eigenen Fertigungsprofite gegenzusteuern.

Südkoreas Produzenten fanden nun ihre Profite eingezwängt zwischen den fallenden Preisen für die anspruchslosen arbeitsintensiven Produkte der Chinesen und den anspruchsvollen Hochtechnologieprodukten der Japaner. Die Reaktion der exportabhängigen Südkoreaner war, es trotz der weltweit überfüllten Lager auf den Fertigungsmärkten mit weiterer Expansion zu versuchen.

Um diese Beschleunigung zu ermöglichen, wandten sich Südkoreas

Konzerne in großem Maßstab an die weltweiten Geldmärkte. Sie sammelten so umfangreiche Kurzzeitverbindlichkeiten an, die in Fremdwährungen abgeschlossen waren. Diese Strategie, das muß betont werden, wäre noch einige Jahre früher durch die staatlichen Finanzvorschriften völlig ausgeschlossen gewesen.

Foto: Andreas Feininger, 1947

Einer unter US-Politikern und Konzernmanagern weitverbreiteten Einschätzung zufolge, die auch von den weltweit agierenden Meinungsmachern vertreten wird, welche sich ganz im Fahrwasser des neoliberalen Mythos befinden, erklärt sich die Krise folgendermaßen: Nur die Abschottung von Südkoreas „überregulierten, überpolitisierten und korrupten" Konzernen von der Rationalität des Marktes hat es ihnen überhaupt gestattet, diese Anleihen aufzunehmen. Deshalb ist auch nur der IWF samt seiner Medizin – der freien Marktwirtschaft – in der Lage, Südkoreas „Kumpanen"-Kapitalismus – also jenes auf Freunderlwirtschaft beruhende System staatlicher Regulation und staatlichen Schutzes mit seiner engen Verflechtung zwischen Staat und Konglomeraten – zu beenden und die Wirtschaft zu gesunden.

Die vom IWF vorgebrachten Argumente konnten denn auch verführerischer und eigennütziger, zugleich aber engstirniger und einseitiger nicht sein. Die staatliche Kontrolle war in Korea der Schlüssel für das hohe Niveau der Investitionen, für die vergleichsweise disziplinierte Verwendung dieser Investitionsmittel, für eine rasante und stetig wachsende Fertigungsproduktivität mittels export-getriebenem Wachstum, und für die Auflagen an die multinationalen Konzerne und internationalen Banken, denen Südkorea seinen spektakulären Entwicklungsweg zu verdanken hat.

Und außerdem: wenn sich die südkoreanischen Konzerne nur deshalb überschuldeten, weil sie vom unfehlbaren Markt durch ihre Freunderlwirtschaft abgeschottet waren, wie erklärt sich dann das unverantwortliche übermäßige Verleihen durch die marktdisziplinierten fortgeschrittenen kapitalistischen Banken?

Was treibt die Krise voran?

In Wirklichkeit sind Aufschwung und Krisen, getrieben von Überschuldung und übermäßigem Verleihen, in den Funktionsmechanismus des Kapitalismus fest eingebaut. Firmen überschulden sich und Banken verleihen zuviel Geld, weil sie sich so rasch als möglich am Markt beteiligen möchten, solange die Werte noch steigen, stets davon überzeugt, daß sie wieder rechtzeitig aussteigen können bevor die Werte zu sinken beginnen. Aber der aufsummierte Effekt aller, die dies zu gleicher Zeit tun, führt unweigerlich zu großen finanziellen Seifenblasen, die platzen, bevor mehr als einige der wenigen Privilegierten aussteigen können.

Obwohl es die internationalen Banken waren, die das Abziehen ihres Vermögens aus der südkoreanischen Wirtschaft in die Wege leiteten, gelang es ihnen diesmal nicht einmal selbst, rasch genug auszusteigen, und sie mußten genau deshalb vom IWF ausgelöst werden, weil es ihnen der freie Markt gestattet hat, ohne jede Beschränkung zu agieren.

In seinem Jahresbericht für 1997, der nur drei Monate vor Ausbruch der Krise erschien, begrüßte der weitblickende IWF „Südkoreas anhaltende und beeindruckende volkswirtschaftliche Leistung und lobte die Behörden für ihre beneidenswerte fiskalische Bilanz". Aber schon 1996 mußten die südkoreanischen Konzerne feststellen, daß ihre Gewinne in den Keller sanken – nicht etwa, weil sie besonders unproduktiv oder ineffizient gewesen wären, sondern weil sie überexpandiert hatten und sich fallenden Weltexportpreisen gegenüber sahen.

Als die südkoreanische Volkswirtschaft zu fallen begann, mußte sich die Regierung an die Normen des regulierten Systems halten und war Anfang 1997 gezwungen, Bürgschaften für mehrere große Konzerne zu übernehmen. Dies verunsicherte zunehmend die internationalen Investoren, die um ihre Kredite besorgt waren.

Dann kam es zum Unglück für Südkorea, als im Sommer 1997 die südostasiatische Krise ausbrach. Die ausländischen Investoren, nunmehr gewarnt vor der Überproduktion und den Überkapazitäten, die in der ganzen Region errichtet worden waren, begannen plötzlich alle, und dies so rasch wie nur möglich, ihr (großteils kurzfristig gebundenes) Kapital aus Südkorea abzuziehen und führten damit eine Krise auf den Geldmärkten herbei.

Der Abzug beinahe aller ausländischen Kredite aus der südkoreanischen Volkswirtschaft machte es den koreanischen Gesellschaften unmöglich, ihre Kreditverpflichtungen einzuhalten. Die südkoreanischen Firmen hatten sich mit kurzfristigen Bindungen überschuldet – und die internationalen Banken hatten zu viele solche Kredite vergeben – stets im Wissen, daß sie umgeschuldet werden würden und ohne je daran zu denken, daß sie alle kurzfristig zurückgezahlt würden.

Der Wirtschaft fehlten die ausländischen Devisen, um ihre Schulden begleichen zu können gerade in dem Augenblick, als alle Banken verlangten, ausbezahlt zu werden. Der Wechselkurs der Währung konnte deshalb nicht weiter aufrechterhalten werden, und der Won fiel. Doch dies machte alles noch viel schlimmer, denn nun wurde es für die südkoreanischen Firmen umso teurer, ihre in Dollar notierten ausländischen Kredite zurückzuzahlen. Überdies verlor das südkoreanische Vermögen nach internationalen Maßstäben an Wert. Die Schuldenkrise drohte somit, die gesamte Volkswirtschaft zum Einsturz zu bringen.

An diesem Punkt schaltete sich der IWF ein. Und die Medizin, die er verschrieb – als Vorbedingung für seine Rettungskredite – war doppelt tödlich. Zunächst verlangte der IWF, daß die Kredite verknappt werden müßten. Dies machte natürlich die Krise nur umso schlimmer. Indem die Zinsrate nunmehr soviel höher lag, konnte eine umso größere Zahl von Firmen ihre Verpflichtungen nicht mehr einhalten, egal ob sie nun effizient geführt worden waren, und selbst wenn eine ausreichende Nachfrage für ihre Produkte bestand. Damit rutschten sie in den Konkurs und bedrohten damit wieder ihre Kreditgeber und Lieferanten. All dies verstärkte also nur den Dominoeffekt, der bereits am Werk war, die Volkswirtschaft zu Fall zu bringen.

Zweitens, und nur so ist das vorige überhaupt zu verstehen, versuchte der IWF, Südkorea ein außerordentlich umfassendes „Reform"-Paket aufzuzwingen, mit dem schlichtweg die ganze südkoreanische ökonomische Struktur demontiert werden sollte, so wie diese zu jenem Zeitpunkt organisiert war, allem voran das gesamte existierende System wirtschaftlicher Schutz- und Lenkungsmechanismen.

Das IWF-Programm ist, kurz gesagt, US-Imperialismus in seiner gröbsten Form. Die Auswirkungen, wenn nicht sogar die bewußte Absicht, seines drakonischen Sparpakets ist es, den Wert von großen Teilen der südkoreanischen Industrie radikal zu reduzieren, oder sie sogar unverhohlen in den Konkurs zu zwingen. Dies ist nicht mehr als ein Vorspiel für den späteren Aufkauf durch ausländische Banken und Konzerne – zu Schleuderpreisen –, der bereits begonnen hat.

Zuguterletzt forderte der IWF auch, daß die Konzerne ihre Arbeitsplatzgarantie beenden. (Die, uns vor allem durch Japan vertraute, arbeitsrechtlich abgesicherte Beschäftigungsphilosopie dieser Volkswirtschaften war es, daß ein einmal Beschäftigter zwar Arbeitsplätze wechseln mußte, aber zeitlebens innerhalb seines Konzerns, seiner Megafamilie, verblieb – eine Arbeitslosenversicherung war in einem solchen System überflüssig.) Die südkoreanische Regierung und ihre Konzerne blieben derweil nicht untätig und waren natürlich nicht gewillt, die Kosten der Krise und noch zusätzlich die des IWF-Programms auf sich zu nehmen, sondern bereits eifrig damit beschäftigt, sich auf Kosten der Arbeiterklasse zu erholen. Die Arbeitslosigkeit ist bereits im Steigen begriffen, und dies in einer Gesellschaft ohne Arbeitslosenversicherung.

Die Arbeiter erwidern den Angriff

Die südkoreanische Gewerkschaftsbewegung hat bereits unter Beweis gestellt, daß sie bestens darauf vorbereitet ist, der „Reform" des sozialpartnerschaftlichen Systems, mit dem die Arbeitgeber ihre sinkenden Profite retten wollen, Widerstand entgegenzusetzen.

Anfang des Jahres 1997 drückte der südkoreanische Präsident in einer geheimen Sitzung des Parlaments eine Reihe von Gesetzen durch, die es den Firmen erleichtert hätte, Arbeiter zu kündigen. Doch die südkoreanische Gewerkschaftsbewegung reagierte darauf mit drei Wochen lang dauernden Massenstreiks und Demonstrationen und zwang die Regierung innezuhalten und eine demütigende Niederlage zu akzeptieren.

Diesmal muß die Gewerkschaft jedoch eine viel größere Herausforderung annehmen. Die obersten Repräsentanten des südkoreanischen Gewerkschaftsverbandes akzeptierten anfangs einen Plan der Regierung, mit dem der sehr restriktive Kündigungsschutz gelockert worden wäre. Damit hätte sich die Zahl der Arbeitslosen von damals einer halben Million auf über zwei Millionen mehr als vervierfacht.

In der Folge lehnten die im Verband vertretenen Einzelgewerkschaften den Plan der Regierung nicht nur ab, sondern stürzten auch die alte Führung der Gewerkschaft und ersetzten sie durch eine militantere. Dennoch ist erkennbar, daß die Gewerkschaftsbewegung unter unerträglichem Druck steht.

Den Arbeitern wird gesagt, vor allem durch den langjährigen Oppositionsführer und jetzigen Präsidenten Kim Dae Jung – der von den Brutalitäten des alten Regimes nicht befleckt ist –, daß sie „ihren Beitrag" im nationalen Interesse leisten müßten, damit die ausländische Bedrohung der südkoreanischen Souveränität abgewendet werden kann.

Zumindest anfangs wird es der südkoreanischen Gewerkschaftsbewegung nicht leicht fallen, diesen nationalistischen Verführungen zu widerstehen. Andererseits gibt es guten Grund, daran zu zweifeln, daß das Sparpaket der Regierung die südkoreanischen Arbeiter in absehbarer Zeit für ihre Opfer wird entschädigen können. Denn der Weg zur wirtschaftlichen Gesundung ist vorhersehbar schwierig in einer Welt, wo so gut wie alle Volkswirtschaften ihr Schicksal von vorteilhaften Exporten abhängig gemacht haben.

Eines ist klar: der Kampf fängt gerade erst an. Es ist ein Kampf, dessen Erfolg für Arbeiter allerorts von großer Bedeutung sein wird. ■

Robert BRENNER ist Sozialhistoriker an der UCLA in Los Angeles und Autor einer Studie über die Nachkriegsweltwirtschaft (erschienen in »New Left Review« Heft 229).

Themenschwerpunkte 1999:

		Redaktionsschluß
1/99	**Arbeit**	15. Jänner
2/99	**Exotismus**	15. Feber
3/99	**Jugend**	5. Mai
4/99	**Weltwirtschaft**	31. August
5/99	**Postmoderne**	5. November

heftübergreifend:

Perspektiven der Linken

Abobedingungen

Das »Weg und Ziel«-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können - falls noch lieferbar - einzeln bestellt werden (siehe nebenstehendes Angebot). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (5 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Preise:
Österreich: . . . . . .250,— öS
Deutschland: . . . . . 45,— DM
übriges Ausland: . . . . . .250,— öS zzgl. Porto

Probeabonnement

Wenn Sie »Weg und Ziel« kennenlernen und sich von den Vorzügen eines regelmäßigen Bezuges überzeugen möchten, bieten wir Ihnen ein kostenloses und unverbindliches Probeabonnement an. Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen. Das Probeabo kann aus verständlichen Gründen nur einmal eingerichtet werden.

WEG UND ZIEL

Preis je Heft: 40,- öS (ab Heft 1/97: 50,- öS) zuzüglich Porto

WUZ9201	. . .	Weg und Ziel 1/92	. . . Amerika! Amerika!
WUZ9202	. . .	Weg und Ziel 2/92	. . . Menschenbilder
WUZ9203	. . .	Weg und Ziel 3/92	. . . Leo Kofler 85
WUZ9204	. . .	Weg und Ziel 4/92	. . . Fortschritt
WUZ9205	. . .	Weg und Ziel 5/92	. . . Das österreichische „Wesen"
WUZ9206	. . .	Weg und Ziel 6/92	. . . Rückkehr des Politischen
WUZ9301	. . .	Weg und Ziel 1/93	. . . Nation(alismus)
WUZ9302	. . .	Weg und Ziel 2/93	. . . Ästhetik
WUZ9303	. . .	Weg und Ziel 3/93	. . . Dritte Welt im Abseits
WUZ9305	. . .	Weg und Ziel 5/93	. . . Menschenrechte
WUZ9306	. . .	Weg und Ziel 6/93	. . . Der reale Kapitalismus
WUZ9401	. . .	Weg und Ziel 1/94	. . . „Kalte Frauen"?
WUZ9402	. . .	Weg und Ziel 2/94	. . . Europa der Regionen?
WUZ9403	. . .	Weg und Ziel 3/94	. . . Alles Öko?
WUZ9404	. . .	Weg und Ziel 4/94	. . . Medienwirklichkeit
WUZ9405	. . .	Weg und Ziel 5/94	. . . Individualisierung
WUZ9501	. . .	Weg und Ziel 1/95	. . . Mensch-Maschinen-Geister
WUZ9502	. . .	Weg und Ziel 2/95	. . . Das politische System
WUZ9503	. . .	Weg und Ziel 3/95	. . . Mega-Stadt-Raum
WUZ9504	. . .	Weg und Ziel 4/95	. . . Inszenierte Literatur
WUZ9505	. . .	Weg und Ziel 5/95	. . . Der Nürnberger Prozeß
WUZ9601	. . .	Weg und Ziel 1/96	. . . Armut im Überfluß
WUZ9602	. . .	Weg und Ziel 2/96	. . . Liebe, Sex & Sinnlichkeit (in Fotokopie)
WUZ9603	. . .	Weg und Ziel 3/96	. . . Welt-Meisterschaft
WUZ9604	. . .	Weg und Ziel 4/96	. . . Oh, du teure Bildung
WUZ9605	. . .	Weg und Ziel 5/96	. . . Kirche/Religion
WUZ9701	. . .	Weg und Ziel 1/97	. . . Auto/Industrie/Global
WUZ9702	. . .	Weg und Ziel 2/97	. . . Surrealismus/Marxismus/ Psychoanalyse
WUZ9703	. . .	Weg und Ziel 3/97	. . . Von Klassen-, Geschlechter- und Liebesgefechten
WUZ9704	. . .	Weg und Ziel 4/97	. . . 80 Jahre Russische Revolution
WUZ9705	. . .	Weg und Ziel 5/97	. . . Pop
WUZ9801	. . .	Weg und Ziel 1/98	. . . Brecht/Eisler
WUZ9802	. . .	Weg und Ziel 2/98	. . . Antisemitismus
WUZ9803	. . .	Weg und Ziel 3/98	. . . Un/mverteilung
WUZ9804	. . .	Weg und Ziel 4/98	. . . Haider und die Freiheitlichen
WUZ9805	. . .	Weg und Ziel 5/98	. . . Sozialdemokratie

Folgende Bücher können bei uns portofrei bestellt werden:

Gero Fischer /
Maria Wölflingseder (Hg.):
Biologismus – Rassismus – Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch, 260 Seiten, 215 Schilling, 29.80 DM.
(Bestellcode: BuchBIO)

Franz Schandl /
Gerhard Schattauer:
Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft, 600 Seiten inklusive Anhang, 499 Schilling, 69 DM.
(Bestellcode: BuchGRÜ)

WEG UND ZIEL - Abo

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Abonnement zu den oben genannten Bedingungen.

Datum Unterschrift

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Probeabo über 3 Ausgaben.

Einzelhefte

❍ Hiermit bestelle ich folgende Einzelhefte:

Bestellnummer	Stück

Datum Unterschrift

Das Barrio Projekt
SOYNICA bittet um
Spenden und Daueraufträge für Nicaragua

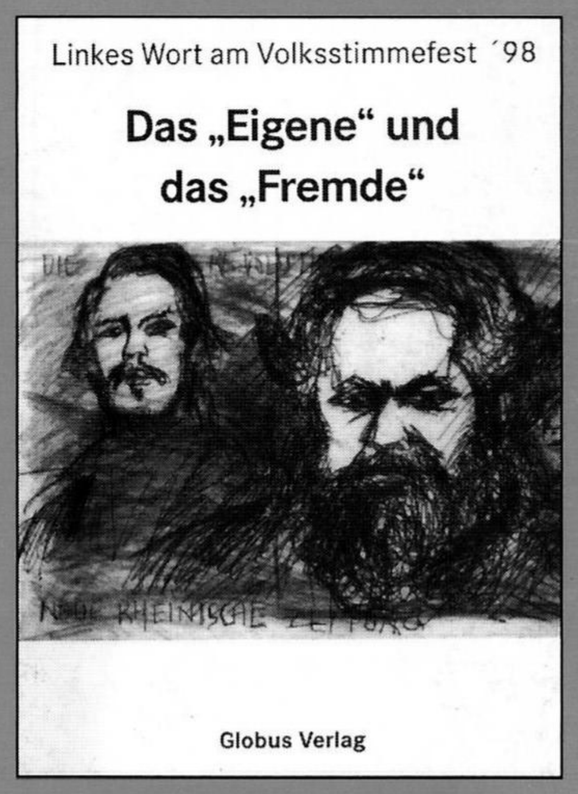
Konto: BAWAG, BLZ 14000, 02210-770-774
Kontakt: Erika Danneberg, 1140 Wien,
Hackingerstraße 46/2, Tel: 914 83 80

Ursprung dieses Projekts ist die Basisarbeit gegen die psychisch zerstörerisch wirkende Massenarbeitslosigkeit in einem der ärmsten Barrios von Managua Batahola.
Dr. Evelyn Kraudy, die schon im sandinistischen Nicaragua im Projekt Salud Mental (dezentralisiertes Gesundheitssystem) tätig war, organisierte Nachbarschaftsprojekte, in die vor allem Frauen eingebunden wurden.
Das Projekt hat sich zunächst mit der Anleitung zum Soyaanbau, mit der Lösung der dringendsten Ernährungsprobleme beschäftigt.
Über diese Arbeit mit den unterernährten Kindern und ihren Müttern rückte die psychosoziale Komponente der Nachbarschafts-Problematik in den Mittelpunkt der Betreuungsarbeit.

Linkes Wort am Volksstimmefest 1998

Das „Eigene" und das „Fremde"

Globus-Verlag
Wien 1998
90 Seiten,
120 Schilling



Mit Beiträgen von
El Awadalla,
Manfred Chobot,
Erika Danneberg,
Eva Jancak,
Eugenie Kain,
Raimund Kremlicka,
Güni Noggler, Thomas Northoff, Helmut Rizy,
Rolf Schwendter, Maya Suranyi,
Rosmarie Thüminger, Arthur West.

Zu bestellen bei:
KPÖ, Weyringergasse 33, Tel: 503 65 80,
Fax: 503 65 80-411 (od.-499)

P.b.b. Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1020 Wien

Absender:
Bitte gut leserlich ausfüllen!!!

Name

Straße

Ort

6.50

An
Kemmerling Zöchling & Partner
Medien- und Informationsdienste KEG
Weg und Ziel-Vertrieb

Schottengasse 3a/1/4/59
1010 Wien